Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

12. November 1979
Jg. 7 Nr. 46

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Lohnstreiks brasilianischer Metallarbeiter reißen nicht ab

z.pel. Weit über 10000 Metallarbeiter machten am 1.11. in Sao Paulo den Trauerzug für den ermordeten Gewerkschafter Dias da Silva zu einer Demonstration gegen die Militärdiktatur. Da Silva war am 30.10. von der Polizei erschossen worden, als diese versuchte, die Streikpostenkette vor dem US-Konzern General Telephone and Electronics zu zerschlagen. Nach dem Lohnstreik von 250000 Metallarbeitern in Rio de Janeiro Ende September hatten am 29.10. die Gewerkschaften in Sao Paulo zum Streik gegen das Angebot der Kapitalisten von 66%, für eine Erhöhung von 123% und 7200 Cruzeiros (455 DM) Mindestlohn aufgerufen. Vorerst scheint es der Staatsmacht gelungen, den Streik zu ersticken. Bei Preissteigerungen von über 60% seit Herbst 78 und einer Cruzeiro-Abwertung von 23% sind neue Kämpfe gewiß.

Venezolanische Gewerkschaften bereiten Generalstreik vor

z.tit. Seit dem 25. Oktober finden in Caracas täglich Demonstrationen gegen die immensen Preissteigerungen (über 80%) für Lohnerhöhungen statt. Die Demonstrationen werden von der Conföderation der Venezolanischen Arbeiter (CTV) organisiert. Täglich nehmen über 200000 an den Kämpfen teil. Trotz blutiger Polizeieinsätze, die bisher zu zwei Toten (ein Schüler und ein Polizist), zig Verletzten und Hunderten von Verhafteten geführt haben, gelingt es dem Gewerkschaftsverband immer besser, auch Schüler und Studenten zu mobilisieren. Die Regierung sah sich gezwungen, die Schulen in Caracas „bis auf weiteres" zu schließen. Die CTV bereitet jetzt einen Generalstreik vor. Forderungen sind: ein allgemeiner Mindestlohn, Lohnerhöhungen zwischen 10 und 40% und staatliche Preisbeschränkungen.

Gewerkschaftsunterdrückung in Argentinien – VW riecht Profite

z.gek. Die argentinische Militärregierung hat verlauten lassen, daß der zentrale Punkt des für Jahresende angekündigten Gewerkschaftsgesetzes das Verbot des Zusammenschlusses von Gewerkschaften sein soll. Im September hatten sich gerade die größten Gewerkschaften zum „Einheitsverband

Venezolanische Gewerkschaften bereiten Generalstreik vor

z.tit. Seit dem 25. Oktober finden in Caracas täglich Demonstrationen gegen die immensen Preissteigerungen (über 80%) für Lohnerhöhungen statt. Die Demonstrationen werden von der Conföderation der Venezolanischen Arbeiter (CTV) organisiert. Täglich nehmen über 200000 an den Kämpfen teil. Trotz blutiger Polizeieinsätze, die bisher zu zwei Toten (ein Schüler und ein Polizist), zig Verletzten und Hunderten von Verhafteten geführt haben, gelingt es dem Gewerkschaftsverband immer besser, auch Schüler und Studenten zu mobilisieren. Die Regierung sah sich gezwungen, die Schulen in Caracas „bis auf weiteres" zu schließen. Die CTV bereitet jetzt einen Generalstreik vor. Forderungen sind: ein allgemeiner Mindestlohn, Lohnerhöhungen zwischen 10 und 40% und staatliche Preisbeschränkungen.

Gewerkschaftsunterdrückung in Argentinien – VW riecht Profite

z.gek. Die argentinische Militärregierung hat verlauten lassen, daß der zentrale Punkt des für Jahresende angekündigten Gewerkschaftsgesetzes das Verbot des Zusammenschlusses von Gewerkschaften sein soll. Im September hatten sich gerade die größten Gewerkschaften zum „Einheitsverband
der Argentinischen Arbeiter" (CUTA) wieder zusammengeschlossen. Sie haben eine „Einladung" des Wirtschaftsministers de Hoz, über die neue Gesetzgebung, d.h. über die Selbstauflösung der CUTA zu verhandeln, einmütig abgelehnt und stattdessen die Aufhebung der Militärdiktatur und die volle Gewerkschaftsfreiheit gefordert. – Vorstandsmitglieder der Volkswagen AG haben am 27. Oktober die Militärregierung offiziell unterrichtet, daß VW sämtliche Produktionsanlagen von Chrysler Argentina für 100 Mio. $ übernehmen und ab 1981 die Ausbeutung aufnehmen will.

El Salvador: Revolutionärer Volksblock erringt erste Erfolge

z.scc. 30000 feierten am 7.11. mit einer Massendemonstration die ersten Erfolge, die die im Revolutionären Volksblock BRP zusammengeschlossenen Gewerkschaften der Industrie- und Landarbeiter, Bauernverbände und Studentenorganisationen gegen die vom US-Imperialismus an die Macht gehievte Militärjunta erkämpft haben. Diese mußte nicht nur den nach der Machtübernahme verhängten Ausnahmezustand wieder aufheben, sondern zusagen, binnen 30 Tagen die Mindestlöhne von derzeit weniger als 6 DM pro Tag zu verdoppeln, die Nahrungsmittelpreise zu senken und 300 politische Gefangene zu entlassen. Mit Streiks und Demonstrationen, mit der Besetzung des Wirtschafts- und Arbeitsministeriums und der Gefangennahme von drei Ministern hatte die BRP den dringendsten Forderungen der Volksmassen den nötigen Nachdruck verschafft.

Ehrenberg geht an die Arznei- und Heilmittel

„Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen" am 22./23.11. / 300 Medikamente auf der „Negativliste"

z.frb. Die AOK in Wilhelmshaven hat es abgelehnt, die Sitzwanne, die ein Arzt für ein behindertes Kind verschrieben hatte, zu bezahlen. Solche Anschaffung liege im freien Ermessen der Eltern. In Westberlin wurde ein Kinderarzt ermahnt, weil er Kinder geimpft hatte, nachdem in einigen Kindertagesstätten Gelbsuchtfälle aufgetreten waren und das Gesundheitsamt sich mit den geforderten Impfmaßnahmen gemächlich getan hatte. Einige Fälle von hunderten täglich, für die offizielle Presse sind sie kein Thema.

Die Ehrenbergsche Kostendämpfung arbeitet von zwei Seiten her. Einerseits werden die Versicherten selbst in ein umfassendes Kontrollnetz eingewoben, Selbstbeteiligung (CDU/CSU und FDP sind hier führend) und Beitragserhöhungen werden angedroht, andererseits wird versucht, die Kassen und Ärzte als Organe der Kostendämpfung dienstbar zu machen.

Für die Kontrolle der Versicherten selbst ließ Ehrenberg in Rendsburg einen Großversuch durchführen, bei dem jeder Versicherte mit einem computergerechten Ausweis versehen wurde. Trotz der erheblichen Schwierigkeiten (bei Hausbesuchen muß der Arzt einen „mobilen Umdrucker" mit sich schleppen) und erhöhtem Verwaltungsaufwand, ist der Minister entschlossen, das Projekt fortzuführen. Wegen der „Transparenz", die es bietet, kann so doch jede Krankheit eines jeden Versicherten erfaßt werden.

Der andere Strick, an dem Ehrenberg zieht, sind die finanziellen und rechtlichen Beziehungen zwischen Ärzten und Kassen. Formal durch einen Vertrag zwischen zwei selbständigen Parteien im Bundesmantelvertrag zwischen der kassenärztlichen Bundesvereinigung und den Bundesverbänden der Krankenkassen geregelt, sind sie in Wirklichkeit durch die kostendämpfenden Änderungen der Reichsversicherungsordnung (RVO) festgelegt. Im August 1978 mußte daher der Manteltvertrag neu gefaßt werden. Vor allem wurden die Prüfungsverfahren für die Abrechnungen der Ärzte verschärft.

Der Arzt rechnet quartalsweise ab, der Prüfungsausschuß der kassenärzt-

und FDP sind hier führend) und Beitragserhöhungen werden angedroht, andererseits wird versucht, die Kassen und Ärzte als Organe der Kostendämpfung dienstbar zu machen.

Für die Kontrolle der Versicherten selbst ließ Ehrenberg in Rendsburg einen Großversuch durchführen, bei dem jeder Versicherte mit einem computergerechten Ausweis versehen wurde. Trotz der erheblichen Schwierigkeiten (bei Hausbesuchen muß der Arzt einen „mobilen Umdrucker" mit sich schleppen) und erhöhtem Verwaltungsaufwand, ist der Minister entschlossen, das Projekt fortzuführen. Wegen der „Transparenz", die es bietet, kann so doch jede Krankheit eines jeden Versicherten erfaßt werden.

Der andere Strick, an dem Ehrenberg zieht, sind die finanziellen und rechtlichen Beziehungen zwischen Ärzten und Kassen. Formal durch einen Vertrag zwischen zwei selbständigen Parteien im Bundesmantelvertrag zwischen der kassenärztlichen Bundesvereinigung und den Bundesverbänden der Krankenkassen geregelt, sind sie in Wirklichkeit durch die kostendämpfenden Änderungen der Reichsversicherungsordnung (RVO) festgelegt. Im August 1978 mußte daher der Mantelvertrag neu gefaßt werden. Vor allem wurden die Prüfungsverfahren für die Abrechnungen der Ärzte verschärft.

Der Arzt rechnet quartalsweise ab, der Prüfungsausschuß der kassenärzt-
lichen Vereinigung prüft die Abrechnung nach. Er rechnet dem Arzt vor, wie viel er pro Patient – getrennt für Allgemeinversicherte und Rentner – für ärztliche Leistungen insgesamt abgerechnet hat, wie oft er bestimmte Arten von Untersuchungen (nach Nummern der Gebührenordnung) vorgenommen hat, ob er also eine „eingehende Untersuchung" vorgenommen hat, wo auch eine „einfache Untersuchung" im Sinne der Kostendämpfung gereicht hätte, wie hoch die durchschnittlichen Laborleistungen waren, für welchen Betrag er Arzneimittel verschrieben hat. Jeder Posten wird mit dem Durchschnitt der „Fachkollegen" verglichen. Liegt der durchleuchtete Arzt sichtbar über dem Durchschnitt, so wird er – per Einschreiben – angemahnt (§34 Mantelvertrag: „beraten"), „in Zukunft bei der Behandlung mehr auf die Wirtschaftlichkeit zu achten". Kann er keine besonderen Umstände geltend machen, wie hoher Rentneranteil oder Lage der Praxis in einem Arbeiterviertel (ganz selbstverständlich rechnen die Kassen hier mit höheren Behandlungskosten), und spurt der Arzt nicht, so wird ihm entweder das Honorar gekürzt oder er wird – bei Arzneiverordnung – zum Regreß herangezogen.

Im Prinzip gibt es diese Verfahren schon länger, und seit je sitzt dieser „Selbstverwaltung" die Gerichtsbarkeit im Nacken. Tatsächlich aber wurde nun jeder Spielraum beseitigt.

Im Kostendämpfungsgesetz war vorgeschrieben worden, daß zwischen der Versicherung und den Kassenärzten eine jährliche Obergrenze für alle Ausgabenarten festgelegt werden muß. Damit wurde eine Richtschnur gesetzt, in welchem Maße die ärztlichen Leistungen und Verordnungen zusammengestrichen werden sollen, und der Hauptgeschäftsführer der kassenärztlichen Vereinigung hat unlängst für 1980 den Start der Regreß-Welle angekündigt.

Wie es genau laufen soll, dazu tagt am 22./23. November die „Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen" – eine Schöpfung der Kostendämpfung – in ihrer fünften Sitzung. Es geht um die Kürzung der Arzneimittel. Die generelle Streichung von Vitaminpräparaten, leichten Schmerzmitteln usw.

ten"), „in Zukunft bei der Behandlung mehr auf die Wirtschaftlichkeit zu achten". Kann er keine besonderen Umstände geltend machen, wie hoher Rentneranteil oder Lage der Praxis in einem Arbeiterviertel (ganz selbstverständlich rechnen die Kassen hier mit höheren Behandlungskosten), und spurt der Arzt nicht, so wird ihm entweder das Honorar gekürzt oder er wird – bei Arzneiverordnung – zum Regreß herangezogen.

Im Prinzip gibt es diese Verfahren schon länger, und seit je sitzt dieser „Selbstverwaltung" die Gerichtsbarkeit im Nacken. Tatsächlich aber wurde nun jeder Spielraum beseitigt.

Im Kostendämpfungsgesetz war vorgeschrieben worden, daß zwischen der Versicherung und den Kassenärzten eine jährliche Obergrenze für alle Ausgabenarten festgelegt werden muß. Damit wurde eine Richtschnur gesetzt, in welchem Maße die ärztlichen Leistungen und Verordnungen zusammengestrichen werden sollen, und der Hauptgeschäftsführer der kassenärztlichen Vereinigung hat unlängst für 1980 den Start der Regreß-Welle angekündigt.

Wie es genau laufen soll, dazu tagt am 22./23. November die „Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen" – eine Schöpfung der Kostendämpfung – in ihrer fünften Sitzung. Es geht um die Kürzung der Arzneimittel. Die generelle Streichung von Vitaminpräparaten, leichten Schmerzmitteln usw.
war erst der Anfang. Jetzt fordert der Verband der Ortskrankenkassen schärfere Durchsetzung der Höchstbeträge für Arzneimittel. Ferner soll das Arzthonorar gekürzt werden, wenn zur Behandlung überhaupt Medikamente verschrieben werden. Zur Überprüfung der „wirtschaftlichen Verordnungsweise" soll jedes einzelne Rezeptblatt mit verschlüsselten Informationen versehen und zur Datenverarbeitung erfaßt werden.

Man sieht, wie relativ geringe Änderungen in diesem komplizierten Netz von Beziehungen relativ große Veränderungen bewirken. Letzte Woche hat der Bundestag einstimmig ein weiteres Kostendämpfungsgesetz verabschiedet, das Gesetz für die Verwaltung der Mittel der Krankenversicherungen. Es reduziert die Rücklagen auf mindestens eine halbe, höchstens eine Monatsausgabe, setzt so 1,5 Mrd. DM frei und setzt die praktisch ohne Rücklage wirtschaftenden Krankenkassen unter ständigen finanziellen Druck. Die Kassen könnten Druck auf Kassenärzte machen, deren Vereinigung mit Regreß drohen und so die Ärzte auf Kostendämpfungskurs zwingen.

Liefe es so, würde sich Ehrenberg ins Fäustchen lachen, und er hätte ein paar Pluspunkte mehr bei der Kapitalistenklasse, die an einem behinderten Kind, aus dessen Arbeitskraft sowieso kein Kapitalist je Mehrarbeit pressen wird, gerne noch mehr sparen würde als die Badewanne. Daß sich aber zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterbewegung eine Kluft auftut, lehrt ein Blick auf die Beschlüsse, die in der ÖTV jetzt zur Vorbereitung des Gewerkschaftstages gefaßt werden. Fast überall beinhalten sie eine Kampfansage gegen die Kostendämpfung und verschiedene Delegiertenkonferenzen fordern den Austritt der ÖTV aus der „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen".

UNO-Vollversammlung, 12. November: vietnamesische Aggression auf der Tagesordnung



Auf der internationalen Konferenz über Nahrungsmittelhilfe für Kampuchea, die UNO-Generalsekretär Waldheim für den 5. November in New York einberufen hatte, haben sich die vietnamesischen Aggressoren erneut einer Auslieferung über Land und der Verteilung durch die UNO widersetzt. Aushungerung des kampucheanischen Volkes ist Teil ihrer Aggressionspolitik, um den Widerstandskrieg zu brechen und das Land für vietnamesische Besiedlung freizumachen. Von Thailand aus kehrten inzwischen 30000 Kampucheaner ins Land zurück, um sich

reduziert die Rücklagen auf mindestens eine halbe, höchstens eine Monatsausgabe, setzt so 1,5 Mrd. DM frei und setzt die praktisch ohne Rücklage wirtschaftenden Krankenkassen unter

Kampfansage gegen die Kostendämpfung und verschiedene Delegiertenkonferenzen fordern den Austritt der ÖTV aus der „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen".

UNO-Vollversammlung, 12. November: vietnamesische Aggression auf der Tagesordnung



Auf der internationalen Konferenz über Nahrungsmittelhilfe für Kampuchea, die UNO-Generalsekretär Waldheim für den 5. November in New York einberufen hatte, haben sich die vietnamesischen Aggressoren erneut einer Auslieferung über Land und der Verteilung durch die UNO widersetzt. Aushungerung des kampucheanischen Volkes ist Teil ihrer Aggressionspolitik, um den Widerstandskrieg zu brechen und das Land für vietnamesische Besiedlung freizumachen. Von Thailand aus kehrten inzwischen 30000 Kampucheaner ins Land zurück, um sich
dem bewaffneten Widerstand des Demokratischen Kampuchea wieder anzuschließen.

Die US-Imperialisten sollen den Schah ausliefern

Das iranische Volk will den Schah vor Gericht stellen und fordert ein Ende der US-Einmischung

z.ges. Einmal haben die US-Imperialisten den Schah bereits wieder an die Macht geputscht, als sie 1953 die nationalistische Mossadeghregierung mit Hilfe iranischer Generale stürzten und den Schah aus dem Schweizer Asyl zurückholten. Als sich der Schah zu Beginn dieses Jahres dem Zorn des iranischen Volks durch Flucht entzog, erhob er alsbald Anspruch auf amerikanisches Asyl. In den USA hat er einen großen Teil des Vermögens, das er dem iranischen Volk abgepreßt und ins Ausland geschafft hatte, angelegt und als Kettenhund der USA hat er zeitlebens gewirkt. Die USA zierten sich aber. Über Ägypten, Marokko, die Bahamas landete der Schah schließlich in Mexiko, wo er eine begrenzte Aufenthaltserlaubnis erhalten hatte. Einstweilen sondierten die USA, wie der Iran wohl reagieren werde, wenn sie dem Blutsauger des iranischen Volkes Asyl gewähren würden. Schließlich wurde die Komödie mit dem Einflug des angeblich todkranken Schah in die USA gestartet. Die Rechtsposition des Iran ist, daß der Schah an den Iran ausgeliefert werden müsse, um im Iran für seine Verbrechen am iranischen Volk zur Verantwortung gezogen zu werden. Außerdem fordert die iranische Regierung die Auslieferung des Vermögens des Schah, das sich dieser in seiner Regierungstätigkeit angeeignet hat. Mit dem Krankheitsaufenthalt des Schah in New York wollen die USA diese Rechtsposition unterlaufen. Breszinski wollte in Gesprächen mit Bazargan während des gemeinsamen Besuchs der algerischen Revolutionsfeierlichkeiten die Zustimmung der iranischen Regierung zu diesem Schritt erlangen. Gestützt auf den Protest des iranischen Volkes und der Iraner in den USA, besetzten iranische Studenten die amerikanische Botschaft in Teheran, um im Austausch gegen das Botschaftspersonal die Auslieferung des Schah zu erzwingen. Die Regierung Bazargan reichte ihren Rücktritt ein. Der Rücktritt wurde angenommen. Die USA hatten sich in ihren eigenen Intrigen gefangen.

Wird die amerikanische Botschaft nicht geräumt, ist ein weiterer Zacken aus der US-Imperialistenkrone herausgeschlagen. Die Besatzer wollen aber vorher den Schah haben. Den Schah herausrücken oder auch nur von amerikanischem Boden zu entfernen, wäre ebenfalls ein Niederlage des US-Imperialismus. Der ZDF-Korrespondent in den USA berichtete am Donnerstag: „Die Militärkorrespondenten erklären den Zuschauern, warum ein Einsatz der amerikanischen Kriegsmaschinerie nicht möglich ist. Teheran ist für die Kampfhubschrauber von den Schiffen aus zu weit entfernt. Sie müßten in der Luft aufgetankt werden. Ein Einsatz von Fallschirmjägern, so erläutern die Fernsehkorrespondenten an Hand von Übungsbildern, komme deswegen nicht in Frage, weil die amerikanische Botschaft in Teheran mitten in der Stadt läge und die persische Bevölkerung schwer bewaffnet sei." Khomeiny sagte in einer Rundfunkrede: „Können die USA überhaupt in diesem Land intervenieren? Sie können es nicht!" Eine Hochburg der Intervention ist besetzt. Den internationalen Regeln entspricht eine solche Botschaftsbesetzung nicht. Aber hat die US-Politik gegenüber dem Iran sich je an diese Regeln gehalten? Die USA sollen den Schah ausliefern. Das wäre ein Bruch mit der bisherigen Interventionspolitik gegen den Iran. Alles andere ist die Fortsetzung dieser Interventionspolitik und Gelegenheitsmacherei.

Die Volksmassen Boliviens kämpfen gegen die Zinnpreis-Erpressung durch die US-Imperialisten



Tausende demonstrierten am 25.10. während der OAS-Konferenz in La Paz gegen die Zinnverkäufe der USA aus ihrer strategischen Reserve, um den Weltmarktpreis zu drücken. – Über die Klassenkämpfe in Bolivien S. 16/17

z.frb. **Auch nach der UNO-Konferenz für Hilfslieferungen an das Volk von Kampuchea versucht die westdeutsche Regierung, die internationale Kontrolle der UNO über ihre Zahlungen und Lieferungen zu umgehen.** Helmut Schmidt persönlich soll sich für weitere 21 Mio. DM Hilfeleistungen eingesetzt haben. Das war nach der UNO-Konferenz, auf der die westdeutschen Imperialisten Zusagen über 19,6 Mio $ machen mußten (von 210 Mio. insgesamt). Donnerstag teilte die Bundesregierung mit, bis Mitte November seien aus dem Etat des Auswärtigen Amtes insgesamt 24,5 Mio. DM bereitgestellt, ferner würden aus dem Entwicklungshilfeministerium 20 Mio. DM an die thailändische Regierung für Kauf von Nahrungsmitteln gehen. Am selben Tag veröffentlichte das Auswärtige Amt einen Bericht, nach dem bislang 6,5 Mio. DM aus seinem Haushalt abgeflossen seien, davon der größte Teil an „internationale Hilfsorganisationen", außerdem würden 23 Mio. DM an die Hilfsaktion der UNO fließen. Dunkel wie die Zahlungen selbst sind ihre Zwecke. Die Ergriffenheit heuchelnden Bourgeois, die wirkliche Tränen bloß geweint haben, als sie hören mußten, daß unter der Regierung des Demokratischen Kampuchea aus den amerikanischen Bars und den ausländischen Banken in Phnom Penh Kakteen durchs Fenster drangen, wollen wieder Fuß fassen. Wie am besten, darüber beriet der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit letzte Woche. Sein Vorsitzender: „Alle Regierungen und vor allem auch unsere eigene müssen politisch mehr dafür tun, daß die in Kambodscha bestimmenden Mächte zur Annahme und zur schnellen Verteilung westlicher Hilfsgüter in den Hungerzonen genötigt werden." Erstens also muß die eigene Regierung auf den Plan, zweitens soll dem sowjetisch-vietnamesischen Marionettenregime die „Verteilung" übergeben werden. Das „Kambodscha-Konsortium", in dem auch Caritas, Brot für die Welt usw. tätig sind, hat die erste Ladung an die Marionetten schon geliefert.

z.gab. **Zu einseitig seien die Sendungen des NDR auf die Regierungspolitik der Hamburger Sozialdemokraten ausgerichtet, war die Begründung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Stoltenberg für die Kündigung des NDR-Staatsvertrages.** Stoltenberg forderte eine stärkere Regionalisierung zugunsten des Funkhauses Kiel. Danach kündigte Albrecht den Staatsvertrag und forderte eine Landesrundfunkanstalt Niedersachsen, im 1. Fernsehprogramm ein „Regionales Fenster" und Teile des 3. Programms. Albrecht spricht für niedersächsische Finanzbourgeois, die sich mit Kabelfernsehen Profite erhoffen und darüber ihre Kontrolle über die Rundfunkanstalten sichern wollen. Die CDU-Mittelstandsvereinigung Hannover konkretisiert: Aktiengesellschaft mit Beteiligung der Zeitungsverleger der Senderegion mit 30 bis 40%. Ein Sprachrohr der jeweiligen Landesregierung ist Ziel

gierungen und vor allem auch unsere eigene müssen politisch mehr dafür tun, daß die in Kambodscha bestimmenden Mächte zur Annahme und zur schnellen Verteilung westlicher Hilfsgüter in den Hungerzonen genötigt werden." Erstens also muß die eigene Regierung auf den Plan, zweitens soll dem sowjetisch-vietnamesischen Marionettenregime die „Verteilung" übergeben werden. Das „Kambodscha-Konsortium", in dem auch Caritas, Brot für die Welt usw. tätig sind, hat die erste Ladung an die Marionetten schon geliefert.

z.gab. **Zu einseitig seien die Sendungen des NDR auf die Regierungspolitik der Hamburger Sozialdemokraten ausgerichtet, war die Begründung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Stoltenberg für die Kündigung des NDR-Staatsvertrages.** Stoltenberg forderte eine stärkere Regionalisierung zugunsten des Funkhauses Kiel. Danach kündigte Albrecht den Staatsvertrag und forderte eine Landesrundfunkanstalt Niedersachsen, im 1. Fernsehprogramm ein „Regionales Fenster" und Teile des 3. Programms. Albrecht spricht für niedersächsische Finanzbourgeois, die sich mit Kabelfernsehen Profite erhoffen und darüber ihre Kontrolle über die Rundfunkanstalten sichern wollen. Die CDU-Mittelstandsvereinigung Hannover konkretisiert: Aktiengesellschaft mit Beteiligung der Zeitungsverleger der Senderegion mit 30 bis 40%. Ein Sprachrohr der jeweiligen Landesregierung ist Ziel
aller drei konkurrierenden Landeschefs. Die Hamburger Sozialdemokraten erhoffen gerade über das Staatsmonopol die Kontrolle über den NDR zu erhalten. Über Strafgesetze hat sich die Bourgeoisie gesichert, daß keine Sender errichtet werden könnnen, über die sie nicht die Kontrolle ausübt. Die Rundfunkgesetze legen fest, daß zum Intendanten nur ernannt wird, wer die Zulassungskriterien für den öffentlichen Dienst erfüllt und keine Grundrechte verwirkt hat, und verpflichtet die „Gestaltung der Sendungen auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung". – Am vergangenen Mittwoch scheiterten die Verhandlungen über den Staatsvertrag. Am Tag zuvor demonstrierten über 1000 Beschäftigte des NDR in Hamburg gegen die Pläne der Landesregierungen.

z.jem. **Nach den Krisenjahren 1974 und 75 habe die Audi NSU Auto Union AG einen „guten und erfolgreichen" Weg beschritten, lobte Matthöfer aus Anlaß seines Besuches im Neckarsulmer Werk von Audi NSU.** „Gut und erfolgreich" war der Weg für die Audi-Kapitalisten allerdings. In den „Krisenjahren" 74 und 75 wurde die Belegschaft von 10512 auf 6470 dezimiert. Danach wurde die durchschnittliche Autoproduktion je Beschäftigten von 7,6 im Jahr 75 auf 10,8 im Jahr 1978, gestützt auf staatlich subventionierte Rationalisierungsmaßnahmen, in die Höhe getrieben. Für den Volkswagenkonzern lohne es sich, in Ingolstadt und in Neckarsulm zu investieren, dafür liege ein umfangreiches Programm vor, das Arbeitsplätze schaffe und sichere, vertrat Matthöfer

vor den Vertrauensleuten des Werkes. Durchgekommen ist er mit diesen Rechfertigungsversuchen für die staatliche Steuerausplünderung nicht. Der Betriebsratsvorsitzende Christ sprach sich gegen die Besteuerung der Jahreswagen aus. Auf eine Auseinandersetzung mit den Vertrauensleuten wollte Matthöfer sich sicherheitshalber nicht einlassen. Seine Rede wurde so gelegt, daß bald danach im gleichen Raum Essensausgabe war und die Versammlung beendet werden mußte. Auf einer öffentlichen Veranstaltung im Landkreis Heilbronn mußte sich Matthöfer abends einen offenen Brief von 8 Fiat Arbeitern anhören und in Empfang nehmen: „Erhöhen Sie den derzeitigen Grundfreibetrag von 3690 DM auf 6825 DM im Jahr, bzw. auf 25% des Durchschnittlohns."

z.zik. **In Vorbereitung der Landtagswahlen im April 1980 hat die Landesregierung von Baden-Württemberg per Verordnung vom 18.9.79 (Gesetzblatt S.433) die Landeswahlordnung verschärft.** Nachforschungen seitens des Staatsapparates über die Unterstützung revolutionärer Organisationen werden zukünftig ausdrücklich erlaubt. Der zu diesem Zweck eigens hinzugefügte § 20a lautet im Absatz 2: „Auskünfte und Eintragungen in den Wählerverzeichnissen und in den Formblättern mit Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge dürfen nur Behörden, Gerichten und sonstigen amtlichen Stellen des Wahlgebietes im Zusammenhang mit der Wahl erteilt werden. Ein solcher Zusammenhang besteht insbesondere bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl einschließlich der Wahlstatistik, bei Wahlprüfungsangelegenheiten und bei Verdacht von Wahlstraftaten." Schon bei vermuteter Unterstützung von mehreren Wahlvorschlägen – was mit Gefängnis bestraft werden kann – kann sich der Staatsanwalt so die Listen besorgen.

z.kup. **Am 17.10. wurde Marion Folkerts wegen Benutzung eines falschen Passes in Frankreich vom Oberlandesgericht Stuttgart zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.** Den eigentlichen Anklagepunkt „Mitglied einer terroristischen Vereinigung" mußte das Gericht fallenlassen. Weil sie den Kampf der politischen Gefangenen gegen die Isolationshaft unterstützt hatte, wurde sie von Polizei, BKA und Gerichten ständig bedroht und schikaniert. Sie hatte die BRD verlassen und sich dem palästinensischen Widerstand angeschlossen. Bei einer Durchreise wurde M. Folkerts auf dem Pariser Flughafen von Beamten des BKA verhaftet und gegen ihren Willen nach Westdeutschland gebracht. Ihr Anwalt erklärte vor Gericht: „Wird jemand unter Verletzung fremder staatlicher Hoheitsrechte gegen seinen Willen von einem Land in ein anderes verbracht, so wird dies klar und eindeutig als völkerrechtswidrige Entführung oder Verschleppung bezeichnet." Das Strafmaß für die Paßfälschung muß, so begründete das Gericht das Urteil,

teilt werden. Ein solcher Zusammenhang besteht insbesondere bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl einschließlich der Wahlstatistik, bei Wahlprüfungsangelegenheiten und bei Verdacht von Wahlstraftaten." Schon bei vermuteter Unterstützung von mehreren Wahlvorschlägen – was mit Gefängnis bestraft werden kann – kann sich der Staatsanwalt so die Listen besorgen.

z.kup. **Am 17.10. wurde Marion Folkerts wegen Benutzung eines falschen Passes in Frankreich vom Oberlandesgericht Stuttgart zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.** Den eigentlichen Anklagepunkt „Mitglied einer terroristischen Vereinigung" mußte das Gericht fallenlassen. Weil sie den Kampf der politischen Gefangenen gegen die Isolationshaft unterstützt hatte, wurde sie von Polizei, BKA und Gerichten ständig bedroht und schikaniert. Sie hatte die BRD verlassen und sich dem palästinensischen Widerstand angeschlossen. Bei einer Durchreise wurde M. Folkerts auf dem Pariser Flughafen von Beamten des BKA verhaftet und gegen ihren Willen nach Westdeutschland gebracht. Ihr Anwalt erklärte vor Gericht: „Wird jemand unter Verletzung fremder staatlicher Hoheitsrechte gegen seinen Willen von einem Land in ein anderes verbracht, so wird dies klar und eindeutig als völkerrechtswidrige Entführung oder Verschleppung bezeichnet." Das Strafmaß für die Paßfälschung muß, so begründete das Gericht das Urteil,
besonders hoch sein, weil sie im Zusammenhang mit der Unterstützung des bewaffneten Kampfes begangen worden sei.

z.her. **Die Gewerkschaft ÖTV nimmt den 3. Anlauf zur Angleichung der Sparförderung im öffentlichen Dienst an die Industrie.** Seit dem 2.8.1979 sind die entsprechenden Tarifverträge gekündigt. Die Dienstherren, mit Bundesinnenminister Baum an der Spitze, haben die ÖTV in einem Fernschreiben wissen lassen, daß sie die „vermögenswirksame Leistung" lieber im „breiteren Rahmen der allgemeinen Vergütungs- und Lohnentwicklung" verhandeln, d.h. auf die Lohnforderung in Anrechnung bringen wollen. Dagegen hat die Gewerkschaft ÖTV protestiert, und am 8. November haben dazu erneut Gespräche stattgefunden. Mit Tarifvertrag vom 31.12.1970 erhalten z.B. vollzeitbeschäftigte Angestellte 13 DM und Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte der Arbeitszeit 6,50 DM pro Monat. Zum 31.12.71 und zum 31.12.76 hatte die ÖTV diesen Tarifvertrag gekündigt. Vom Dienstherren ist jeweils das unveränderte Wiederinkrafttreten durchgesetzt worden. In der Metallindustrie hat die IGM Tarifverträge abgeschlossen, die vorsehen: ab 1.7.71 26 DM, ab 1.7.76 39 DM und ab 1.1.80 52 DM. Die ÖTV fordert, die jahrelange Schlechterstellung gegenüber der Industrie endlich zu beseitigen und ab 1.10.1979 52 DM zu zahlen.

z.mam. **Am 27.10.79 hat die vds-Fachtagung Medizin beschlossen, vom 3. bis 7. Dezember eine bundesweite Aktionswoche gegen die 3. Novelle zur Approbationsordnung durchzuführen** (s. KVZ 44/79). Das Fachtagungssekretariat ist beauftragt, mit der ÖTV in Verbindung zu treten, um zu erreichen, daß Bezahlung und Arbeitszeit der Studenten im Praktischen Jahr in die Verhandlungen über den Manteltarif aufgenommen werden. Dagegen plant die Bundesregierung, die unbezahlte Vernutzung der Arbeitszeit der PJ-Studenten auf zwei Jahre auszudehnen. Für diesen Fall fordert Prof. Dietrich Habeck im Deutschen Ärzteblatt Nr. 40/79, die praktische Tätigkeit der PJ-Studenten mit der Hälfte des derzeitigen Gehalts für Assistenzärzte zu vergüten (DM 1446,94 monatlich für Unverheiratete, BAT).



Vorlesung Frankfurt: 30 – 40 Studenten sitzen auf Treppen oder stehen.

Warnstreiks der Lehrer für die 40-Stunden-Woche

Landesregierungen drohen mit Beamtenrecht / Ministerpräsidenten tagen am 15.11. in Celle

z.jöd. In dieser Woche, am 14./15. November, treffen sich die Ministerpräsidenten der Länder in Celle und werden auch über die Arbeitszeit der Lehrer beraten. Die Lehrer aus Bremen und Niedersachsen rufen zu einer Kundgebung und Demonstration am 15. in Celle auf. 40-Stunden-Woche für Lehrer ist die Forderung. In Schleswig-Holstein wird eine Kundgebung am 13. in Neumünster durchgeführt. In Westberlin finden öffentliche Informationsstände statt. In NRW ist am 13. ein landesweiter Aktionstag mit einer Großkundgebung in Herne. In Hessen sind bis letzten Mittwoch 5300 Unterschriften für Warnstreiks gesammelt worden, am 13. finden in sieben Orten Kundgebungen statt. Der Landesverband in Bayern ruft zu einer landesweiten Demonstration in München auf.

In Hamburg und Niedersachsen spitzen sich die Auseinandersetzungen zu. Albrecht und Klose sind sich über Maßnahmen gegen den Streik der Lehrer einig geworden. Beamtengesetz heißt das Zauberwort. In Niedersachsen haben sich über 5400 Lehrer für Streik ausgesprochen. In Hamburg 81% der organisierten Lehrer. Dies ist ein deutlicher Ausdruck der Forderungen der Lehrer gegen die lange Arbeitszeit von durchschnittlich 44,7 Stunden. Mit Informationsständen in den Städten und Personalversammlungen werden die Forderungen der Lehrer vertreten. Unterstützung finden die Lehrer mit ihren Forderungen bei den Schülervertretungen, und Resolutionen aus den Betrieben werden an die GEW geschickt. Die Gewerkschaftseintritte sind in Niedersachsen in wenigen Tage auf 200 gestiegen. Kultusminister Remmers ließ in einem Rundschreiben an die Lehrer in Niedersachsen mitteilen: „Bei Beamten, die die pflichtwidrigen Kampfmaßnahmen aktiv fördern oder dazu aufrufen, werden in der Regel förmliche Disziplinarmaßnahmen gem. §§ 34ff NDO eingeleitet." Der Schulleiter soll die entsprechenden Lehrer anzeigen. Jetzt ist die Landesregierung noch weiter gegangen. Am Freitag hat die Landesregierung den elf Lehrern des Landesvorstandes der GEW Disziplinarmaßnahmen auferlegt und als Lehrer und Schulleiter des Dienstes enthoben. Zu dieser frechen Reaktion stellt der GEW-Landesvorstand Niedersachsen fest: „Mit Hilfe des Beamtenrechts auf die Willensbildung innerhalb einer DGB-Gewerkschaft Einfluß nehmen ..." – das sind die Absichten des bürgerlichen Staates. Der Hamburger Senat ging noch weiter. Klose beantragte beim Verwaltungsgericht das Verbot des Warnstreiks. Das Verwaltungsgericht gab dem Hamburger Senat Recht.

Die Lehrer fordern die Aufhebung des Beamtenrechts und wenden sich gegen die Unterdrückung durch die Landesregierungen. So ist auf der Personalversammlung in Bremen von den 2000 anwesenden Lehrern die Entlassung von drei Lehrern wegen Unterstützung des KBW mit großer Mehrheit verurteilt worden. Die Ministerpräsidenten werden über die Forderungen der Lehrer beraten. Werden sie nicht erfüllt, werden die Lehrer sicher die Unterstützung der Beschäftigten aus den öffentlichen Diensten und aus den Industriebetrieben bekommen, um ihre Forderungen durchzusetzen.



GEW-Aktionen für Arbeitszeitverkürzung („Erziehung u. Wissenschaft" 9/79)

Patriotische Front läßt sich nicht erpressen

Britische Imperialisten heben Sanktionen auf / Truppenentsendung geplant

z.hef.London. Die britische Regierung wird im Parlament kein Gesetz zur Erneuerung der am 15. November auslaufenden Sanktionen gegen Rhodesien einbringen. Das ist eine der Maßnahmen, mit denen Thatcher und Carrington die Patriotische Front zur Annahme ihres Übergangsplans zwingen wollen. Aber die Patriotische Front läßt sich nicht erpressen. Sie lehnte die britischen Übergangsvorschläge am Freitag ab.

Von Anfang an hat die Patriotische Front erklärt, sie werde vor allem über die Machtübergabe verhandeln. Sie setzte gegen die britischen Imperialisten eine Tagesordnung mit zwei Punkten durch: a) Verfassung, b) Übergangsregelungen und Waffenstillstand. Die britischen Imperialisten legten einen neokolonialen Verfassungsentwurf vor. Muzorewa stimmte nach kurzem Schauspiel zu. Die Patriotische Front lehnte ab. Die Imperialisten mußten Zusagen über den Landfonds geben. Auch danach stimmte die Pa-

nicht daran hindern, die nötigen Maßnahmen gegen die Imperialisten durchzuführen. Das war die Überlegung hinter dieser Entscheidung.

Bei den jetzigen Verhandlungen geht es um die Frage, wer die Macht in Zimbabwe haben soll: Die Imperialisten vermittels des alten kolonialen Staatsapparats einschließlich der Söldnerarmee, oder das Volk von Zimbabwe vermittels seiner Befreiungsarmee und seiner eigenen Verwaltung. Daß die Imperialisten überhaupt mit ZANU und ZAPU darüber verhandeln müssen, ist ein Ergebnis des Erfolgs des bewaffneten Befreiungskampfes. Aber dieser Kampf ist noch nicht gewonnen. Die Kolonialisten kontrollieren immer noch die Städte und Hauptverkehrslinien. Von da aus wollen sie das Land zurückerobern. Das ist der Zweck der Carringtonschen Übergangsvorschläge.

Nach diesen Übergangsvorschlägen (siehe KVZ 44, S. 1) wird ein britischer Gouverneur dem jetzigen Staatsappa-

gemacht bei der Forderung nach vollständiger Auflösung der Siedlerarmee und Polizei vor der Wahl. Die jetzige Forderung ist unbedingt nötig und richtig. Die Imperialisten – nicht nur die britischen – werden den Krieg gegen das Volk während der Übergangszeit intensivieren, werden versuchen, die Befreiungskämpfer zu zerstreuen, aufzureiben, von den Massen zu trennen, aus den Städten herauszuhalten.

Die Patriotische Front tritt für UN-Truppen zur Überwachung des Waffenstillstandes ein. Die britischen Imperialisten verhandeln jetzt mit Commonwealth-Ländern, u.a. Nigeria und Australien, über Truppenkontingente zu einer Beobachtertruppe. Das Hauptkontingent wollen sie selbst stellen.

Die Frontstaaten unterstützen die Position der Patriotischen Front. Aber sie sind Erpressungen der Imperialisten und militärischen Überfällen des Regimes ausgesetzt. Sambias Präsident Kaunda ist zur Zeit in London. Die

zeit von durchschnittlich 44,7 Stunden. Mit Informationsständen in den Städten und Personalversammlungen werden die Forderungen der Lehrer vertreten. Unterstützung finden die Lehrer mit ihren Forderungen bei den Schülervertretungen, und Resolutionen aus



GEW-Aktionen für Arbeitszeitverkürzung („Erziehung u. Wissenschaft" 9/79)

Patriotische Front läßt sich nicht erpressen

Britische Imperialisten heben Sanktionen auf / Truppenentsendung geplant

z.hef.London. Die britische Regierung wird im Parlament kein Gesetz zur Erneuerung der am 15. November auslaufenden Sanktionen gegen Rhodesien einbringen. Das ist eine der Maßnahmen, mit denen Thatcher und Carrington die Patriotische Front zur Annahme ihres Übergangsplans zwingen wollen. Aber die Patriotische Front läßt sich nicht erpressen. Sie lehnte die britischen Übergangsvorschläge am Freitag ab.

Von Anfang an hat die Patriotische Front erklärt, sie werde vor allem über die Machtübergabe verhandeln. Sie setzte gegen die britischen Imperialisten eine Tagesordnung mit zwei Punkten durch: a) Verfassung, b) Übergangsregelungen und Waffenstillstand. Die britischen Imperialisten legten einen neokolonialen Verfassungsentwurf vor. Muzorewa stimmte nach kurzem Schauspiel zu. Die Patriotische Front lehnte ab. Die Imperialisten mußten Zusagen über den Landfonds geben. Auch danach stimmte die Pa-
triotische Front nicht zu, sondern erklärte, sie werde keine neue Debatte über die Verfassung verlangen, wenn die Übergangsfragen befriedigend gelöst seien. Wenn das Volk die Macht erobert hat, kann auch eine in London ausgehandelte Verfassung das Volk

nicht daran hindern, die nötigen Maßnahmen gegen die Imperialisten durchzuführen. Das war die Überlegung hinter dieser Entscheidung.

Bei den jetzigen Verhandlungen geht es um die Frage, wer die Macht in Zimbabwe haben soll: Die Imperialisten vermittels des alten kolonialen Staatsapparats einschließlich der Söldnerarmee, oder das Volk von Zimbabwe vermittels seiner Befreiungsarmee und seiner eigenen Verwaltung. Daß die Imperialisten überhaupt mit ZANU und ZAPU darüber verhandeln müssen, ist ein Ergebnis des Erfolgs des bewaffneten Befreiungskampfes. Aber dieser Kampf ist noch nicht gewonnen. Die Kolonialisten kontrollieren immer noch die Städte und Hauptverkehrslinien. Von da aus wollen sie das Land zurückerobern. Das ist der Zweck der Carringtonschen Übergangsvorschläge.

Nach diesen Übergangsvorschlägen (siehe KVZ 44, S. 1) wird ein britischer Gouverneur dem jetzigen Staatsappa-
rat an die Spitze gestellt und organisiert Wahlen. Während dieser Zeit halten die (militärischen) Polizeitruppen des Regimes die „Ordnung" aufrecht. Die Patriotische Front fordert, daß ihre Truppen zumindest gleichberechtigt sind. Sie hat ein großes Zugeständnis

gemacht bei der Forderung nach vollständiger Auflösung der Siedlerarmee und Polizei vor der Wahl. Die jetzige Forderung ist unbedingt nötig und richtig. Die Imperialisten – nicht nur die britischen – werden den Krieg gegen das Volk während der Übergangszeit intensivieren, werden versuchen, die Befreiungskämpfer zu zerstreuen, aufzureiben, von den Massen zu trennen, aus den Städten herauszuhalten.

Die Patriotische Front tritt für UN-Truppen zur Überwachung des Waffenstillstandes ein. Die britischen Imperialisten verhandeln jetzt mit Commonwealth-Ländern, u.a. Nigeria und Australien, über Truppenkontingente zu einer Beobachtertruppe. Das Hauptkontingent wollen sie selbst stellen.

Die Frontstaaten unterstützen die Position der Patriotischen Front. Aber sie sind Erpressungen der Imperialisten und militärischen Überfällen des Regimes ausgesetzt. Sambias Präsident Kaunda ist zur Zeit in London. Die
Briten versuchten erfolglos, ihn gegen die Patriotische Front zu benutzen. Auch Tansanias Präsident Nyerere erklärte in der letzten Woche nach dem Treffen der Frontstaatenpräsidenten seine uneingeschränkte Unterstützung für die Patriotische Front.

z.kup. **11224 Adoptionen im Jahr 1978: „Das neue Adoptionsvermittlungsrecht hat sich gut bewährt"**, sagte Bundesfamilienministerin Antje Huber über die zentralen staatlichen Adoptionsvermittlungsstellen, die 1977 durch Gesetz geschaffen wurden. 11% mehr Adoptionen wurden von staatlicher Seite im letzten Jahr vermittelt. Mit dem Vermittlungsgesetz hat der Staat jede andere Vermittlung ausgeschlossen und die Adoption damit unter die alleinige Kontrolle des Staates gestellt; er überwacht so die Eltern, Adoptiveltern und das Kind. Dieses Gesetz hatte die Regierung auf die Festschreibung des Abtreibungsverbotes mit der Reform des §218 folgen lassen. Gleichzeitig hat sie das Adoptionsgesetz geändert. Die Verwandtschaftsverhältnisse des Kindes erlöschen bei einer Adoption vollständig und es gelten ausschließlich die „neuen" Verwandtschaftsverhältnisse. Der Kontakt zwischen dem Kind und den leiblichen Eltern ist verboten.

z.urb. **Als Bestandteil der verstärkten Kriegsvorbereitungen steigerte die Bundesregierung im Entwurf für den Bundeshaushalt 1980 die Ausgaben für „Ernährungssicherung" von 13 Mio. 1979 auf 20 Mio. DM.** Insbesondere werden die Mittel für das „Anlegen und die Ersatzbeschaffung von Vorräten für den Verteidigungsfall" von 7,7 auf 14,35 Mio. DM erhöht. Entsprechend dem *Ernährungssicherstellungsgesetz* von 1965 werden hier verbrauchsfertige Lebensmittel für 30 Tage für die gesamte Bevölkerung in der Nähe der Ballungszentren gelagert. Die Ausgaben für „Haltung der Lebensmittelvorräte" sollen von 5,3 auf 5,6 Millionen DM erhöht werden. Dazu wurden die staatlichen Einfuhr- und Vorratsstellen aufgebaut, die Vorräte an Brot- und Futtergetreide, Zucker, Butter, Magermilchpulver sowie Fleisch- und Fleischerzeugnisse verwalten. Nach §6 des Gesetzes können zusätzlich die Bauern durch Zuschüsse oder Steuerabzüge zur Vorratshaltung gezwungen werden.

z.kup. **Das Territorialheer wird mit den von der Bundeswehr ausrangierten Panzern Leopard I ausgerüstet.** Das Heer wird mit dem neuen Leopard II ausstaffiert. Das Verteidigungsministerium beabsichtigt mit der Heeresreform, die „Kampfkraft des Territorialheeres wesentlich zu steigern zur Unterstützung der Vorneverteidigung". Im Verteidigungsweißbuch heißt es dazu: „Die Kampfkraft der Heimatschutztruppe wird stärker. Die Operationsfreiheit der NATO-Streitkräfte

Rentenanspruchsbeseitigungsplan 1984

,,Teilhaberente" statt Witwenrente / Ertrag mindestens 3 – 6 Milliarden

z.mif. Weil ein Lohn zum Leben von zweien oder dreien nicht reicht, sind seit den sechziger Jahren Millionen verheirateter Frauen der Ausbeutung unterworfen. Dadurch erwerben sie Rentenanspruch. Stirbt der Mann, hat die Frau neben ihrem eigenen Rentenanspruch das Recht auf eine ,,Witwenrente". §1264 der Reichsversicherungsordnung (RVO): ,,Nach dem Tode des versicherten Ehemannes erhält seine Witwe eine Witwenrente", und zwar, wenn sie über 45 Jahre alt ist, 60% des Rentenanspruchs ihres verstorbenen Mannes, sonst weniger. Stirbt jedoch die Frau als erste, ist es anders: ,,Witwerrente erhält der Ehemann nach dem Tode seiner versicherten Ehefrau, wenn die Verstorbene den Unterhalt ihrer Familie überwiegend bestritten hat" (§1266 RVO). Wenn nicht überwiegend, kriegt er nichts. Da aber sein Lohn nicht gelangt hatte, reicht jetzt seine Rente erst recht nicht. 1975 behandelte das Bundesverfassungsgericht entsprechende Verfassungsbeschwerden mehrerer Witwer, die einen der Witwenrente entsprechenden Teil der Rente ihrer verstorbenen Frau verlangten, obwohl die Frau weniger als sie verdient hatte. Sie beriefen sich auf den Grundsatz der gleichen Rechte von Mann und Frau.

Das Bundesverfassungsgericht stellte die Sache auf den Kopf und befand, Witwen würden gegenüber Witwern ,,in nicht zu rechtfertigender Weise bevorzugt", in wievielen Fällen, sei allerdings nicht genau zu ermitteln. ,,Die gestiegene Erwerbsquote deutet aber darauf hin, daß es mehr sind als 1950 und 1963. Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich fortsetzen, weil die stärker erwerbstätigen jüngeren Jahrgänge allmählich zu Leistungsempfängern werden und manche Ursachen für den geringeren Arbeitsverdienst und die kürzere Versicherungszeit verheirateter Frauen in ihrer Wirksamkeit nachzulassen scheinen." Eine gewählte Umschreibung für den Zwang zu lebenslanger Fabrikarbeit. Das Gericht stellte dem Gesetzgeber die Aufgabe, rechtzeitig zu dem Zeitpunkt, wo das Millionenheer verheirateter Arbeiterinnen und Angestellten in die Nähe des Rentenalters kommt, deren Rentenansprüche zu drücken.

Das Gericht legte den Gesetzgeber nicht fest, in welcher Weise die Entrechtung zu erfolgen habe: Es ,,kommen verschiedene Möglichkeiten in Betracht, die sämtlich mit Schwierigkeiten verbunden sind". Einer der Vorschläge des Gerichts: ,,Zu denken wäre etwa daran, daß derjenige überlebende Ehegatte Hinterbliebenenrente erhalten soll, der durch Betreuung der Kinder oder eigene Erwerbsunfähigkeit behindert ist oder gewesen ist, überhaupt einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Ferner könnte danach differenziert werden, inwieweit der hinterbliebene Ehegatte durch Alter, Berufsunfähigkeit oder Aufgaben in der Familie noch in der Lage ist, wenigstens eine Teilzeitbeschäftigung oder eine nicht seiner Ausbildung entsprechende oder geringer bezahlte Tätigkeit auszuüben."

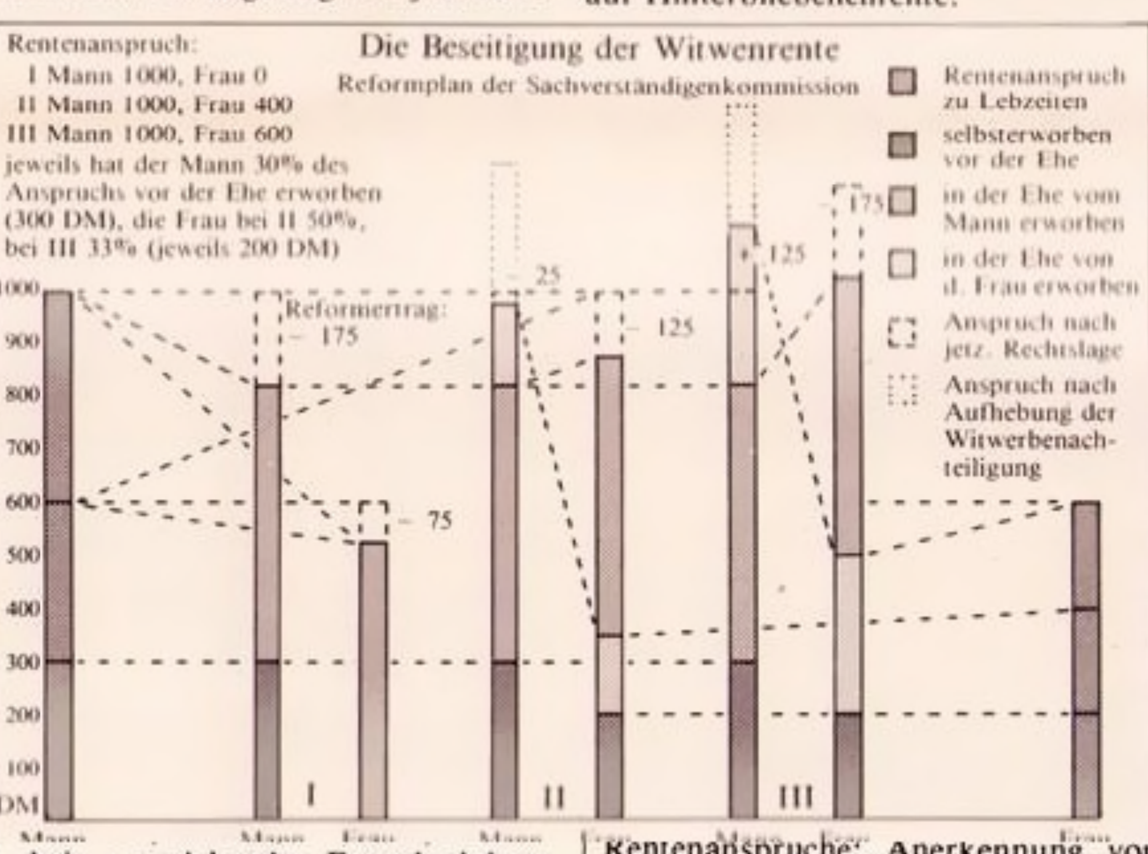
Ein neues Feld der Zumutbarkeit von Arbeit wurde damit durch das Gericht aufgetan, das hiermit anregt, den Rentenanspruch in eine Art Arbeitslosengeld zu verwandeln, das nur in einem Bruchteil der Fälle ausgezahlt wird.

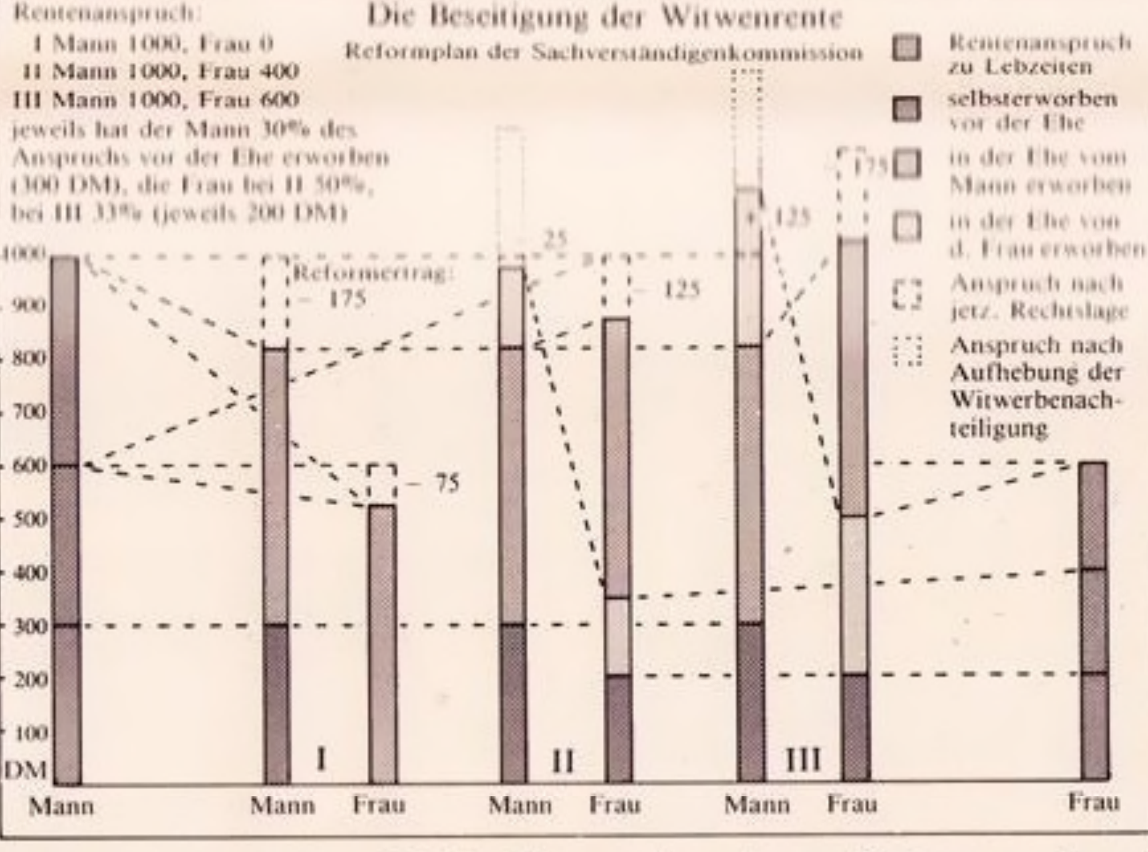
Der Bericht, den die von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenkommission am 21. Mai dieses Jahres vorgelegt hat (vgl. KVZ 18/79), folgt den kühnen Leitlinien der Verfassungsrichter weitgehend. Die Kommission unter Vorsitz des Professors Meinhold stellte vier Modelle vor und bevorzugte unter diesen das Modell der ,,Teilhaberente". Es ist auch der Favorit des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung und seiner aufstrebenden Staatssekretärin Anke Fuchs, deren Aufgabe die Durchführung dieser Reform ist.

Teilhaberente bedeutet ,,Teilhabe an den von beiden Ehegatten in der Ehe erworbenen Rentenansprüchen", und zwar ,,75 (70) v.H. der von beiden Ehegatten erworbenen Rentenanwartschaften (Gesamtversorgung) aus der Ehe zuzüglich der eigenen – außerhalb der Ehe erworbenen – Rentenansprüche". Diese Rente soll nur gezahlt werden, wenn der / die Hinterbliebene über 45 (oder 50, oder 55) ist und ,,kein ausreichendes Erwerbseinkommen" hat. Die bisherige ,,kleine Witwenrente", die gezahlt wurde, wenn die Witwe unter 45 Jahren alt war, wird stillschweigend beseitigt. Für Kindererziehung sollen dem betreffenden Elternteil, so er nicht arbeitet, einige Jahre gutgeschrieben werden, für die dann im Versicherungsfall der Staat Beiträge zahlen soll. Anke Fuchs hat angeregt, diese Beiträge durch Zusatzbesteuerung der Ehemänner in Steuerklasse III einzutreiben.

Die Zahlen in Klammern zeigen, wie die Kommission die Regelung sich denkt, ohne das so direkt hinschreiben zu wollen. Die Regelung zielt jedenfalls auf die Verschärfung des Zwangs zur Lohnarbeit für die verheiratete Arbeiterin und Angestellte und auf die Spaltung zwischen Mann und Frau ab. Bei höheren Rentenansprüchen der Frau hat der Mann als Witwer einen Vorteil gegenüber der jetzigen Regelung; sonst wird beiden geraubt, und zwar der Frau in der Regel mehr als dem Mann. Wer vor der Ehe relativ lang gearbeitet hat, hat selbst den Vorteil, denn diese Ansprüche bleiben ihm zu 100% erhalten, und sein Ehepartner den Nachteil.

Was sagen die bürgerlichen Parteien zu dem Reform- und Räuberplan? Sie fühlen sich bestätigt, und das mit Recht. Die CDU hat bereits 1975 von ihren Sozialausschüssen die ,,Partnerrente" fordern und wie folgt definieren lassen: ,,Künftig sollen Witwe und Witwer einen gleich hohen Prozentsatz der gemeinsam erworbenen Rentenanwartschaften als Rente erhalten. Damit soll auch der nicht erwerbstätigen Frau eine Witwenrente von mehr als 60% garantiert werden ... Zeiten der Kindererziehung sollen künftig rentensteigernd angerechnet werden." Die FDP beschloß auf ihrem Parteitag im Juni 1979: ,,Ablösung der abgeleiteten Hinterbliebenenrente durch eigenständige Rentenansprüche; Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung als Versicherungszeiten; Gleichberechtigte Teilhabe der Eheleute an den in der Ehe erworbenen Anwartschaften" (These 22 der ,,32 Thesen zur Alterssicherung"). Die Auffassung der SPD gibt der Kommissionsbericht ohnehin wieder. 1984 soll das Werk in Kraft treten. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat kritisiert, daß pro Jahr nach diesem Plan nur 3,6 bis 6,3 Mrd. DM ,,Minderausgaben" erzielt würden. – Zu forden ist demgegenüber die Streichung der Witwerdiskriminierungsklausel aus der RVO, also gleicher Anspruch von Mann und Frau auf Hinterbliebenenrente.





Nach bisherigem Recht erhält der Witwer seinen eigenen Rentenanspruch und nichts vom Anspruch seiner Frau; die Witwe ihren eigenen Anspruch und 60% von dem ihres Mannes. Ehrenbergs Kommission plant demgegenüber eine monatliche Kürzung von 25 bis 175 DM. Die durchschnittliche Arbeiterrente liegt bei 1041 DM, die Arbeiter-Witwenrente bei 552 DM.



Demonstration von Chrysler-Arbeitern gegen eine geplante Werksschließung, September 1979. – Die Automobilarbeitergewerkschaft UAW hat inzwischen zugestimmt, den betrieblichen Rentenfonds als Sicherheit für einen Kredit an die Autokapitalisten zur Verfügung zu stellen.

Carter'sche Rentenreformen: ,,Arbeitsanreize" durch Hunger – im Namen der Gerechtigkeit

z.gek. ,,Wer nicht wirklich arbeitsunfähig ist oder sonstwie Arbeit finden kann, soll veranlaßt werden, dies zu tun" – so definierte Carter in seinem ,,Bericht zur Lage der Nation" die Zielsetzung seiner neuerlichen Rentenreformen. Unmittelbar gemeint waren Kürzungen der Arbeitsunfähigkeits- und Invalidenrenten. Ein mit ungewöhnlicher Eile gegen den Protest der Gewerkschaften durch den Kongreß gepeitschtes Gesetz sieht vor, 80% des vorherigen Nettolohns (egal wie niedrig der vor Eintritt der Invalidität zuletzt schon gewesen ist) als Obergrenze für den Rentenanspruch einzuführen. Die bisherige durchschnittliche Arbeitsunfähigkeitsrente lag bei 328 $ im Monat. Die Kürzung der über einem solchen Elendssatz liegenden Renten ist zweifellos der stärkste der ,,Arbeitsanreize", die den Schlüsselpunkt sämtlicher Reformen der Carter-Regierung auf dem Feld der Sozialversicherungen und staatlichen ,,Wohlfahrt" bilden.

Daß man von den Renten der staatlichen Sozialversicherung nicht leben können soll, ist Versicherungsprinzip seit der Einführung 1937. Immerhin betrug damals auch der Lohnabzug nur 1% bis zu einer Bemessungsgrenze von 3000 $ des Jahreslohns; oberhalb der Bemessungsgrenze bleibt im US-System der Lohn unbesteuert. Die Verwaltung der Kasse hat der Minister für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt der Bundesregierung in der Hand; die Beiträge werden als ,,Sozialversicherungssteuer" erhoben.

1972 hatte die Nixon-Regierung, nach Jahren schwerer Klassenkämpfe, den Forderungen der Gewerkschaften nachgegeben und die ,,bruttolohnbezogene" Rentenanpassung einführen müssen. Danach stiegen die Renten jährlich entsprechend dem gewogenen Durchschnitt der Lohnerhöhungen. Die Regierung Ford hielt sich dafür mit massiven Erhöhungen der Sozialversicherungssteuern schadlos. Als sie 1976 mit Plänen über Rentenkürzungen hervortrat, ging sie in den Wahlen unter. James Earl Carter wurde als ,,populistischer" Kandidat aufgebaut und gewann unter anderem mit dem Versprechen, die Renten nicht anzutasten.

Eines seiner ersten Gesetzeswerke war aber das Sozialversicherungs-Änderungsgesetz von 1977. Was wie eine reine Steuererhöhung aussah (allerdings ,,die größte in Friedenszeiten"), war tatsächlich eine völlige Umkrempelung des ganzen Systems. Das Gesetz sieht über 10 Jahre hinweg die Steigerung der Beitragssätze von 5,85% auf 7,15% (bis 1987) vor; vor allem aber eine sprungweise Anhebung der Bemessungsgrenze. Den größten einzelnen Beitragssprung wird das Jahr 1981 bringen, wenn der Steuersatz von 6,13% auf 6,65% und die Bemessungsgrenze von 25900 auf 29700 $ Jahreslohn hochschnellt. Dann werden 95% aller Lohnabhängigen über die *volle* Lohnsumme besteuert sein. Aber die Renten werden kein bißchen höher dadurch. Im Gegenteil: fast unbemerkt gelang es der Carter-Regierung noch, die Rentenanpassungsformel zu ändern. Tatsächlich waren nach der Formel von 1972 die (unbesteuerten) Renten etwas stärker gestiegen als die Nettolöhne der Arbeiter, eben im Verhältnis zu den Bruttolöhnen. Im Namen der Gerechtigkeit wurde das Verhältnis zwischen Nettolöhnen und Renten ,,eingefroren"; das war praktisch der Übergang zur Nettoanpassung; allerdings erst für die Neurenten ab 1979. Für diese macht das bereits eine Kürzung von 5%.

Noch im Jahr 1977 tat Carter den Rentnern weitere Gerechtigkeit an: er hob die obligatorische Altersgrenze von 65 Jahren auf mit dem Hinweis, daß ja doch viele weiterarbeiten müßten. In der Tat: Nur 40% des Einkommens aller Rentner in den USA kommt aus der Sozialversicherungs-Rente und staatlicher Sozialhilfe. Lumpige 10% kommen aus den zahllosen betrieblichen, überbetriebl.chen, kommunalen oder sonstigen Rentenfonds (die darüber ein Vermögen von über 300 Mrd. $ aufgeschatzt haben). 20% kommt aus Ersparnissen der Rentner selbst oder ihrer Familien. Die restlichen 30% müssen die Alten sich durch Weiterarbeiten verschaffen.

Hier setzt auch die nächste in Arbeit befindliche Reform Carters an: ,,Rentengerechtigkeit" zwischen Mann und Frau. ,,Eine frappierende Duplizität der Ereignisse" konstatiert erfreut H. Kaltenbach, Direktor der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte. Auch in den USA werde es ,,heute nicht mehr als zeitgemäß empfunden", daß ,,die nicht erwerbstätige Ehefrau eines Versicherten *allein* aufgrund der Familienangehörigkeit eine eigene Altersrente (erhält)".

---

auf deutschem Boden ist sicher. Zusätzliche Großverbände werden als Reserven für die Vorneverteidigung verfügbar". Zur Übergabe des ersten Leopard II an das Heer erklärte Generalleutnant Poeppel: ,,Er ist in seinem technischen Standard keineswegs ein fortentwickelter Leopard I, sondern weitgehend eine Neuentwicklung ... Seine Beweglichkeit ermöglicht ihm die Überraschung ... Die Fähigkeit des Deutschen Heeres zur Verteidigung vorne und in der rückwärtigen Kampfzone wird für die 80er Jahre entscheidend verbessert."

z.tit. **Während sich Bundesrat und Bundestag in Subventionsprogrammen für die Energiekosten der Kapitalisten überbieten, forcieren sie die Schikanierung und Ausplünderung der Volksmassen bei deren Energieverbrauch.** In der Northeimer Scharnhorstkaserne und der Zietenkaserne bei Göttingen ist die Raumtemperatur auf 19 Grad festgelegt, sind private Elektrogeräte über 500 Watt verboten, Duschzeiten gekürzt; der Frischwasserverbrauch soll gesenkt werden. Allein in der Zietenkaserne haben 1978 ähnliche Maßnahmen der Einschränkung der Reproduktion der Soldaten 150000 DM eingebracht. Der Alternativenergieförderer Stoltenberg (s. KVZ 45/79) läßt sich auch bei den Energiesparmaßnahmen nicht lumpen, immerhin hat er es geschafft, im Berufsschulzentrum Königsweg (Kiel) seit Mitte September die Temperaturen auf bis zu 14 Grad absinken zu lassen. Die Schüler jedenfalls waren nicht ,,grün" genug, um sich das bieten zu lassen. 600 demonstrierten in Kiel und setzten 1 Woche schulfrei durch, bis die Heizung angeschlossen ist. Die Studenten eines Kieler Wohnheims sollen 120 DM Heizkostennachschlag zahlen und eine 8%ige Mieterhöhung hinnehmen, gleichzeitig wird im Kieler Arbeitsamt die Raumtemperatur auf 18 – 20 Grad heruntergedreht, wogegen die Angestellten aus Protest mit Handschuhen zur Arbeit erschienen.

z.jöd. **Warum grün, welches grün, wie grün, grün-schwarz, grün-bunt, grün-rot, grün, weshalb überhaupt gerade grün?** Dies waren die programmatischen und taktischen Differenzen auf dem Kongreß der ,,Grünen" am 3./4. November in Offenbach. Wobei nicht klar ist, ob nur Grüne an der Konferenz teilnahmen oder auch andersartige. Was die Absicht derartiger Konferenzen ist und sein soll, schreibt die Hamburger Zeitschrift ,,Stern": ,,Die Profis unter den Grünen, fast alles ehemalige Sozialdemokraten, sind fest entschlossen, aus der neuen Partei ein Sammelbecken für die heimatlosen Linken zu machen." Und ,,Haußleiter, der mit seiner ,Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher' (AUD) eine eigenständige und funktionierende Organisation in den neuen Verein einbringt, will die Bewegung nach links öffnen und am liebsten auch die K-Gruppen mit hineinnehmen, ,wenn sie sich auf das Ökologische verpflichten'. Der konservative Herbert Gruhl dagegen sieht die Roten mit tiefem Widerwillen unter der grünen Fahne." Da selbst akrobatische Seilakte nach den bisher vorliegenden und zeitraubenden Erfahrungen ein politisches Zusammengehen auf Grundlage eines revolutionären Programms *und* eines ökologischen Programms unmöglich machen, stellt sich nicht die Frage nach ,,Roten unter grüner Fahne", sondern wie es der ,,Stern" einschätzt: Die Revolutionäre ,,auf das Ökologische verpflichten", d.h., daß bei den kommenden Bundestagswahlen kein revolutionäres Programm noch revolutionäre Forderungen zur Wahl stehen sollen. Das sind die Absichten der schwarz-grün-orangen Politiker. In verschiedenen liberalen Kreisen soll dies bezweifelt werden. Aus rot werde grün, müßte die Farblehre heißen. Bekanntlich ist dies nicht möglich.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 · Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum · *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann · *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma · K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

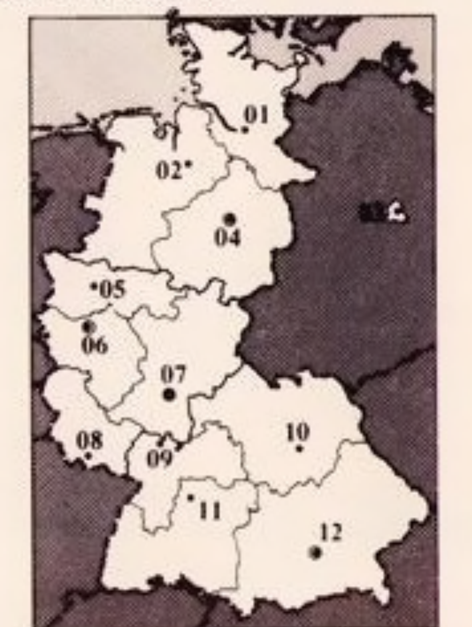
Die Hefte 01 bis 11 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 12 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.std. **Stoltenberg, Albrecht und Klose haben sich bei den jüngsten Verhandlungen zum NDR nicht geeinigt.** Der NDR wird daher voraussichtlich nicht weiter als Drei-Länder-Anstalt weitergeführt, die ihren Sitz in Hamburg hat und in der die SPD herrscht. Da der NDR ungefähr 20% der Sendungen der ARD liefert, wird daher auch die Nichteinigung zu einer Neuordnung der ARD führen. Die Neuverhandlung des Staatsvertrages war notwendig geworden, nachdem Stoltenberg den Vertrag für den 31. Dezember 1980 gekündigt hatte. Diese Kündigung hat für die bürgerlichen Parteien den Vorteil, daß darüber überhaupt die Frage des öffentlichen Monopols der Rundfunkanstalten aufgeworfen werden kann. Und offensichtlich geht es auch um diese Frage, und zwar von allen Parteien. Bei der SPD Hamburgs geht es natürlich auch besonders darum, daß sie weiter ihre Politik über den NDR machen kann. Das ist jetzt gefährdet. In Niedersachsen sind 60% aller Gebührenzahler aus dem Bereich des NDR, Hamburg ist nicht in der Lage eine solche Fernsehanstalt zu unterhalten. Von daher und durch den Wahlsieg Stoltenbergs hatte Albrecht eine starke Position. Bei der Auflösung des NDR-Staatsvertrages geht es um die Einführung des privaten Fernsehens, das in einigen Jahren mit der Einführung des Kabelfernsehens verwirklicht werden soll. Dann ist es technisch möglich, statt drei Kanälen bis zu zwanzig zu benutzen, über unterirdisch verlegte Kabel und orbital gesteuerte Satelliten. Vor wenigen Monaten hatten sich die drei Parteien noch auf einen niedersächsischen Rundfunk und Fernsehfrequenzen für Niedersachsen geeinigt. Klose wurde dann von seiner Partei zurückgepfiffen. Damit sind jetzt die Wege bereit für das private Fernsehen.

b.chv. **Dem Verbot von Betreten der sich in Privatbesitz befindlichen Felder, Wälder und Seen,** wie es im § 38 festgehalten ist, setzt die SPD zwar eine grundsätzliche Erlaubnis zur Nutzung zwecks Erholung entgegen. Der Eigentümer hat aber das Recht, auf Antrag bei der unteren Landschaftspflegebehörde, Verbotsschilder oder Umzäunungen zu errichten, wenn nachgewiesen werden kann, daß „ohne Sperrung die zulässige Nutzung des Grundstückes erheblich behindert oder eingeschränkt würde.“



verteiler; – der Hamburger Senat wird ein Gesetz über Ausweitung der Kontrolle über Heizungsanlagen beschließen. Bisher wurden nur Heizungsanlagen über 15000 Liter kontrolliert; – bis zum 31. 3. 1980 prüft der Senat, ob in bestimmten Wohngebieten Zwangsanschluß an staatliche Energieversorgung (Strom und Gas) eingeführt wird;

Gegenwärtiger Einsatz von Energieträgern im Hamburger Heizsystem

Wohungen	in %	Versorgungsart
166000	21	Erdgas HGW
31000	4	Fernwärme HGW
62000	8	Fernwärme HEW
129000	17	E-Heizsysteme
322000	41	Heizöl
70000	9	Kohle, Koks

– für Wärmeschutzmaßnahmen und Einbau von Wärmepumpen u.Ä. werden weitere Milliarden Steuergelder aufgewendet. Öl soll – zumindest zeitweilig – ersetzbar werden. Die Imperialisten wollen in die Lage kommen, die Ölpreise wieder so tief zu drücken, daß für sie riesige Extraprofite herausspringen. Über die Energiesparoffensive soll der Boden für die Durchsetzung des Kernenergieprogramms geschaffen werden, ohne das die Imperialisten mit ihren Erpressungsplänen gegen die OPEC nicht schnell genug vorankommen.

Anteil der Energieträger in den Kraftwerken der HEW 1978

39 %	Kohle
27 %	Kernenergie
26 %	Erdgas
8 %	Heizöl

r.scm. **Im Tischlerhandwerk Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen sind die Kapitalisten gezwungen worden, nun doch 6,8% mehr Lohn zu zahlen.** Dieses Verhandlungsergebnis war bereits vor zwei Wochen erzielt worden, nachdem 98,8% in einer Urabstimmung dafür gestimmt hatten, für mindestens 7% zu streiken. Die ursprüngliche Forderung lag allerdings bei 9% und mit 67% fand der 6,8%-Abschluß bei den Tischlern Ablehnung, weil sie mehr für durchsetzbar hielten. 75% beträgt aber das Quorum für Streik. Nachdem die Kapitalisten die 6,8% wieder zurückzogen, fand in Hamburg die dritte Urabstimmung statt, die letzten Dienstag mit 80% für Streik gegen das unverschämte Vorhaben, 5,4% durchzusetzen, beendet wurde. Um die Einheit mit den Tarifbezirken Bremen und Schleswig-Holstein zu wahren, für die Freitag Schlichtungsverhandlungen stattfanden (für Hamburg gibt es kein Schlichtungsabkommen), wurde in Hamburg vor Streikbeginn das Verhandlungsergebnis abgewartet. Unter diesem Druck mußten die Kapitalisten in der Schlichtung wieder 6,8% anbieten, worauf sich die Hamburger Kapitalisten anschlossen. In *Niedersachsen* ist

Friseure: Arbeitszeitausdehnung über Niedriglöhner

Friseurbetriebe wollen auch Montagmorgen arbeiten lassen

r.loh. Das Bundesverwaltungsgericht hat im März 1979 entschieden, daß es bei der Regelung im Ladenschlußgesetz bleibt, wonach Friseurbetriebe an allen Montagvormittagen, die nicht auf allgemein verkaufsoffene Sonnabende folgen, auch dann bis 13 Uhr geschlossen zu halten sind, wenn die Inhaber von der Möglichkeit, an dem vorausgegangenen Sonnabendnachmittag zu öffnen, keinen Gebrauch gemacht haben. Tatsächlich haben die Friseure nach dem Ladenschlußgesetz die Möglichkeit, ihre Läden an Sonnabenden bis 18 Uhr offen zu halten. Dementsprechend sind im Ladenschlußgesetz parallel zu der normalen Ladenschlußzeit von Sonnabendmittag bis Montagmorgen für die Friseure die Ladenschlußzeiten am Wochenende um einen halben Tag verschoben – von Sonnabendabend bis Montagmittag. Lediglich an verkaufsoffenen Samstagen, an denen die Ladenschlußzeigen am Wochenende allgemein sich nur auf den Sonntag beschränken, ist den Friseuren nach einer Änderung des Ladenschlußgesetzes erlaubt, „zur Wahrung der Wettbewerbsneutralität“ gegenüber den übrigen Ladenbesitzern und Kaufhäusern ebenfalls bereits am Montagmorgen die Läden zu öffnen.

Da es sich für die Friseure nicht lohnt, ihre Geschäfte Sonnabendnachmittags offen zu halten, haben sie in einer von den Friseurverbänden unterstützten Klage zu erreichen versucht, eine verbindliche gerichtliche Auslegung der betreffenden Regelungen des Ladenschlußgesetzes dahingehend zu erreichen, daß sie nur dann gezwungen sind, montags erst um 13 Uhr zu öffnen, wenn sie am Sonnabend zuvor von der Möglichkeit bis 18 Uhr offen zu halten, auch tatsächlich Gebrauch gemacht haben. Für die Beschäftigten im Friseurhandwerk würde dies bedeuten, daß sie am Wochenende in jedem Fall nur eine zusammenhängende Erholungspause von eineinhalb Tagen hätten, während die Läden gegenwärtig meist zumindest Sonnabendmittag bis Montagmittag geschlossen sind.

Das Bundesverwaltungsgericht hat nun entschieden, daß die Friseure unabhängig davon, ob sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, Sonnabends bis 18 Uhr zu öffnen oder nicht, Montags auf jeden Fall erst um 13 Uhr beginnen dürfen. Das Ladenschlußgesetz enthält gewisse Schranken gegen den übermäßigen Verschleiß der Arbeitskraft durch lange Arbeitszeiten, wie sie im Einzelhandel gang und gäbe sind. Das Bundesverwaltungsgericht sah sich genötigt, dies anzuerkennen und begründet seine Entscheidung damit, daß die beteffende Regelung im Ladenschlußgesetz verhindere, daß der Betriebsinhaber im Sonnabend-Montag-Verhältnis seine Schließungs- und Öffnungszeiten nach Belieben verändert, und so den Ladenangestellten „eindeutige und verläßliche Erholungszeiten“ sichere.

Die Friseure haben gegen dieses Urteil eine „Aktion Montagsöffnung“ gegründet, weil sie sich in ihrer „Berufsfreiheit“ verletzt fühlen. Daß es nicht um die Berufsfreiheit der kleinen Friseure geht, die im wesentlichen vom Einsatz ihrer eigenen Arbeitskraft leben, liegt auf der Hand, da diese ohnehin nicht fünfeinhalb Tage in der Woche im Laden stehen. Es geht um die Ausdehnung der Ausbeutungszeit für die Beschäftigten im Friseurhandwerk, deren Lage sich damit weiter verschlechtern würde. Nach dem in Hamburg geltenden Manteltarifvertrag beträgt die Wochenarbeitszeit für die Beschäftigten im Friseurhandwerk 42 Stunden. Es ist praktisch die Regel, daß die Arbeitszeit durch Pausenarbeit und Aufräumarbeiten nach Arbeitsschluß verlängert wird. Dies hat auch Eingang in den Tarifvertag gefunden, wonach Aufarbeitungs- bzw. Aufräumungszeiten bis zu 10 Minuten täglich nicht als Mehrarbeit gelten und nicht vergütet werden. Diese Beschäftigten gehören zu den am schlechtesten bezahlten Teilen der Arbeiterklasse. In Hamburg erhält ein Geselle in den ersten sechs Monaten 950 DM brutto monatlich; in den nächsten beiden Jahren 1025 DM brutto, was bei 182 Stunden monatlich einem Stundenlohn von DM 5,63 entspricht.

Notwendige Ecklohnangleichung der nördlichen Tarifbezirke sind nicht unwesentlich

r.jöd. Am 31. Januar laufen die Tarifverträge für die Metallindustrie in der Bundesrepublik und Westberlin aus. In den nächsten Wochen treten die Tarifkommissionen zusammen, werden die auslaufenden Lohntarifverträge kündigen und Forderungen aufstellen. Im Norddeutschen Raum gibt es in der Metallindustrie neben dem Nordverbund, der ein Zusammenschluß der Tarifgebiete Schleswig-Holstein, Hamburg, Unterwesergebiet und nordwestliches Niedersachsen ist, weiterhin die Tarifgebiete Niedersachsen und Osnabrück. Unter den Lohntarif fallen im Nordverbund 157000 Arbeiter, in Niedersachsen 125000 und in Osnabrück 30000 Arbeiter. In der nebenstehenden Tabelle haben wir die Lohnunterschiede der Ecklöhne tabellarisch erfaßt.

In der Bundesrepublik gibt es seit Beginn der Einteilung der Tarifgebiete Lohnunterschiede zwischen den Tarifgebieten. Im Jahre 1950 zwischen 1,02 und 1,22 DM. Waren die regionalen Arbeitsmärkte ein Grund für die Unterschiede der Tarifbezirke, so werden diese durch die erzwungene Mobilität geringer. Es haben zwar Angleichun-

bund und Osnabrück von 6 Pfennig unbedeutend ist. Nur, wenn wir diesen Lohnunterschied auf Grundlage der Ecklohndaten auf die gesamten Belegschaften im Tarifgebiet Niedersachsen im Vergleich zum Nordverbund aufrechnen, dann kommen wir nur 1979 auf eine Differenz von 10 Millionen DM. Nicht genug der Unterschiede, die sich durch alle Lohngruppen ziehen. Die tariflich gesicherten Leistungszulagen betragen im Nordverbund 16% und in den Gebieten Niedersachsen und Osnabrück 13%. Der Ecklohn plus tarifliche Leistungszulage ist dann im Nordverbund 10,15 DM, Niedersachsen 9,84 DM und Osnabrück 9,82 DM.

Gelingt es in den nächsten Jahren nicht, Einheitlichkeit in der Verhandlungsführung dieser Tarifbezirke zu erreichen, werden nicht nur die Ecklohndifferenzen bestehen bleiben, sondern auch die Differenz zwischen abgesichertem Lohn und übertariflichem Lohn. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß der tariflich abgesicherte Lohn, im Vergleich zur Ecklohngruppe von Niedersachsen, bei den VW-Werken 12,69 DM beträgt. Hier ist im Gegensatz zu den Tarifbezirken der übertarifliche Lohn tariflich abgesichert. Die Tarifkommissionen in den Tarifbezirken Nordverbund, Niedersachsen und Osnabrück müssen eine Zusammenlegung der Tarifgebiete ernsthaft prüfen, mit dem Ziel, tarifliche Lohnunterschiede abzubauen, um sich dann besser den Problemen der übertariflichen Lohnabsicherung überhaupt zuwenden zu können. Ein einheitliches Tarifgebiet Nordverbund, Niedersachsen und Osnabrück kann den Spaltungen der Kapitalisten besser entgegentreten und die Kampfkraft vergrößern.

Vergleich der Ecklöhne in den Tarifgebieten

	Nord-verbund	Nieder-sachsen	Osna-brück
1979	8,75	8,71	8,69



nen niedersächsischen Rundfunk und Fernsehfrequenzen für Niedersachsen geeinigt. Klose wurde dann von seiner Partei zurückgepfiffen. Damit sind jetzt die Wege bereit für das private Fernsehen.

b.chv. **Dem Verbot von Betreten der sich in Privatbesitz befindlichen Felder, Wälder und Seen,** wie es im § 38 festgehalten ist, setzt die SPD zwar eine grundsätzliche Erlaubnis zur Nutzung zwecks Erholung entgegen. Der Eigentümer hat aber das Recht, auf Antrag bei der unteren Landschaftspflegebehörde, Verbotsschilder oder Umzäunungen zu errichten, wenn nachgewiesen werden kann, daß „ohne Sperrung die zulässige Nutzung des Grundstückes erheblich behindert oder eingeschränkt würde.“



b.ana. **A. Adrians mußte zur Prüfung zugelassen werden!** Mehrere Seminare und FSR hatten das gefordert. Dem §6 Abs. 2b der Prüfungsordnung, mit dem das Lehrerprüfamt (LPA) die Nicht-Zulassung begründet „fehlt es an einer ausreichenden gesetzlichen Grundlage“, entschied das Gericht. Dem Gericht gegenüber begründete das LPA seinen Angriff auf die Rechte der Studenten: „...Dabei ist wesentlich, daß ein Lehrer als Erzieher und Vorbild von Kindern selbst Autorität – im eigentlichen Sinne des Wortes – ist, daß er selbst Beamter ist ... Das LPA kann gegen die Entscheidung Beschwerde einlegen.

b.ulh. **Heizkostenverteuerung, Heizungsüberwachung und Zwangsanschluß an staatlich vorgeschriebene Heizsysteme sind Maßnahmen am Energieeinsparungsprogramm des Hamburger Senats.** Zweck ist durch rigide Einschränkungen in der Energieversorgung, die Zustimmung der Massen für das KKW-Programm zu erpressen. Laut Senatsbericht wird „der vor allem von den starken Preissteigerungen ausgehende 'Schockeffekt' ...nachhaltiger sein als bei der Versorgungskrise im Winter 73/74.“ Dennoch seien „außergewöhnliche Anstrengungen“ erforderlich, um die „alten Gewohnheiten“ – sprich warm geheizte Wohnungen – auszumerzen. Die Maßnahmen: – ab Heizungsperiode 80/81 führt die SAGA die verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung ein. Mit Energieeinsparung von 15 bis 20% wird gerechnet, 50 bis 60 DM kostet der Einbau der Heizkosten-

27 % Kernenergie
26 % Erdgas
8 % Heizöl

r.scm. **Im Tischlerhandwerk Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen sind die Kapitalisten gezwungen worden, nun doch 6,8% mehr Lohn zu zahlen.** Dieses Verhandlungsergebnis war bereits vor zwei Wochen erzielt worden, nachdem 98,8% in einer Urabstimmung dafür gestimmt hatten, für mindestens 7% zu streiken. Die ursprüngliche Forderung lag allerdings bei 9% und mit 67% fand der 6,8%-Abschluß bei den Tischlern Ablehnung, weil sie mehr für durchsetzbar hielten. 75% beträgt aber das Quorum für Streik. Nachdem die Kapitalisten die 6,8% wieder zurückzogen, fand in Hamburg die dritte Urabstimmung statt, die letzten Dienstag mit 80% für Streik gegen das unverschämte Vorhaben, 5,4% durchzusetzen, beendet wurde. Um die Einheit mit den Tarifbezirken Bremen und Schleswig-Holstein zu wahren, für die Freitag Schlichtungsverhandlungen stattfanden (für Hamburg gibt es kein Schlichtungsabkommen), wurde in Hamburg vor Streikbeginn das Verhandlungsergebnis abgewartet. Unter diesem Druck mußten die Kapitalisten in der Schlichtung wieder 6,8% anbieten, worauf sich die Hamburger Kapitalisten anschlossen. In *Niedersachsen* ist der Tarifvertrag für das Tischlerhandwerk zum 31.11. gekündigt. Die große Tarifkommission fordert 10%.

b.mak. **60 Bauern aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg schließen sich in der „Notgemeinschaft Gorleben“ zusammen.** Sie wollen rasch eine Mitgliederversammlung durchführen und einen Vorstand wählen. In die „Notgemeinschaft“ werden nur Bauern aufgenommen. Mit diesem Zusammenschluß streben die Bauern eine bessere Organisation des Kampfes gegen die WAA an. Insbesondere wollen sie Informationsarbeit leisten, die sich auch auf die Bauern aus den benachbarten Kreisen erstrecken soll, um den Zusammenschluß zu erweitern und zu festigen. Gegenseitige Unterstützung bei den Strafverfahren ist weiteres Ziel der Bauern. Der Landvolkvorsitzende begrüßt den Zusammenschluß der Bauern.

b.irm.Ratzeburg. **Die Einrichtung einer Kreiseinsatzleitstelle im Kreisgebäude in Ratzeburg (Tag und Nacht einsatzbereit) ist für 1980 geplant.** Nahezu jede Woche findet irgendwo im Kreis (sog. Zonenrandgebiet) eine Katastrophenübung statt. Um „Eigenmächtigkeiten“ der Feuerwehren zu verhindern, soll die gegenwärtige Kreisfeuerwehrzentrale Elmenhorst dichtgemacht werden. Übungen finden statt wie: „Großalarm nach Tanker-Unfall“ (Einsatz Amtsfeuerwehrverband Sandesneben, Freiwillige Feuerwehr Ritzerau und Koberg), Übung „Giftwolke 79“ auf dem Gelände Autobahnbrücke Gudow (DRK aus dem ganzen Kreis, ABC-Zug aller Feuerwehren), Übung „Massenschlägerei“. Außerdem findet die Ausrüstung der Feuerwehren zum „Stillen Alarm“ über kleine ständig zu tragende Funkgeräte statt. Dies, um gegebenenfalls ohne Kenntnis der Bevölkerung zu operieren.

ner von den Friseurverbänden unter- Öffnungszeiten nach Belieben verän- DM 5,63 entspricht.

Notwendige Ecklohnangleichung der nördlichen Tarifbezirke sind nicht unwesentlich

r.jöd. Am 31. Januar laufen die Tarifverträge für die Metallindustrie in der Bundesrepublik und Westberlin aus. In den nächsten Wochen treten die Tarifkommissionen zusammen, werden die auslaufenden Lohntarifverträge kündigen und Forderungen aufstellen. Im Norddeutschen Raum gibt es in der Metallindustrie neben dem Nordverbund, der ein Zusammenschluß der Tarifgebiete Schleswig-Holstein, Hamburg, Unterwesergebiet und nordwestliches Niedersachsen ist, weiterhin die Tarifgebiete Niedersachsen und Osnabrück. Unter den Lohntarif fallen im Nordverbund 157000 Arbeiter, in Niedersachsen 125000 und in Osnabrück 30000 Arbeiter. In der nebenstehenden Tabelle haben wir die Lohnunterschiede der Ecklöhne tabellarisch erfaßt.

In der Bundesrepublik gibt es seit Beginn der Einteilung der Tarifgebiete Lohnunterschiede zwischen den Tarifgebieten. Im Jahre 1950 zwischen 1,02 und 1,22 DM. Waren die regionalen Arbeitsmärkte ein Grund für die Unterschiede der Tarifbezirke, so werden diese durch die erzwungene Mobilität geringer. Es haben zwar Angleichun-gen stattgefunden, aber bis heute ist es weder gelungen, einen einheitlichen Ecklohn in allen Tarifgebieten zu erzielen, noch in den nördlichen Tarifbezirken. Beim ersten Blick mag man meinen, daß der Lohnunterschied beim tariflichen Ecklohn zwischen dem Nordverbund und Niedersachsen von 4 Pfennig und zwischen dem Nordver-

bund und Osnabrück von 6 Pfennig unbedeutend ist. Nur, wenn wir diesen Lohnunterschied auf Grundlage der Ecklohndaten auf die gesamten Belegschaften im Tarifgebiet Niedersachsen im Vergleich zum Nordverbund aufrechnen, dann kommen wir nur 1979 auf eine Differenz von 10 Millionen DM. Nicht genug der Unterschiede, die sich durch alle Lohngruppen ziehen. Die tariflich gesicherten Leistungszulagen betragen im Nordverbund 16% und in den Gebieten Niedersachsen und Osnabrück 13%. Der Ecklohn plus tarifliche Leistungszulage ist dann im Nordverbund 10,15 DM, Niedersachsen 9,84 DM und Osnabrück 9,82 DM.

Gelingt es in den nächsten Jahren nicht, Einheitlichkeit in der Verhandlungsführung dieser Tarifbezirke zu erreichen, werden nicht nur die Ecklohndifferenzen bestehen bleiben, sondern auch die Differenz zwischen abgesichertem Lohn und übertariflichem Lohn. Hier sei nur darauf hingewiesen, daß der tariflich abgesicherte Lohn, im Vergleich zur Ecklohngruppe von Niedersachsen, bei den VW-Werken 12,69 DM beträgt. Hier ist im Gegensatz zu den Tarifbezirken der übertarifliche Lohn tariflich abgesichert. Die Tarifkommissionen in den Tarifbezirken Nordverbund, Niedersachsen und Osnabrück müssen eine Zusammenlegung der Tarifgebiete ernsthaft prüfen, mit dem Ziel, tarifliche Lohnunterschiede abzubauen, um sich dann besser den Problemen der übertariflichen Lohnabsicherung überhaupt zuwenden zu können. Ein einheitliches Tarifgebiet Nordverbund, Niedersachsen und Osnabrück kann den Spaltungen der Kapitalisten besser entgegentreten und die Kampfkraft vergrößern.

Vergleich der Ecklöhne in den Tarifgebieten

	Nord-verbund	Nieder-sachsen	Osna-brück
1979	8,75	8,71	8,69
1978	8,39	8,35	8,33
1977	7,99	7,95	7,93
1976	7,47	7,43	7,41
1975	7,09	7,05	7,05
1974	6,64	6,56	6,58
1973	5,88	5,80	5,82
1972	5,42	5,20	5,20



b.clm. **Die Umflaggung der Schiffe der Linie Römö-Sylt von zypriotischer auf westdeutsche Flagge würde die Fördereederei rund 10 Mio. DM kosten.** Wegen der schärferen Sicherheitsbestimmungen müßten z.B. alle Abschottungen feuerfest gemacht werden. Der Vorschlag der Umflaggung ist deshalb von der Reederei zu diesem Zeitpunkt mit ziemlicher Sicherheit nicht ernst gemeint, sondern soll dazu dienen auf beiden Seiten der Grenze Chauvinismus zu fördern. Im Rahmen einer Sendung zum Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen am Donnerstag letzter Woche ist auch ein Interview mit einem Mitglied der Blockadewacht gesendet worden. Der Fährarbeiter antwortete auf die Frage, wie die Arbeiter zum Vorschlag der Umflaggung stehen würden, daß sie das begrüßen würden. Dieser Teil des Interviews wurde herausgeschnitten. Bei der Darstellung des Kampfes der Fährarbeiter als nationalistisch, der nichts mehr mit den sozialen Interessen der Arbeiter zu tun habe, kann sich die Reederei auf eine tatsächlich vorhandene Strömung in der Unterstützung in Dänemark stützen, die von Reformisten und Revisionisten in den dänischen Gewerkschaften immer mehr gefördert wird. Die Reederei nutzt das, um die westdeutschen Arbeiter auf ihrer Seite ins Gefecht zu führen. Das beste Mittel dagegen ist, die Dieselöllieferungen einer Eckernförder Firma an die Reederei anzugreifen, mit denen die Fördereederei die Blockade zu umgehen versucht.

b.thc. **Die schleswig-holsteinische Landesregierung will schiffahrtspolizeiliche Kontrollen weiterhin alleine durchführen.** Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, daß in Zukunft sowohl der Bundesgrenzschutz als auch der Zoll die Möglichkeit hat, Schiffe innerhalb der 3-Meilenzone zu stoppen und eine Überprüfung der Ausrüstung vorzunehmen. Nach einer Vereinbarung von 1955 steht dies der Landeswasserschutzpolizei zu.



b.sal.Brunsbüttel. **Der Störfall im Kernkraftwerk Brunsbüttel kann das Abenteurertum der Bourgeoisie nicht bremsen.** Bis Ende des Jahres soll das KKW wieder in Betrieb genommen werden. Da sie das KKW Brokdorf bisher nicht bauen konnte, soll Brunsbüttel als Zentrum der Energieversorgung ausgebaut werden. Geplant ist eine Kohlehydrieranlage sowie eine Zwischenlagerhalle für radioaktiven Abfall – seit Beginn dieses Jahres wird er schon in Brunsbüttel gelagert – in Nähe des Landeshafens. So kann schnell die importierte Kohle in der mit KKW-Strom betriebenen Kohleveredelungsanlage verarbeitet werden. Außer der Brunsbütteler SPD, die gegen die Ausweitung des Industriegebietes ist, sind die Politiker aller Ebenen begeistert von diesen Plänen. Um diese Pläne nicht zu gefährden, wurde der Austritt

Die Lehrer halten an ihren Zielen und dem Streikbeschluß trotz Drohungen der Schulbürokratie fest

b.ols. **Schlesig-Holstein.** Am 13.11.79 findet in der kleinen Holstenhalle in Neumünster ab 16 Uhr eine Protestveranstaltung der GEW zum Thema „Arbeitszeitverkürzung“ statt. Es sprechen Jens, Landesvorsitzender der GEW, Sierks, Vorsitzender des DGB-Nordmark, Kultusminister Bendixen und Karpen, stellvertr. Landesvorsitzender der GEW. In zahlreichen Schulen Schleswig-Holsteins haben die GEW-Betriebsgruppen diesen Tag durch Wandzeitungen, Verteilen von Informationsmaterial, Unterschriftensammlungen und Personalversammlungen vorbereitet. GEW-Kreis- und Ortsverbände mobilisieren durch Veranstaltungen und Info-Stände und organisieren die Fahrt nach Neumünster in Bussen und geschmückten Auto-Konvois.

r.trg. **Hamburg.** Vom 5.11. bis 8.11. wurde die Urabstimmung in den Hamburger Schulen erfolgreich durchgeführt. 81,2% stimmten für Streik. Mehrere hundert Lehrer sind noch während der Urabstimmung in die GEW eingetreten, um sich am Streik zu beteiligen. An vielen Schulen gab es eine Beteiligung von 90 bis 100% an der Urabstimmung. Für den 13.11., am Tag der Arbeitsniederlegung haben viele Betriebsgruppen beschlossen, mit Sandwiches in öffentlichen Verkehrsmitteln zur Streikversammlung zu fahren. Die Schülerräte von 18 Schulen haben sich mit dem Lehrerstreik solidarisiert. Sie planen Vollversammlungen am Streiktag. Am 8.11.79 kam die 2. Anordnung vom Staatsrat an alle Schulleiter mit der Aufforderung alle Lehrer, die sich am Streik beteiligen, an die Personalabteilung zu melden. Freitagabend hat Klose per „einstweiliger Verfügung“ den Lehrerstreik verboten. Er droht mit hohen Bußgeldern. Die GEW ruft trotzdem zum Streik auf und fordert die Lehrer auf, sich am Montag in die Zähllisten einzutragen.

r.rop. **Westberlin.** Der Landesvorstand der Westberliner GEW hat Rundfunk und Presse für den 12.11. zu einer öffentlichen Vorstandssitzung eingeladen; Thema: Arbeitszeitverkürzung für Lehrer, Kündigung der Dienstvereinbarung über Mehrarbeit zum 31.1.80. Bis zum 13.11. wird in Briefen an die Elternvertretungen die Notwendigkeit der 40Stundenwoche dargestellt. Am 13.11. werden vor dem Unterricht Flugblätter verteilt; während des Unterrichts wird eine Stunde über die Arbeitszeitverkürzung mit den Schülern diskutiert und dies ins Klassenbuch eingetragen; nachmittags soll dem Schulsenator Rasch ein Bündel unkorrigierter Arbeiten übergeben werden mit der Aufforderung: jetzt korrigieren sie die Arbeiten selbst.

r.hes. **Bremen.** Auf der Personalversammlung der Bremer Lehrer am 6.11.79, die von mehr als 2000 Lehrern

ren. Die Schülerräte von 18 Schulen haben sich mit dem Lehrerstreik solidarisiert. Sie planen Vollversammlungen am Streiktag. Am 8.11.79 kam die 2. Anordnung vom Staatsrat an alle Schulleiter mit der Aufforderung alle Lehrer, die sich am Streik beteiligen, an die Personalabteilung zu melden. Freitagabend hat Klose per „einstweiliger Verfügung“ den Lehrerstreik verboten. Er droht mit hohen Bußgeldern. Die GEW ruft trotzdem zum Streik auf und fordert die Lehrer auf, sich am Montag in die Zähllisten einzutragen.
r.rop. **Westberlin.** Der Landesvorstand der Westberliner GEW hat Rundfunk und Presse für den 12.11. zu einer öffentlichen Vorstandssitzung eingeladen; Thema: Arbeitszeitverkürzung für Lehrer, Kündigung der Dienstvereinbarung über Mehrarbeit zum 31.1.80. Bis zum 13.11. wird in Briefen an die Elternvertretungen die Notwendigkeit der 40Stundenwoche dargestellt. Am 13.11. werden vor dem Unterricht Flugblätter verteilt; während des Unterrichts wird eine Stunde über die Arbeitszeitverkürzung mit den Schülern diskutiert und dies ins Klassenbuch eingetragen; nachmittags soll dem Schulsenator Rasch ein Bündel unkorrigierter Arbeiten übergeben werden mit der Aufforderung: jetzt korrigieren sie die Arbeiten selbst.
r.hes. **Bremen.** Auf der Personalversammlung der Bremer Lehrer am 6.11.79, die von mehr als 2000 Lehrern
besucht war, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die 40-Stundenwoche für Lehrer und die Zurücknahme der Disziplinierungen im Zusammenhang mit dem Streik der Bremer Lehrer vom 4.7. fordert. Sie enthält auch einen Aufruf zur Demonstration in Celle am 15.11. Als weitere Kampfmaßnahmen wurden beschlossen: Der Personalrat und die Lehrerverbände sollen eine Veranstaltung zur Arbeitszeit und den Disziplinierungen organisieren, zu der der neue Bildungssenator und Koschnick eingeladen werden. Im Januar soll eine Personalversammlung am frühen Vormittag durchgeführt werden. Mit großer Mehrheit sprach sich die Versammlung gegen die Entlassung von drei Lehrern (wegen Unterstützung des KBW) aus. Die Personalversammlung lehnte den vom Senator für Bildung herausgegebenen Entwurf einer neuen Dienstanweisung, der Mehrarbeit und zusätzliche Entrechtung vorsieht, ab.

r. **Hannover.** Am 6.11. tagte die Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Langenhagen der GEW. Beschlossen wurde, daß am 13.11 in der 5. und 6. Stunde eine Versammlung der streikenden Lehrer auf dem Marktplatz Langenhagen stattfindet. Es wird mit etwa 100 Lehrern gerechnet. Aus den Schulen werden Transparente mitgebracht.

r. **Hannover.** Auf Vorschlag der GEW sollen Anwärter und Referendare am 13.11., um 11 Uhr Personalversammlungen durchführen. Die Referendare am Studienseminar Hannover II haben daraufhin mit einer Unterschriftensammlung den Personalrat beauftragt, zu diesem Zeitpunkt die Personalversammlungen einzuberufen.

*r.***Hildesheim.** Auf der Sitzung des Beamtenausschußes der ÖTV im KV Hildesheim am 7.11. hat ein Delegierter der am 14.11.79 tagenden Kreisdelegiertenkonferenz angekündigt, dort einen Initiativantrag einzubringen. In dem Antrag sollen die Forderungen der Lehrer und alle zu ihrer Durchführung notwendigen Maßnahmen unterstützt werden. DerBeamtenausschuß hat dies begrüßt.

r. **Hannover.** Für den 13.11 sind in der Grund- und Hauptschule Gronau drei Veranstaltungen vorgesehen: ab 11 Uhr findet eine Veranstaltung in der Schule statt, zu der die Eltern und Schüler eingeladen sind. Ab 12 Uhr wird auf dem Marktplatz in Gronau ein Infostand durchgeführt. Um 20 Uhr findet in der Aula der Grund- und Hauptschule eine weitere Diskussion zur Arbeitszeitverkürzung statt. Zu der Demonstration am 15.11. ruft außer der GEW ebenfalls der VBE (Verband Bildung und Erziehung) auf. Am 13.11., von 11 bis 14 Uhr findet in der Fußgängerzone in Hildesheim eine zentrale Kundgebung des Kreisverbandes statt.

r.inh. **NRW.** Die Landesvertreterversammlung der GEW in Nordrhein-Westfalen ruft zum 13.11. zu einem landesweiten Aktionstag und einer landesweiten Kundgebung in Herne auf. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt: Anpassung der Lehrerarbeitszeit an die im öffentlichen Dienst übliche 40-Stunden-Woche, Senkung der Pflichtstundenzahl für alle Lehrer auf 20

amtenausschußes der ÖTV im KV Hildesheim am 7.11. hat ein Delegierter der am 14.11.79 tagenden Kreisdelegiertenkonferenz angekündigt, dort einen Initiativantrag einzubringen. In dem Antrag sollen die Forderungen der Lehrer und alle zu ihrer Durchführung notwendigen Maßnahmen unterstützt werden. DerBeamtenausschuß hat dies begrüßt.
r. **Hannover.** Für den 13.11 sind in der Grund- und Hauptschule Gronau drei Veranstaltungen vorgesehen: ab 11 Uhr findet eine Veranstaltung in der Schule statt, zu der die Eltern und Schüler eingeladen sind. Ab 12 Uhr wird auf dem Marktplatz in Gronau ein Infostand durchgeführt. Um 20 Uhr findet in der Aula der Grund- und Hauptschule eine weitere Diskussion zur Arbeitszeitverkürzung statt. Zu der Demonstration am 15.11. ruft außer der GEW ebenfalls der VBE (Verband Bildung und Erziehung) auf. Am 13.11., von 11 bis 14 Uhr findet in der Fußgängerzone in Hildesheim eine zentrale Kundgebung des Kreisverbandes statt.
r.inh. **NRW.** Die Landesvertreterversammlung der GEW in Nordrhein-Westfalen ruft zum 13.11. zu einem landesweiten Aktionstag und einer landesweiten Kundgebung in Herne auf. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt: Anpassung der Lehrerarbeitszeit an die im öffentlichen Dienst übliche 40-Stunden-Woche, Senkung der Pflichtstundenzahl für alle Lehrer auf 20
Stunden. Sofortige Senkung der Pflichtstundenzahl um eine Stunde, keiner mehr als 25 Unterrichtsstunden. – Der landesweite Aktionstag soll mit Veranstaltungen, Informationsständen und außerordentlichen Personalversammlung die Warnstreiks in Hamburg, Niedersachsen und Hessen zur Durchsetzung der Forderungen der Lehrer unterstützen.

Das Löschwasser für die Kapitalisten mußten die Massen als Trinkwasser bezahlen

b.peb. „Die Wasserversorgung für sich betrachtet ist mithin trotz hoher Investitionen in Gewinnungsanlagen ein sehr gutes Geschäft“. Dies stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ nach der Tariferhöhung des Normalwassertarifs von 1,20 auf 1,30 DM/m^3 bei den Hamburger Wasserwerken zum 1.7.79 fest. 185 Mio. DM betrugen die Einnahmen für Wasser 1978, ein Großteil davon geht als Konzessionsabgaben an die Stadt, rund eine halbe Mio. DM dienten als Rücklage.

Als „gutes Geschäft“ hatte die „allgemeine öffentliche Wasserversorgung“ auch begonnen. 1842 vernichtete der „Hamburger Brand“ ein Drittel des Stadtzentrums. Der Brand konnte sich ausbreiten, weil durch die völlig unzureichende Wasserversorgung kein Wasser zum Löschen vorhanden war. Die Bourgeoisie entschloß sich mit unfiltriertem Elbwasser eine zentrale Wasserversorgung errichten zu lassen. 1850 waren etwa ein Drittel aller Häuser zentral versorgt. Die Kosten wurden über Verkauf des Wassers als Trinkwasser eingetrieben.

Die Wasserqualität war schlecht und führte 1892 zum Ausbruch der Cholera in Hamburg. Allein die Kapitalisten verfügten zu diesem Zeitpunkt über unverseuchtes Trinkwasser. In einer Anzeige kündigt die Bill-Brauerei die Abgabe von Trinkwasser an: „Die Bill-Brauerei, (...) erklärt sich bis auf weiteres bereit, von dem Wasser ihres artesischen Brunnens ca. 120000 Liter per Stunde selbstlaufend gratis abzugeben. Das Wasser kommt aus einer Tiefe von ca. 176 Metern, ist kühl (und) vollständig frei von gesundheitsschädlichen Stoffen...“.

Die Konsequenz, die die Bourgeoisie aus der Epidemie zog, war die Filtrierung des Elbwassers mit einem Sandfilter. Trotzdem blieb die Qualität schlecht, das Wasser schmeckte faulig, in den Leitungen gediehen Aale und andere Fische und Pflanzen gut.

Mit dem Wasserwerk Billbrook wurde erst 1905 das erste Grundwasserwerk eingerichtet. Es förderte 48000 m^3 am Tag, was im Jahr nicht einmal 25% der Wasserversorgung ausmachte.

Schon 1929 war absehbar, daß die Elbe als Trinkwasserquelle nicht länger nutzbar war. Alle Abwässer der Stadt wurden ohne Klärung in sie eingeleitet.

Wasserförderung in Hamburg (in tsd. m^3)

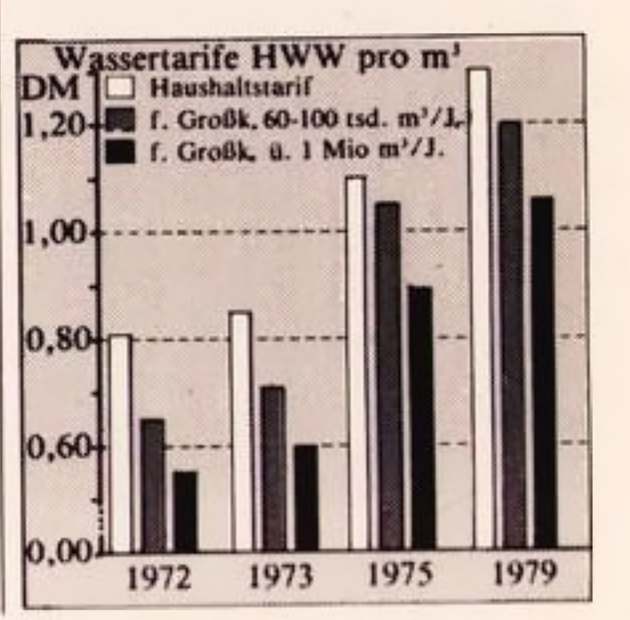
	1971	1975	1978
Kapitalisten aus Grundwas.	56408	53029	–
HWW gesamt	160847	161590	156655

Wasserverbrauch in Hamburg (in tsd. m^3)

	1971	1975	1978
Haushalte u. Gewerbe	108080	111297	111416
Großabn.	19547	16835	14981
Kapitalisten gesamt	373850	455233	–

In einer Studie der HWW wurde die Notwendigkeit aufgezeigt, spätestens 1932 die Versorgung vollständig auf Grundwasser umzustellen, entgültig wurde dies erst 1963 verwirklicht.

Heute wird das Wasser zu annähernd 99% aus den Grundwasserbrunnen der 20 Wasserwerke aus bis zu einer Tiefe von 400 m gewonnen. 150,4 Mio. m^3 Wasser haben die HWW 1977 an die Verbraucher abgegeben, 87% gingen davon an die Normalverbraucher, 13% an die Großabnehmer. Der Wasserverbrauch der Kapitalisten lag 1975 bei über 450 Mio. m^3 im Jahr. Sie decken ihren Bedarf im wesentlichen durch eigene Förderung, wobei sie 1975 allein 53 Mio. m^3 aus dem Grundwasser förderten. Nur in Spitzenzeiten, wo das Wasser knapp ist, greifen sie auf die HWW zurück, was meistens zu einer Überlastung des Netzes führt.



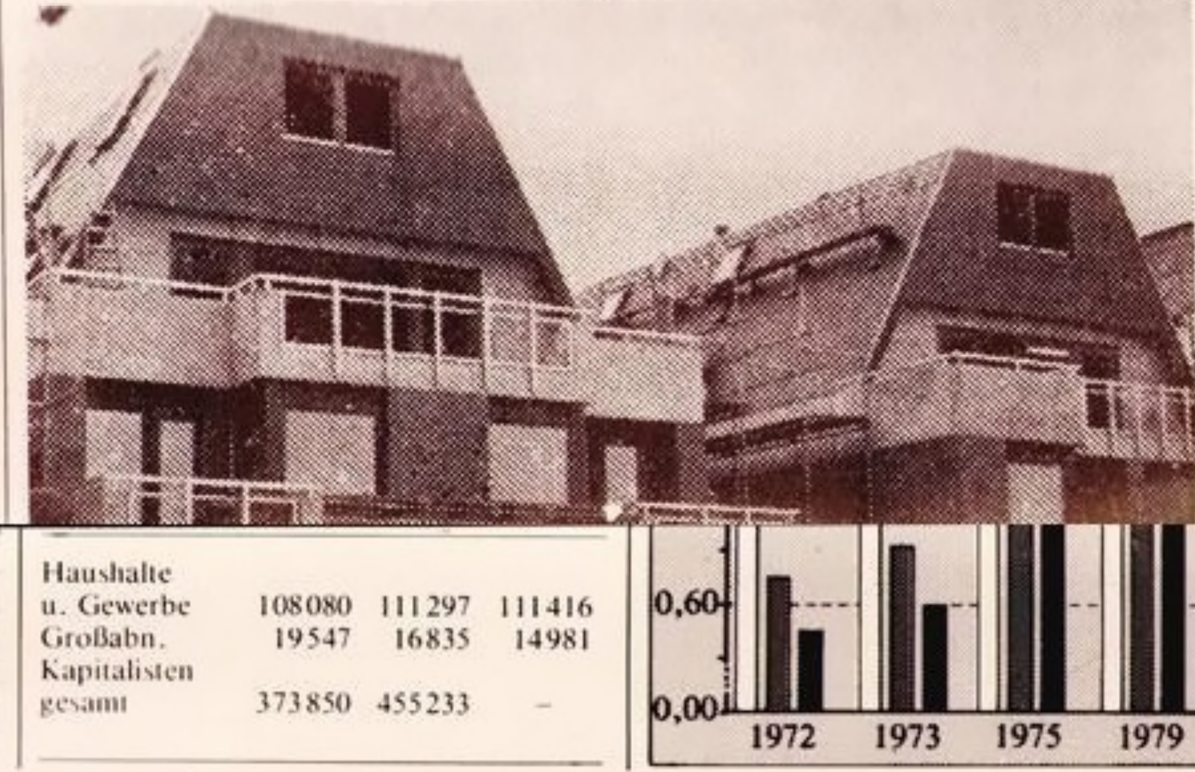
Lüder Bauring: Konkursverfahren eröffnet

b.kaq. Am 1. November ist das Konkursverfahren der Firma Lüder Bauring eröffnet worden. 212 Mitarbeiter wurden Mitte Oktober gekündigt. Jetzt zur Eröffnung blieben von den 1000 gewerblichen Arbeitern nur 144 verschont, sowie 213 Angestellte.

Auch die neun Mitglieder des Betriebsrates erhielten die Kündigung. Bei Bekanntwerden des Konkurses am 19. September ruhte die Arbeit auf den Lüder Baustellen und im Fertigteilwerk Luschendorf nur wenige Tage. Aussichtsreiche Verhandlungen zur Übernahme der Firma wurden den Arbeitern vom Konkursverwalter in Aussicht gestellt. Die Landesregierung eilte mit einer Bürgschaft von 2 Millionen der angeschlagenen Firma zur Hilfe. Damit sollte die Fertigstellung von 68 Lüder-Bauring-Häusern gesichert werden. „Menschliche Schicksale“ nennt die Lübecker Nachrichten jetzt die Kündigungen der Arbeiter. Der Betriebsrat, der zu den Kündigungen erst gehört wurde, als sie bereits auf der

sern in Massenproduktion erhebliche Profite eingeheimst. Lüder wollte mehr sein und hat sich in die Konkurrenz zu den Großkonzernen der Bauindustrie gewagt. Großprojekte wie das Maritim in Travemünde, das Hotel Lysia in Lübeck wurden übernommen und die Konkurrenz unterboten. Bereits 1975 war die Firma dadurch vor dem Konkurs und wurde mit Bürgschaften der Landesregierung gestützt. Aus den roten Zahlen ist sie seitdem nicht mehr herausgekommen, weil das Finanzkapital seinen Tribut gefordert hat.

Firmeninhaber Lüder, Angehöriger des Sonderkommandos Skorzeny und Träger der Henry-Dunant-Medaille, war für die Landesregierung die Verkörperung des selbständigen Unternehmers, das war ihnen einige Bürgschaften wert.



unverseuchtes Trinkwasser. In einer Anzeige kündigt die Bill-Brauerei die Abgabe von Trinkwasser an: „Die Bill-Brauerei, (...) erklärt sich bis auf weiteres bereit, von dem Wasser ihres artesischen Brunnens ca. 120000 Liter per Stunde selbstlaufend gratis abzugeben.
Haushalte u. Gewerbe 108080 111297 111416
Großabn. 19547 16835 14981
Kapitalisten gesamt 373850 455233 –
0,60 0,00 1972 1973 1975 1979
Lüder Bauring: Konkursverfahren eröffnet
b.kaq. Am 1. November ist das Konkursverfahren der Firma Lüder Bauring eröffnet worden. 212 Mitarbeiter wurden Mitte Oktober gekündigt. Jetzt zur Eröffnung blieben von den 1000 gewerblichen Arbeitern nur 144 verschont, sowie 213 Angestellte.
Auch die neun Mitglieder des Betriebsrates erhielten die Kündigung. Bei Bekanntwerden des Konkurses am 19. September ruhte die Arbeit auf den Lüder Baustellen und im Fertigteilwerk Luschendorf nur wenige Tage. Aussichtsreiche Verhandlungen zur Übernahme der Firma wurden den Arbeitern vom Konkursverwalter in Aussicht gestellt. Die Landesregierung eilte mit einer Bürgschaft von 2 Millionen der angeschlagenen Firma zur Hilfe. Damit sollte die Fertigstellung von 68 Lüder-Bauring-Häusern gesichert werden. „Menschliche Schicksale“ nennt die Lübecker Nachrichten jetzt die Kündigungen der Arbeiter. Der Betriebsrat, der zu den Kündigungen erst gehört wurde, als sie bereits auf der
Post waren, hat eine Feststellungsklage angekündigt. Die organisierten Mitarbeiter haben bei der IG Bau, Steine, Erden Antrag auf Klageerhebung gegen die Kündigungen gestellt.

Die „Baukraft des Nordens“ wie sich die Firma gerne nannte, hat unter Leitung ihres Alleininhabers Friedrich Lüder mit dem Bau von Familienhäu-

sern in Massenproduktion erhebliche Profite eingeheimst. Lüder wollte mehr sein und hat sich in die Konkurrenz zu den Großkonzernen der Bauindustrie gewagt. Großprojekte wie das Maritim in Travemünde, das Hotel Lysia in Lübeck wurden übernommen und die Konkurrenz unterboten. Bereits 1975 war die Firma dadurch vor dem Konkurs und wurde mit Bürgschaften der Landesregierung gestützt.
Aus den roten Zahlen ist sie seitdem nicht mehr herausgekommen, weil das Finanzkapital seinen Tribut gefordert hat.
Firmeninhaber Lüder, Angehöriger des Sonderkommandos Skorzeny und Träger der Henry-Dunant-Medaille, war für die Landesregierung die Verkörperung des selbständigen Unternehmers, das war ihnen einige Bürgschaften wert.



---

von radioaktiver Flüssigkeit aus den Lagerfässern von den HEW verharmlost und vertuscht.

b.ruo. **Die Hafenarbeiter lehnen eine 8%-Forderung als zu niedrig ab.** In der am 13.11. beendeten Beratungsphase über den 8%-Vorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes wurde sich in den meisten Betrieben für eine höhere Forderung ausgesprochen. 10% beschloß z.B. die Mitgliederversammlung bei Stauerei Tiedemann. Während es dabei über die Höhe der Forderung große Einheit gab, gingen die Meinungen zur Struktur der Forderung stark auseinander. Alternativ zu einer reinen Prozentforderung standen 100 DM + 5%. Diese Forderung sorgt durch eine stärkere Anhebung der Lohngruppen II bis V für ein relativ einheitliches Nettoergebnis vom Schauermann bis zum Vizen. Dem wurde vom Vertreter des ÖTV-Sekretariats, Uwe Schröder, entgegengehalten, daß die unteren Lohngruppen schon im letzten Jahr u.a. durch die Mindestforderung bevorteilt wurden und das Lohngefüge inzwischen erheblich zusammengerückt sei. Daß man eine hohe Forderung durchsetzen kann, zeigt auch die Stellungnahme der Seehafenkapitalisten zum 6%-Abschluß 1979: „Nach wenigen zügig geführten Verhandlungen kam es zur ... Vereinbarung“, heißt es da nur kurz. Am 16.11. wird die Bundestarifkommission die Lohnforderung beschließen. In einheitlichen Aktionen können dann die Forderungen zum Rahmentarif und zum Lohntarif durchgesetzt werden.

r.scm. **Der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel will die Spaltung der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und Hochschulassistenten mittels Zeitverträgen zügig vorantreiben.** In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Landtag erklärte Pestel über die Zeitverträge: Sie sollen die „Bewährung für eine Berufung in eine Professorenstelle auf Lebenszeit ermöglichen“, also direkt die Konkurrenz fördern. Denn die Zeitverträge können nur einmal um ein (Wissenschaftliche Mitarbeiter) bzw. um drei (Hochschulassistenten) Jahre verlängert werden und nur nach nochmaliger Prüfung (vgl. KVZ 17/79). Als neues Mittel der Spaltung will Pestel noch für 1980 die Umwandlung von Professorenstellen in Professorenzeitverträge vollziehen, um so die Entlassungsdrohung zur Unterwerfung des „Akademischen Mittelbaus“ selbst nach Übernahme auf eine Professorenstelle wirken zu lassen.

Veranstaltungskalender

Karl Marx/Friedrich Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“
Schleswig, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Gaststätte Schleimöve, Süderholm
Neumünster, 12. bis 16.11., 20 Uhr, Hotel Stadt Rendsburg
Selent, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Plönerstr. 9 bei G.Vetter
Hamburg-Bergedorf, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Lichtwarkhaus

Karl Marx: „Lohn, Preis und Profit“
Hamburg-Mitte West, 12. bis 16.11., 20 Uhr, Ratsherrnstuben, Wohlwillstraße
Lüchow, 12. bis 16.11., 20 Uhr, Bergstr. 28 bei Rochlitz
Hamburg-Wandsbek, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Hasselbrookschule Ritterstraße

Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“
Heide, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Hamburgerstraße 27 bei S. Lück
Rendsburg, 12. bis 16.11., 20 Uhr, Alt-Nürnberg, Pastor-Schröderstr.
Lübeck, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Zur Tonne, Marliring

Lenin: „Was tun‘
Kiel, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Grillkate, Harriesstraße 1

Mao Zedong: „Fünf philosophische Monographien“
Flensburg, 26. bis 30.11., 20 Uhr, Pestalozzi-Schule, Waitzstraße

Josef Stalin: „Grundlagen des Leninismus“
Mölln, 12. bis 16.11., 20 Uhr, Gaststätte zur Linde, Königsbergerstraße
Eutin, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Gasthof am See, Elisabethstraße

Karl Marx: „Der Bürgerkrieg in Frankreich“
Hamburg-Mitte Ost, 19. bis 23.11., 20 Uhr, Gaststätte zum Lohhof, Moorende 27

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Zeichenkurs
Hamburg, Freitag, 16.November, 18 bis 21 Uhr, HfBK, Lerchenfeld 2, Raum 218a, II.Stock.

Sportgruppe
Hamburg, Sonntag, 18.November, 10 Uhr, Turnhalle im Paul-Sudeck-Haus, Wiesendamm 135

Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen M.Lohnstein u. andere
Flensburg, Freitag 16.November, 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Südergraben

Prozess gegen R.Lötzer und U.Hoelken wegen Verteilung der Volksmiliz
Lübeck, Donnerstag 15.November, 9.30 Uhr, Amtsgericht, Saal 154

Prozeß wegen Leitung der Demonstration der Berufsschüler gegen Uwe Zabel
Hamburg, Dienstag, 12.November, 13 Uhr, Raum 142, Stafjustizgebäude, Sievekingsplatz 3.

Der Lohn der Frau ist kein ,,zusätzlicher'' Lohn
Eine kräftige Lohnerhöhung ist notwendig

b.klw. Darauf, daß der Lohn des Mannes nicht mehr ausreicht, um eine Familie zu ernähren, wird von bürgerlicher Seite argumentiert, die Frau ,,verdiene dazu''. Dies wirft für die Einbeziehung der Frauen in den Lohnkampf besondere Fragen auf, die behandelt werden müssen.

Bei Storno Flensburg sieht das z.B. so aus: Der größte Teil der Montagehelferinnen ist jung, etwa 20 bis 25 Jahre alt. Die Frauen wollen eine gewisse Zeit bei Storno arbeiten, um die nötigen Anschaffungen für die Wohnung machen zu können. Rechnen wir einen Facharbeiterlohn von 1400 DM und den Lohn der Frau von 1000 DM, so können die beiden ca. 500 DM – ohne Auto gerechnet – für die längerfristigen Reproduktionskosten verwenden. 15000 DM für eine Wohnungseinrichtung gerechnet, heißt, daß beide mindestens sieben Jahre arbeiten müssen, bevor sie alles zusammen haben und sie sich ein Kind leisten können.

Daß diese Vorstellung, des für begrenzte Zeit Dazuverdienens, ziemlich unhaltbar in der Wirklichkeit ist, sollen zwei Beispiele zeigen.

1. Eine junge Familie. Der Mann ist Facharbeiter, er verdient 1400 DM netto. Sie hat bis vor einem Jahr mitgearbeitet. Die gesamte Ausstattung haben sie noch nicht zusammen, sondern noch Schulden. Ihr Kind ist nun ½ Jahr alt. Das Mutterschaftsgeld – es beträgt bei ihr 650 DM – bekommt sie ab nächstem Monat nicht mehr. Sie meldet sich dann arbeitslos und will eine Halbtagsstelle suchen. Ganztags will sie nicht arbeiten, das Kind kann sie nicht den ganzen Tag zur Mutter geben. Wenn das Kind ,,trocken'' ist, könnte sie es in einen Kindergarten geben, das will sie aber nicht, weil sie sich nach Möglichkeit selbst um das Kind kümmern will. Die Hoffnung bleibt auf einen besseren Verdienst des Mannes und auf eine gute Halbtagsstelle, was sehr schwierig werden wird.

2. Eine weitere Familie mit Kind. Die Frau ist vor einigen Monaten entlassen worden. Demnächst erhält sie kein Arbeitslosengeld mehr. Das bisherige Arbeitslosengeld wurde für eine dringende Anschaffung im Haushalt verbraucht. Seit einigen Wochen macht der Mann Überstunden. Er ist müde, das Geld ist knapper als vorher, es gibt Streit. Sie sucht Arbeit, am liebsten eine Halbtagsstelle. Es gibt zur Zeit nichts. Bei McDonalds wurde ihr eine Halbtagsstelle angeboten für 5 DM brutto die Stunde. Das hat sie abgelehnt.

Deutlich wird an diesen Beispielen: Vom Lohn des Mannes allein können nicht die längerfristigen Reproduktionsmittel gedeckt werden. Der Lohn der Frau ist nicht ein ,,zusätzlicher'' Verdienst, sondern notwendiger Bestandteil der gemeinsamen Haushaltskasse. Nur für eine gewisse Überbrückungsperiode läßt sich zu zweit oder zu dritt vom Lohn des Arbeiters leben. Die Frauen haben im Lohnkampf nicht nur Interesse an einer hohen tariflich abgesicherten Lohnerhöhung, um ihre eigene Arbeitskraft nicht ständig unter Wert zu verkaufen, sondern auch, weil der Lohn ihres Mannes eine kräftige Erhöhung braucht. Gibt es dieses Jahr einen Tarifabschluß, der weitere Lohnsenkung bedeutet, wird das, wenn Mann oder Frau arbeitslos werden, für die Sicherung der Reproduktion verheerende Folgen haben.

Gespräch mit Verteidigungsministerium soll Fischer in die Knie zwingen

b.sal. ,,Arens fordert von der Landesregierung, ihren rhetorischen Eiertanz bezüglich der Waffenerprobungen in der Dithmarscher Bucht aufzugeben und in konkrete Verhandlungen mit dem Bundesverteidigungsministerium mit dem Ziel des Abbaus der Waffenerprobungen einzutreten'', heißt es am 30.10. in der Dithmarscher Landeszeitung zur Presseerklärung des Landtagsabgeordneten. Zusammen mit MdB Lauritzen (SPD) will er am 19.11. ein Gespräch mit Referenten des Bundesverteidigungsministeriums, Landes- und Bundespolitikern, Landrat Buhse, Kreispräsident Glüsing und den Gemeindevertretern Büsums, Friedrichkoogs, Elpersbüttel sowie den Stadtvertretern Meldorfs durchführen.

Die Büsumer Gemeindevertretung, in der auch Fischer vertreten sind, hat-

marscher Landeszeitung: ,,Ich erkläre noch einmal, daß es mir als Krabbenfischer darum geht, die Bundeswehr daran zu hindern, das Gebiet der Meldorfer Bucht zum ständigen Schießplatz einzurichten. Alle Fischer werden in der Ausübung ihres Berufs stark behindert. Ich bezweifle, daß die Bundeswehr auf Dauer die den Fischern versprochenen Schadensersatzleistungen zahlen wird.

Es geht also um unsere Existenz, und die gibt es mit allen Mitteln zu verteidigen''. Gleichzeitig fordert er alle Kollegen und Bürger auf, dies zu unterstützen. Daran sollten sich auch die Gemeindevertreter halten und sehen, daß sie keine ,,Kompromisse'', wie z.B. die Durchführung des Schießens außerhalb der Fremdenverkehrssaison, eingehen. Das angesagte Gespräch wird nur nützlich sein, wenn die Ge-

sie noch nicht zusammen, sondern noch Schulden. Ihr Kind ist nun ½ Jahr alt. Das Mutterschaftsgeld – es beträgt bei ihr 650 DM – bekommt sie ab nächstem Monat nicht mehr. Sie meldet sich dann arbeitslos und will eine Halbtagsstelle suchen. Ganztags will sie nicht arbeiten, das Kind kann sie nicht den ganzen Tag zur Mutter geben. Wenn das Kind ,,trocken'' ist, könnte sie es in einen Kindergarten geben, das will sie aber nicht, weil sie sich

kampf nicht nur Interesse an einer hohen tariflich abgesicherten Lohnerhöhung, um ihre eigene Arbeitskraft nicht ständig unter Wert zu verkaufen, sondern auch, weil der Lohn ihres Mannes eine kräftige Erhöhung braucht. Gibt es dieses Jahr einen Tarifabschluß, der weitere Lohnsenkung bedeutet, wird das, wenn Mann oder Frau arbeitslos werden, für die Sicherung der Reproduktion verheerende Folgen haben.

Gespräch mit Verteidigungsministerium soll Fischer in die Knie zwingen

b.sal. ,,Arens fordert von der Landesregierung, ihren rhetorischen Eiertanz bezüglich der Waffenerprobungen in der Dithmarscher Bucht aufzugeben und in konkrete Verhandlungen mit dem Bundesverteidigungsministerium mit dem Ziel des Abbaus der Waffenerprobungen einzutreten'', heißt es am 30.10. in der Dithmarscher Landeszeitung zur Presseerklärung des Landtagsabgeordneten. Zusammen mit MdB Lauritzen (SPD) will er am 19.11. ein Gespräch mit Referenten des Bundesverteidigungsministeriums, Landes- und Bundespolitikern, Landrat Buhse, Kreispräsident Glüsing und den Gemeindevertretern Büsums, Friedrichkoogs, Elpersbüttel sowie den Stadtvertretern Meldorfs durchführen.

Die Büsumer Gemeindevertretung, in der auch Fischer vertreten sind, hat-
te in einer Entschließung die Büsumer Bevölkerung aufgefordert, die geplante Unterschriftensammlung der Büsumer Parteien zu unterstützen. Jedoch soll jetzt erst nach dem Gespräch gesammelt werden. Schlecht ist das auf jeden Fall, weil es der Spaltung des Gemeinderats größeren Raum gibt. Fischer Hamann aus Büsum schreibt dagegen in einem Leserbrief an die Dith-

marscher Landeszeitung: ,,Ich erkläre noch einmal, daß es mir als Krabbenfischer darum geht, die Bundeswehr daran zu hindern, das Gebiet der Meldorfer Bucht zum ständigen Schießplatz einzurichten. Alle Fischer werden in der Ausübung ihres Berufs stark behindert. Ich bezweifle, daß die Bundeswehr auf Dauer die den Fischern versprochenen Schadensersatzleistungen zahlen wird.

Es geht also um unsere Existenz, und die gibt es mit allen Mitteln zu verteidigen''. Gleichzeitig fordert er alle Kollegen und Bürger auf, dies zu unterstützen. Daran sollten sich auch die Gemeindevertreter halten und sehen, daß sie keine ,,Kompromisse'', wie z.B. die Durchführung des Schießens außerhalb der Fremdenverkehrssaison, eingehen. Das angesagte Gespräch wird nur nützlich sein, wenn die Ge-
meindevertreter die Forderungen der Fischer und anderer Bevölkerungsteile entschieden vortragen und fordern, daß die Termine für das Haubitzenschießen offengelegt werden, damit es unter günstigeren Bedingungen verhindert werden kann. Wenn Heinz Werner Arens das unterstützen will, soll er das tun, ansonsten ist ein Vertrauen die Landes- Bundespolitiker fehl am Platz.

Universitätsvollversammlung in Hamburg: Kampfstimmung!

b.ana. 3500 Studenten waren am vergangenen Mittwoch auf der größten Universitätsvollversammlung seit zwei Jahren. Die Vollversammlung unterstützte die Psychologie- und Sportstudenten, die seit Semesterbeginn gegen die kapitalistische Durchrationalisierung des Prozesses der Hochschulabrichtung streiken (siehe KVZ Nr. 45, S. 8). Den Sportstudenten wurden inzwischen von der Hochschulleitung Gelder bewilligt, die die Ausbildungssituation verbessern sollen. Die 3500 Studenten beschlossen einen einwöchigen Streik der Lehrerstudenten Anfang Dezember und eine Demonstration aller Hamburger Studenten am 6. Dezember. Die Lehrerstudenten wollen den Streik nutzen, ihre Einheit gegen den Prüfungsdruck und die Aussieberei während des Studiums zu erhöhen.

Die Kommunistische Hochschulgruppe hatte auf der VV vorgeschlagen, den Streik für die Durchsetzung der Forderung nach der Abschaffung des obligatorischen Kleinen Latinums zu nutzen. Das wurde von den Studenten stürmisch begrüßt. Diese Prüfung ist unter den Studenten äußerst verhaßt. Jeder zweite fällt in der Regel durch. Drei Semester büffeln die Studenten Latein und am Ende reicht es nicht, drei Semester gelernt zu haben, um eine Bescheinigung zu bekommen, sondern die Professoren organisieren eine Prüfung, durch die 50% durchfallen.

Nach der Vollversammlung demonstrierten 1500 Studenten zum Universitätspräsidenten Fischer-Appelt. Er hat dem Verfassungsschutz Studenten ans Messer geliefert. Er versuchte, die Studenten auf ,,akademische Umgangsformen'' zu verpflichten. Streik gehört da natürlich nicht zu. Dafür gehört es zur akademischen Freiheit der Professoren, 50% der Studenten durch die Prüfung fallen zu lassen.

Die Studentenmassen bekämpfen den bürgerlichen Staat und suchen die Verbindung mit der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften. Die Forderungen der Berufsschüler gegen das Kurssystem und den Kampf gegen den Prozess gegen Uwe Zabel unterstützten die 3500 Studenten auf der VV einstimmig sowie den von der GEW organisierten Streik der Lehrer.

Schärfere Ausbeutung der Krankenhausbeschäftigten durch Angriff auf den Normalarbeitstag

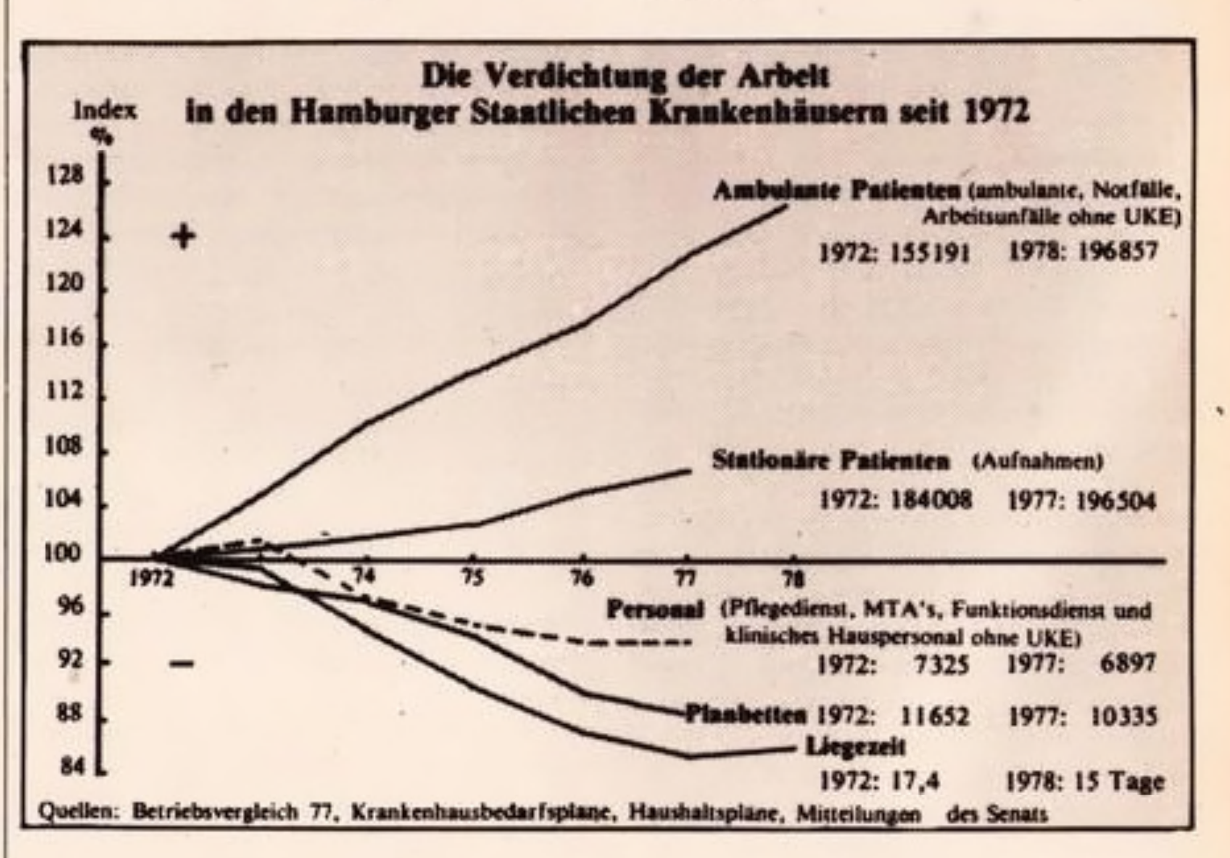
b.mas. Auf die kontinuierlich steigende Zahl von Patienten reagiert Elstner mit Streichung von Planbetten und Personal sowie mit der Verkürzung der Liegezeiten. Aus dem Schaubild ist ersichtlich, daß sie die Arbeitsintensität des Pflegepersonals seit 1972 um ca. 35 % gesteigert hat. Das reicht ihr nicht. Sie hat sich jüngst zum Ziel gesetzt, ,,den Kostenanstieg im Gesundheitswesen nicht weiter zu fördern''. Streichung von Medikamenten allein wirds nicht bringen. Mit 39 Mio. DM betragen die Ausgaben für Medikamente nur 6,9 % der Krankenhäuser. Rund 70 % sind Personalkosten. Angesichts des Defizits des Hamburger Senats von 709 Mio. DM bläst der Senatsvogel zum Großangriff auf die Löhne in den staatlichen Krankenhäusern.

Bei den unteren Lohngruppen fängt sie an zu streichen. 9 Arbeiter weniger weist der Stellenplan 79 aus, für das UKE sind es 11 Stellen weniger und 10 KR I - IV-Stellen. Reinigungskräfte werden fast nur noch mit Teilzeitverträgen beschäftigt. Sie müssen die gleiche Arbeit von vorher 8 in jetzt 6 Stunden schaffen. Die Wäscherei des AK Harburg wird geschlossen. Die Waschleistung von rund 1 Mio. kg Wäsche pro Jahr sollen die Wäschereiarbeiter aus dem UKE ,,ohne Personalvermehrung'' mit übernehmen.

Die Methode, mit der Elstner aus den Krankenhausbeschäftigten den letzten Schweißtropfen pressen will ist: Angriff auf den Normalarbeitstag. In der Zeit von 1970 - 74 steigt die Teilzeitbeschäftigung an den Allgemeinen Krankenanstalten um 33,3%, im UKE im gleichen Zeitraum um 173,3%. Die volle Arbeitskraft vernutzen bei halber Bezahlung, lautet Elstners Devise. Halbe Lohnerhöhung, halber Urlaub, Streichung von Zulagen (Essensgeld oder Zuschlag für durch Freizeit abgegoltene Überstunden). Die Teilzeitkräfte werden insbesondere zu den arbeitsintensiven Zeiten eingesetzt, morgens (Bettenmachen, Medikamente und Essen austeilen, Grundreinigung der Station) und für Nachtwachen.

Elstner versucht, Zug um Zug den geteilten Dienst wieder einzuführen.

Allein damit schafft sie die Personalkosteneinsparung nicht. Auf verschiedenen Stationen hat sie jetzt die 6 ½ Stunden Schichten eingeführt. 12 Tage hintereinander Dienst. Pro Tag wird die Arbeitskraft von 8 Stunden verausgabt und für 6 ½ Stunden bezahlt. Seit 77 fordert die ÖTV die Erhöhung der Ausfallquote auf 30 % und mehr Planstellen. Durchzusetzen sind diese Forderungen nur, wenn sie verbunden werden mit dem Kampf um der Normalarbeitstag von 8 Stunden an 5 Wochentagen.



Rechtspfleger gegen Stellenstreichungen

Die ,,Dreckarbeit'' der bürgerlichen Justiz wird schlecht besoldet

b.wik. Der Entwurf des Haushaltes der schleswig-holsteinischen Landesregierung sieht bei den Rechtspflegern, Justizbeamten des gehobenen Dienstes, 74 Stellenstreichungen von Planstellen vor. Bei 441 beschäftigten Rechtspflegern in Schleswig-Holstein sind das 16,7% aller Planstellen, die gestrichen bzw. nicht wieder besetzt werden sollen. Die beiden Vertretungen der Rechtspfleger, der Rechtspflegerverband und die Rechtspflegervereinigung, haben eine gemeinsame Demonstration in Kiel angekündigt, falls die Landesregierung ihre Streichungspläne nicht wieder zurücknimmt. In dieser Woche soll in Niebüll eine weitere Versammlung der Rechtspfleger stattfinden, um sich auf die Sitzung des Haushaltsausschusses vorzubereiten.

1957 ist mit dem Rechtspflegergesetz die Übertragung von Richtertätigkeiten des höheren Dienstes auf Rechtspfleger im gehobenen Justizdienst ge-

richt, er sei 45 Jahre alt, verheiratet und noch ohne Nachkommen, erhält brutto 5000 DM.
Ein Rechtspfleger, ebenfalls 45jährig, verheiratet und kinderlos, erhält, wenn nach A 11 besoldet, 3300 brutto.
Ein Beamter des mittleren Justizdienstes auch er sei verheiratet, 45 Jahre alt, ohne Kinder, erhält, wenn nach A 9 bezahlt, brutto 2900 DM.

Durch die Übertragung bestimmter Teile der Gerichtsbarkeit an Rechtspfleger, deren Entscheidungen dieselbe Gültigkeit haben wie die eines Richters, braucht der Dienstherr für die dazu erforderliche Arbeitskraft inzwischen 1800 DM weniger zu zahlen. Eine Senkung der Gehaltssumme der unteren Gerichtsebene tritt ein.
Von den 80 Beschäftigten des Husumer Amtsgerichtes sind:

5 Richter
15 Rechtspfleger

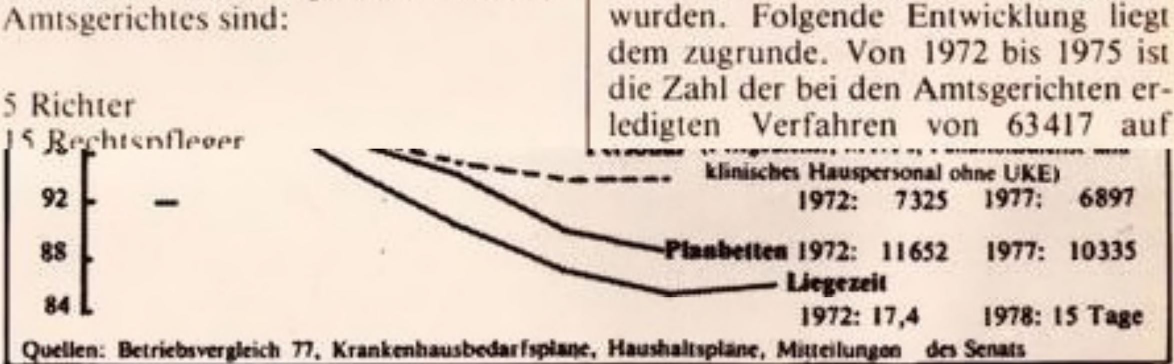
che Tätigkeiten, und die meisten richterlichen Tätigkeiten beim Amtsgericht Husum werden inzwischen von Rechtspflegern wahrgenommen. Dazu gehören sämtliche Grundbucheintragungen, alle Zwangsvollstreckungen,

Maßnahmen des Strafvollzuges, sämtliche Fälle der sogenannten ,,Freiwilligen Gerichtsbarkeit''. Durch Gesetzesänderungen hat der Umfang der Tätigkeiten eines Rechtspflegers entsprechend zugenommen; so wurde 1969 geregelt, daß alle Verfahren, die den sogenannten Offenbarungseid betreffen,

in die Zuständigkeit eines Rechtspflegers gehören. Zugleich sind von 1973 bis 1979 die Planstellen des gehobenen Justizdienstes um 18 gestrichen worden, während die Planstellen für Richter und Staatsanwälte um 118 erweitert wurden. Folgende Entwicklung liegt dem zugrunde. Von 1972 bis 1975 ist die Zahl der bei den Amtsgerichten erledigten Verfahren von 63417 auf

aus dem UKE ,,ohne Personalvermehrung'' mit übernehmen.

Die Methode, mit der Elstner aus den Krankenhausbeschäftigten den letzten Schweißtropfen pressen will ist: Angriff auf den Normalarbeitstag. In der Zeit von 1970 - 74 steigt die Teil-



Rechtspfleger gegen Stellenstreichungen

Die ,,Dreckarbeit'' der bürgerlichen Justiz wird schlecht besoldet

b.wik. Der Entwurf des Haushaltes der schleswig-holsteinischen Landesregierung sieht bei den Rechtspflegern, Justizbeamten des gehobenen Dienstes, 74 Stellenstreichungen von Planstellen vor. Bei 441 beschäftigten Rechtspflegern in Schleswig-Holstein sind das 16,7% aller Planstellen, die gestrichen bzw. nicht wieder besetzt werden sollen. Die beiden Vertretungen der Rechtspfleger, der Rechtspflegerverband und die Rechtspflegervereinigung, haben eine gemeinsame Demonstration in Kiel angekündigt, falls die Landesregierung ihre Streichungspläne nicht wieder zurücknimmt. In dieser Woche soll in Niebüll eine weitere Versammlung der Rechtspfleger stattfinden, um sich auf die Sitzung des Haushaltsausschusses vorzubereiten.

1957 ist mit dem Rechtspflegergesetz die Übertragung von Richtertätigkeiten des höheren Dienstes auf Rechtspfleger im gehobenen Justizdienst ge-
regelt worden. Eine der Absichten, die mit diesem Gesetz verbunden war, den Preis der Arbeitskraft, die zur Erledigung dieser Tätigkeiten vom Dienstherren angekauft werden muß, drastisch zu senken. Rechtspfleger werden von A 9 bis A 13 bezahlt, während das Gehalt eines Richters beim Amtsgericht wesentlich darüber liegt. Zum Vergleich: Ein Richter am Amtsge-

richt, er sei 45 Jahre alt, verheiratet und noch ohne Nachkommen, erhält brutto 5000 DM.
Ein Rechtspfleger, ebenfalls 45jährig, verheiratet und kinderlos, erhält, wenn nach A 11 besoldet, 3300 brutto.
Ein Beamter des mittleren Justizdienstes auch er sei verheiratet, 45 Jahre alt, ohne Kinder, erhält, wenn nach A 9 bezahlt, brutto 2900 DM.

Durch die Übertragung bestimmter Teile der Gerichtsbarkeit an Rechtspfleger, deren Entscheidungen dieselbe Gültigkeit haben wie die eines Richters, braucht der Dienstherr für die dazu erforderliche Arbeitskraft inzwischen 1800 DM weniger zu zahlen. Eine Senkung der Gehaltssumme der unteren Gerichtsebene tritt ein.
Von den 80 Beschäftigten des Husumer Amtsgerichtes sind:

5 Richter
15 Rechtspfleger
17 Beamte des mittleren Justizdienstes
42 Angestellte als Schreibkräfte
Von den Rechtspflegern sind 40% in A 11 eingestuft, 25% in A 10, 19% in A 9. Lediglich 4% werden nach A 13 und 12% nach A 12 besoldet.

Mittlerweile sind 80% der Tätigkeiten der Rechtspfleger vormals richterli-

che Tätigkeiten, und die meisten richterlichen Tätigkeiten beim Amtsgericht Husum werden inzwischen von Rechtspflegern wahrgenommen. Dazu gehören sämtliche Grundbucheintragungen, alle Zwangsvollstreckungen,

Maßnahmen des Strafvollzuges, sämtliche Fälle der sogenannten ,,Freiwilligen Gerichtsbarkeit''. Durch Gesetzesänderungen hat der Umfang der Tätigkeiten eines Rechtspflegers entsprechend zugenommen; so wurde 1969 geregelt, daß alle Verfahren, die den sogenannten Offenbarungseid betreffen,

in die Zuständigkeit eines Rechtspflegers gehören. Zugleich sind von 1973 bis 1979 die Planstellen des gehobenen Justizdienstes um 18 gestrichen worden, während die Planstellen für Richter und Staatsanwälte um 118 erweitert wurden. Folgende Entwicklung liegt dem zugrunde. Von 1972 bis 1975 ist die Zahl der bei den Amtsgerichten erledigten Verfahren von 63417 auf
78456 gestiegen. Die Zahl der Eigentumsdelikte im selben Zeitraum von 84529 auf 97264. Durch Umwandlung richterlicher Tätigkeiten in Tätigkeiten von Rechtspflegern wurde die Strafverfolgung der Gerichte effektiviert und auf das Wesentliche konzentriert: Vergehen gegen das Privateigentum. Für die Rechtspfleger bedeutet dies: mehr Arbeit und weniger Lohn.

Erfolgreiche Urabstimmung: 81,2% für Streik!
Senat erwirkt Gerichtsurteil gegen Lehrerstreik

b.trg. 81,2% der zur Urabstimmung aufgerufenen Hamburger Lehrer haben für Streik gestimmt. Seit Montag wurde die Urabstimmung gegen das Verbot des Dienstherrn in den Schulen durchgeführt. Es ist nicht bekannt geworden, daß Schulleiter sich getraut hätten, dagegen ,,einzuschreiten''. Die Wirkung der Streikvorbereitung war vielmehr die, daß hunderte von Kollegen neu in die GEW eingetreten sind. An vielen Schulen betrug die Beteiligung an der Abstimmung 100%, gerade an großen Schulen wie den Gesamtschulen.

Der Dienstherr hat jetzt seinen Staatsrat Liebrecht mit einer neuen Variante von Streikverbot vorgeschickt: streikende Lehrer seien ,,aus ihrer persönlichen Verantwortung und ihrer Aufsichtspflicht gegenüber den Schülern nicht entlassen'', so in einem Schreiben an die Schulleiter.

Die Einschüchterungen haben nicht gewirkt, wie das Urabstimmungsergebnis zeigt. Jetzt verbietet das Senatsamt (Grolle) natürlich in Kloses Auftrag, den Lehrerstreik durch eine ,,Einstweilige Verfügung''. Das wird Klose einiges von seinem ,,liberalen Image'' kosten, was er in der letzten Zeit versucht hat, unter den Lehrern z.B. in Sachen Berufsverbote, aufzubauen.

Die Schülerräte der Gymnasien Walddörfer, Müssenredder und weitere 18 Schulen haben ihre Solidarität mit dem Lehrerstreik erklärt, an vielen Schulen bereiten die Schüler Vollversammlungen für den Streiktag vor. Die Elternräte vieler Schulen unterstützen die Forderungen der Lehrer.

Die ,,Aktion Gläserne Schule'', in der Kollegen den 8-Stundentag in der Schule bleiben und bereits nachgewiesen haben, daß mindestens 30%, z.T. bis zu 50% der Unterrichtsvorbereitungen ausfallen müssen, werden von den Eltern genau verfolgt.

Die Kreisjugendkonferenz des DGB schreibt in ihrer Solidaritätserklärung am 4.11. an die Lehrer ,,... Wir begrüßen es, wenn die Lehrer die Rechte in Anspruch nehmen, die auch alle anderen Lohnabhängigen zur Durchsetzung ihrer sozialen Interesen wahrnehmen und wünschen viel Erfolg...''

Die GEW ruft die Lehrer auf, trotzdem zu streiken und sich am Montag zahlreich in die Zähllisten einzutragen. Die Streikvorbereitungen müssen wie geplant weiterlaufen, das ist richtig. Am Montag gleich in der ersten großen Pause müssen Erklärungen von den Lehrern geschrieben werden, in denen sie Klose mitteilen, daß sie vom Streik nicht abrücken. Noch am Vormittag müssen diese Erklärungen bei Grolle auf dem Schreibtisch liegen.

Wichtig ist, daß jetzt an keinem Punkt von den beschlossenen Streikforderungen abgewichen wird. ,,Angebote'' wie ,,Vertröstungen'' auf 1983 oder Abbau der ,,Spitzenbelastungen'' sind auch in anderen Bundesländern schon aus der Schublade gezogen worden, um die Lehrer abzuwimmeln. Der Streik muß jetzt durchgeführt werden. Zahlreiche Eintragungen in die Zähllisten und Briefe an den Senat schließen die Lehrer in ihrem Kampf zusammen.

Gemeinsame Aktionen gegen die Verschärfung der Ausbildung an Gymnasien und Berufsschulen

b.kaq. Bis Ende November stellt der Kultusminister Bendixen seine Reform der Studien- und Orientierungsstufe zur Debatte. Die Landesschülervertretung der Gymnasien hat auf ihrer letzten Vollversammlung bei ca. 130 Anwesenden die Reform abgelehnt. Die Reform der Studienstufe führt zu einer weiteren Verschärfung der Aussiebung an den Gymnasien. Bei der Reform soll das Vorsemester und das 1. Semester aufgelöst werden in ein Einführungsjahr, dies soll dann teilweise in festen Gruppen erteilt werden. Das Jahr selber wird aus dem Prüfungszeitraum fürs Abitur herausgenommen. Die erforderlichen Punkte müssen jetzt in den 4 Kurshalbjahren gesammelt werden.

Die freie Wahl der Kurse, bisher vor jedem Semester, wird eingeschränkt auf ein zweimaliges Wählen zum 1. und 3. Kurshalbjahr. Wer sich einmal verwählt hat, muß ein Jahr dabei bleiben. Die Folge wird die Verlängerung der Schulzeit oder der vorzeitige Abgang sein. Weiter verschärft wird auch die Wahl der Pflichtfächer. Auch die Wahl der Leistungskurse soll noch weiter eingeschränkt werden, so daß Leistungskurse in Sport, Kunst und Musik von der Genehmigung der Schulaufsicht abhängig gemacht werden.

Auf der Sitzung der LSV der Gymnasien gab es Einheit über die Ablehnung dieser Reform, aber noch keine Einheit mit welchen Forderungen der Kampf aufgenommen werden soll. Forderungen gegen das Punktesystem und für Stoffbegrenzung wurden in der Debatte genannt aber nicht beschlossen.

Beschlossen wurde eine Demonstration in Kiel durchzuführen, die nach Auskunft des LSV-Vorstandes im Dezember stattfinden soll. Die Landesschülervertretung der Berufsbildenden Schulen, die sich ebenfalls gegen diese Oberstufenreform ausspricht, hat auf Grundlage ihrer Grundsatzerklärung vom Mai mit Untersuchungen zu Durchfallquoten, Stundenausfall und Fragebogenaktionen zur Ausbildung und sozialen Lage der Schüler die Auseinandersetzung für die Durchsetzung von 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen noch in diesem Jahr begonnen. Weitere Untersuchungen an den Berufsschulen, Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Aktionen und Demonstrationen sollen im Herbst folgen. In beiden Fällen geht es in dem Kampf gegen die verschärfte Aussiebung durch das Noten- und Punktesystem. Die LSV der



In vielen Städten fanden Mitte des Jahres gegen das Schulgesetz, wie hier in Pinneberg Kundgebungen und Demonstrationen statt. Schulstreik war als Mittel des Kampfes eingesetzt worden. Demonstrationen und Schulstreik wird von der LSV der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein zur Durchsetzung von 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen, noch in diesem Herbst geplant.



Auf der Sitzung der LSV der Gymnasien gab es Einheit über die Ablehnung dieser Reform, aber noch keine Einheit mit welchen Forderungen der Kampf aufgenommen werden soll. Forderungen gegen das Punktesystem und für Stoffbegrenzung wurden in der Debatte genannt aber nicht beschlossen.

Beschlossen wurde eine Demonstration in Kiel durchzuführen, die nach Auskunft des LSV-Vorstandes im Dezember stattfinden soll. Die Landesschülervertretung der Berufsbildenden Schulen, die sich ebenfalls gegen diese Oberstufenreform ausspricht, hat auf Grundlage ihrer Grundsatzerklärung vom Mai mit Untersuchungen zu Durchfallquoten, Stundenausfall und Fragebogenaktionen zur Ausbildung und sozialen Lage der Schüler die Auseinandersetzung für die Durchsetzung von 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen noch in diesem Jahr begonnen. Weitere Untersuchungen an den Berufsschulen, Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Aktionen und Demonstrationen sollen im Herbst folgen. In beiden Fällen geht es in dem Kampf gegen die verschärfte Aussiebung durch das Noten- und Punktesystem. Die LSV der
berufsbildenden Schulen hat in ihrem Grundsatzprogramm die Forderung nach Abschaffung des Notensystems, keine Fünfen und Sechsen sowie nach Stoffbegrenzung erhoben. Gemeinsame Aktionen auf dieser Linie gegen die Oberstufenreform und für 12 Stunden Berufsschulunterricht in diesem Herbst müssen geplant und durchgeführt werden.

neberg Kundgebungen und Demonstrationen statt. Schulstreik war als Mittel des Kampfes eingesetzt worden. Demonstrationen und Schulstreik wird von der LSV der berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein zur Durchsetzung von 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen, noch in diesem Herbst geplant.



Am 30.6.79 demonstrierten 2800 Schüler gegen das Schulgesetz in Kiel. Mit Forderungen gegen das Notensystem und für Einheitsschule wurde der Schulgesetzentwurf bekämpft. Klarheit hatte sich herausgebildet unter den Schüler, daß die Eingriffe des Staates zur Verschärfung der Auslese nur mit dem Kampf gegen das bestehende Schulsystem und die Auslesemethoden erfolgreich geführt werden kann.

DGB-Kreisjugendkonferenz: Weitere Schritte im Kampf für die Ausbildungsinteressen der Jugend

b.uwz. Da die Kapitalisten ihre Angriffe auf die Ausbildung der Arbeiterjugend fortsetzen, um die jugendliche Arbeitskraft früh und billig in die Profitproduktion zu zwingen, standen im Mittelpunkt der 16. Kreisjugendkonferenz der DBG Jugend Hamburg die Beratungen zum Kampf gegen diese Maßnahmen, insbesondere gegen das BGJ. Der OJA der IG Metall hatte einstimmig den Antrag gegen ,,die flächendeckende Einführung des BGJ'' gestellt, weil damit angelernte Hilfsarbeiter für die Kapitalisten geliefert werden, die auch nicht mehr bis zum 18. Lebensjahr die Berufsschule besuchen brauchen. Die Ortsverwaltung der IG Metall hat sich auch gegen das BGJ gewandt, ,,weil es an den Unternehmerinteressen ausgerichtet'' sei. In bisherigen Auseinandersetzungen waren Sozialdemonkraten und Revisionisten aus der GEW und der IG Bau, Steine, Erden für den Ausbau des BGJ eingetreten. Auf der Konferenz meinten sie nun, man müsse dies weiter diskutieren, um einen Beschluß zu verhindern. Das hatte die Gewerkschaftsjugend eh vor, darum wurde eine Veranstaltungsreihe beschlossen zu: BGJ, Blockunterricht, Stufenausbildung, Kurssystem, Lehrermangel, um die Kapitalisten besser angreifen zu können. ,,Nur wenn wir uns mit den Absichten und Forderungen der Unternehmerverbände zu den Fragen der Berufsausbildung beschäftigen und diese Position enthüllen, können wir sie schlagen und dagegen unsere Forderungen entwickeln.''

Zum Kampf gegen den Berufsschülerprozeß wurde beschlossen: ,,Es wird deutlich, daß sich Richter Hübner und Staatsanwalt Detken mit der Gewerkschaftsjugend anlegen wollen''. Darum wurde einstimmig die Einstellung der Berufsschülerprozesses gefordert und eine Demonstration beschlossen: ,,Weg mit dem Kurssystem! Keiner darf durchfallen! Keine Stufenausbildung und Kurzausbildungsgänge!''

Da der Streik der Lehrer im Interesse der Arbeiterjugend ist, wurde in einer Solidaritätserklärung beschlossen: ,,Wir begrüßen es, wenn die Lehrer die Rechte in Anspruch nehmen, die auch alle anderen Lohnabhängigen zur Durchsetzung ihrer sozialen Interessen wahrnehmen!''. Zur Durchsetzung der folgenden Forderungen forderte die Konferenz auf:
Uneingeschränktes Streikrecht!
Vollständiges Verbot der Nacht-Schicht- und Akkordarbeit! 7-Stundentag!
Weg mit der Stufenausbildung!
Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung!
Solidarität mit dem Streik und Boykott der Römö – Sylt Linie! u.a.

Im nächsten Jahr soll wieder am 1. Mai eine Demonstration unter den Forderungen der Arbeiterbewegung organisiert werden. Mit Entschließungen zur Bundestagswahl und dem ,,Hauptfeind Strauß'' versuchten die Sozialdemokraten und Revisionisten, der Arbeiterjugend wieder die Hände zu fesseln. Am besten sollten diese ihre Forderungen wieder in den Papierkorb werfen. Ob dies gelingt, wird sich jedoch im Kampf der Gewerkschaftsjugend jetzt im Kampf gegen den Berufsschülerprozeß und das BGJ entscheiden.

Bundesweite Aktionstage der Umschüler in den letzten beiden Novemberwochen

b.job. Bereits am 1. Mai 1977 forderten Umschüler im Hamburg auf der DGB-Demonstration: Unterhaltsgeldfortzahlung im Krankheitsfall. Die Durchsetzung dieser Forderung ist dringend: Das Arbeitsamt verzögert ständig die Wiederbewilligung des Unterhaltsgeldes (UHG) nach Beendigung der Krankheit um sechs bis acht Wochen, der Umschüler steht in der Zeit ohne Geld da. Auf Grund des ohnehin niedrigen UHGs von im Schnitt 70% des letzten Nettolohns sind viele Kollegen gezwungen, trotz Krankheit in Schule oder Werkstatt zu erscheinen oder bei einer Unterbrechung der Zahlung aus der Umschulung auszusteigen. Von 1970 bis 1978 stieg der Prozentsatz der aus den Maßnahmen ausgetretenen Umschüler von 16,5% auf 31%.

Die Antwort von Ehrenberg auf unzählige Protestbriefe dagegen: Die Angelegenheit werde geprüft. Gleichzeitig

zwecks Bespitzelung der Umschüler geschickt. Erfolglos mußten sie wieder abziehen, da die Umschüler Auskünfte über ihre Fehlzeiten verweigerten.

Mit diesem Erlaß will Stingl Umschüler und Arbeiter spalten: Viele Umschüler würden an der ,,Solidargemeinschaft'' der Versicherten schmarotzen, das Geld einstecken, aber nur unregelmäßig erscheinen. Tatsache aber ist, daß die Millionen, die für Umschulungen ausgegeben werden, nur den Profitinteressen der Kapitalisten entsprechen, die sich davon ein mobiles Facharbeiterheer versprechen, mit dem sie den Lohnstandard drücken können bei gleichzeitiger Einsparung von Millionen Mark Ausbildungskosten.

Vertreter von 31 Umschulungseinrichtungen haben in Köln am 20.10. beschlossen, Aktionstage für die Forderungen: UHG-Fortzahlung im

beschäftigen und diese Position enthüllen, können wir sie schlagen und dagegen unsere Forderungen entwickeln.''

Zum Kampf gegen den Berufsschülerprozeß wurde beschlossen: ,,Es wird deutlich, daß sich Richter Hübner und

zu fesseln. Am besten sollten diese ihre Forderungen wieder in den Papierkorb werfen. Ob dies gelingt, wird sich jedoch im Kampf der Gewerkschaftsjugend jetzt im Kampf gegen den Berufsschülerprozeß und das BGJ entscheiden.

Bundesweite Aktionstage der Umschüler in den letzten beiden Novemberwochen

b.job. Bereits am 1. Mai 1977 forderten Umschüler im Hamburg auf der DGB-Demonstration: Unterhaltsgeldfortzahlung im Krankheitsfall. Die Durchsetzung dieser Forderung ist dringend: Das Arbeitsamt verzögert ständig die Wiederbewilligung des Unterhaltsgeldes (UHG) nach Beendigung der Krankheit um sechs bis acht Wochen, der Umschüler steht in der Zeit ohne Geld da. Auf Grund des ohnehin niedrigen UHGs von im Schnitt 70% des letzten Nettolohns sind viele Kollegen gezwungen, trotz Krankheit in Schule oder Werkstatt zu erscheinen oder bei einer Unterbrechung der Zahlung aus der Umschulung auszusteigen. Von 1970 bis 1978 stieg der Prozentsatz der aus den Maßnahmen ausgetretenen Umschüler von 16,5% auf 31%.

Die Antwort von Ehrenberg auf unzählige Protestbriefe dagegen: Die Angelegenheit werde geprüft. Gleichzeitig
beschloß er mit Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, den Umschülern auch noch Geld zu stehlen: Per Erlaß verfügte Stingl, daß bei stundenweisem Fehlen ganze Tage vom UHG abgezogen werden sollen. Zur Durchsetzung wurden bereits Angestellte des Arbeitsamtes Hamburg ins Berufsfortbildungswerk des DGB

zwecks Bespitzelung der Umschüler geschickt. Erfolglos mußten sie wieder abziehen, da die Umschüler Auskünfte über ihre Fehlzeiten verweigerten.

Mit diesem Erlaß will Stingl Umschüler und Arbeiter spalten: Viele Umschüler würden an der ,,Solidargemeinschaft'' der Versicherten schmarotzen, das Geld einstecken, aber nur unregelmäßig erscheinen. Tatsache aber ist, daß die Millionen, die für Umschulungen ausgegeben werden, nur den Profitinteressen der Kapitalisten entsprechen, die sich davon ein mobiles Facharbeiterheer versprechen, mit dem sie den Lohnstandard drücken können bei gleichzeitiger Einsparung von Millionen Mark Ausbildungskosten.

Vertreter von 31 Umschulungseinrichtungen haben in Köln am 20.10. beschlossen, Aktionstage für die Forderungen: UHG-Fortzahlung im
Krankheitsfall ohne Unterbrechung! Weg mit dem Fehlzeitenerlaß! durchzuführen. In Hamburg werden Umschülervertreter des Berufsbildungswerks des DGB, der Gewerbeförderungsanstalt, der Gronde-Stiftung und der Heinze-Schule zu einer Kundgebung am 29.11. vor dem Arbeitsamt aufrufen.

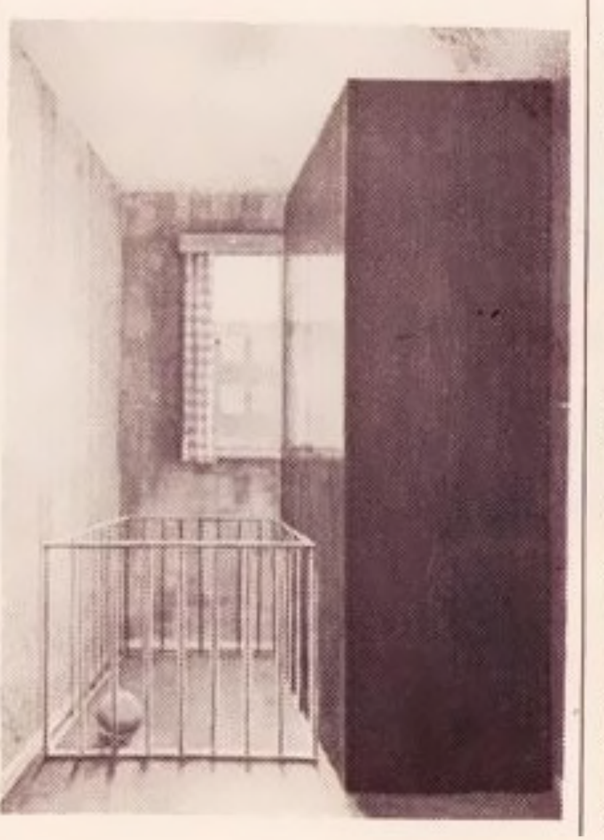
Reaktionäre Kinder-Ausstellung im Rathaus

Veranstalter ist die W.Otto-Stiftung, Ableger des Otto-Versands Hamburg

b.led. Thema der Ausstellung ist, ,,Leben und Chancen des Kindes in unserer Gesellschaft'', um ,,damit etwas in Bewegung zu bringen''. (Katalog, S.7). Bewegt werden soll gegen die ,,verengte, materialisierte Sicht'' der Arbeiterklasse (S.6). ,,Das Kind... wird zum Kostenfaktor reduziert... Kann es wieder mehr werden als nur eine Position im Haushaltsbuch, wo es mit Auto, Waschmaschine und Urlaubsreise konkurrieren muß – und oft genug unterliegt?'' (S.6). Statt schnöder Pfennnigfuchserei mehr 'Herz für Kinder'; die schleimige Verlogenheit ist gerichtet geradewegs gegen den Kampf um den Lohn, den die Arbeiterklasse führen muß, um die Reproduktionskosten einschließlich Kinderaufzucht überhaupt bestreiten zu können. Da das Herz des Herrn Otto im Geldbeutel sitzt, weiß er die Tatsache niedriger Löhne und die Sorge der Arbeiterklasse um ihren Nachwuchs selbstverständlich in klingende Münze umzuwandeln: der Otto-Versand betreibt ,,Hausfrauenschichten'', ohne Spätschicht- und Überstundenzulagen zu Niedrigstlöhnen. *Dies* zu verdunkeln, läßt sich Herr Otto 25000 DM Prämie kosten, daß ihm sein Künstler-Anhang entsprechendes fabriziere: ,,Mit sich und der Welt im Reinen zieht der Knabe von Heinz Schrand mit seinem Holzpferd 'nach Troja''' (S.8) – ein verklärter Imperialistentraum: Was der Bourgeois-Spößling noch spielt, führt der Starfighter der Bundeswehr derweil aus. Manfred Pixa muß bei Ottos zu Besuch gewesen sein, der selbst ,,Vater von fünf gesunden Kindern'' (S. 64) ist. Mag sein, daß sein Sprößling dressiert wird, die bundesrepublikanische Flagge zu schwenken, um später würdiger Nachfolger im väterlichen Management zu werden. – Meinhard Raschke hetzt auf die 'Brutalität' der Arbeiterklasse, die ihre Kinder in solch Käfige steckt; diese Zimmer und kleinere sind in SAGA-Wohnungen die Regel – große Wohnungen sind für Arbeiterlohn nicht zu haben. Diese Verhältnisse werden umgedreht in 'kinderfeindliche' Möblierung der Arbeiter.

Kräftige Anhebung des Kindergeldes auf die Höhe der im Öffentlichen Dienst gezahlten Zuschläge für Minister, steuer- und sozialversicherungsfrei wäre nützlich sein, den Bourgeois das Maul zu stopfen.

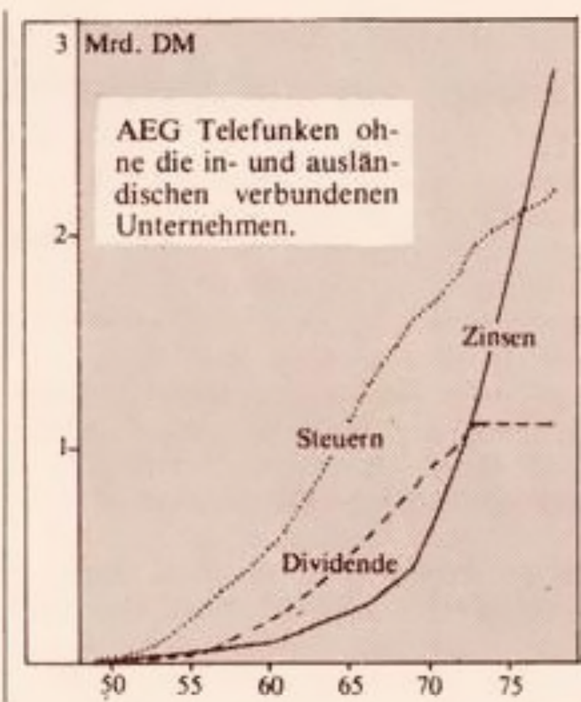








,,AEG-Telefunken ist pleite! Und wer bezahlt dafür? Nicht die Banken, sondern wir!" Transparent der Telefunkenarbeiter auf der Demonstration am 2.11.



,,Rettung" von AEG-Telefunken – großangelegtes Investitionsprogramm der Banken

r.hok. Am Freitag vergangener Woche gab die Fernseh und Rundfunk GmbH Telefunken die Schließung des Werkes 2 Hannover mit ca. 1000 Entlassungen bis Mitte 1980 bekannt. ,,Die getroffenen Entscheidungen hätten das Ziel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern", heißt es in der Erklärung dazu. Am Freitag zuvor haben sich die über 3000 Beschäftigten der Werke Hannover mit einer Demonstration nach vorangegangener Betriebsversammlung gegen die geplanten Entlassungen gewandt und die Offenlegung der Sanierungspläne gefordert. Die Schließung des Werkes 2 in Hannover ist Teil der geplanten Sanierung aller 5 Unternehmensbereiche des AEG-Telefunken-Konzerns.

Am 3. Dezember will der Aufsichtsrat über das neue ,,Konzept" beschließen. Die Sanierung selbst ist Ausbau und Kapitalbeschaffung der für den Konzern expansiven Bereiche wie Energie und Industrietechnik, Anlagenbau, sowie Nachrichten und Verkehrstechnik. Weiterer Schwerpunkt: Ausweitung der Auslandsfertigung. Dieses Programm bei gleichzeitigem Herunterdrücken der ,,Schwachstellen": Konsumgüter, Hausgeräte und Unterhaltungselektronik und Bürotechnik (Olympia-Werke). Das ganze Programm soll dann mit einer um 13000 herabgedrückten Belegschaft ablaufen. Die Betrachtung der Finanzseite allein zeigt die ,,Rettung" des AEG-Telefunken-Konzerns als ein großangelegtes Investitionsprogramm des Bankkapitals. Allen voran soll die Dresdner Bank an dem hernach aufgestockten Gesamtkapital von 1,2 Mrd. 19%, die Deutsche Bank 10%, die Commerz- und BHF-Bank mit unter 10% beteiligt sein. Vorerst aber wird das derzeitige Aktienkapital der 180000 Aktionäre von 930 Mio. auf 310 Mio. heruntergesetzt, um dann durch eine Aufstockung von 1:1 auf 620 wieder erhöht zu werden. Die jungen Aktien werden mit einem ,,Aufgeld" von 100 DM gehandelt, so daß die Aktie statt ihrem Nennwert von 50 DM 150 DM kosten wird. ,,Kein Zweifel", daß die jungen Aktien von den rund 160 bei der AEG engagierten Banken übernommen werden. (FAZ 3/4.11.) Vorläufiges Finanzfazit ist: Den Kapitalschnitt bezahlen werden die 180000 Aktionäre, die damit den Banken für großangelegte Investitionen den Weg ebnen oder besser gesagt, zahlen sollen.

Seit den 70er Jahren wandert mehr in die Zinskanäle der Banken als in die Taschen der Aktionäre. Noch 1968 erreichte die AEG Aktie die Höchstmarke von 286. Vorausgegangen sind verschiedene Unternehmungen. Mit Aufkauf von Linde-Haushaltsgeräte, Küppersbusch, BBC, Neffwerke und Zanker, um nur einige zu nennen, expandierte die AEG in die Konsumgüterindustrie. Sie tätigt jetzt 33% ihres eigenen Umsatzes in diesem Bereich, Branchendurchschnitt ist 23%. Neben Verlusten in anderen Bereichen, der Verkauf der KWU an Siemens allein beläuft sich auf 1,7 Mrd DM Verlust, ging der Umsatzanteil der westdeutschen Elektroindustrie im Absatz von Gebrauchsgütern von 1976 bis 1978 von 25,6 auf 14,0% zurück. 19,2% des Umsatzes der AEG sind Eigenleistungen der Auslandsbetriebe, bei Siemens sind es bereits 31%. Dabei fiel der Kapitalexport der AEG von 109 Mio. 1975, 55 Mio. 1976 und 48 Mio. 1977 bis auf 37 Mio. 1978. Von der Konkurrenz getroffen? Ja. Doch 2,75 Mrd. Zinsen haben die Banken seit 1950 aus der AEG-Telefunken gezogen. Wen wundert es da, daß sie mit aller Kraft dabei sind, diese Periode auf höherer Stufenleiter neu zu organisieren.

Ausdrücklich gegen das Rationalisierungskonzept des Vorstandes haben sich die Arbeiter mit der Demonstration in Hannover gewandt. ,,Keine Entlassungen", ,,Keine Schließung des Werks 2". Zur geplanten Kurzarbeit hat Lucie Hupe, Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats auf der Betriebsversammlung erklärt: ,,Es geht nicht, Mitarbeiter ihres Lohns zu berauben, um ihnen ein paar Monate später den blauen Brief in die Tasche zu stecken." Der Betriebsrat Celle hat die Entscheidung über die Zustimmung zur Kurzarbeit an den Gesamtbetriebsrat delegiert. Ob der Vorstand die 1000 Entlassungen in Hannover und die vierwöchige Kurzarbeit, im Vorfeld von weiteren Entlassungen, durchsetzen wird, ist ziemlich fraglich. Zumal mehrere Solidaritätsresolutionen, darunter auch aus dem Werk Springe, den Kampf der Arbeiter aus Hannover unterstützen.

Neuer Abschnitt des niedersächsischen Deichbauprogramms: ,,Generalplan Elbe"

r.kea. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Glup hat den ,,Generalplan für den Ausbau der Elbdeiche zwischen Schnackenburg und der Staustufe Geesthacht" vorgelegt. Nach dem Aller-Leine-Oker Plan (1961) und dem Plan für das Hase-Gebiet (1964) soll mit dem Elbe-Plan das niedersächsische Deichbauprogramm für Binnenwassergebiete abgeschlossen werden. Die Bauausführung soll bis 1990 dauern. Der Finanzaufwand beträgt 90 Millionen DM.

Anlaß für den ,,Generalplan Elbe" waren die Überschwemmungen im Winter 1974/75, wo die Deichvorländer teilweise bis zu 3 m hoch überflutet wurden. Damals wurden Gehöfte vom Umland abgeschnitten, ganze Gemeindebezirke überschwemmt und Straßenverbindungen unterbrochen. An mehreren Stellen drohten große Deichbrüche, da die meisten Deiche zu steil aufgeschüttet sind, teilweise die Deichkrone zu niedrig ist und der Deichverlauf bei starkem Hochwasser bzw. bei starker Strömung geradezu zur Deichbruchgefahr beiträgt. Nach §6 des Niedersächsischen Deichgesetzes (NDG) ist die Erhaltung der Hochwasserdeiche Aufgabe der ,,Eigentümer aller im Schutze der Deiche gelegenen Grundstücke". Diese Eigentümer sind in sogenannten Deichverbänden zusammengefaßt. Nach §18 NDG werden jeden Herbst auf Landkreisebene, wo die unteren Wasserbehörden eingesetzt sind, sogenannte Deichschauen durchgeführt, um den Zustand zu kontrollieren. Tatasächlich nehmen die Deichverbände seit Jahren Reparaturen und Baumaßnahmen vor. Zu großangelegten Deichbaumaßnahmen sind sie aber wegen der Steuerabgaben an Bund und Länder schon finanziell nicht in der Lage. Soweit Bund und Länder aus den Steuern und Abgaben, die den Gemeinden und Kommunalverbänden geraubt wurden, wieder Geld für Deichbaumaßnahmen zurückfließen lassen, hat die Bourgeoisie Zweckbestimmung, Prioritäten und unzählige Bedingungen bis ins Kleinste vorgeschrieben.

Die staatliche Planung, die vom regionalen Infrastrukturbedarf der Kapitalistenklasse, sowohl der Industriekapitalisten als auch der Agrarkapitalisten, ausgeht, steht in Widerspruch zu den Interessen der Bewohner der Marschlandschaften, welche meist kleine Bauern sind. Im Rahmen des ,,Generalplan Küstenschutz" wurde z.B. durch die Trockenlegung der Kehdinger Marsch im Tidebereich der Unterelbe das ehemalige Weideland zahlreicher milchkuhhaltender Kleinbauern in Ackerland für Getreide und Raps umgewandelt. Die Umstellung von der Viehwirtschaft mit relativ kleineren Weideflächen auf die großflächigere Getreideproduktion mit größerem Maschinenkapital ist für die wenigsten Bauern durchführbar. Die Bauern im Elbmarschbereich Krautsand sind, gemeinsam mit Naturschützern, gegen die geplante ufernahe Linienführung der Deiche. Bei größerer Entfernung der Deiche vom Flußlauf könnten große Teile der Marschlandschaft erhalten werden, deren natürliche Überflutung den Bauern das Düngen spart und bis jetzt die Trinkwasserversorgung des Viehs infolge des Tidenhubs sichert. In der Kehdinger Marsch, wo in den Gräben das Wasser stinkt und vom Vieh nicht getrunken wird, haben die Milchviehbauern jetzt den Bau einer Wasserleitung vom Staat gefordert.

Der ,,Generalplan Elbe" geht trotz der schwerwiegenden wasserwirtschaftlichen Eingriffe in die natürlichen Zu- und Abflußwege des Flusses und in das Rückstauvermögen der Nebenflüsse, bei der Deichhöhe noch immer vom höchsten bekannten Hochwasserstand des Jahres 1895 aus und schlägt auf diese Deichhöhe ein ,,Sicherheits"-Maß von 1,00 m bis 1,20 m drauf. Die Deichkrone wird verbreitert, um ,,bei ev. Vorliegen neuer Erkenntnisse eine weitere Erhöhung (maximal 0,50m) vornehmen zu können". (Generalplan S.5) Weil man sich selbst dieser Maße nicht ganz sicher ist, sollen die Deiche ,,in der Nähe von Ortslagen" um weitere 0,20 m erhöht werden.

,,Hier sanieren Brandstifter und US-Army"

US-Besatzermacht will ihren Manöverraum in der Westberliner Innenstadt ausweiten

r.rku. Schwer bewaffnet zog eine US-Armeeeinheit die Skalitzerstraße im Westberliner Bezirk Kreuzberg entlang und marschierte in Abrißhäuser ein. Keine Absperrungen, keine Sicherheitsvorkehrungen – die Bevölkerung hatte Gelegenheit, sich Schulter an Schulter mit ihrer Schutzmacht zu bewegen. So sah es allerdings nicht aus. Empörte Einwohner Kreuzbergs versammelten sich, als die Soldaten dort überraschend auftauchten. Selbst die Polizei war ,,überrumpelt" worden, wie sich ein Polizeibeamter ausdrückte, der über haupt nicht begeistert war, daß er ,,sich hier die Beine in den Bauch stehen sollte". Nach seiner Aufgabe befragt, gab er an, daß er vor allem die Kinder schützen müßte, ,,die kümmern sich um sowas ja nicht".





Ein etwas älterer Mann hatte beim Bezirksbürgermeister Pietschker angerufen. Offensichtlich war dem auch nicht ganz wohl in seiner Haut: die US-Armee beanspruche immer mehr Manöverraum in der Innenstadt und er sehe schon zu, daß sie nicht zu oft nach Kreuzberg kämen. Gleichzeitig haben sie die Besatzer in Häuser geschickt, um die es schon lange Auseinandersetzungen wegen der geplanten Sanierung gibt. Zwar sind die für das Manöver freigegebenen Häuser leer. Aber in direkter Nachbarschaft, Wand an Wand sind noch immer Häuser bewohnt, deren Bewohner sich weigern auszuziehen. Nun wird nebenan geschossen, alles kurz und klein geschlagen. Pietschker wird sich Wirkung erhoffen. Auch die Brände, die in diesem Block in der Woche vorher ausgebrochen waren, wurden von den Anwohnern in diesem Zusammenhang gesehen. Den US-Soldaten hielten sie ein Plakat entgegen:,,Hier sanieren Brandstifter und US-Army".

Bei der Übung wurde viel fotographiert. Den Besatzern war das nicht angenehm. Obwohl sie uns zu Anfang erklärt hatten, daß das Manöver am nächsten Tag an gleicher Stelle weitergehen würde, erschienen sie am nächsten Tag nicht.

Die Empörung der Westberliner gegen die Anwesenheit und Maßnahmen der Besatzermächte nimmt zu. Ungestört können sie sich kaum bewegen. Die Empörung richtet sich gegen die Zerstörung von Lebensgrundlagen der Volksmassen wie durch den Bau von Besatzerwohnungen in Düppel oder zum Beispiel durch die Ausdehnung von militärischen Anlagen seitens der britischen Besatzermacht. Über 30000 Bäume sollen zur Zeit gefällt werden, damit alle britischen Militärmaschinentypen auf dem Flughafen Gatow landen können. Am 8.11. hat die Rodungsaktion unter Polizeischutz begonnen.

In Gatow schützt die Polizei die Schutzmacht vor den Schützlingen – in Kreuzberg schützt die Polizei die Schützlinge vor der Schutzmacht. Offensichtlich kein liebevolles Verhältnis. Da nützen auch die beschwörenden Worte des Regierenden Bürgermeisters Stobbe im Radio nicht viel, und die Erfahrungen strafen ihn lügen, wenn er von sich gibt:,,Berlin ist der einzige Platz auf der Erde, wo Besatzungsmächte willkommen sind."

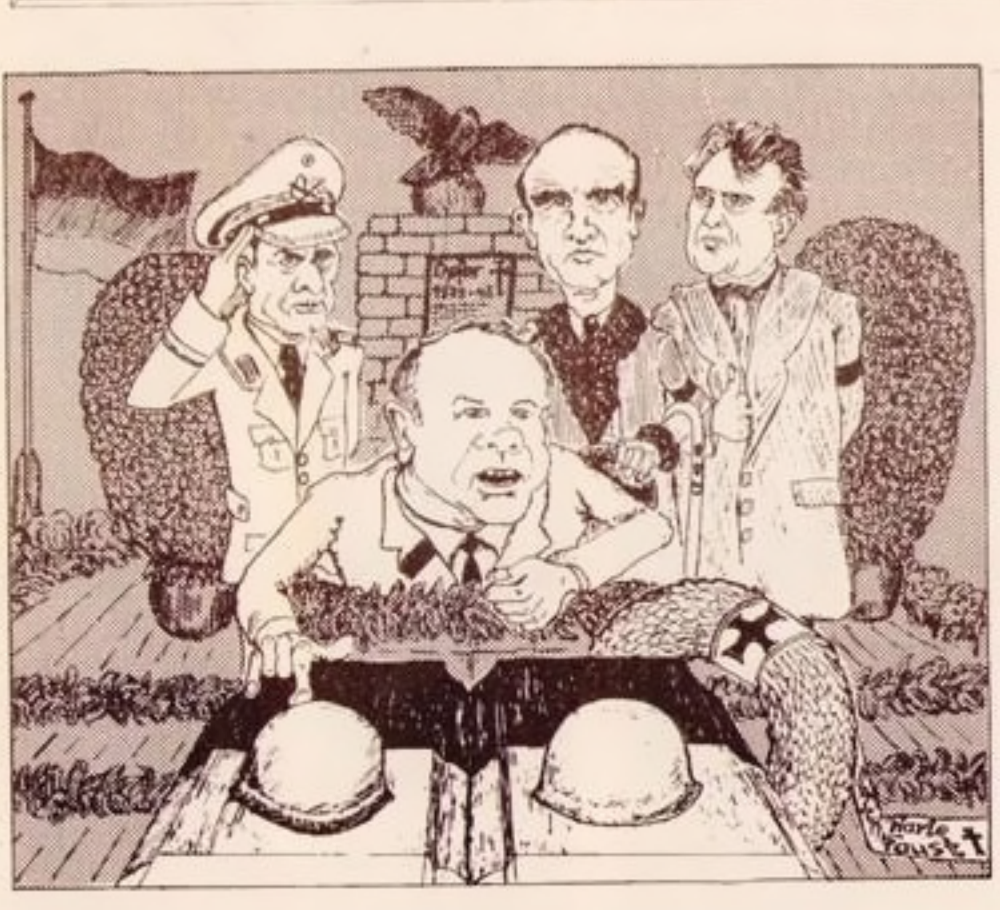
,,Hier sanieren Brandstifter und US-Army"
US-Besatzermacht will ihren Manöverraum in der Westberliner Innenstadt ausweiten







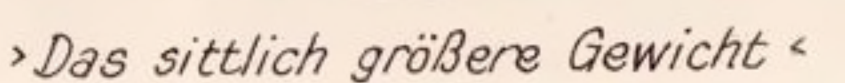
,,In der Tat kennt die Ethik eine Fülle von Situationen, in denen von den Individuen große Opfer, ja vielleicht sogar das Opfer des Lebens verlangt werden, um die Gemeinschaft vor Unheil zu bewahren. Der Widerspruch ist jedoch nur scheinbar. Wenn in gewissen Situationen das Wohl des Ganzen vor das Wohl einzelner Glieder der Gemeinschaft zu stellen ist, ihm also in sittlicher Hinsicht das größere Gewicht zukommt, so liegt das nicht allein an der Tatsache, daß sich die Gemeinschaft aus einer Vielzahl von Individuen zusammensetzt. Genau besehen lautet die Forderung an das Individuum deshalb, das eigene Wohl gegenüber dem Wohl einer Vielzahl anderer Individuen zurückzustellen."(182).



›Das ethische Lebensopfer‹







›Das sittlich größere Gewicht‹



Die Einzelnen und das Wohl der Vielzahl ‹

Einzeln können sich die Bauern große neue Maschinen nicht kaufen

r.ham. Seit einem Jahr ist die Zahl der jährlichen Schlepperneuzulassungen rückläufig. Das heißt nicht, daß der Prozeß der Mechanisierung der Landarbeit zum Stillstand gekommen wäre. Er ist eher erst am Anfang, gemessen an dem Stand der industriellen Produktion und der Wissenschaft. Aber die Maschinen sind zunehmend weniger in der Hand der Bauern und mehr in der der Agrarkapitalisten und Lohnunternehmer, z.B. in Schleswig-Holstein: 1970 besaßen nach der bürgerlichen Statistik die landwirtschaftlichen Betriebe (also auch die Güter) 56721 Schlepper, die sich 1975 auf 55368 verringert hatten. Die Lohnunternehmer konnten ihren Anteil von 1258 Stück 1970 auf 1514 in 1976 steigern, und das sind Schlepper meist über 100 PS.

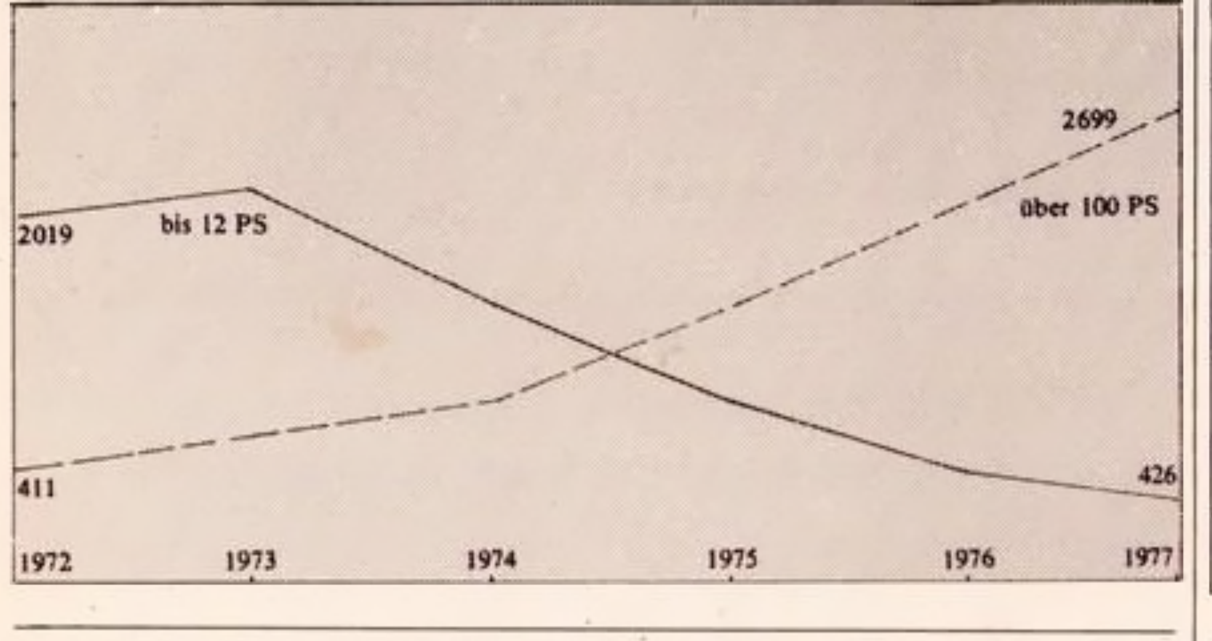
Viel krasser noch ist diese Entwicklung bei den großen selbstfahrenden Rübenvollerntemaschinen und Maishäckslern. Sie werden praktisch nur von Lohnunternehmern/ Agrarkapitalisten gekauft und eingesetzt. Ein Häcksler, 150 PS – dreireihig kostet um 120000 DM, ein Rübenroder sechsreihig über 160000 DM. Es handelt sich hierbei um Spezialmaschinen, die in der Leistung um ein Vielfaches höher, und in der Arbeitsqualität meist nicht schlechter, als die Anbaumaschinen der Bauern sind. Aber diese hohe Produktivkraft, eingesetzt nur zum Zweck der Profitmaximierung, wirft für die Bauern folgende Probleme auf:

z.B. ist die Leistung so hoch, daß der gehäckselte Mais vom Bauern allein gar nicht mehr abgefahren werden kann, denn es wären dazu drei Schlepper mit großem Anhänger nötig. Die setzt also der Lohnunternehmer in eigener Regie mit ein, so daß der Bauer nichts mehr bei der Ernte mit seinen Maschinen machen kann. Deshalb muß er heute für einen ha geernteten Silomais 450 DM zahlen. Den erntet ein Lohnunternehmer in 40 Minuten. Beim Rübenroden ist das Problem ähnlich, nur wird es dadurch „gelöst", daß zwar die Rüben geerntet werden, aber das wertvolle Rübenblatt (Viehfutter) als Abfall auf dem Feld liegen bleibt und untergepflügt wird.

Zur Abfuhr sind ebenfalls nochmal drei Gespanne notwendig, vom Lohnunternehmer wären sie zu teuer; es müssen sich also drei Bauern einigen und die Abfuhr gemeinsam organisieren. Das aber ist unter der Regie des Lohnunternehmers – wo eine Maschinenarbeitsminute 10 bis 15 DM kostet – schwierig. Günstig wäre es, wenn den Bauern die Maschinen gehören würden.

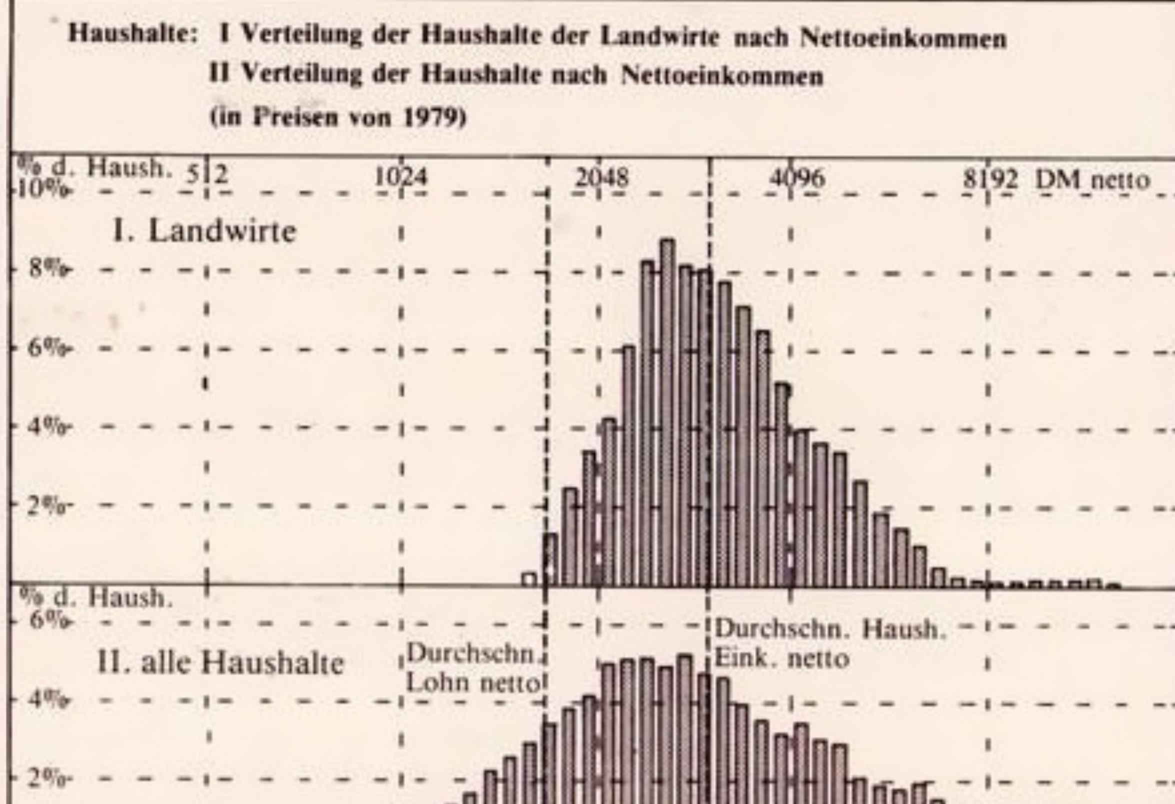
Genau das will die Regierung verhindern, indem sie den Lohnunternehmern Zuschüsse für den Maschinenneukauf zahlt – bis 10% des Kaufpreises und bis zu 15000 DM je Maschine. Auch für Bauern besteht diese Möglichkeit der Form nach, aber dazu müssen sie eine Personenvereinigung mit mindestens fünf Bauern gründen. Selbst, wenn das gelänge (es müßte ja gleich das ganze Dorf sein) haben sie zwar die Schulden, aber nicht die Verfügungsgewalt über die Maschinen.

Die liegt bei der Landwirtschaftskammer, die z.B. den Zuschuß verweigern oder zurückfordern kann, wenn die „Wirtschaftlichkeit" der Maschine nicht gegeben ist. Dies muß von den Bauern kritisiert werden. Das ist ein Schritt zum selbständigen genossenschaftlichen Zusammenschluß, der den Einsatz der Maschinen verbessert.



	1972	1973	1974	1975	1976	1977
bis 12 PS	2019	2207	1415	1005	440	426
über 12 – 34 PS	6019	4437	3549	2073	2122	2221
über 34 – 50 PS	14712	16766	15913	15537	17994	17060
über 50 – 80 PS	14335	18116	18269	24167	25654	25505
über 80 – 100 PS	3171	3083	3298	3673	3655	3838
über 100 PS	411	724	957	1308	2674	2699
Gesamt	40667	45333	43401	47763	52539	51749

Verteilung der Einkommen der Bauern – Die Bauern leben von ihrer Arbeit



z.hej. Das Einkommen der Bauern ist nicht einfach mit dem Lohn der Arbeiter vergleichbar. Der Bauer reproduziert mit seinem Einkommen nicht nur seine Arbeitskraft, sondern seinen Hof, der hohe Ausgaben für die Fortführung der Produktion verschlingt. Er ist den Lebensmittelmonopolen nicht so ausgeliefert, da er einen Teil seiner Lebensmittel selbst billiger produziert. Die obige Verteilung, zusammengestellt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973, ist hochgerechnet auf die Lohnverhältnisse 1979. Die Neben-und Zuerwerbslandwirte sind nicht in der Verteilung enthalten. Die meisten Haushalte der Bauern liegen auf dem Niveau der Lohnabhängigenhaushalte. Deutlich ist ein Rattenschwanz von Agrarkapitalisten und Großgrundbesitzern sichtbar.

England: Lohnkommission legt den Lohn der Landarbeiter fest

z.hef.London. Lohnerhöhungen von durchschnittlich 21% für die britischen Landarbeiter beschloß die „Landwirtschaftliche Lohnkommission" am 9.11. in London. Einzelheiten der Erhöhung sind uns noch nicht bekannt. Die staatliche Lohnkommission besteht aus je acht Vertretern der Gewerkschaften und des Nationalen Farmerverbandes sowie fünf vom Landwirtschaftsministerium bestellten „unabhängigen" Mitgliedern. Zwei Tage vor ihrem Beschluß hatte die Kommission am Mittwoch mit den Stimmen der „Unabhängigen" und der Kapitalisten die Forderung der Gewerkschaften nach 100 Pfund Mindestlohn pro Woche abgelehnt. Zur Zeit verdient ein Landarbeiter bei Vollzeit-Beschäftigung im Durchschnitt 63,98 Pfund brutto in der Woche (1100 DM im Monat) und eine Landarbeiterin 50,42 Pfund (873 DM im Monat), wobei der Durchschnittslohn über die tatsächlichen Löhne wenig sagt, weil die Lohnunterschiede der Landarbeiter sehr weit sind (siehe KVZ 44, S. 9). – Mehr als 600 Landarbeiter hatten am 7.11. während der Sitzung der Kommission vor dem Tagungsort demonstriert. Auf der Großveranstaltung nach der Demonstration begrüßten die Arbeiter mit Applaus die Redner, die zum Streik aufriefen. In mehreren Bezirken streikten Landarbeiter an diesem Tag, z.B. in Suffolk. Die Teilnehmer der Kundgebung waren fast alle im Streik.

Italien: Neuer Kollektivvertrag für Zuckerrüben erkämpft

z.ulg.Rom. Nach zehnmonatigem Kampf haben die italienischen Zuckerrübenbauern Ende Oktober einen neuen Kollektivvertrag über die Aufkaufbedingungen durchsetzen können. Der Vertrag gilt für die inzwischen abgeschlossene Kampagne 1978/79. Die Bauern hatten, sollten die Rüben nicht auf den Feldern verfaulen, an die Zuckerfabriken liefern müssen, ohne zu wissen, welcher Preis schließlich gezahlt werden würde. In einer gemeinsamen Plattform hatten ihre Verbände die Erhöhung des Aufkaufpreises von 4100 auf 4450 bzw. 4500 Lire/dz gefordert. Im neuen Kollektivvertrag sind jetzt 4400 Lire (9,57 DM) vereinbart worden. Der ebenfalls darin geregelte Transporttarif wurde um 15% erhöht. Die Kapitalisten hatten den Anspruch der Bauern auf die nach Ausziehen des Zuckers verbleibenden Trockenschnitzel, die ein wertvolles Futtermittel sind, von 145 auf 80 kg pro 100 dz Rüben drücken wollen. Sie mußten jetzt Beibehaltung des alten Satzes zugestehen. Schließlich haben sie die vielen Bauern aufgezwungenen Einzelverträge mit ungünstigeren Bedingungen zurückziehen müssen. Um ihre Forderungen durchzusetzen, hatten Bauern und selbstfahrende Transportunternehmer mehrfach die Rübenlieferungen an die Zuckerfabriken blockiert. Die Arbeiter der Fabriken hatten den Kampf teilweise mit Streiks unterstützt.

In Vietnam vertieft sich die Krise

Die Hanoier Revisionisten suchen das Bündnis mit der südlichen Kompradorenbourgeoisie

z.ges. 120000 Tonnen Nahrungsmittel hätten die vietnamesischen Aggressoren nach Kampuchea geschickt, 10000 Tonnen Reissetzlinge und eine große Menge Medikamente, behauptete der Hanoier Delegierte Ha Van Lau auf der UNO-Konferenz zur Nahrungsmittelhilfe für Kampuchea. Er hat vielleicht den Nachschub für die Aggressionstruppen und die Grundausstattung der 250000 vietnamesischen Siedler gemeint, die die Hanoier Machthaber inzwischen nach Kampuchea geschickt haben. Was die Aggressoren in Kampuchea vernichtet und was sie aus Kampuchea weggeschleppt haben, hat er nicht erwähnt: 1 Mio. ha Reisland liegen brach, so daß nur 5% der Reisfläche bebaut werden könnten. Fast eine Million Ochsen und Wasserbüffel haben die Aggressoren umgebracht und weggeschafft, um das kampucheanische Volk auszuhungern, den Widerstandskrieg zu brechen und Platz für die Siedler zu schaffen. Aber die Berichte über Hungersnot in Kampuchea seien „sehr übertrieben", meinte Ha Van Lau auf einer Pressekonferenz. Dabei tun die Aggressoren alles, um die beschlossenen Nahrungsmittelhilfen entweder zu verhindern oder in die eigenen Hände zu bekommen. Ein vietnamesischer Deserteur von der 75. Division der vietnamesischen Aggressoren hat inzwischen in Thailand berichtet, daß seine Einheit mit Nahrungsmitteln des „world food programme" versorgt worden sei.

Die Ökonomie der Aggressoren steckt selber in der Krise. Im September führte das ZK der KPV eine Plenarsitzung durch. Nhan Dan, das Zentralorgan der vietnamesischen Revisionisten, lieferte danach ein paar Tatsachen über die krisenhafte Entwicklung, um die vom ZK beschlossenen Maßnahmen zu begründen. „Die Nahrungsmittel und die Dinge des täglichen Gebrauchs fehlen. Das Leben der Arbeiter ist sehr mühevoll, die Wirtschaftsverwaltung befindet sich in Auflösung." Nhan Dan gesteht ein, daß sich Schwarzhandel und Korruption breitmachen. Die Hanoier Machthaber hatten bei ihrem Versuch, Vietnam in kürzester Zeit eine wirtschaftliche Basis für ihre Expansionspolitik in Südostasien zu verschaffen, auf zwei Faktoren gesetzt: 1. Obwohl in der vietnamesischen Landwirtschaft kein ausreichendes landwirtschaftliches Mehrprodukt für einen raschen Aufbau der Schwerindustrie produziert werden konnte, wollten sie ein solches Mehrprodukt künstlich aus den Bauern herausholen, was bloß auf Kosten des Lebensniveaus der Bauern und der landwirtschaftlichen Investitionen gehen konnte. Auf diese Weise zwangen sie die Bauern geradezu, die Produktion auf die Selbstversorgung zu beschränken und sich der Ablieferungspflicht zu entziehen.

Die landwirtschaftliche Produktion bleibt hinter dem Plan zurück: In diesem Jahr voraussichtlich nochmal um 3,8 Mio. Tonnen Getreide, während das Defizit 1978 4 Mio. Tonnen und 1977 bereits 2,5 Mio. Tonnen Getreide ausgemacht hatte. Das „Neue Deutschland" veröffentlichte am 25. Oktober einen geschönten Bericht über die vietnamesische Landwirtschaft, konnte aber nicht verschweigen, daß die Ernte auf keinen Fall ausreicht, „den Bedarf zu befriedigen". Um die Bauern unter Kontrolle zu bekommen, hatten die Hanoier Revisionisten im Süden eine angebliche Genossenschaftsbewegung vorangetrieben. Schon im Sommer zeichnete sich ab, daß diese Knutenpolitik am Widerstand der Bauern scheitern mußte. Jetzt schiebt das Zentralorgan „Nhan Dan" die Verantwortung für das Scheitern dieses Kurses des ZK der „Mehrheit der Avantgarde" des Südens in die Schuhe, die aus kleinbürgerlichen Schichten stamme und keine Fähigkeit habe, „die objektiven Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus zu erkennen".

Haben die Hanoier Revisionisten mit ihrem Kurs die Landwirtschaft zugrundegerichtet, so ist 2. auch ihre Spekulation auf den Import von Waren und Kapital geplatzt. Sie sind überhaupt nicht in der Lage, einen entsprechenden Export zustandezubringen: „Die Artikel, die für den Export bestimmt sind, werden in zu geringer Menge produziert, und ihr Verkauf bringt nicht einmal die Kosten der importierten Rohstoffe herein, weil ihre Qualität das auf dem Weltmarkt erforderliche Niveau nicht erreicht", muß „Nhan Dan" eingestehen.

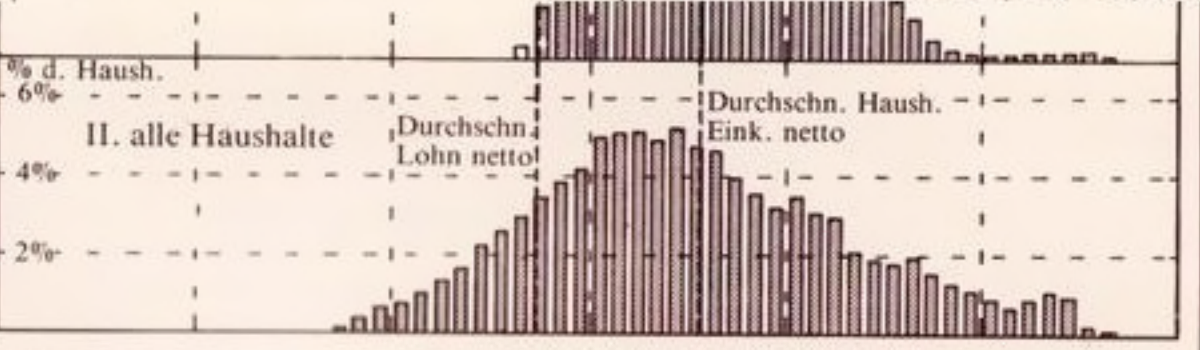
Der absehbare Bankrott ihrer Wirtschaftspolitik hat die Hanoier Machthaber in ihrer Expansionspolitik nicht gebremst. Kampuchea ist fruchtbar, Kampuchea muß verschluckt werden, hieß ihre Losung für die Überwindung der Agrarkrise. Gleichzeitig warfen sie sich den Sozialimperialisten vollends in die Arme. Nachdem die vietnamesischen Revisionisten das eigene Volk nach der Befreiung Jahr für Jahr tiefer in die Krise gerissen und das kampucheanische Volk mit Krieg und Hunger überzogen haben, versprechen sie jetzt, bis 1985 die Ernährungsfrage in Vietnam gelöst zu haben. In der Landwirtschaft wollen sie im Süden auf einmal die Einzelwirtschaft und die Privatproduktion ermutigen. Aber werden sie den Bauern im Austausch Industriewaren anbieten können, wo sie jetzt vor lauter Kriegsproduktion nach eigenem Eingeständnis noch nicht mal Schüsseln, Seife und Schulmaterialien liefern können? In der Industrie setzen sie ohnehin weiter auf den Import, den sie durch eine Steigerung der Exportproduktion ausgleichen wollen. Aber importiert wird nicht für den Bedarf der Bauern. Die einzige Maßnahme mit Hand und Fuß ist der Beschluß, in Zukunft die südvietnamesische Kompradorenbourgeoisie zur Mitherrschaft heranzuziehen: „Von nun an", so heißt es in der ZK-Resolution, „müssen die Kompetenzen der Bourgeoiskapitalisten, die der Entwicklung der sozialistischen Umwandlung gefolgt sind, korrekt genutzt werden." Diese Leute, blutige Unterdrücker des eigenen Volkes, hatten im Dienste des US-Imperialismus den ersten Überfall auf Kampuchea mitgetragen. Gleich und gleich gesellt sich gern.



Ergebnis von vier Jahren „sozialistischer Transformation" à la Hanoi: Unterdrückung und Hunger, Flüchtlinge und Aggressionskrieg gegen Kampuchea

BRD kaufte aus 3. Welt mehr Nahrungsmittel für weniger Geld

z.doj. Bundesernährungsminister Ertl gab im Zuge einer Bundestagsanfrage bekannt, daß die BRD im vergangenen Jahr aus den Ländern der 3. Welt in Afrika, Asien und Amerika mengenmäßig mehr Nahrungsmittel eingeführt hat. Von 1977 bis 1978 konnten die westdeutschen Handelskapitalisten jedoch gleichzeitig die Einfuhrpreise insgesamt um 1 Milliarde DM senken. Genutzt haben sie die billigeren Dollars nach der Abwertung als Zahlungsmittel. Bei einzelnen Nahrungsmitteln – v.a. beim Kaffee – haben sie von dem gesunkenen Weltmarktpreis profitiert. Die hauptsächlich eingeführten Nahrungsmittel – meistens in Rohform – sind Kaffee, Tee, Kakao und Gewürze, Obst, Südfrüchte und Gemüse. Kaffee, Tee, Kakao und Gewürze machten 1978 57% der Nahrungsmitteleinfuhr einschließlich lebender Tiere aus den Entwicklungsländern aus, 1974 waren es noch 44% gewesen. Beim Kaffee, der aus afrikanischen und südamerikanischen Ländern, v.a. Kolumbien und El Salvador, bezogen wurde, konnte die BRD von 1977 auf 1978 die wertmäßige Bezahlung um 36% drücken. Südfrüchte bezieht die BRD zum größten Teil aus südamerikanischen Ländern, großenteils aus Costa Rica und Panama. Bei Südfrüchten konnten die westdeutschen Handelskapitalisten von 1977 auf 1978 7% weniger Bezahlung herausholen.



	1972	1973	1974	1975	1976	1977
bis 12 PS	2019	2207	1415	1005	440	426
über 12 – 34 PS	6019	4437	3549	2073	2122	2221
über 34 – 50 PS	14712	16766	15913	15537	17994	17060
über 50 – 80 PS	14335	18116	18269	24167	25654	25505
über 80 – 100 PS	3171	3083	3298	3673	3655	3838
über 100 PS	411	724	957	1308	2674	2699
Gesamt	40667	45333	43401	47763	52539	51749

z.hej. Das Einkommen der Bauern ist nicht einfach mit dem Lohn der Arbeiter vergleichbar. Der Bauer reproduziert mit seinem Einkommen nicht nur seine Arbeitskraft, sondern seinen Hof, der hohe Ausgaben für die Fortführung der Produktion verschlingt. Er ist den Lebensmittelmonopolen nicht so ausgeliefert, da er einen Teil seiner Lebensmittel selbst billiger produziert. Die obige Verteilung, zusammengestellt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973, ist hochgerechnet auf die Lohnverhältnisse 1979. Die Neben-und Zuerwerbslandwirte sind nicht in der Verteilung enthalten. Die meisten Haushalte der Bauern liegen auf dem Niveau der Lohnabhängigenhaushalte. Deutlich ist ein Rattenschwanz von Agrarkapitalisten und Großgrundbesitzern sichtbar.

In Vietnam vertieft sich die Krise

Die Hanoier Revisionisten suchen das Bündnis mit der südlichen Kompradorenbourgeoisie

Steigende Akkorde sollen BMW-Kapital Deckung der Schecks für Kapitalexport ermöglichen

z.evz. „BMW – 1959 vor dem Bankrott – heute ‚leistungsstärkster' Betrieb", applaudiert die bürgerliche Presse der äußersten Auspressung der Arbeitskraft bei BMW als Ergebnis der vollständigen Umwälzung des Produktionsapparates.

Für 1,5 Mrd. DM wurde eine neue Transferstraße gebaut für den einheitlichen Transport vom Einzelteil bis zur Rohkarosse. Der Ausbau von Schleifen, Puffern, Zwischenspeichern sorgt dafür, daß die Profitproduktion in keiner Sekunde stockt. Auf dieser Grundlage wurde die Automation der einzelnen Arbeitsgänge vorangetrieben: induktivgesteuerte Montagewagen in der Getriebe-Motoren-Montage machten zwei Arbeiter überflüssig, „erweiterten das Montageumfeld" des einzelnen Arbeiters, sorgten für 100 % „Verfügbarkeit", d.h. vollständige Schließung der Poren des Arbeitstages. Bereits im Einführungsmonat 1976 lag die Stückzahl um 100 höher. Mit der Automation der Motorenmontage der kleinen 6-Zylinder wurde der Plan gleich um 18 000 übertroffen.

Die Automation einmal durchgesetzt, wird der Akkord ständig verschärft. Die BMW-Kapitalisten nutzen, daß zwar der Gruppenakkord mit 130 % abgesichert ist, aber keine Festlegungen über Stückzahlen bestehen. In der Endmontage am USA-Band wurden die Stückzahlen von 97 im Januar 1979 auf 102 im Mai 1979 heraufgesetzt. Für Dezember planen die BMW-Kapitalisten eine weitere Erhöhung um 8 Stück. Zusätzliche Arbeiter wurden nicht eingestellt. Aus den anderen Akkordgruppen in der Endmontage wurde im Mai je ein Arbeiter abgezogen.

Kuenheim, Vorstandsvorsitzender, zieht stolze Bilanz: „Für die Bearbeitung eines Zylinderkopfes brauchten wir 1957 noch ganze 445 Minuten, heute dagegen nur mehr neun; für den Zusammenbau einer Autotür benötigen wir hier bei gleichem Ausstoß anstatt 37 nur noch 28 Arbeitskräfte" (vor dem Bayerischen Bankenverband Oktober 1978).

Vorsprünge in der Ausbeutung der Arbeiter durch Anwendung neuester Technologien verhalfen dem BMW-Kapital zu beträchtlichem Extraprofit und rascher Kapitalakkumulation: Die Masse des Profits stieg von 1966 160 Mio. DM auf 2,8 Mrd. DM 1978. Andererseits muß immer mehr totes Kapital vorgeschossen werden, um lebendige Arbeitskraft auszubeuten.

Tendenzielles Sinken des Profits, des Mehrwerts bezogen auf das gesamte vorgeschossene Kapital, Überkapazitäten in der Automobilindustrie und Überproduktion von Kapital schlagen sich z.B. bei BMW in 5 Mio. „flüssigen Mitteln", sowie 1,178 Mrd. DM als Rücklagen und -stellungen getarntem überschüssigem Kapital, das einer

Aus der Krise 1974 durch Umwälzung der Produktion gestärkt hervorgegangen, betrieb das BMW-Kapital in der Folge den Aufkauf der Importeure und den Aufbau von BMW-Vertriebszentren, um die Realisierung des Mehrwerts auf den „Hauptvolumenmärkten" in Europa, den USA und Australien bestmöglich zu sichern. Jetzt, angesichts der sich erneut abzeichnenden Überproduktion von Kapital in der Automobilindustrie, bekundet Kuenheim „starke Entschlossenheit, den unerbittlichen Konkurrenzkampf als Überlebende zu bestehen" (Management Magazin 11/79).

Im Juni wurde der erste Spatenstich für das Steyr-BMW-Motorenwerk in Österreich getätigt. 150 000 Motoren sollen produziert, mindestens 300 Mio. DM exportiert werden. Niedrige Löhne – 45,5 % der Lohnabhängigen in Österreich verdienen nur bis zu 1 142 DM brutto – Senkung der Kosten durch öffentliche Fördermittel von 23 Mio. DM, Entfall von Entwicklungskosten für den Dieselmotor, sowie besserer Zugang zu den osteuropäischen Märkten versprechen Höchstprofit.

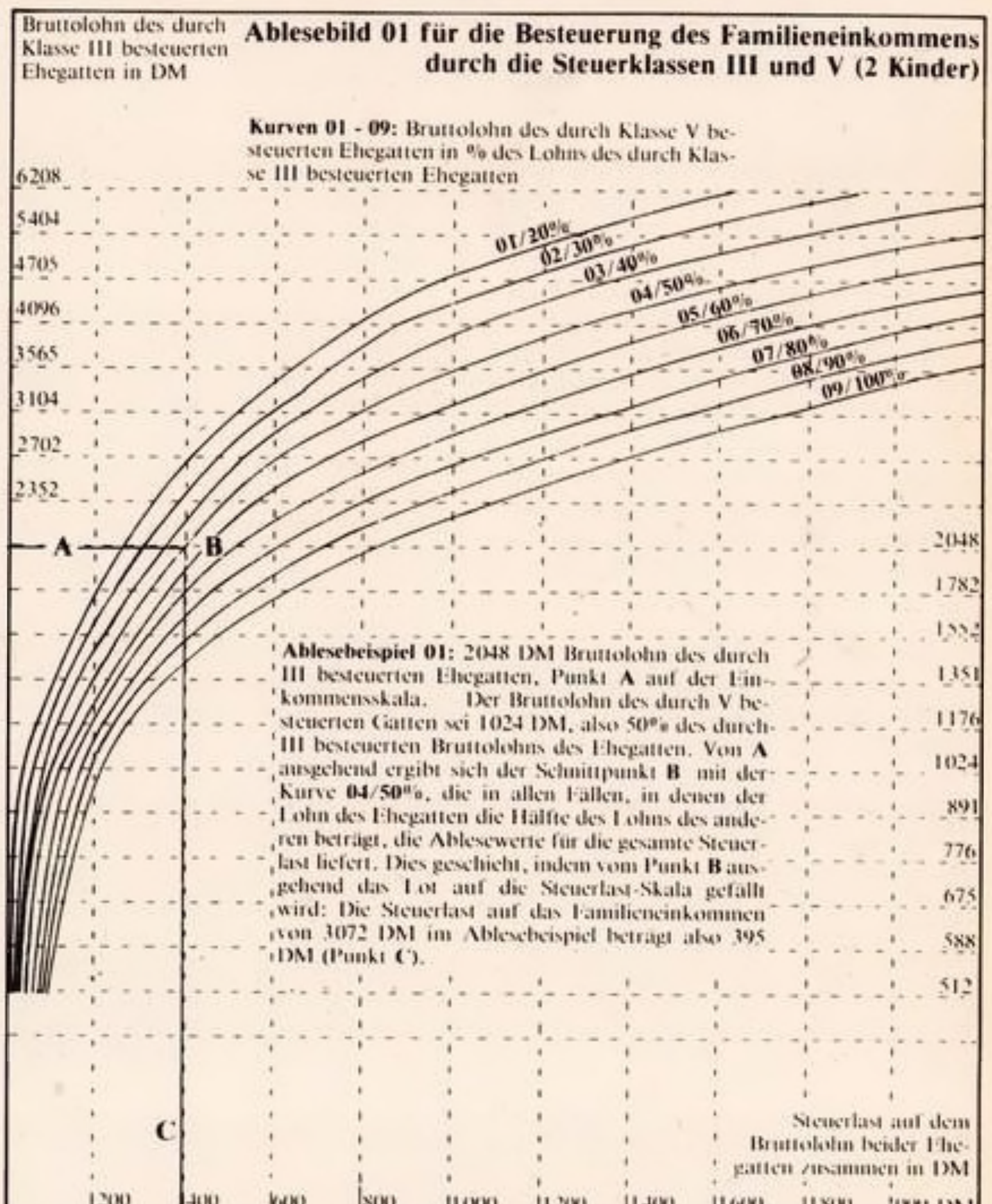
Jetzt ist erneut zu lesen: „BMW erwägt den Bau eines neuen Automobilwerks... Es stehe keineswegs fest, ob das Werk unbedingt im Inland gebaut werden müsse (Kuenheim)... Nicht verachten werde BMW... die Möglichkeiten einer staatlichen Förderung. ‚Auch Bayern kann sich um uns bewerben'." (Kuenheim in SZ, 2.11.) Startlöcher im Ausland hat sich das BMW-Kapital viele gegraben: Österreich und Südafrika mit eigenen Produktionsstätten, Thailand, Indonesien, Malaysia, Portugal, Uruguay mit Lizenzmontagen durch Importeure. 1977 verlautete im „bayernmotor": „Noch werden BMWs in Indonesien mit verschwindenden Ausnahmen zu 100 % importiert... Nicht ganz ausgeschlossen wäre es, daß in Zukunft ein arbeitsteiliges Geschäft unter den ASEAN-Staaten in Gang kommt. Nationale Teileproduktion in Form eines Wechselgeschäfts – das wäre ein Scheck auf die Zukunft. Die nächste BMW-Montage, bei der eine ‚local content'-Produktion in Gang kommt, steht ‚nur' runde drei Flugstunden entfernt im thailändischen Bangkok". 1979 wurde dann die Montage in Malaysia aufgenommen. Diese Schecks auf die Zukunft sind vorerst noch nicht gedeckt. Expansion des Konzerns, von Kapitalisten wie Sozialdemokraten zum Garanten des Wohlstandes der Arbeiter deklariert, ist kein Argument gegen, sondern ein Argument für den Kampf um einen ausreichenden Lohn, für die Errichtung von Schranken gegen maßlose Ausbeutung sowie für das Verbot jeglichen Exports von Kapital, der dem Erwerb von Vermögen im Ausland dient.

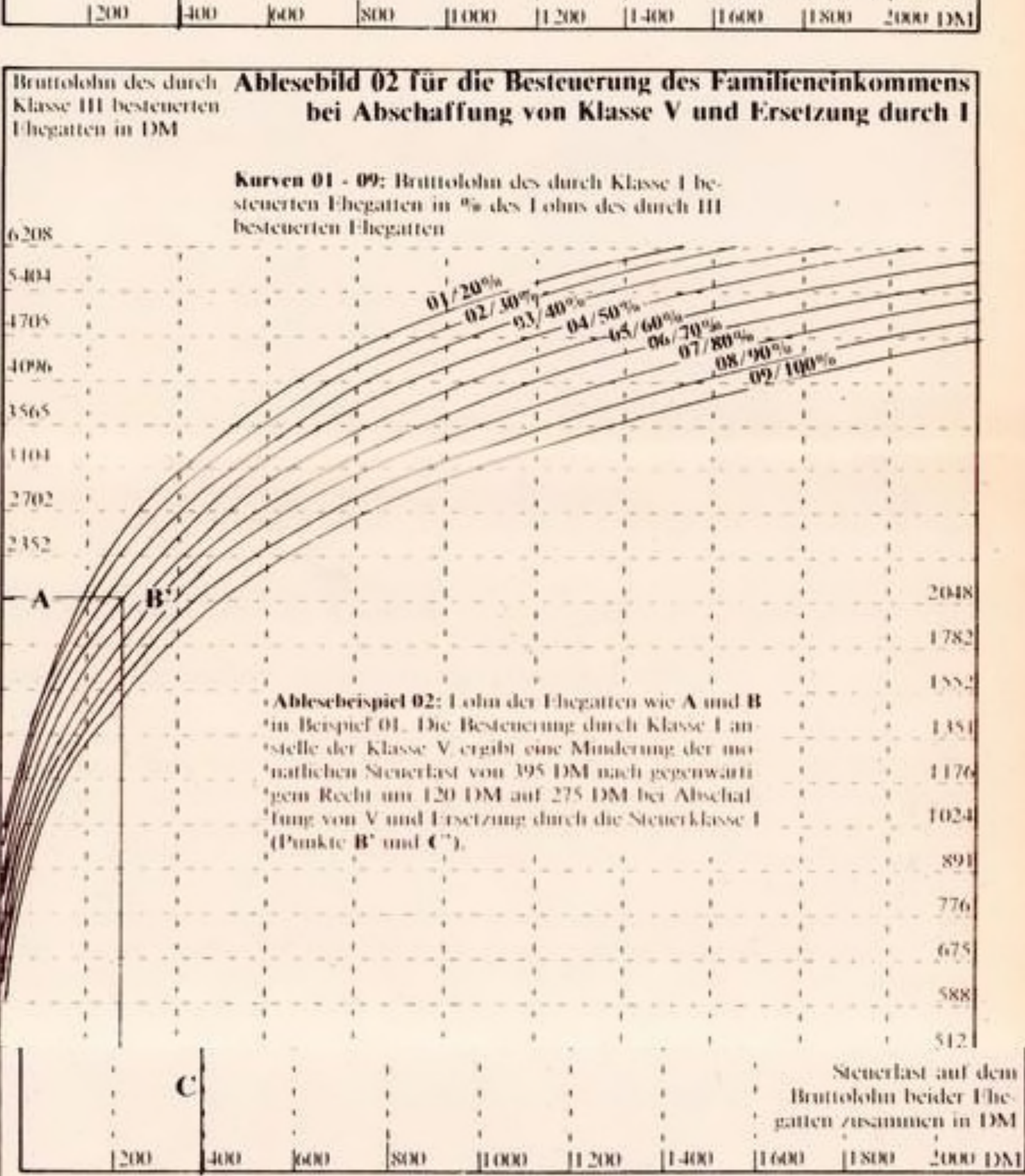
Deshalb auch wird in verschiedenen Abteilungen bei BMW gegenwärtig an

Gegen Anhebung der Frauenlöhne ausgekochte Abzugsmethode: Besteuerung nach III/V

z.haj. Der Kapitalist schließt nach Ablauf des Geschäftsjahrs seine Bücher und Bilanzen und nach Lage seiner Kapitalien und Vermögen wird besteuert: Sitzt er in der Tinte, wird er geschont; investiert er nach Kräften, wird das gefördert. – Entgegengesetzt für den Arbeiter: Er zahlt, bevor er überhaupt einen Pfennig seines Lohns in Händen hält.

Die Lebensverhältnisse, die ihm alle als Kosten entgegentreten, muß der Arbeiter gegenüber der „unbeschränkten Steuerpflicht" erst noch geltend machen: z.B. die Vorsorge für das Alter; die Kosten, die durch die Fahrt zur Arbeit oder das Arbeitszeug entstehen; die Ausbildung der Kinder usw. bis zu solchen „außergewöhnlichen Belastungen" wie Beerdigungen, die ja doch alle unbestreitbar und mit einer gewissen Regelmäßigkeit auftreten. Die gewöhnlichen Ausgaben für den Lebensunterhalt können von vornherein nicht vom Arbeiter gegen den Steuereintreiber geltend gemacht werden. Z.B. das Verlangen, von dem Lohn wenigstens anständig essen, sich kleiden oder einrichten zu können. Der „Grundfreibetrag" von gegenwärtig 3689 DM deckt ja schließlich noch nicht einmal die jährlichen Ausgaben des 4köpfigen Arbeiterhaushalts für die Wohnung gegen die Steuer. – Um wenigstens einen Teil des im Laufe des Jahres vom Finanzamt kassierten Lohns zurückzubekommen, muß der Arbeiter allerhand Kunstfertigkeit aufbringen, um einen Teil der Kosten seines Lebensunterhalts in dem System der Freibeträge und Sonderpauschalen unterzubringen. Das umfangreiche und von der herrschenden Klasse als peinlich genaue Befragung organisierte Verfahren heißt Lohnsteuerjahresausgleich. Der Arbeiter trägt gegenüber dem Amt die Antrags- und Beweislast. Soweit nicht beantragt oder bewiesen, gilt: einbehaltener Lohn = zutreffende Steuer. – In den „Wahlmöglichkeiten" für die Besteuerung des Lohns der Ehegatten wird die Kunst der Steuereintreiber, unter Gedusel von „Familiengerechtigkeit" und „individueller Angemessenheit" den Lohnabzug zu vergrößern, auf die Spitze getrieben. Das hessische Finanzministerium zuversichtlich: „Wenn beide Ehegatten nach der Steuerklasse IV besteuert werden, kann es nicht vorkommen, daß zuwenig Lohn einbehalten wird ... " Die „Alternative" III/V: „... wird regelmäßig zuwenig Steuer einbehalten, wenn der nach V zu besteuernde Ehegatte weniger als 40% des gemeinsamen Einkommens erzielt und dieses 32000 DM übersteigt." Für diesen Fall gilt die Verpflichtung zur Einkommenssteuererklärung, über die das Finanzamt nachfaßt. Darüber gilt als Steuer ein mit jeder Näherung im Lohn der Ehegatten noch rascher wachsender Betrag, wie im Ablesebild 01 dargestellt. Neben der ordentlichen Anhe-





nuar 1979 auf 102 im Mai 1979 heraufgesetzt. Für Dezember planen die BMW-Kapitalisten eine weitere Erhöhung um 8 Stück. Zusätzliche Arbeiter wurden nicht eingestellt. Aus den anderen Akkordgruppen in der Endmontage wurde im Mai je ein Arbeiter abgezogen.

Kuenheim, Vorstandsvorsitzender, zieht stolze Bilanz: „Für die Bearbeitung eines Zylinderkopfes brauchten wir 1957 noch ganze 445 Minuten, heute dagegen nur mehr neun; für den Zusammenbau einer Autotür benötigen wir hier bei gleichem Ausstoß anstatt 37 nur noch 28 Arbeitskräfte" (vor dem Bayerischen Bankenverband Oktober 1978).

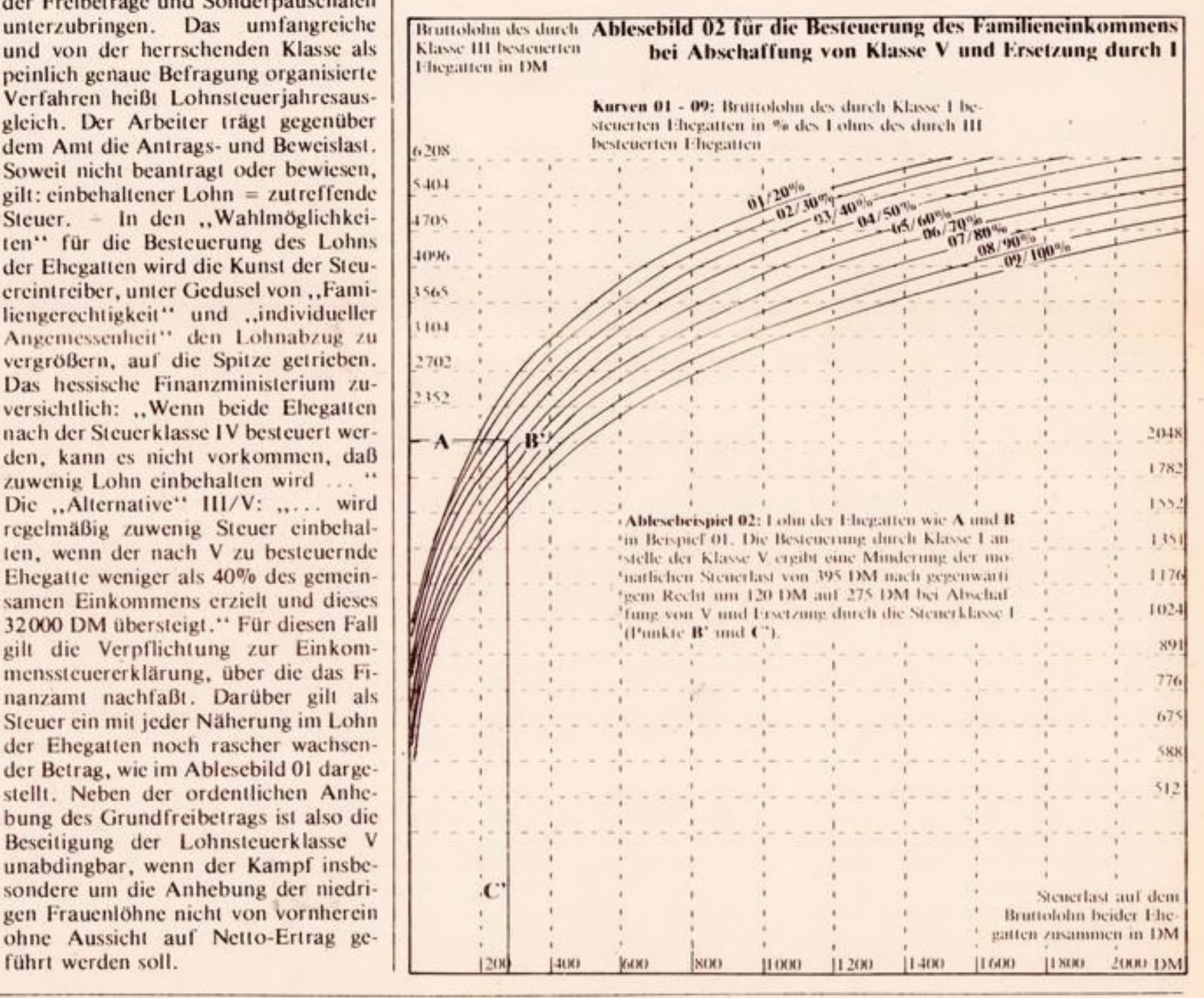
Vorsprünge in der Ausbeutung der Arbeiter durch Anwendung neuester Technologien verhalfen dem BMW-Kapital zu beträchtlichem Extraprofit und rascher Kapitalakkumulation: Die Masse des Profits stieg von 1966 160 Mio. DM auf 2,8 Mrd. DM 1978. Andererseits muß immer mehr totes Kapital vorgeschossen werden, um lebendige Arbeitskraft auszubeuten.

Tendenzielles Sinken des Profits, des Mehrwerts bezogen auf das gesamte vorgeschossene Kapital, Überkapazitäten in der Automobilindustrie und Überproduktion von Kapital schlagen sich z.B. bei BMW in 5 Mio. „flüssigen Mitteln", sowie 1,178 Mrd. DM als Rücklagen und -stellungen getarntem überschüssigem Kapital, das einer
profitlicheren Anlage harrt, 1978 nieder. 1967, als gleichfalls die zusätzliche Anlage des überschüssigen Kapitals im Inland nicht Höchstprofit versprach, wurde es nach Südafrika exportiert, wo heute 900 Arbeiter zu Hungerlöhnen ausgebeutet werden.

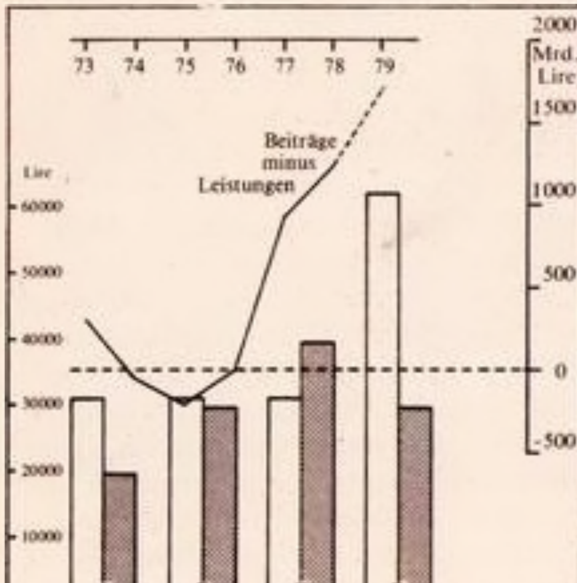
‚Auch Bayern kann sich um uns bewerben'." (Kuenheim in SZ, 2.11.) Startlöcher im Ausland hat sich das BMW-Kapital viele gegraben: Österreich und Südafrika mit eigenen Produktionsstätten, Thailand, Indonesien, Malaysia, Portugal, Uruguay mit Lizenzmontagen durch Importeure. 1977 verlautete im „bayernmotor": „Noch werden BMWs in Indonesien mit verschwindenden Ausnahmen zu 100 % importiert... Nicht ganz ausgeschlossen wäre es, daß in Zukunft ein arbeitsteiliges Geschäft unter den ASEAN-Staaten in Gang kommt. Nationale Teileproduktion in Form eines Wechselgeschäfts – das wäre ein Scheck auf die Zukunft. Die nächste BMW-Montage, bei der eine ‚local content'-Produktion in Gang kommt, steht ‚nur' runde drei Flugstunden entfernt im thailändischen Bangkok". 1979 wurde dann die Montage in Malaysia aufgenommen. Diese Schecks auf die Zukunft sind vorerst noch nicht gedeckt. Expansion des Konzerns, von Kapitalisten wie Sozialdemokraten zum Garanten des Wohlstandes der Arbeiter deklariert, ist kein Argument gegen, sondern ein Argument für den Kampf um einen ausreichenden Lohn, für die Errichtung von Schranken gegen maßlose Ausbeutung sowie für das Verbot jeglichen Exports von Kapital, der dem Erwerb von Vermögen im Ausland dient.

Deshalb auch wird in verschiedenen Abteilungen bei BMW gegenwärtig an
die Beschlußfassung einer Forderung von 170 DM/mindestens 8% gegangen, wird über Betriebsvereinbarungen zur Beschränkung des Akkords gesprochen und Debatten zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea werden geführt.

Lohns zurückzubekommen, muß der Arbeiter allerhand Kunstfertigkeit aufbringen, um einen Teil der Kosten seines Lebensunterhalts in dem System der Freibeträge und Sonderpauschalen unterzubringen. Das umfangreiche und von der herrschenden Klasse als peinlich genaue Befragung organisierte Verfahren heißt Lohnsteuerjahresausgleich. Der Arbeiter trägt gegenüber dem Amt die Antrags- und Beweislast. Soweit nicht beantragt oder bewiesen, gilt: einbehaltener Lohn = zutreffende Steuer. – In den „Wahlmöglichkeiten" für die Besteuerung des Lohns der Ehegatten wird die Kunst der Steuereintreiber, unter Gedusel von „Familiengerechtigkeit" und „individueller Angemessenheit" den Lohnabzug zu vergrößern, auf die Spitze getrieben. Das hessische Finanzministerium zuversichtlich: „Wenn beide Ehegatten nach der Steuerklasse IV besteuert werden, kann es nicht vorkommen, daß zuwenig Lohn einbehalten wird ... " Die „Alternative" III/V: „... wird regelmäßig zuwenig Steuer einbehalten, wenn der nach V zu besteuernde Ehegatte weniger als 40% des gemeinsamen Einkommens erzielt und dieses 32000 DM übersteigt." Für diesen Fall gilt die Verpflichtung zur Einkommenssteuererklärung, über die das Finanzamt nachfaßt. Darüber gilt als Steuer ein mit jeder Näherung im Lohn der Ehegatten noch rascher wachsender Betrag, wie im Ablesebild 01 dargestellt. Neben der ordentlichen Anhe-
bung des Grundfreibetrags ist also die Beseitigung der Lohnsteuerklasse V unabdingbar, wenn der Kampf insbesondere um die Anhebung der niedrigen Frauenlöhne nicht von vornherein ohne Aussicht auf Netto-Ertrag geführt werden soll.



z.ulg.Rom. **Eine Verdoppelung der seit 1975 unveränderten Familienzuschläge zum Lohn fordern die italienischen Gewerkschaften.** Die Zuschläge werden aus einem Sonderfonds der Sozialversicherung gezahlt, an den die Kapitalisten Beiträge in Höhe von 6,2% des Bruttolohns abführen müssen. Der bürgerliche Staat hat aus der Kasse eine sprudelnde Kapitalquelle gemacht. Ende 1978 betrug ihr Vermögen 3 166 Mrd. Lire, für dieses Jahr wird mit einem Überschuß von 1 723 Mrd. Lire (3,7 Mrd. DM) gerechnet. In dem Schaubild haben wir für den Durchschnittslohn von 500000 Lire Beiträge



(links) und Leistungen (rechts) gegenübergestellt. Die Zuschläge betragen je 9880 Lire (21,50 DM) für den (nichtarbeitenden) Ehegatten und für jedes Kind. Bei Verheirateten mit einem (A) oder zwei (B) Kindern ist die Bilanz negativ. Erst bei drei Kindern (C) übersteigen die Leistungen die Beiträge. Muß dann aber auch die Frau mitarbeiten, verdoppeln sich die Beiträge, während ein Zuschlag wegfällt (D). Das Ergebnis: ständig steigende Überschüsse der Kasse (obere Kurve). In echt christlichem Familiensinn hat die DC jetzt mit Unterstützung der Führer der katholischen Gewerkschaft CISL vorgeschlagen, die Erhöhung der Zuschläge statt aus den Überschüssen der Kasse durch Einführung von Arbeitnehmerbeiträgen zu finanzieren. 19000 Lire sollen dazu 1980 aus den Inflationszuschlägen abgezweigt werden.

z.pel.Paris. **Die spanische Klassenjustiz ist in diesen Tagen nur sehr beschränkt handlungsfähig;** 10000 bereits ergangene Urteile können nicht ausgeführt, neue nicht gesprochen werden, Heirats- und Geburtsurkunden werden nicht ausgestellt. Seit dem 15. Oktober streikt die Gesamtheit der ca. 14500 angestellten Hilfskräfte in der Justizverwaltung. Die Angestellten fordern von der spanischen Regierung die Rücknahme eines am 18.10. im Amtsblatt veröffentlichten Gesetzes über die Verbesserung der Gehaltsstruktur der Staatsangestellten, das die Justizangestellten jedoch ausschließt und quasi einem besonderen Dienstrecht unterstellt. Während die Regierung jetzt mit Disziplinarmaßnahmen und Lohnabzug droht, haben sich Richter in Madrid und Andalusien solidarisch erklärt.

z.pel. **Tausende von panamesischen Lehrern gingen am 31. Oktober in Panama City auf die Straße, um ihren gegen die Regierung errungenen Sieg im Lohnkampf zu feiern.** Kurz vorher hatte die Regierung den Forderungen der Streikenden nachgegeben und sich zu Lohnerhöhungen von 50 Dollar und zur Zurücknahme des staatlichen „Schulreformgesetzes", das u.a. die Reduzierung der Lehrerstellen vorsah, bereitgefunden. Noch eine Woche vorher waren die Verhandlungen nach der Ablehnung des Regierungsangebotes von 35 Dollar unterbrochen worden, und ein Regierungssprecher hatte die 23000 Streikenden vor den „unkalkulierbaren Folgen" ihrer Handlungen gewarnt. Der Streik war am 3. September von der Gesamtheit der Lehrer an allen öffentlichen und privaten Schulen Panamas begonnen und bis zum jetzigen Erfolg mit großer Geschlossenheit durchgeführt worden.

z.frb. **5500 Beschäftigte von zivilen Luftfahrtgesellschaften in Mexiko befinden sich seit dem 1. November im Streik.** Wie Xinhua berichtet, fordern sie eine Lohnerhöhung von 20%. Bereits innerhalb der ersten drei Monate dieses Jahres waren die Preise nach amtlichen Angaben um 7,5% gestiegen, für das ganze Jahr wird die Steigerung bei 20 bis 25% liegen. Vor einem Jahr hatte das Bodenpersonal 15% Lohnerhöhung durch Streik erkämpft. Außer der mexikanischen Luftfahrtgesellschaft wird diejenige Costa Ricas und die PanAm bestreikt. Die Angestellten von 34 weiteren Fluggesellschaften im Land hatten am 1. November einen Unterstützungsstreik durchgeführt. Der Streik gegen die drei Gesellschaften dauert an.

z.pel.Paris. **Seit zwei Wochen können auf allen französischen Flughäfen täglich für Zeiträume zwischen vier und acht Stunden keinerlei Starts abgewickelt werden.** Das gesamte Flugüberwachungspersonal, ca. 1500 Lohnabhängige, die seit 1964 kein Streikrecht mehr haben, antwortet so auf den Bruch der 1978 der Regierung abgezwungenen Vereinbarungen. Die 32-Stundenwoche steht bis heute nur auf dem Papier, und statt der damals zugesagten Neueinstellungen hat der Transportminister unausgebildete Techniker anstelle von Fluglotsen auf die Kontrolltürme gesetzt. Neben der 32-Stundenwoche und Neueinstellungen fordern die Beschäftigten die Absicherung der Prämien, die 30% ihres Lohns ausmachen, das Streikrecht und den Abzug der militärischen Flugüberwacher von den Kontrollzentren. Die Regierung verweigert jede Verhandlung.

z.rua.London. **700 Arbeiter des Dubliner Tiefseehafens wollen am 12.11. in einen Streik für Lohnerhöhungen und ein 10-Punkte-Programm für bessere Arbeitsbedingungen treten.** Das beschlossen sie am 2.11.1979 auf einer Versammlung der Gewerkschaft MPGWU. Sie fordern die Erhöhung des Grundlohns von 66,86 Punt pro Woche (1 158 DM im Monat) um 25 Punt. Die Hafenkapitalisten wollen gemäß dem Lohnabkommen zwischen Kapitalistenverband und Gewerkschaftsdachverband höchstens 16% mehr zahlen (10,69 Punt), Verhandlungen über das 10-Punkte-Programm

Bildschirmarbeit: der Schutz gegen Abgruppierung steht im Vordergrund

z.heb. Im Handel, dem Bank- und Versicherungsgewerbe findet seit Jahren ein permanenter Prozeß des Ersatzes menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen statt: Die massenhaft anfallende Textverarbeitung wird seit längerem schon durch EDV-Anlagen bewältigt. Aber auch die qualifizierte Sachbearbeitertätigkeit wird zunehmend durch sogenannte ,,intelligente Systeme" ersetzt, die die Buchführung, Auftragsbearbeitung, Materialwirtschaft, usw. zur einfachen Tätigkeit der Dateneingabe- und -abfrage machen. Noch haben die Kapitalisten große Probleme bei der Umstellung dieser Bereiche auf die EDV. Noch stützen sie sich in dieser Phase gerade auf die qualifizierten Sachbearbeiter, die sie im Endeffekt wegrationalisieren wollen.

Für den Versicherungsbereich liegt seit dem Juni 1978 den Kapitalisten ein Entwurf einer Tarifvereinbarung über die Tätigkeiten an Datensichtgeräten vor, den Banken seit kurzem ebenfalls und für den Handel ist gleiches geplant. Die zentralen Forderungen der HBV: Einrichtung von Mischarbeitsplätzen — nicht mehr als 4 Stunden Bildschirmarbeit täglich, nach jeder Stunde 15 Minuten bezahlte Pause — Sicherung des Qualifikationsniveaus und der tariflichen Eingruppierung — gesundheitliche Maßnahmen.

Mit der Volksfürsorge wurde zwischenzeitlich eine solche Vereinbarung abgeschlossen, die allerdings die max. Arbeitszeit auf 6,5 Stunden festlegt und ,,Mischarbeitsplätze, wenn wirtschaftlich vertretbar". Nach langen, ergebnislosen Verhandlungen hat die Verhandlungskommission mit den Versicherungskapitalisten eine Vereinbarung getroffen, die hoffentlich von der Tarifkommission abgelehnt wird: Sie beinhaltet nur die Vorsorgeuntersuchungen und die ärztliche Betreuung. Sicherlich, es ist noch schwierig, in diesen Bereichen Arbeitskämpfe zu organisieren. Die HBV hat den Schwerpunkt des Kampfes auf den zwar zweifellos nötigen Schutz der Gesundheit gelegt. Was den Kollegen jedoch am wichtigsten ist, zeigt das Ergebnis der Umfrage im Versicherungsbereich. Von 10 vorgeschlagenen Forderungen wurden am häufigsten angekreuzt: Bereitstellung eines gleichwertigen Arbeitsplatzes für die, die aus gesundheitlichen Gründen nicht am Bildschirm arbeiten können, Schutz vor Abgruppierung, Schaffung von Mischarbeitsplätzen, dann erst gesundheitliche Vorsorgeuntersuchungen.

Die Kapitalisten wollen mit der Rationalisierung beim Lohn entscheidende Durchbrüche erzielen. Der Zwang zu Überstunden und Schichtarbeit wird die Folge sein. Das ist nicht nur im EDV-Bereich schon Realität: Beim Großhandelsbetrieb ,,Brigitte Geschenke" wurde z.B. für die Auftragsannahme zwei Schichten und eine Samstagsschicht eingeführt.

Aufbau der Gewerkschaften der Arbeiter Azanias

Streik bei Ford / Die neuen Arbeitsgesetze des Siedlerregimes werden bekämpft

z.rül. 600 schwarze Arbeiter der Ford-Fabrik Strunduale in der Nähe von Port Elizabeth (Südafrika) traten am 31.10. in den Streik, nachdem die Kapitalisten den Führer einer am Vortag von mehreren tausend Arbeitern gebildeten Organisation gegen Apartheid entlassen hatten. Bereits am folgenden Tag mußten die Kapitalisten die Entlassung zurücknehmen. Seit Anfang September kämpfen über 15000 schwarze Arbeiter in der Provinz Natal, 160 km nördlich von Durban, mit dem Boykott der Busse, Demonstrationen und Streiks für die Zurücknahme von Fahrpreiserhöhungen. Obwchl das Siedlerregime bis zu 300 Arbeiter verhaftete, konnte es die Kämpfe nicht zerschlagen. Viele Arbeiter in diesem Gebiet bekommen von den Kapitalisten Hungerlöhne, die deutlich unter dem offiziellen Existenzminimum von 178,2 Rand pro Monat für eine Familie liegen. Die Löhne der Textilarbeiterinnen etwa liegen zwischen 40 und 60 Rand im Monat (1 Rand = 2,39 DM).

In erbitterten Kämpfen gegen die Imperialisten und das Siedlerregime hat die azanische Arbeiterklasse in den letzten Jahren wichtige Fortschritte im Aufbau ihrer Gewerkschaften erzielt. Das Regime selber gibt für 1978 eine Zahl von 100000 Mitgliedern der schwarzen Gewerkschaften an, gegenüber 40000 im Jahr 1970. Auch in der Zahl der Teilnehmer der offiziell registrierten Streiks azanischer Arbeiter zeigt sich diese Entwicklung: Danach beteiligten sich noch in den Jahren 1968 bis 1972 maximal 9300 azanische Arbeiter an Streiks gegen die Kapitalisten. 1973 nahmen diese Kämpfe gegen die imperialistische Ausbeutung, die Hungerlöhne und die Unterdrückung durch die Kapitalisten einen Aufschwung. Allein in Durban streikten 30000 azanische Arbeiter und setzten durch, daß ihre Löhne von etwa 40 Rand um 20 bis 30% erhöht wurden. Im Lauf des Jahres streikten insgesamt 90000 azanische Arbeiter. In diesen Kämpfen schuf sich die azanische Arbeiterklasse die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die drei Jahre später, nach den ersten Unruhen in Soweto, das Rückgrat für landesweite Streikaktionen von bis zu 500000 Arbeitern gegen die imperialistische Herrschaft und das Siedlerregime bildeten.

Bis heute haben die etwa acht Millionen azanischen ,,Arbeitskräfte", die sich die Imperialisten durch die Vertreibung der Bauern von ihrem Land und den Raub des Landes gewaltsam geschafft haben, keinerlei gewerkschaftliche Rechte. Streiks sind illegal, Gewerkschaften werden überhaupt nur in Ausnahmefällen erlaubt und haben keinerlei Rechte gegenüber den Kapitalisten, nicht einmal ein Tarifvertragsrecht. In erbitterten Kämpfen konnten die Imperialisten und Siedler unter den 1,4 Millionen Landarbeitern, die sie auf ca. 80000 Farmen zu Löhnen von 152 Rand *im Jahr* (1973) ausbeuten, bis heute jede gewerkschaftliche Organisierung unterbinden. Nach den neuen, vor wenigen Wochen verabschiedeten Arbeitsgesetzen sollen in Zukunft die Gewerkschaften der azanischen Arbeiter nur dann offiziell registriert werden, wenn sich keine der Siedlergewerkschaften dagegen ausspricht, wenn die azanischen Gewerkschaften keinerlei politische Ziele gegen das Siedlerregime und die Imperialisten vertreten und wenn sie vor der Registrierung ihre Mitgliederlisten und Gelder ständiger polizeilicher Kontrolle ausliefern.

In der Vergangenheit hatte sich die azanische Arbeiterklasse mehrfach zu großen Gewerkschaften zusammengeschlossen. Bereits 1927 verfügte die Industriearbeitergewerkschaft ICU über 100000 Mitglieder, die schwarze Bergarbeitergewerkschaft sogar über 150000 Mitglieder. Mit brutaler Unterdrückung und gestützt auf die Spaltereien der opportunistischen, von den Siedlern beherrschten ,,Kommunistischen" Partei Südafrikas gelang es jedoch den Imperialisten nach dem 2. Weltkrieg, diese Gewerkschaften praktisch völlig zu zerschlagen. Anfang der 70er Jahre bestanden als einzige Gewerkschaften nur noch sogenannte ,,Parallelgewerkschaften", die von den Siedlergewerkschaften finanziell und organisatorisch völlig abhängig waren.

Um so bedeutender sind die in den letzten Jahren erzielten Erfolge der azanischen Arbeiterklasse im Aufbau neuer Gewerkschaften. Die ersten unabhängigen Gewerkschaften entstanden in den großen Streiks 1973. Bereits 1975 waren in diesen Gewerkschaften 20000 Arbeiter organisiert, von insgesamt 55000 Mitgliedern der schwarzen Gewerkschaften. Inzwischen sind diese Gewerkschaften stärker als die ,,Parallelgewerkschaften". Auf einer gemeinsamen Konferenz in der vorletzten Woche beschlossen die neuen Gewerkschaften, gemeinsam den Kampf gegen die neuen Arbeitsgesetze fortzuführen und sich auf keinen Fall unter den bestehenden Bedingungen registrieren zu lassen.

Die IG Metall verhandelt über die Zwangsjacke Schlichtungsabkommen

z.frb. Am 16.11. sollen die Verhandlungen der IG Metall mit dem Kapitalistenverband Gesamtmetall über eine Änderung der Schlichtungsordnung fortgesetzt werden. Sie waren am 19.9. ergebnislos vertagt worden.

Die IGM fordert erstens, daß die ,,Friedenspflicht" nicht erst nach der Schlichtung, sondern schon während der regulären Verhandlungen über einen neuen Tarif enden soll. Zweitens soll der Zwang entfallen, sich auf die Schlichtung einzulassen, wenn die Kapitalisten dies fordern. Drittens soll ein neues Verfahren zur Bestimmung des Vorsitzenden vereinbart werden. Die Kapitalisten stimmten dem Punkt drei im Prinzip zu, wollen aber vor allem keine Einschränkungen der ,,Friedenspflicht" zulassen. Und das ist auch kein Wunder.

Schon mit der ersten Schlichtungsordnung von 1955 wurde ,,Friedenspflicht" auch nach dem Scheitern der Verhandlungen verlangt. 1964 wurde eine neue Vereinbarung getroffen. Die maximale Schlichtungsdauer, während der nicht gestreikt werden darf, betrug
gesundheitliche Maßnahmen.

Mit der Volksfürsorge wurde zwischenzeitlich eine solche Vereinbarung

werden. Bei einseitiger Anrufung muß sich die andere Seite auf die Schlichtung einlassen. Für diese fünf Tage besteht in jedem Fall Streikverbot. Wird ein Schlichtungsverfahren in Gang gesetzt – und die Kapitalisten können dies jederzeit einseitig tun – so verlängert sich das Streikverbot um bis zu 23 Werktage. Die Frist kann zusätzlich auf 26 Werktage (zuvor 22) ausgedehnt werden.

Die Schlichtungsprozedur ist den Gewerkschaften von den Kapitalisten aufgezwungen worden, um das Streikrecht weiter einzuengen. Die ,,Friedenspflicht", also das Streikverbot, wird verlängert, die Initiative der Gewerkschaft in undurchsichtigen Verhandlungsprozeduren und an das Wohlwollen eines ,,unparteiischen Schlichters" gefesselt, während die Kapitalisten diese Zeit gerade nutzen, um ihre Materiallager zu füllen, damit die Wirkung eines Streiks für sie gemildert werde. In seinem Urteil vom 31.4.1971 hatte das Bundesarbeitsgericht die Beibehaltung eines Schlichtungsverfahrens mit Streikverbot verlangt. Es müsse druckfrei verhandelt und ein drohender Streik möglichst lange verzö-
schenke" wurde z.B. für die Auftragsannahme zwei Schichten und eine Samstagsschicht eingeführt.





schwarzen Gewerkschaften an, gegenüber 40000 im Jahr 1970. Auch in der Zahl der Teilnehmer der offiziell registrierten Streiks azanischer Arbeiter zeigt sich diese Entwicklung: Danach beteiligten sich noch in den Jahren 1968 bis 1972 maximal 9300 azanische Arbeiter an Streiks gegen die Kapitalisten. 1973 nahmen diese Kämpfe gegen die imperialistische Ausbeutung, die

nisierung unterbinden. Nach den neuen, vor wenigen Wochen verabschiedeten Arbeitsgesetzen sollen in Zukunft die Gewerkschaften der azanischen Arbeiter nur dann offiziell registriert werden, wenn sich keine der Siedlergewerkschaften dagegen ausspricht, wenn die azanischen Gewerkschaften keinerlei politische Ziele gegen das Siedlerregime und die Imperialisten

Gewerkschaften. Inzwischen sind diese Gewerkschaften stärker als die ,,Parallelgewerkschaften". Auf einer gemeinsamen Konferenz in der vorletzten Woche beschlossen die neuen Gewerkschaften, gemeinsam den Kampf gegen die neuen Arbeitsgesetze fortzuführen und sich auf keinen Fall unter den bestehenden Bedingungen registrieren zu lassen.

Die IG Metall verhandelt über die Zwangsjacke Schlichtungsabkommen

z.frb. Am 16.11. sollen die Verhandlungen der IG Metall mit dem Kapitalistenverband Gesamtmetall über eine Änderung der Schlichtungsordnung fortgesetzt werden. Sie waren am 19.9. ergebnislos vertagt worden.

Die IGM fordert erstens, daß die ,,Friedenspflicht" nicht erst nach der Schlichtung, sondern schon während der regulären Verhandlungen über einen neuen Tarif enden soll. Zweitens soll der Zwang entfallen, sich auf die Schlichtung einzulassen, wenn die Kapitalisten dies fordern. Drittens soll ein neues Verfahren zur Bestimmung des Vorsitzenden vereinbart werden. Die Kapitalisten stimmten dem Punkt drei im Prinzip zu, wollen aber vor allem keine Einschränkungen der ,,Friedenspflicht" zulassen. Und das ist auch kein Wunder.

Schon mit der ersten Schlichtungsordnung von 1955 wurde ,,Friedenspflicht" auch nach dem Scheitern der Verhandlungen verlangt. 1964 wurde eine neue Vereinbarung getroffen. Die maximale Schlichtungsdauer, während der nicht gestreikt werden darf, betrug jetzt 19 Tage. 1973 wurde dieses Abkommen geändert und in die heutige Form gebracht. Die Schlichtungsstelle kann danach binnen drei Tagen nach dem erklärten Scheitern der Verhandlungen von beiden Seiten gemeinsam, hernach binnen weiteren zwei Tagen sowohl von der Gewerkschaft wie von den Kapitalisten einseitig angerufen werden. Bei einseitiger Anrufung muß sich die andere Seite auf die Schlichtung einlassen. Für diese fünf Tage besteht in jedem Fall Streikverbot. Wird ein Schlichtungsverfahren in Gang gesetzt – und die Kapitalisten können dies jederzeit einseitig tun – so verlängert sich das Streikverbot um bis zu 23 Werktage. Die Frist kann zusätzlich auf 26 Werktage (zuvor 22) ausgedehnt werden.

Die Schlichtungsprozedur ist den Gewerkschaften von den Kapitalisten aufgezwungen worden, um das Streikrecht weiter einzuengen. Die ,,Friedenspflicht", also das Streikverbot, wird verlängert, die Initiative der Gewerkschaft in undurchsichtigen Verhandlungsprozeduren und an das Wohlwollen eines ,,unparteiischen Schlichters" gefesselt, während die Kapitalisten diese Zeit gerade nutzen, um ihre Materiallager zu füllen, damit die Wirkung eines Streiks für sie gemildert werde. In seinem Urteil vom 31.4.1971 hatte das Bundesarbeitsgericht die Beibehaltung eines Schlichtungsverfahrens mit Streikverbot verlangt. Es müsse druckfrei verhandelt und ein drohender Streik möglichst lange verzögert werden. Nur als allerletztes Mittel könne ein Streik überhaupt rechtlich zulässig sein.

Auf dem letzten Gewerkschaftstag lagen Anträge aus 16 Verwaltungsstellen gegen das geltende Schlichtungsabkommen vor. Drei davon forderten, keine neue Vereinbarung zu schließen.





1,4 Millionen Landarbeiter beuten die Imperialisten und Siedler in Azania zu Hungerlöhnen aus. (links) Seit 1973 baut die azanische Arbeiterklasse erneut ihre Gewerkschaften gegen die Imperialisten auf. (rechts)

machen sie von der Zustimmung der MPGWU zur Produktivitätssteigerung abhängig. Schlichtungsverhandlungen vor dem Dubliner Arbeitsgericht wurden am 1.11. ergebnislos abgebrochen. Die MPGWU ist nicht Mitglied des Dachverbandes und nicht an das Lohnabkommen gebunden. Für den 11.11. hat sie eine Versammlung der Hafenarbeiter einberufen, um die Streiktaktik zu beraten. Über den Dubliner Hafen werden 60% der irischen Im- und Exporte umgeschlagen.

z.rua.London. **Die Delegiertenkonferenz der LKW-Fahrer in der Gewerkschaft TGWU beschloß am 7.11. eine Urabstimmung unter den 180000 Mitgliedern über das Vorgehen gegen die Einführung des Fahrtenschreibers.** Gestützt auf EG-Vorschriften, plant die Regierung den obligatorischen Einbau in LKW's über 3,5 Tonnen bis 1981. Damit werden Fahrttempo, -zeit, -strecke und Pausen aufgezeichnet. Über das Vorgehen gegen diese Intensivierung der Arbeit gibt es Widersprüche. Der Aufruf des TGWU-Vorstandes zu eintägigen Streiks wurde am 5.11. nicht befolgt, obwohl z.B. 1000 Liverpooler LKW-Fahrer Ende Oktober einen einwöchigen Streik beschlossen. 1500 forderten am 3.11. in Peterborough Zuschläge von fünf Pfund pro Tag, wenn der Fahrtenschreiber nicht verhindert werden kann.



z.rül.London. **5% Lohnerhöhung für einfache Arbeiter und 10% für Facharbeiter sei ihr letztes Angebot,** erklärten letzte Woche die British-Leyland-Kapitalisten in den Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag für die etwa 90000 PKW-Arbeiter bei BL. Außerdem verlangen sie die Annahme eines ,,selbstfinanzierenden" Produktivitätsabkommens, nach dem die Arbeiter angeblich für 20% ,,Produktivitätssteigerung" bis zu 15 Pfund mehr die Woche bekommen. Kern des Abkommens ist die Abschaffung der Einspruchsrechte der Vertrauensleute gegen Änderungen in der Maschinenbesetzung und des Akkords. – Vier Tage vor Beginn der Verhandlungen hatten die Kapitalisten bekanntgegeben, daß in der von ihnen durchgeführten Umfrage unter den 152000 BL-Arbeitern über ihren Rationalisierungsplan 106062 Arbeiter mit Ja und 15541 mit Nein gestimmt hatten. Die Kapitalisten wollen in den nächsten zwei Jahren 25000 Automobilarbeiter entlassen und mehrere Werke schließen. Werde dies abgelehnt, so sei BL binnen kurzem bankrott, hatten die Kapitalisten vor der Abstimmung erklärt und den Arbeitern gleichzeitig hohe Abfindungen bei Kündigungen angeboten. Anstatt die Belegschaften gegen die geplanten Rationalisierungen zusammenzuschließen, hatten die Führungen der BL-Gewerkschaften entweder gar keine Stellungnahme abgegeben oder den Plänen zugestimmt, während die Vertrauensleute zum ,,Kampf für Arbeitsplätze" aufriefen. Dadurch ist die Belegschaft jetzt in einer schwierigen Lage. Die Gewerkschaften beschlossen inzwischen, das Lohnangebot sowie das geforderte Produktivitätsabkommen den Arbeitern und Vertrauensleuten vorzulegen und erst nach entsprechenden Versammlungen die Verhandlungen fortzusetzen.

z.elb.Brüssel. **Seit Ende September können der belgische Rundfunk und das Fernsehen ihre Programme nur sehr eingeschränkt senden;** im Radio meist nur Musik, im Fernsehen kurze Nachrichten ohne Bild, manchmal noch einen Film. Die Beschäftigten der Anstalten führen Streikaktionen durch für die Forderung nach Einführung der 38-Stundenwoche, Neueinstellungen und Anhebung der untersten Lohngruppe von umgerechnet 1187 DM auf 1562 DM. Die Regierung lehnt die Anhebung der untersten Lohngruppe strikt ab und ließ am 8.11. die Verhandlungen scheitern. Erleichtert wurde ihr das durch die für den flämischen und wallonischen Rundfunk von den Gewerkschaften getrennt geführten Verhandlungen und die zeitliche – dazu noch unterschiedliche – Befristung der Streikaktionen. Die Streikkomitees beider Anstalten beschlossen, die Streikaktionen bis mindestens zum 12.11. fortzusetzen.

z.coi.Stockholm. **Mit 2,8%, mindestens 75 Öre mehr verlangen die schwedischen Gewerkschaften vollen Inflationsausgleich gemäß der Inflationsklausel in dem am 31.10. ausgelaufenen Tarifvertrag.** Nach diesem haben die Gewerkschaften das Recht auf Kompensation, da die offizielle Inflationsrate am 31.10. 5% überschritten hat. Sie liegt jetzt bei 7,8%. Die Kapitalisten haben 0,5% für die Angestellten und 15 Öre für die Arbeiter angeboten. Die Gewerkschaften haben auf diese wohlüberlegte Provokation mit der Anrufung der staatlichen Schlichtung geantwortet. Der Kapitalistenverband hat händereibend zugestimmt. Er zieht seine Vorteile aus der bisherigen Schwäche der Gewerkschaftsführung in der Vorbereitung der anstehenden Lohnauseinandersetzung. Diese zögern die Aufstellung einer Forderung hinaus mit der Begründung, daß die Steuerpolitik der neuen Regierung noch nicht bekannt sei.



Frühjahr 1979: 1600 Arbeiter der Uddevalla-Werft streiken für 400 SKr.

Mit BGJ und BVG wird die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr aufgehoben

z.hej. Immer mehr Jugendliche werden nach der Schule in das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) gepreßt, bevor sie eine weitere Ausbildung im Betrieb erhalten oder auch nicht. Dies sei besser als auf der Straße zu liegen und man lernt noch was, so propagiert Bildungsminister Schmude in einer Broschüre das BGJ. Im Schuljahr 1978/79 waren ca. 53000 Schüler im BGJ, 40% mehr als im Vorjahr. In dem nach Ländern verschiedenen Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) befanden sich ca. 45000 Schüler, über 25000 alleine in NRW. 1977/78 betrug der Anteil der Jugendlichen in den verschiedenen Formen des BGJ etwa 15% gegenüber denen im 1. Ausbildungsjahr.

Zufrieden stellen die Bildungspolitiker fest, daß immer mehr Kapitalisten die Vorteile des BGJ erkennen. Nach längerem Einführungsstadium stände fest: Die Ausbildung im BGJ sei nicht schlechter als die im 1. Lehrjahr. Die Kosten der einjährigen Ausbildung trägt der Staat. Gleich sehr unterschiedliche Formen des BGJ hat die Bourgeiosie geschaffen, um unter dem Motto: ,,Chancen verbessern", die Selektion und Auslese der Arbeitskraft zu verschärfen.

Im BGJ/s (schulisch) hat der Schüler keinen Ausbildungsvertrag. Die Verordnung zur Anrechnung des BGJ auf das 1. Lehrjahr wird von den Kapitalisten von der Bund-Länder-Kommission für 1974/75 stellt fest: 60% der Schüler im BGJ/s haben einen Hauptschulabschluß, 70% erhalten ein Abschlußzeugnis, 18% ein Abgangszeugnis, und 12% brechen vorzeitig des BGJ ab. Etwa 44% bekommen einen Ausbildungsvertrag nach der Anrechnungsverordnung. Die Entscheidung, ob der Jugendliche weiter ausgebildet wird, treffen die Kapitalisten. Beim BGJ/k (kooperativ – Berufsschule/Betrieb) haben die Schüler einen Ausbildungsvertrag und das Jahr wird angerechnet. Die Zunahme gegenüber den anderen Formen ist 78/79 bezogen auf das Vorjahr mit 54,4% gerade deshalb hoch – beim BGJ/s sind es 37.5% und beim BVJ 48.3%.

Das BVJ – eine Sonderform des BGJ – ist praktisch die Sonderschule der Berufsausbildung. Die Schüler werden durch eine ,,Zusatzausbildung" direkt zum Hilfsarbeiter ,,qualifiziert". Für das BVJ gilt die Anrechnungsverordnung nicht. Der Schüler bekommt nur einen Nachweis über einen nachträglichen Hauptschulabschluß oder einen Teilabschluß.

Die neusten Schulgesetze der Länder, z.B. in Schleswig-Holstein vom 1.1.79, heben die Berufsschulpflicht auf, wenn man das BGJ oder BVJ ,,erfolgreich abgeschlossen hat und keinen Ausbildungsvertrag bekommt." In allen Ländern kann die Schulpflicht durch Antrag aufgehoben werden. Mit dem BVJ ,,fördert" die Bourgeoisie besonders den ,,vorbereiteten" Hilfsarbeiter, der so vor dem 18. Lebensjahr und abgeschaffter Schulpflicht zur Lohnarbeit gezwungen wird.

Studenten in Großbritannien bekämpfen Erhöhung der Studiengebühren für Ausländer

z.rua.London. 50000 Studenten beteiligten sich nach Angaben der Studentengewerkschaft NUS am 8.11. an Besetzungen von Universitätseinrichtungen, Vorlesungsboykotts und Kundgebungen in ganz Großbritannien gegen die von der Regierung geplante Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studenten. Die Aktionen wurden von der NUS und dem Gemeinsamen Aktionskomitee ausländischer Studenten organisiert. 60 – 100 Universitätseinrichtungen wurden besetzt; in Leeds, Kent und Brighton werden die Besetzungen bis zur nächsten Woche fortgesetzt. Am 5. und 8.11. beteiligten sich an zentralen Demonstrationen in London zum Erziehungsministerium und zum Parlament 1000 bzw. 2500 Studenten. In dieser Woche wollen die Studenten auf lokaler Ebene weitere Aktionen durchführen, um über die lokalen Behörden Druck auf die Regierung auszuüben.

Nach einem Beschluß der Regierung sollen ab 1980 die Studiengebühren für ausländische Studenten von z.Z. 940 Pfund pro Jahr auf durchschnittlich

dienerlaubnis reglementiert, und in diesem Jahr wurden die Gebühren erneut um 33% erhöht.

60% aller ausländischen Studenten kommen aus Ländern der Dritten Welt, vor allem aus ehemaligen und noch bestehenden britischen Kolonien. Die Kolonialherren haben das bestehende Bildungswesen dieser Länder zerstört und den Aufbau eigener Ausbildungsstätten unterdrückt. Um sich die notwendigen technischen und wissenschaftlichen Fertigkeiten anzueignen, sind diese Länder gezwungen, Studenten nach Großbritannien zu entsenden. ⅓ der Studenten erhalten von ihrer Regierung Stipendien, ⅔ erhalten das Studium von den Eltern bezahlt. 35% aller Studenten belegen Fächer in Maschinenbau und Technologie, jeweils 20% Naturwissenschaften und Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Die britische Regierung plant absichtsvoll die gestaffelte Erhöhung der Gebühren: für Geisteswissenschaften auf 2000 Pfund, für Naturwissenschaften auf 3000 Pfund, für Medizin auf 5000 Pfund. Gerade für die Aus-

das 1. Lehrjahr wird von den Kapitalisten von der Bund-Länder-Kommission für 1974/75 stellt fest: 60% der Schüler im BGJ/s haben einen Hauptschulabschluß, 70% erhalten ein Ab-

dem BVJ ,,fördert" die Bourgeoisie besonders den ,,vorbereiteten" Hilfsarbeiter, der so vor dem 18. Lebensjahr und abgeschaffter Schulpflicht zur Lohnarbeit gezwungen wird.

Studenten in Großbritannien bekämpfen Erhöhung der Studiengebühren für Ausländer

z.rua.London. 50000 Studenten beteiligten sich nach Angaben der Studentengewerkschaft NUS am 8.11. an Besetzungen von Universitätseinrichtungen, Vorlesungsboykotts und Kundgebungen in ganz Großbritannien gegen die von der Regierung geplante Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studenten. Die Aktionen wurden von der NUS und dem Gemeinsamen Aktionskomitee ausländischer Studenten organisiert. 60 – 100 Universitätseinrichtungen wurden besetzt; in Leeds, Kent und Brighton werden die Besetzungen bis zur nächsten Woche fortgesetzt. Am 5. und 8.11. beteiligten sich an zentralen Demonstrationen in London zum Erziehungsministerium und zum Parlament 1000 bzw. 2500 Studenten. In dieser Woche wollen die Studenten auf lokaler Ebene weitere Aktionen durchführen, um über die lokalen Behörden Druck auf die Regierung auszuüben.

Nach einem Beschluß der Regierung sollen ab 1980 die Studiengebühren für ausländische Studenten von z.Z. 940 Pfund pro Jahr auf durchschnittlich
3333 Pfund (13332 DM) erhöht werden. Die Regierung will die Zahl ausländischer Universitätsstudenten von z.Z. 35600 auf den Stand von 1975/76 (31200) senken. Bereits 1976 wurden die Gebühren verdoppelt, 1977 wurde über eine Quotenfestlegung die Stu-

dienerlaubnis reglementiert, und in diesem Jahr wurden die Gebühren erneut um 33% erhöht.

60% aller ausländischen Studenten kommen aus Ländern der Dritten Welt, vor allem aus ehemaligen und noch bestehenden britischen Kolonien. Die Kolonialherren haben das bestehende Bildungswesen dieser Länder zerstört und den Aufbau eigener Ausbildungsstätten unterdrückt. Um sich die notwendigen technischen und wissenschaftlichen Fertigkeiten anzueignen, sind diese Länder gezwungen, Studenten nach Großbritannien zu entsenden. ⅓ der Studenten erhalten von ihrer Regierung Stipendien, ⅔ erhalten das Studium von den Eltern bezahlt. 35% aller Studenten belegen Fächer in Maschinenbau und Technologie, jeweils 20% Naturwissenschaften und Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Die britische Regierung plant absichtsvoll die gestaffelte Erhöhung der Gebühren: für Geisteswissenschaften auf 2000 Pfund, für Naturwissenschaften auf 3000 Pfund, für Medizin auf 5000 Pfund. Gerade für die Aus-
bildungsbereiche, die die Länder der Dritten Welt am dringendsten brauchen, sollen sie jetzt am meisten zahlen. Außerdem wollen sich die britischen Imperialisten so die Kontrolle sichern, wer in Großbritannien zu welchem Zweck studiert.

Schweden: Staat plant stärkeren Eingriff in die Familien

z.coi.Stockholm. ,,Die Kinder bekommen ein eigenes Mitbestimmungsgesetz", überschreibt Dagens Nyheter die Bekanntgabe des zweiten staatlichen Untersuchungsberichts mit dem Titel ,,Das Recht des Kindes". Die erste Untersuchung vom Vorjahr hatte zum seit dem 1. Juni wirksamen Gesetz geführt, das den Eltern die körperliche Bestrafung ihrer Kinder verbietet. Außer als Mantel der Lammfrömmigkeit (,,Wir sehen es als dringend an, jeder Fom von Gewalt entgegenzutreten") dient es der Bourgeoisie als Mittel, die Familien zu bespitzeln und sich einmischen zu können.

Die Kommission schlägt nun vor, das Recht des Kindes auf und gegenüber seinen Eltern zu erweitern. Mit der Umbenennung des elterlichen Sorgerechts in elterliche Verantwortlichkeit sollen beide Elternteile, ob verheiratet oder nicht, zur Erziehung der Kinder verpflichtet werden, bzw. soll der Anspruch des Kindes auf beide Elternteile festgeschrieben werden. Dies zielt besonders auf die unverheirateten Eltern. Ca. ein Drittel aller schwedischen Kinder leben unter unehelichen Familienverhältnissen. Bisher müssen solche Eltern das gemeinsame Sorgerecht vor Gericht beantragen, anderenfalls werden die Kinder staatlicherseits als nur der Mutter zugehörig angesehen. Tatsächlich zieht die Mehrzahl ihre Kinder gemeinsam auf, ohne sich um die staatliche Anerkennung zu scheren, um sich Kosten und Ärger zu ersparen, wie die Kommission bedauernd feststellt. Nach der neuen Regelung müßten die unehelichen Eltern nur noch ihre Kinder nach der Geburt beim von der Kirche geführten Einwohnermeldeamt anmelden.

Mit der Angleichung des elterlichen Status der Nichtverheirateten an die verheirateten Eltern hätte der Staat die Möglichkeit der Einmischung z.B. bei Trennung der Eltern, die er durch das Scheidungsrecht bei verheirateten Eltern bereits hat. Da das Kind nämlich zwecks Durchsetzung seines Rechts auf beide Eltern nicht als selbständiges Rechtssubjekt auftreten kann, soll ein ,,kommunaler Kinderobmann" vor Gericht seine Interessen gegenüber den Eltern vertreten. Hält die Sozialbehörde das Verbleiben bei den Eltern für schädlich für das Kind, soll sich ein ,,Kindererziehungsberater" seiner annehmen. Ein Kommissionsmitglied: ,,Heute haben die biologischen Eltern eine äußerst starke Stellung. Das wollen wir ändern ..."

Forderung der Lehrlinge zur Tarifauseinandersetzung: Anbindung der Lehrlingslöhne an Facharbeiterecklohn

z.eve. Die Jahresjugenddelegiertenkonferenz der IGM Essen hat am 20.10. beschlossen: 170 DM / 8% mindestens und für die Lehrlinge ⅔ von dieser Forderung. Auch der Ortsjugendausschuß der IGM Hamburg hat einen Diskussionsvorschlag beschlossen: 170 DM Festgeld, mindestens 8%, Anbindung an den Facharbeiterlohn für Auszubildende. Wie die Tabelle zeigt, liegt die Bezahlung der jugendlichen Arbeitskraft weit unter dieser Forderung. In Nordwürttemberg/Nordbaden würde für die Lehrlinge im Metallbereich bei 60% vom Facharbeiterlohn 908,25 DM bezahlt werden müssen, gegenüber einem Lehrlingslohn im 1. Lehrjahr von 494 DM.

Auch im Handwerk, wo 39,8% der Lehrlinge ausgebildet werden, würde eine 60%ige Anbindung im Kfz-Handwerk an den Facharbeiterlohn für die Lehrlinge 965,40 DM ausmachen, gegenüber 280 DM im 1. Lehrjahr in Bayern. Lehrlingslöhne von im Schnitt 900 bis 1000 DM würden dabei herauskommen, wenn eine tarifvertragliche Regelung erkämpft würde mit dieser Forderung. Man kann sagen, daß das angemessen ist und auch angemessen in allen Lehrjahren. Denn die Kapitalisten vernutzen die jugendliche Arbeitskraft und gerade die Handwerksbetriebe könnten ohne Lehrlinge dicht machen. Aber auch die Ausbildung in der großen Industrie ist nicht einfach Feilen an irgendwelchen nutzlosen Stücken, sondern Lohnarbeit für die Kapitalisten. Bei der Einführung des Blockunterrichts geht es den Kapitalisten gerade darum, den Teil der Lehrlingsausbildung zu vergrößern, in dem ausgebeutet wird.

Zum 1. Mai 1979 haben viele Jugendgruppen aus den Gewerkschaften die Forderung nach Existenzlohn aufgestellt. Weil es ja nahe liegt, daß man bei diesen schamlosen Tarifen nicht existieren kann. Aber besser ist es schon, die Anbindung an die Facharbeiterlöhne zu fordern, denn wo die Kapitalisten ausbeuten, sollen sie auch dafür zahlen. Ganz abgesehen davon, daß man zum Sozialfürsorgeempfänger wird, wenn man den Staat das Existenzminimum festlegen läßt. Gerade in den Handwerksbetrieben wird so eine Forderung die Kämpfe der Jugendlichen unterstützen, die jetzt sehr zersplittert sind und wenig Aussicht auf Erfolg haben, wie man auch an den niedrigen Tarifen sehen kann. Die Auszubildenden bei Blohm und Voss Hamburg, die zum 1. Mai noch die Forderung nach Existenzlohn für Lehrlinge aufgestellt hatten, haben sich auf ihrer Jugendversammlung am 24.10. anders entschieden: ,,Anhebung der Ausbildungsvergütungen um den gleichen DM-Betrag wie die Facharbeiterlohngruppe". Dieser Beschluß erhielt sehr starken Beifall.



14. Bundesjugendkonferenz der IG Bau, Steine, Erden im Sommer 79. Die Delegierten vertreten 55000 Jugendliche.

Tarife Auszubildende 1979 (in DM)

I. Metall

Lj.	Bay.	NW/NB	Nieders.
1.	455,00	494,00	456,00
2.	505,00	543,00	510,00
3.	573,00	614,00	575,00
4.	623,00	674,00	623,00

II. Kfz.-Handwerk

Lj.	Bay.	Hambg.	NW/NB
1.	280,00	300,00	436,00
2.	330,00	375,00	476,00
3.	380,00	480,00	540,00
4.	440,00	–	590,00

III. Elektrohandwerk

Lj.	Bay.	Bad-W.	Nieders.
1.	265,00	355,00	265,00
2.	315,00	395,00	320,00
3.	380,00	455,00	378,00
4.	430,00	505,00	435,00

IV. Nahrung/Gaststätten

Lj.	Gaststätten (Hessen u. 18 J.)	Brot u. Backw.
1.	391,00	400,00
2.	443,00	470,00
3.	496,00	550,00

V. Handel

Lj.	Einzelh. Nieders.	Buchh. Hes. (78)
1.	430,00	515,00
2.	485,00	550,00
3.	590,00	590,00

VI. Bauhandwerk

Lj.	Maler (Bayern)	kaufm. Angest.
1.	300,00	475,00
2.	379,00	665,00
3.	475,00	870,00

VII. Öffentlicher Dienst

Lj.	Lernschw./Pfleger	Lehrberuf (Bund Länder, Gem.)
1.	720,55	440,00
2.	806,33	495,00
3.	948,16	551,00
4.	—	620,00

Beamtenanwärter*		
einfacher Dienst	A1 – A4	719,00
mittlerer Dienst	A5 – A8	863,00
gehobener Dienst	A9 – A11	1017,00
höherer Dienst	A12	1300,00

* sofern unter 26 und unverheiratet, ansonsten höhere Bezüge

Spezialveranstaltung, haben die Studenten im letzten Semester eine Einschränkung und Gliederung des Stoffes durch einen Themenkatalog durchgesetzt. Für die Diagnostikklausur schlägt die HPI-Wahlfachgruppe die Streichung der Auswertung des HAWIK-Testes vor und für das Seminar eine Einführung anhand eines papers

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 21, Tel. 394590
Kommunistischer Studentenbund (KSB)
Kiel/Flensburg
5. November 1979
45a2b0250p

Gegen neue Sonderschulprüfungsordnung: Sen-

be könnten ohne Lehrlinge dicht machen. Aber auch die Ausbildung in der großen Industrie ist nicht einfach Fei-

gleichen DM-Betrag wie die Facharbeiterlohngruppe". Dieser Beschluß erhielt sehr starken Beifall.

Lj.	Einzelh. Nieders.	Buchh. Hes. (78)
1.	430,00	515,00
2.	485,00	550,00
3.	590,00	590,00

VI. Bauhandwerk

Lj.	Maler (Bayern)	kaufm. Angest.
1.	300,00	475,00
2.	379,00	665,00
3.	475,00	870,00

VII. Öffentlicher Dienst

Lj.	Lernschw./Pfleger	Lehrberuf (Bund Länder, Gem.)
1.	720,55	440,00
2.	806,33	495,00
3.	948,16	551,00
4.	—	620,00

Beamtenanwärter*		
einfacher Dienst	A1 – A4	719,00
mittlerer Dienst	A5 – A8	863,00
gehobener Dienst	A9 – A11	1017,00
höherer Dienst	A12	1300,00

* sofern unter 26 und unverheiratet, ansonsten höhere Bezüge



14. Bundesjugendkonferenz der IG Bau, Steine, Erden im Sommer 79. Die Delegierten vertreten 55000 Jugendliche.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 21, Tel. 394590
Kommunistischer Studentenbund (KSB)
Kiel/Flensburg
5. November 1979
45a2b0250p

Gegen neue Sonderschulprüfungsordnung: Senkung der Pflichtstundenzahl, Stoffbegrenzung, Einspruchsrecht

xxxr. Die Festlegung der achtstündigen, nur einmal wiederholbaren Diagnostikklausur als zentraler Bestandteil des Sonderschullehrerexamens ist ein wesentliches Kernstück der drastischen Studienverschärfungen durch die neue Prüfungsordnung vom August dieses Jahres. Zwischen 30 und 50% hat die Durchfallquote in den vergangenen Semestern in dieser Klausur betragen. Ebenfalls Examensbestandteil soll eine mündliche Prüfung in einem der beiden Fächer aus dem PH-Studium nach dem 6. Semester werden, sowie praktische Prüfungen in Hauswirtschaft, Musik, Technischem Werken, Textilem Werken, Kunst und Sport. In Kunst wird zudem die Vorlage einer Mappe mit Arbeiten aus dem gesamten Studium gefordert, und in Sport sind 4 Klausuren (Sportarten) Bestandteil der praktischen Prüfung.

Von einigen Fächern sind bereits die Studienanforderungen für Sonderschulstudenten festgelegt worden. Für nebenstehende Übersicht haben wir als Beispiel Sport als Hauptfach, Deutsch (Lernbereich) als Zusatzfach und Verhaltensgestörtenpädagogik als 2. sonderpädagogisches Fach untersucht. Man erkennt, daß es *nicht* möglich ist, dies tatsächlich in 8 Semestern zu bewältigen. Selbst die Semesterferien sind durch ein Netz von Praktika zu großen Teilen aufgesogen, und es bleibt nur wenig Zeit zur Verfertigung von Studien, Hausarbeiten usw. Erst recht schwierig wird für viele die Finanzierung großer Teile des Studiums durch Ferienarbeit, geschweige denn ein längerer Urlaub.

Beständig ist über die letzten Jahre die Ausbildung der Sonderschullehrer verschärft worden und entsprechend ist der Zwang zur Verlängerung des Studiums gewachsen (1972 wurden noch 91% der bestandenen Examen am HPI im 9. Semester gemacht und nur 8% im 10., 1977 waren es nur noch 37% im 9., aber 46% im 10. und 12% in noch höheren Semestern). Auf mehreren Vollversammlungen der HPI-Studenten ist dagegen das Einspruchsrecht der gewählten Studentenvertretungen gegen alle Studienverschärfungen gefordert worden. Die Initiativgruppe der 1.-4. Semester hat im vergangenen Semester in Verhandlungen mit dem Kultusministerium zumindest die Streichung der Studie im Hauptpraktikum für Sonderschulstudenten erreicht. In ZNS (Zentrales Nervensystem), einer medizinisch-biologischen Spezialveranstaltung, haben die Studenten im letzten Semester eine Einschränkung und Gliederung des Stoffes durch einen Themenkatalog durchgesetzt. Für die Diagnostikklausur schlägt die HPI-Wahlfachgruppe die Streichung der Auswertung des HAWIK-Testes vor und für das Seminar eine Einführung anhand eines papers in den ersten Stunden.

Zentrales Mittel, um auszuloten, inwieweit sich die Studenten den Studieninhalten unterworfen haben und ob sie das richtige ,,Verständnis für den Beitrag ihres Faches zum Erziehungsauftrag der jeweiligen Sonderschulform" haben, sind die Prüfungen. Entsprechend sind die Prüfungsgebiete ausgeweitet, die Prüfungszeit ausgedehnt (in Allgemeiner Sonderpädagogik bis zu 75 Minuten Prüfungsdauer), die Wiederholbarkeit eingeschränkt und die Öffentlichkeit kann ausgeschlossen werden. Dringlich ist es jetzt also, an allen einzelnen Punkten den Widerstand gegen die neue Prüfungsordnung zu organisieren und insbesondere die Herausnahme der Diagnostik-Klausur aus dem Examen zu fordern; unter anderem auch als ein Schritt, das Studium einzig durch den Nachweis der Teilnahme an den Pflichtveranstaltungen abzuschließen, anstatt zusätzlich noch immer umfangreichere Prüfungen über sich ergehen zu lassen, die einzig der Schikane und Unterdrückung dienen.

	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII
Erz.wiss.Grdst.	7	7	7	7	–	–	–	–
Deutsch(Zus.f.)	5	5	5	5	–	–	–	–
HPI	1	1	2	5	15	16	14	14
Sport (Wahlfach)	6	8	9	6	5	4	2	2
Pflichtstd. ges.	19	21	23	23	20	20	16	16

Praktika

Semester	Art	Wochen	Hospitation	Unterricht
nach I	Orientierungspraktikum	2		
nach III	Vorpraktikum	4	50 Std.	20Std.
nach IV	Hauptpraktikum	6	60Std.	30-50 Std.
nach VI	Lernbehind.pr.	5	35-40 Std.	30-35 Std.
nach VII	Fachpraktikum V	5	35-40 Std.	30-35 Std.
I – III,V	Semesterpraktika (4)	je 1		

Vom Heerbann zum Wehrsold – geschichtlicher Abriß über die Bezahlung des Kriegsdienstes

z.hev. Ein freier germanischer Bauer ist überhaupt nicht auf die Idee gekommen, sich für den Kriegsdienst bezahlen zu lassen. Er kämpfte für seine ureigenen Angelegenheiten. Wergel (von ,,wer" = Mann) hatte er nur als Sühnegeld im Falle der Blutrache an die Sippe des Erschlagenen zu zahlen. In der Zeit Karls des Großen (um 800), als der feudale Staat schon klare Umrisse anzunehmen begann, waren bereits Zwangsmaßnahmen bei der Nichtbefolgung der Einberufung zum Kriegsdienst gegen den ,,freien Mann" vorgesehen. ,,Freier Mann" war jeder, der nicht leibeigen war. Das Gesetz über den Heerbann aus dem Jahre 811 legte die Kosten fest:

,,Jeder freie Mann, der gegen den Feind aufgerufen wird, dem Aufruf aber nicht Folge leistet, soll die volle Heerbannstrafe, das sind 60 Schillinge zahlen: wenn er nicht so viel Vermögen hat, um diesen Betrag aufzubringen, soll er sich selbst in die Schuldknechtschaft des Gefolgsherrn geben, so lange bis die Strafe von ihm bezahlt ist; danach soll er wieder ein freier Mann werden." Die Freien waren Vasallen (Gefolgsleute) des Grafen und zogen mit ihm ins Feld. Bei Kriegen, die über die Reichsgrenze hinausführten, mußten sie Lebensmittel und Ausrüstung für 3 Monate mitführen. Der Zwang, in den Krieg zu ziehen, war groß. Denn 60 Schillinge entsprachen immerhin der halben Buße, die für den Totschlag eines ,,freien Mannes" gezahlt werden mußte.

Spätestens seit Friedrich Barbarossa, mit Sicherheit aber mit den Bauernkriegen wurde die alte feudale Heeresordnung zersetzt und schließlich weggefegt. Die Bauern kämpften für ihre Befreiung und brauchten nicht bezahlt zu werden. Ganz anders bei den späteren Söldnerheeren, wie dies gut aus der Verpflegungsordnung von Wallenstein 1632 zu sehen ist. Die Offiziere wurden mit Androhung der Kürzung der Verpflegungssätze für sich und die ihnen unterstehenden Soldaten für das Gelingen des Auftrags verantwortlich gemacht, ,,je nach Lage des Falles" konnte Wallenstein ,,die Erstattung des verursachten Schadens auf einem anderen Weg" vom Offizier fordern. Das bürgerliche Recht hatte seinen Einzug in die feudale Armee gehalten. ,,Ein gewöhnlicher Soldat" erhielt damals ,,täglich zwei Pfund Brot, ein Pfund Fleisch, zwei Maß Bier oder, je nach Lage des Ortes und Belieben des Wirts, ein Maß Wein; dazu an Geld in jedem Monat 4 Gulden. Hierin ist das Quartiergeld enthalten, das nach Anordnung der Kriegskommissare den Soldaten zusteht. Deshalb hat der Soldat nichts weiter von seinem Wirt zu fordern; will dieser seinem einquartierten Soldaten aus freien Stücken noch etwas zukommen lassen, soll ihm das freistehen, ohne aber zu weiterem zu verpflichten." Besonders begehrt waren deshalb Offiziere wie z.B. Marode, die nach Herzenslust plündern und brandschatzen ließen (marodieren).

Während diese ökonomischen Hebel den Zulauf zu den Söldnerheeren sicherten, erfolgte die Rekrutierung der Soldaten für das Heer Preußens im 18. Jahrhundert *ausschließlich* unter Zwang und sozusagen Gotteslohn. Sie wurden in den Kasernen wie in Gefängnissen gehalten. Friedrich Wilhelm I. erklärte in einem Edikt von 1714, ,,die Untertanen seien nach ihrer natürlichen Geburt und des Höchsten Gottes Anordnung und Befehl mit Gut und Blut zu dienen schuldig und verpflichtet." Das ist eine gute und knappe Zusammenfassung dessen, was seitdem als ,,preußischer Geist" von allen Reaktionären hoch gelobt wird.

Durch die ständigen Niederlagen gegen Napoleon tief gedemütigt, ließ sich der Preußenkönig auf Anraten von Scharnhorst 1815 schließlich zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht herab. Den leibeigenen Bauern, die ,,bis zu Ende" mitmachen wollten, wurde die Aufhebung der Leibeigenschaft versprochen, gehalten wurde das Versprechen nicht. Im Deutschen Reich des Fürsten Bismarck schließlich hatte sich die Wehrpflicht zu einem kärglich besoldeten Dienst für das mit der Bourgeoisie verbündete Junkertum gemausert. 1878 wurde folgender ,,Servistarif" festgelegt: ein Gefreiter erhielt 54 Mark im Jahr, im Sommer 3,90 monatlich, im Winter 5,10 Mark. Das waren die Preise für Berlin, in anderen Garnisonen wurde zum Teil nur die Hälfte dessen bezahlt.

Dieser Tradition ist Westdeutschlands Bourgeoisie treu geblieben. Nach dem Wehrsoldgesetz vom 20.2.1978 erhält ein wehrpflichtiger Grenadier 6,50 DM, ein Gefreiter 8 DM pro Tag. Nach dem sog. Unterhaltssicherungsgesetz von 1975 wird dem Wehrpflichtigen der Unterhalt seiner Familie – je nach Zahl der Kinder abgestuft gekürzt – eben nicht gesichert. Ist er kinderlos verheiratet, beträgt die Kürzung rund 40%. Für 1980 plant der Verteidigungsminister ein umfangreiches ,,Sozialpaket", das 1,41 DM Solderhöhung pro Tag bringen wird und bei Dienstzeiten über 56 Wochenstunden eine ,,Erschwerniszulage" von 90 Mark im Monat, das sind, die 40 Stunden Woche zugrunde gelegt, 1,40 Mark pro Überstunde.

Kriegsschiffbau auf den Spuren der ,,Bismark"

r.ped. Eine Übersicht über die wesentlichsten Projekte westdeutscher Werften.

Fregatten: Für die Bundesmarine ist die Sechserserie F 122 (Generalunternehmer Bremer Vulkan) ,,The Supreme Frigate" im Bau. Aufgabe: ,,Leit-, Lenk- und Kommandofunktion für verschieden geartete Seekriegsmittel"; eigenständige Seegebietskontrolle basierend auf der Fähigkeit zum gleichzeitigen dreizonalen Kampf gegen Überwasserschiffe, U-Boote und Luftabwehr (siehe Grafik). Bewaffnung: Geschütz, drahtgelenkte Torpedos, See- und Luftziel-Flugkörper, Täuschkörperstarter zur Abwehr infrarot- und radargelenkter Flugkörper, zwei bordgestützte Hubschrauber, die vor allem die durch Erdkrümmung bedingte Reichweite des Radars ausweiten helfen. Herzstück ist die Feuerleitanlage von AEG. Gegenüber dieser ,,besten" Fregatte handelt es sich bei den von Blohm + Voss angebotenen MEKO 360 um einfachere Exporttypen von 450 bis 3600 t. Ohne schiffbauliche Veränderung ermöglichen sie die Umrüstung der Waffen- und Leitsysteme durch deren Unterbringung in standardisierten Containern. Angeboten werden 46 Waffen- und 147 verschiedene Elektronikcontainer zur Auswahl. Ein Auftrag von Nigeria, zwei Bauten sowie Materiallieferungen für vier weitere an Argentinien zeigen, daß B + V damit ein Einbruch in den Weltexportmarkt gelungen ist.

Schnellboote: Im Bau befindet sich die Zehnerserie S 143 A (Generalunternehmer AEG), die gegenüber der Vorserie S 143 anstelle des hinteren Geschützes über Luftabwehr-FK-Starter für den Nächstbereich verfügt, anstelle der bisherigen Torpedos über Minenwerfer, sowie Täuschkörperstarter für Infrarot- und Radarabwehr neben 4 Seeziel-FK-Startern und vorderem Geschütz. Nach Ende der Serie soll die Vorserie ebenfalls entsprechend umgerüstet werden – eine erhebliche Ausweitung der Minenlegfähigkeiten.

Minenräumer: Die alten Minensuchboote sind vollständig zu Minenjagdbooten umgerüstet worden (Generalunternehmer VFW Fokker Bremen). Im Bau befindet sich das Troika-System (Generalunternehmer MaK Kiel), deren sechs Einheiten aus einem Lenkboot und je drei unbemannten Hohlraumstäben besteht. Letztere führen das Zünden von Minen durch starke Schall- und Magnetfelder sowie Schergeräte herbei und sollen die Detonationen durch schockfeste Bauart überstehen.

U-Boote: Fertig abgeliefert sind 18 Boote der Klasse 206 (Generalunternehmer Ingenieurskontor Lübeck mit HDW Kiel). Sie sind ausgerüstet mit acht drahtgelenkten Torpedos und verbessertem Sonar für Flach- wie Tiefwasser. Vor Auftragsvergabe befindet sich eine Minenabwurfanlage für diese Boote, die wie Satteltaschen außen angebracht werden können. 28 größere Boote der davon abgewandelten Klasse 209 baut HDW für den Export. TNSW Emden baut ein 1700t U-Boot und liefert Material für fünf weitere zum Bau in Argentinien. Der Typ 208 (Ablieferungstermin 1995) befindet sich in der Definition. Er soll einen außenluftunabhängigen Antrieb besitzen, d.h. wie nuklear getriebene Boote schnorchellosen Einsatz ermöglichen, um der feindlichen Radarortung zu begegnen, und gleichzeitig neben Torpedos über Seezielraketen verfügen.

Beispiel für Einsatzmöglichkeiten und Operationsweiten Fregatte.



Vertrauensmannwahlen in der Spilburgkaserne Für Dienstausgleich, gegen Chauvinismus

r.wop. Neben den Panzergrenadieren sind in Wetzlar in der Spilburg Kaserne noch Panzerartilleristen und Nachschubeinheiten stationiert, wo Jahr für Jahr hunderte von Rekruten ihre Grundausbildung absolvieren. Ziemlich schnell merkt man, daß es bei der Grundausbildung nicht darum geht, die Grundlagen des Waffenhandwerks zu erlernen, sondern im Wesentlichen darum, daß der Wille und Widerstand der Rekruten gegen die imperialistische Armee gebrochen werden soll. Bei seinem Ansinnen, den rekrutierten Arbeitern und Angestellten das Rückrat zu brechen, stößt das Offizierspack auf den erbitterten Widerstand der Rekruten und wo es möglich ist, stellt sich auch sehr schnell die Einheit zwischen den Mannschaften und den Unteroffiziersgraden her, die keinerlei Interesse an der Unterdrückung ihresgleichen haben.

Angesichts dessen hat die westdeutsche Bourgeoisie ihre Armeeführung mit einem beachtlichen Instrumentarium zwecks Spaltung und Unterdrükkung der Soldaten ausgestattet. Bei den Artilleristen in der Spilburgkaserne sieht das so aus, daß es zwei Ausbildungszüge gibt, unter denen kräftig die Spaltung geschürt wird. Der erste Zug, der sich aus den Kanonieren der Einheit zusammensetzt, wird gegenüber dem zweiten, in dem Feuerleiter, Vermesser, Funker, Baufernsprecher ausgebildet werden, ziemlich scharf unterdrückt. Dieser Zug ist fast ständig im Gelände, die Rekruten werden wegen jeder Kleinigkeit zur Sau gemacht und es ist noch kein Wochenende vergangen, wo nicht Rekruten nach der Spinddurchsicht am Freitag das Wochenende in der Kaserne B bleiben mußten. Mehrere Rekruten sind schon dadurch diszipliniert worden, daß sie vom zweiten in den ersten Zug versetzt wurden.

Natürlich reicht die blanke Spaltung und Unterdrückung nicht hin, die Rekruten willfährig zu machen. Das Offizierspack setzt gleichzeitig auf die politische Zersetzung in den Reihen der Soldaten und die entsprechenden Unterrichte werden in der Regel auch von Oberleutnanten oder vom Batteriechef persönlich gehalten. Die ersten Unterrichte haben sich gleich mit der Einschränkung der Rechte der Soldaten gegenüber ,,normalen Bürgern" befaßt. Die Einschränkung der Freizügigkeit, der Unverletzlichkeit der Wohnung, des Koalitionsrechts oder des Rechts, seine Arbeitskraft zu einem Preis verkaufen zu können, der wenigstens einigermaßen die Reproduktion sichert.

Sodann wird der Versuch gemacht, die Aufgaben der Bundeswehr, losgelöst von jeglichem Klassenstandpunkt, als gemeinsames Interesse zu verkaufen. Dies geht nicht ab, ohne daß die Revanchegelüste der westdeutschen Imperialisten durchschimmern und so verstieg sich der Batteriechef in einer Unterrichtsstunde der Ausbildungszüge dahin, daß die Bundeswehr auch die Rechte und die Freiheit des Volkes in der DDR zu verteidigen habe, zum Beispiel bei einem Angriff auf die DDR. Der Mann wurde kurz später übrigens zum Hauptmann befördert.

Die Auffassung der Rekruten ist hingegen eine ganz andere. Was soll der Arbeiter denn zu verteidigen haben? Vielleicht seinen Opel Kadett? Keiner will für die Kapitalisten den Kopf hinhalten und es wird vielmehr der Zusammenschluß gegen die miserablen Zustände in der imperialistischen Armee gesucht. Ein Vertrauensmannkandidat, der für Lohnfortzahlung in der Armee, für Dienstausgleich und für den Kampf gegen die miserablen sanitären Bedingungen in der Spilburgkaserne aufgetreten ist, wurde mit 75 von 104 Stimmen gewählt.

dern und brandschatzen ließen (marodieren).

Während diese ökonomischen Hebel den Zulauf zu den Söldnerheeren sicherten, erfolgte die Rekrutierung der Soldaten für das Heer Preußens im 18. Jahrhundert *ausschließlich* unter Zwang und sozusagen Gotteslohn. Sie wurden in den Kasernen wie in Gefängnissen gehalten. Friedrich Wilhelm I. erklärte in einem Edikt von 1714, ,,die Untertanen seien nach ihrer natürlichen Geburt und des Höchsten Gottes Anordnung und Befehl mit Gut und Blut zu dienen schuldig und verpflichtet." Das ist eine gute und knappe Zusammenfassung dessen, was seitdem als ,,preußischer Geist" von allen Reaktionären hoch gelobt wird.

Durch die ständigen Niederlagen gegen Napoleon tief gedemütigt, ließ sich der Preußenkönig auf Anraten von Scharnhorst 1815 schließlich zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht herab. Den leibeigenen Bauern, die ,,bis zu Ende" mitmachen wollten, wurde die Aufhebung der Leibeigenschaft versprochen, gehalten wurde das Versprechen nicht. Im Deutschen Reich des Fürsten Bismarck schließlich hatte sich die Wehrpflicht zu einem kärglich besoldeten Dienst für das mit der Bourgeoisie verbündete Junkertum gemausert. 1878 wurde folgender ,,Servistarif" festgelegt: ein Gefreiter erhielt 54 Mark im Jahr, im Sommer 3,90 monatlich, im Winter 5,10 Mark. Das waren die Preise für Berlin, in anderen Garnisonen wurde zum Teil nur die Hälfte dessen bezahlt.

Dieser Tradition ist Westdeutschlands Bourgeoisie treu geblieben. Nach dem Wehrsoldgesetz vom 20.2.1978 erhält ein wehrpflichtiger Grenadier 6,50 DM, ein Gefreiter 8 DM pro Tag. Nach dem sog. Unterhaltssicherungsgesetz von 1975 wird dem Wehrpflichtigen der Unterhalt seiner Familie – je nach Zahl der Kinder abgestuft gekürzt – eben nicht gesichert. Ist er kinderlos verheiratet, beträgt die Kürzung rund 40%. Für 1980 plant der Verteidigungsminister ein umfangreiches ,,Sozialpaket", das 1,41 DM Solderhöhung pro Tag bringen wird und bei Dienstzeiten über 56 Wochenstunden eine ,,Erschwerniszulage" von 90 Mark im Monat, das sind, die 40 Stunden Woche zugrunde gelegt, 1,40 Mark pro Überstunde.

r.wop. Neben den Panzergrenadieren sind in Wetzlar in der Spilburg Kaserne noch Panzerartilleristen und Nachschubeinheiten stationiert, wo Jahr für Jahr hunderte von Rekruten ihre Grundausbildung absolvieren. Ziemlich schnell merkt man, daß es bei der Grundausbildung nicht darum geht, die Grundlagen des Waffenhandwerks zu erlernen, sondern im Wesentlichen darum, daß der Wille und Widerstand der Rekruten gegen die imperialistische Armee gebrochen werden soll. Bei seinem Ansinnen, den rekrutierten Arbeitern und Angestellten das Rückrat zu brechen, stößt das Offizierspack auf den erbitterten Widerstand der Rekruten und wo es möglich ist, stellt sich auch sehr schnell die Einheit zwischen den Mannschaften und den Unteroffiziersgraden her, die keinerlei Interesse an der Unterdrückung ihresgleichen haben.

Angesichts dessen hat die westdeutsche Bourgeoisie ihre Armeeführung mit einem beachtlichen Instrumentarium zwecks Spaltung und Unterdrükkung der Soldaten ausgestattet. Bei den Artilleristen in der Spilburgkaserne sieht das so aus, daß es zwei Ausbildungszüge gibt, unter denen kräftig die Spaltung geschürt wird. Der erste Zug, der sich aus den Kanonieren der Einheit zusammensetzt, wird gegenüber dem zweiten, in dem Feuerleiter, Vermesser, Funker, Baufernsprecher ausgebildet werden, ziemlich scharf unterdrückt. Dieser Zug ist fast ständig im Gelände, die Rekruten werden wegen jeder Kleinigkeit zur Sau gemacht und es ist noch kein Wochenende vergangen, wo nicht Rekruten nach der Spinddurchsicht am Freitag das Wochenende in der Kaserne B bleiben mußten. Mehrere Rekruten sind schon dadurch diszipliniert worden, daß sie vom zweiten in den ersten Zug versetzt wurden.

Natürlich reicht die blanke Spaltung und Unterdrückung nicht hin, die Rekruten willfährig zu machen. Das Offizierspack setzt gleichzeitig auf die politische Zersetzung in den Reihen der Soldaten und die entsprechenden Unterrichte werden in der Regel auch von Oberleutnanten oder vom Batteriechef persönlich gehalten. Die ersten Unterrichte haben sich gleich mit der Einschränkung der Rechte der Soldaten gegenüber ,,normalen Bürgern" befaßt. Die Einschränkung der Freizügigkeit, der Unverletzlichkeit der Wohnung, des Koalitionsrechts oder des Rechts, seine Arbeitskraft zu einem

sichert.

Sodann wird der Versuch gemacht, die Aufgaben der Bundeswehr, losgelöst von jeglichem Klassenstandpunkt, als gemeinsames Interesse zu verkaufen. Dies geht nicht ab, ohne daß die Revanchegelüste der westdeutschen Imperialisten durchschimmern und so verstieg sich der Batteriechef in einer Unterrichtsstunde der Ausbildungszüge dahin, daß die Bundeswehr auch die Rechte und die Freiheit des Volkes in der DDR zu verteidigen habe, zum Beispiel bei einem Angriff auf die DDR. Der Mann wurde kurz später übrigens zum Hauptmann befördert.

Die Auffassung der Rekruten ist hingegen eine ganz andere. Was soll der Arbeiter denn zu verteidigen haben? Vielleicht seinen Opel Kadett? Keiner will für die Kapitalisten den Kopf hinhalten und es wird vielmehr der Zusammenschluß gegen die miserablen Zustände in der imperialistischen Armee gesucht. Ein Vertrauensmannkandidat, der für Lohnfortzahlung in der Armee, für Dienstausgleich und für den Kampf gegen die miserablen sanitären Bedingungen in der Spilburgkaserne aufgetreten ist, wurde mit 75 von 104 Stimmen gewählt.

Herrschaft über den Pazifik war der Traum der alten Zaren

,,Zu allen Zeiten waren wir Russen ein Teil von Asien" (Zar Nikolaus II.)

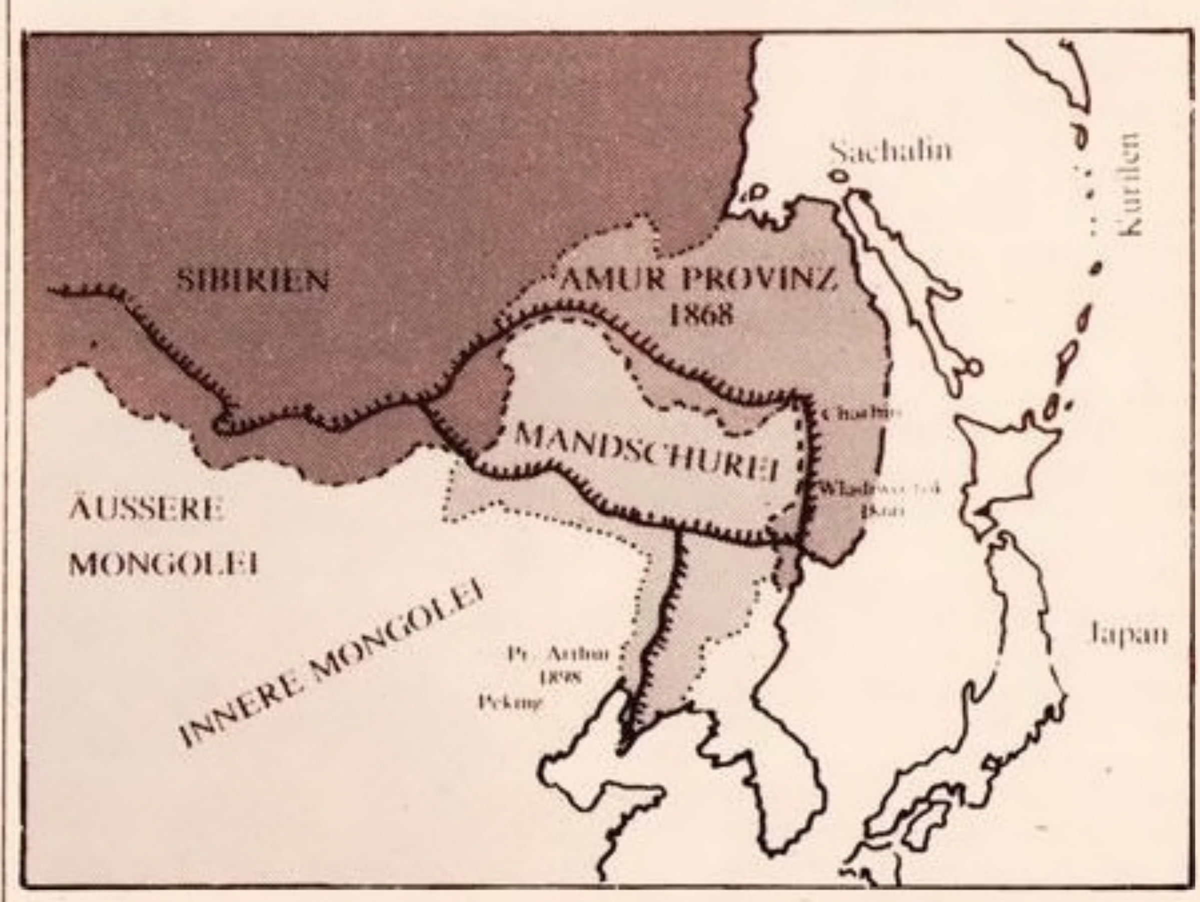
z.ror. Zar Iwan IV. beauftragte den Kosakenführer Jermak mit der Eroberung Sibiriens; das russische Reich sollte bis an den Pazifik vorangetrieben werden, um der feudalen Ausbeutung neuen Raum zu schaffen. 1640 erreichten die ersten Truppen Sachalin und 1697 besetzte Atassow Kamtschatka. Das russische Reich erstreckte sich bis zum Pazifik, die Itelmen – Bewohner von Kamtschatka – wurden fast vollständig ausgerottet. Sachalin mußten sich die Russen mit den Holländern und Japanern teilen. Zar Alexander II. begann den Raubzug gegen China. Das Ussuri- und Amurgebiet wurde besetzt. Mit Wladiwostok (zu deutsch: Beherrsche den Osten) verfügten die Zaren 1860 erstmalig über einen eisfreien Pazifikhafen.

Mit dem Bau der transsibirischen Eisenbahn wurde Wladiwostok mit den europäischen Zentren Rußlands verbunden. Die Bourgeoisie versprach sich einen Aufschwung ihres Handels und neue Kapitalanlagen durch die Gründung der Russisch-Chinesischen Bank, 1875 tauschten sie von den Japanern die Insel Sachalin gegen einige Kurileninseln ein. Im Winter 1898 fuhren russische Kriegsschiffe in den chinesischen Hafen – den die Imperialisten Port Arthur genannt haben – unter dem Vorwand ein, überwintern zu wollen. Nach dreimonatiger Demonstration konnten sie die Übergabe des Hafens erzwingen. Port Arthur wurde mit einer Stichstrecke der Mandschurischen Eisenbahn verbunden, zu deren Bau sich die Russen schon 1896 die Genehmigung erpreßt haben. Zar Nikolaus II. findet für diesen Raubzug folgende würdige Worte: ,,Unser Reich ist von der göttlichen Vorsehung dazu berufen, die Völker des Westens und des Ostens friedlich zu nähern. Beim Streben nach der Erfüllung dieser historischen Aufgabe ward uns der freundschaftliche Beistand seitens des Chinesischen Reiches zuteil, welches uns die Nutznießung der Häfen Talienwan und Port Arthur abtrat." Damit verfügten die russischen Expansionisten über drei eisfreie, über den Landweg miteinander verbundene Kriegshäfen im Pazifik.

Japan, das die Mandschurei, Talienwan und Port Arthur 1885 nach dem chinesisch-japanischen Krieg besetzt hatte, wurde durch den Druck der vereinigten Imperialisten zur Aufgabe dieser Gebiete gezwungen und sah sich um die Kriegsbeute betrogen. Rußland investierte allein 1899 über 90 Mio. Rubel in den Ausbau von Port Arthur; Japan verdoppelte im selben Jahr die Stärke seiner Armee. Zur Niederschlagung der Yihotuan-Bewegung (Boxeraufstand) marschierten russische Truppen bis Peking, besetzten Teile der Mongolei und Mandschurei. Rußland, das Japan aus Korea zurückdrängen konnte, verlangte von der chinesichen Regierung, alle Kapitalanlagen – mit Ausnahme der russischen – in der Mandschurei zu verbieten.

Die Auseinandersetzung mit dem imperialistischen Konkurrenten Japan, der ebenfalls China unterwerfen wollte, wurde für das Zarenreich unausweichlich. Von Kamtschatka über Korea bis Port Arthur hatte der russische Imperialismus seine Pazifikfront aufgebaut. Rußland zog auf dem Landweg 120 Bataillone zusammen, verstärkte seine Flotte in Port Arthur. Japan versuchte den Kriegsausbruch noch hinauszuzögern, bis 1904. Am 8. Februar näherten sich japanische Torpedoboote mit gelöschten Lichtern bei Nacht Port Arthur und errangen durch einen Überraschungsangriff die Vorherrschaft zur See. Zur selben Zeit landen 20000 japanische Soldaten auf Korea und 80000 auf der Halbinsel Liaotung, um Port Arthur auch auf dem Landwege abzuschneiden. Da ihre modernsten Kreuzer von den Japanern zerstört wurden, konnten die russischen Seestreitkräfte von Wladiwostok aus den japanischen Nachschub nicht unterbinden. Schmerzlich wurde den russischen Imperialisten deutlich, daß ihr Stützpunktsystem nicht ausreichend war. Um das noch von russischen Truppen gehaltene Port Arthur zu entsetzen, sollte die Baltische Flotte zum Einsatz gebracht werden. Mit 40 Schiffen muß sie Westeuropa, Afrika und Indien umfahren – über 30000 Kilometer. Diese Flotte erreicht ihr Zielgebiet, nachdem die Truppen von Port Arthur bereits vor drei Monaten kapituliert hatten. Im Chinesischen Meer angekommen, wird der Verband von den Japanern bei Tsushima bis auf ein Schiff vernichtet. Die Russische Flotte verliert 8000 Mann.

Die Niederlage im Russisch-Japanischen Krieg, die den Verlust Port Arthurs, der Halbinsel Liaotung, einen Teil von Sachalin für Russland brachte, sitzt den neuen Zaren noch heute in den Knochen. Sachalin und die Kurilen haben sie heute mit Wladiwostok zu riesigen Militärstützpunkten ausgebaut. Im Kampf um die Vorherrschaft versucht der russische Sozialimperialismus gegenüber der anderen Supermacht seine strategische Ausgangslage zu verbessern. Mit der Übernahme des ehemaligen US-Stützpunktes Cam Ranh in Vietnam hat sie die Operationsbasis ihrer Pazifikflotte um 2000 Seemeilen ausgedehnt.



Eroberungen der russischen Zaren im Fernen Osten, die Erschließung mit Eisenbahnlinien (gezackte Linien) und Häfen

Tito in Bukarest: seit Jahren Bewährtes wird gefestigt und vertieft

z.anb. Für die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' war das seit 1966 16. offizielle Treffen zwischen der rumänischen und der jugoslawischen Regierung vom 2. bis 4. November in Bukarest ein ,,Routinebesuch'', weshalb man auch nichts weiter darüber erfuhr.

Tito unterrichtete Ceausescu über Verlauf und Ergebnisse des 6. Gipfels der Blockfreien und über die jugoslawischen Initiativen auf internationaler Ebene. Der rumänische Staatspräsident erklärte dazu: ,,Mit großer Genugtuung möchte ich die Übereinstimmung der Ansichten hervorheben (...) und die gemeinsame Entschlossenheit, die Bemühungen um eine Politik der Unabhängigkeit, der Entspannung und des Friedens zu verstärken.'' (Neuer Weg, 6.11.)

Sowohl Tito als auch Ceausescu sprachen von der *besonderen* Bedeutung ihrer jetzigen Beratungen. Sie unterstrichen nicht nur die ,,vorbildlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern'', sondern hielten in einer Gemeinsamen Erklärung fest, daß deren weitere Vertiefung und Ausweitung auf alle Bereiche der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit ,,die geschichtliche Bedeutung der strikten Achtung der bekannten Prinzipien bestätigt, die konsequent in den Beziehungen zwischen allen Staaten, auch *den sozialistischen Ländern,* angewendet werden sollen''. (Tanjug, 5.11.)

Die Geschichte habe eindringlich bewiesen, daß der Kampf der Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und alle Formen der Fremdherrschaft und Einmischung der entscheidende Faktor in der Umwälzung der zwischenstaatlichen Beziehungen sei. So gründe sich auch die Freundschaft zwischen Rumänien und Jugoslawien auf den Kampf ihrer Völker für die Unabhängigkeit und gegen die imperialistische Hegemonialpolitik in der Balkanregion.



Begeisterter Empfang für den jugoslawischen Staatspräsidenten in Bukarest

Britische Lehrer bekämpfen Regierungspläne

Entlassungen beginnen / Viele verdienen unter Durchschnittslohn / Rechtliche Lage

z.hef.London. Die Unruhe unter den britischen Lehrern nimmt zu. Sie führen Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Lehrerentlassungen durch. Mit diesen Aktionen beginnen sie große Auseinandersetzungen um ihren Lohnstandard und ihre Arbeitsbedingungen. Die Regierung hat den 104 Erziehungsbehörden in England und Wales Haushaltskürzungen von 220 Mio. Pfund (ca. 880 Mio. DM) für das nächste Rechnungsjahr ab April 1980 verordnet. Für Nordirland und Schottland hat sie ähnliche Streichungen beschlossen. Die Schulbehörden beginnen schon jetzt, Lehrer zu entlassen. Mit dem Argument der Geldknappheit bereiten die Dienstherren einen weiteren Lohnsenkungsabschluß für April 1980 vor.

Ungefähr 30% aller Lehrer verdienen jetzt schon weniger als den Durchschnittslohn der Lohnabhängigen. Ganz anders als in Westdeutschland z.B., wie der Vergleich mit der Lohnverteilung Hamburger Lehrer in KVZ Nr. 45, Seite 11, zeigt. Die Lohnstruktur ist höchst kompliziert. Allein für die Grund- und Mittelschulen gibt es fünf verschiedene Lohnskalen. Darüberhinaus besondere Skalen für Rektoren und Lehrer in den höheren Schulen. Eingestellt wird der Lehrer in der untersten Skala, wird er befördert, rückt er eine Skala auf. Innerhalb der Skala gibt es ein Punktsystem, nach dem sich der Lohn richtet. Bis zu 15 Punkte werden vergeben. Für drei Jahre Grundstudium gibt es einen Punkt, für weitere Studienjahre drei Punkte, für einen Hochschulabschluß mit Auszeichnung bis zu vier Punkten usw. (So ein Abschluß kann also bei einem neuangestellten Lehrer einen Lohnunterschied von 150 DM im Monat ausmachen.) Die Lohnstruktur ist das Werk staatlicher Lohnkommissionen, die mehrfach die Lehrerentlohnung reformiert haben, das letzte Mal 1974. Die Breite unserer Verteilung zeigt die so erreichte Spreizung des gesamten Lohngefüges. Außerdem drückt sie die große Spaltung zwischen den etwa 440000 Grund- und Mittelschullehrern und den ca. 80000 Lehrern an höheren Schulen aus.

Es gibt kein Beamtenrecht. Das heißt aber nicht, daß es nicht eine in Gesetzen und Verordnungen festgelegte besondere Entrechung z.B. für Lehrer gibt.

Ein Lehrer wird nach dem dreijährigen Lehrer-Trainings-College (für Grund- und Mittelschulen) oder nach dreijährigem Studium plus einem Jahr Pädagogik-Studium von der jeweiligen bezirklichen Schulbehörde angestellt. Er kann von ihr in den ersten acht Jahren mit zweimonatiger Kündigungsfrist bzw. mit dreimonatiger im Sommersemester entlassen werden. Viele Lehrer haben Zeitverträge für ein Jahr oder weniger. Nach acht Jahren wird die Kündigungsfrist schrittweise ausgedehnt.

Kündigungsgründe können sich auf die Fähigkeiten und Qualifikationen eines Lehrers, auf sein Verhalten oder die Tatsache, daß er ,,überflüssig'' ist, stützen. ,,Fehlverhalten oder Verurteilung wegen eines kriminellen Delikts'' ist laut Gesetz ein Kündigungsgrund bzw. Nichteinstellungsgrund. Streikende Lehrer sind schnell wegen ,,krimineller Delikte'' wie Widerstand gegen die Staatsgewalt verurteilt.

Neben den ,,normalen'' Kündigungen durch die jeweilige Behörde kann der Erziehungsminister ,,jederzeit aus erzieherischen oder gesundheitlichen Gründen verlangen, daß das Beschäftigungsverhältnis eines Lehrers suspendiert wird, beendet wird oder dafür Bedingungen nach dem Gutdünken des Ministers gestellt werden''.

Nach Vereinbarung zwischen den Lehrergewerkschaften und dem Staat sind die Lehrer zu folgenden Krankengeldzahlungen berechtigt: für das erste Jahr 25 Arbeitstage mit vollem Lohn, 50 Tage mit halbem Lohn, für das zweite Jahr 50/50, für das dritte 75/75 und das vierte und alle folgenden 100/100. Der Mutterschaftsurlaub wird ab elf Wochen vor der Schwangerschaft bis sieben Wochen danach gegeben, in den ersten vier Wochen wird voller Lohn, danach halber Lohn gezahlt.

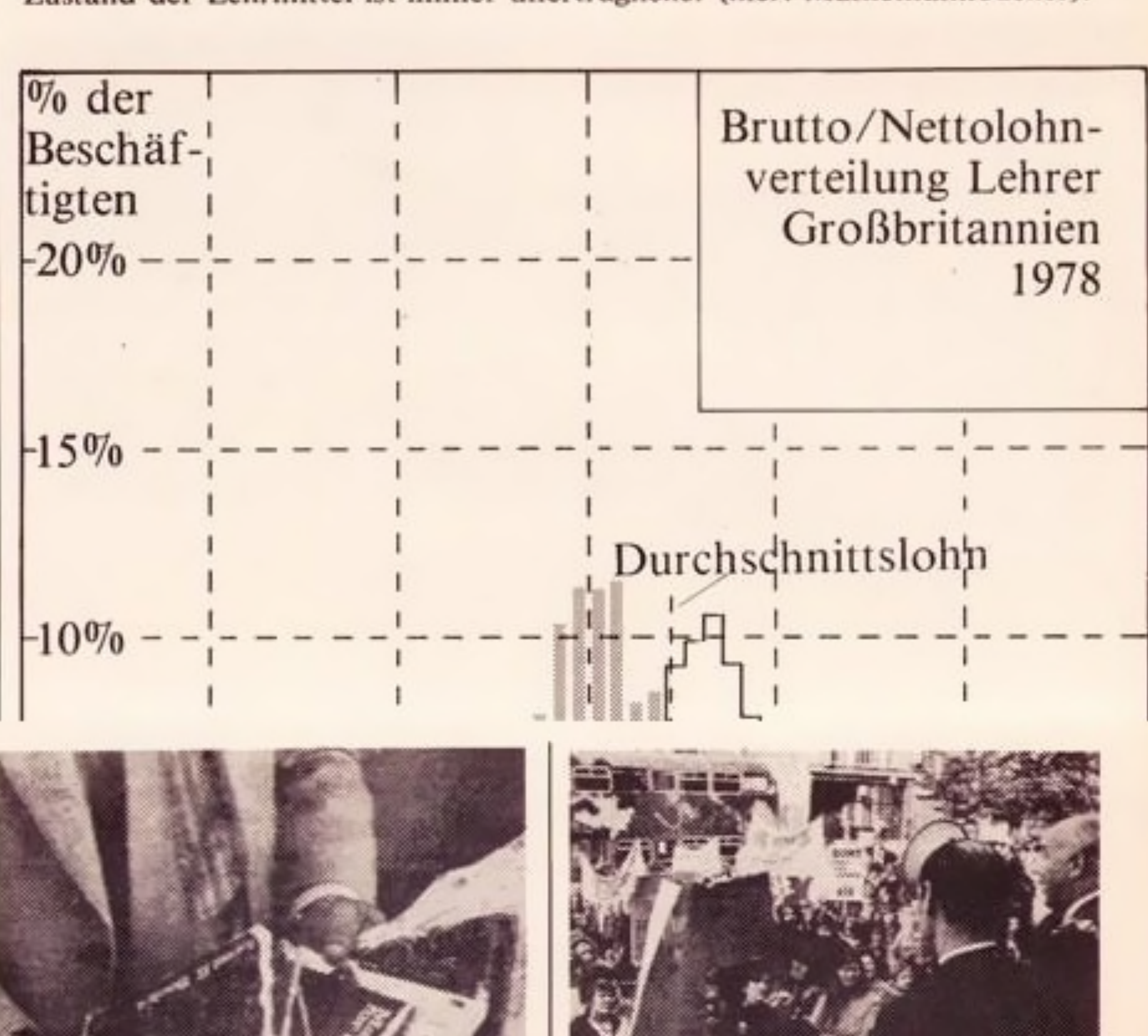
Die Lehrer schließen mit den jeweiligen örtlichen Behörden Verträge über Arbeitszeiten usw. ab. Überstunden wie beispielsweise die Beaufsichtigung der Schulmahlzeiten durch die Lehrer werden nicht oder nur mit Pfennigbeträgen oder einer freien Schulmahlzeit gezahlt. Insgesamt sind die Lehrer in der gleichen Lage wie die Masse der Angestellten in England, die zur Überstundenarbeit und Samstagsarbeit ohne jede Zahlung verpflichtet sind.

Um den Lohn der Lehrer wird in staatlichen Kommissionen unter Beteiligung der Gewerkschaften verhandelt. Kommt es hier zu keiner Einigung, wird die Schlichtung angerufen. Der Minister muß Erhöhungen billigen, bevor sie Gesetz werden können. Die Lehrer führten 1978 weitreichende Streikaktionen durch, um eine Erhöhung von 10% durchzusetzen. Im letzten Jahr mußten sie Überstundenstreiks durchführen, um wenigstens eine Lohnerhöhung von insgesamt 9% sowie das Versprechen auf eine ,,Vergleichbarkeitsuntersuchung'' mit Beschäftigten in der Privatindustrie und in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes durchzuführen. Diese Vergleichsuntersuchung wird gerade von einer Kommission unter Professor Clegg durchgeführt. In ihrer Einlassung vor der Kommission fordert die größte Lehrergewerkschaft NUT (knapp 300000 Mitglieder) eine durchschnittliche Erhöhung um 38,7%. Um soviel, erklärte die Gewerkschaft, seien die Lehrerlöhne weniger erhöht worden.





Unterschriftensammlung gegen die Entlassungen und Ausgabenkürzungen. Der Zustand der Lehrmittel ist immer unerträglicher (hier: Mathematikbücher).

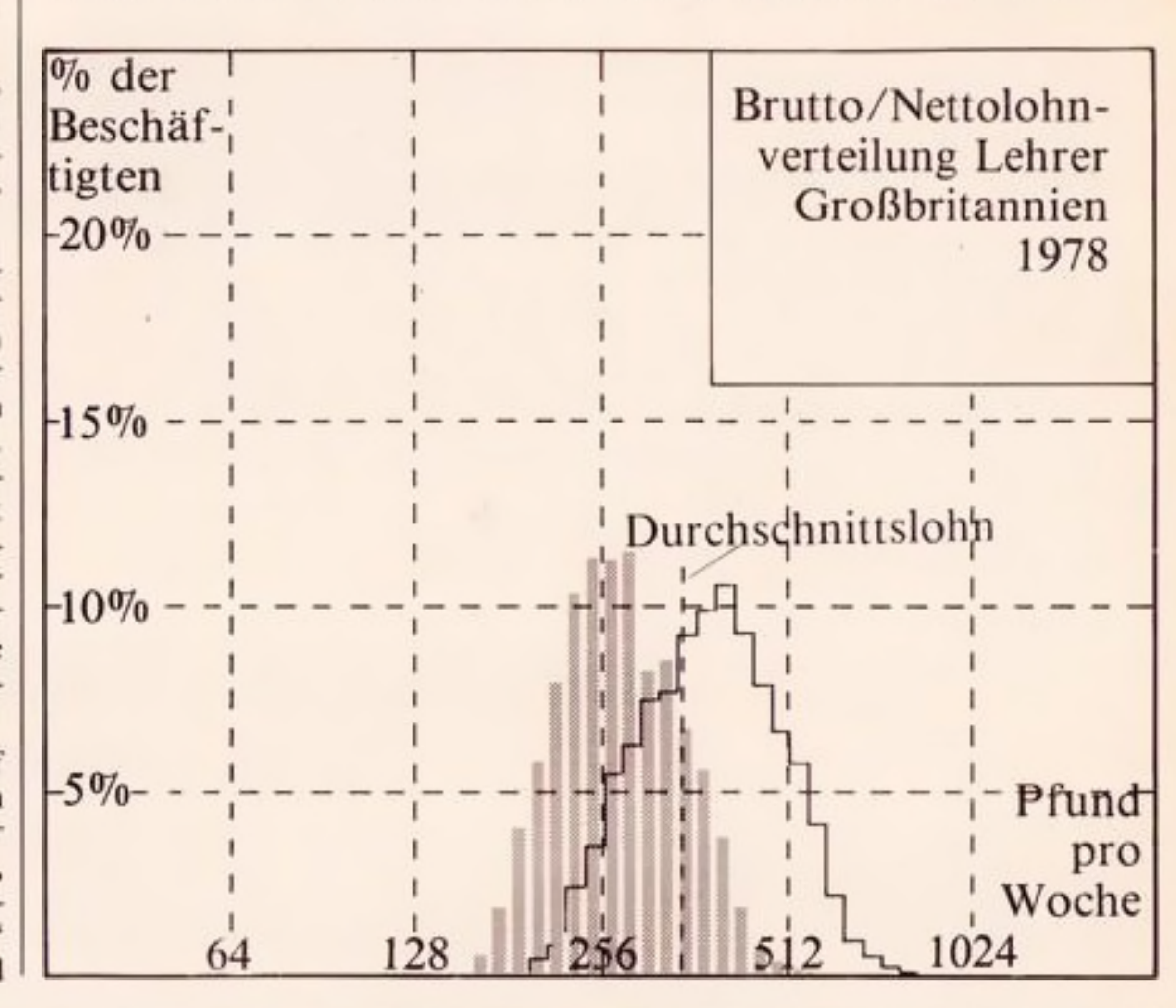


rückt er eine Skala auf. Innerhalb der Skala gibt es ein Punktsystem, nach dem sich der Lohn richtet. Bis zu 15 Punkte werden vergeben. Für drei Jahre Grundstudium gibt es einen Punkt, für weitere Studienjahre drei Punkte, für einen Hochschulabschluß mit Auszeichnung bis zu vier Punkten usw. (So ein Abschluß kann also bei einem neuangestellten Lehrer einen Lohnunterschied von 150 DM im Monat ausmachen.) Die Lohnstruktur ist das Werk staatlicher Lohnkommissionen, die mehrfach die Lehrerentlohnung reformiert haben, das letzte Mal 1974. Die Breite unserer Verteilung zeigt die so erreichte Spreizung des gesamten Lohngefüges. Außerdem drückt sie die große Spaltung zwischen den etwa 440000 Grund- und Mittelschullehrern und den ca. 80000 Lehrern an höheren Schulen aus.

Es gibt kein Beamtenrecht. Das heißt aber nicht, daß es nicht eine in Gesetzen und Verordnungen festgelegte besondere Entrechung z.B. für Lehrer gibt.

Ein Lehrer wird nach dem dreijährigen Lehrer-Trainings-College (für Grund- und Mittelschulen) oder nach dreijährigem Studium plus einem Jahr Pädagogik-Studium von der jeweiligen bezirklichen Schulbehörde angestellt. Er kann von ihr in den ersten acht Jahren mit zweimonatiger Kündigungsfrist bzw. mit dreimonatiger im Sommersemester entlassen werden. Viele Lehrer haben Zeitverträge für ein Jahr oder weniger. Nach acht Jahren wird die

Unterschriftensammlung gegen die Entlassungen und Ausgabenkürzungen. Der Zustand der Lehrmittel ist immer unerträglicher (hier: Mathematikbücher).



Für die Sowjetunion ein Schlag ins Gesicht: Jugoslawisch-bulgarische Einigungsbestrebungen

z.anb. In seinem Bericht zur internationalen Lage vor der jugoslawischen Volksversammlung erklärte Außenminister Vrhovec am 31.10., Jugoslawien bemühe sich, die Beziehungen zu Bulgarien ,,in allen Bereichen zu entwickeln''. Das sei die beste Grundlage, die strittigen Fragen, hier besonders die Differenzen über Mazedonien (siehe KVZ 39/79) zu einer Lösung zu bringen.

Zur gleichen Zeit verhandelte in Sofia eine Delegation des Sozialistischen Bundes der Werktätigen Jugoslawiens, der Massenorganisation des Bundes der Kommunisten, mit der bulgarischen Massenorganisation, der Vaterländischen Front, über die Zusammenarbeit der Redaktionen der Zeitungen ,,Borba'' und ,,Oteccestveni Front'' und die Koordinierung von Verlagsprojekten, um durch ,,objektive Information der Öffentlichkeit ihrer Länder über die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus im anderen Land zur Entwicklung der jugoslawisch-bulgarischen Beziehungen'' beizutragen, und solche konkrete Zusammenarbeit im Interesse der gegenseitigen Verständigung auszuweiten.

Jugoslawien hat in diesen Gesprächen deutlich gemacht, daß es den Standpunkt der bulgarischen Regierung zur Mazedonien-Frage nicht akzeptiert, gleichzeitig aber betont, dies sei eine Angelegenheit, die ohne äußere Einmischung auf der Grundlage der außenpolitischen Prinzipien der Blockfreienbewegung geklärt werden könne.

Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der mazedonischen Nation und ihres Anschlusses an die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, vereinbart 1947 im Abkommen von Bled zwischen Tito und dem Führer der bulgarischen Kommunisten Dimitroff, wird in einem neuen Dokumentenband der jugoslawischen Regierung als Beweis für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern angeführt. Um zu belegen, daß die heutigen Gebietsansprüche Bulgariens nie der Standpunkt der bulgarischen Revolutionäre war, sondern auf sozialimperialistische Einmischung zurückgeht, zitiert das Buch Cola Dragojceva, 1947 Mitglied des ZK der KP Bulgariens, die die Vereinbarung von Bled als ,,Werk des Friedens auf dem Balkan'' bezeichnete, gerichtet gegen die jahrhundertelangen Versuche der Großmächte und Imperialisten, die Völker des Balkan zum Spielball von Hegemonialinteressen zu machen.

Schwelende Widersprüche der Supermächte um Positionen in der Ägäis

Für die Sowjetunion ein Schlag ins Gesicht: Jugoslawisch-bulgarische Einigungsbestrebungen

z.anb. In seinem Bericht zur internationalen Lage vor der jugoslawischen Volksversammlung erklärte Außenminister Vrhovec am 31.10., Jugoslawien bemühe sich, die Beziehungen zu Bulgarien ,,in allen Bereichen zu entwickeln''. Das sei die beste Grundlage, die strittigen Fragen, hier besonders die Differenzen über Mazedonien (siehe KVZ 39/79) zu einer Lösung zu bringen.

Zur gleichen Zeit verhandelte in Sofia eine Delegation des Sozialistischen Bundes der Werktätigen Jugoslawiens, der Massenorganisation des Bundes der Kommunisten, mit der bulgarischen Massenorganisation, der Vaterländischen Front, über die Zusammenarbeit der Redaktionen der Zeitungen ,,Borba'' und ,,Oteccestveni Front'' und die Koordinierung von Verlagsprojekten, um durch ,,objektive Information der Öffentlichkeit ihrer Länder über die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus im anderen Land zur Entwicklung der jugoslawisch-bulgarischen Beziehungen'' beizutragen, und solche konkrete Zusammenarbeit im Interesse der gegenseitigen Verständigung auszuweiten.

Jugoslawien hat in diesen Gesprächen deutlich gemacht, daß es den Standpunkt der bulgarischen Regierung zur Mazedonien-Frage nicht akzeptiert, gleichzeitig aber betont, dies sei eine Angelegenheit, die ohne äußere Einmischung auf der Grundlage der außenpolitischen Prinzipien der Blockfreienbewegung geklärt werden könne.

Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der mazedonischen Nation und ihres Anschlusses an die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien, vereinbart 1947 im Abkommen von Bled zwischen Tito und dem Führer der bulgarischen Kommunisten Dimitroff, wird in einem neuen Dokumentenband der jugoslawischen Regierung als Beweis für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern angeführt. Um zu belegen, daß die heutigen Gebietsansprüche Bulgariens nie der Standpunkt der bulgarischen Revolutionäre war, sondern auf sozialimperialistische Einmischung zurückgeht, zitiert das Buch Cola Dragojceva, 1947 Mitglied des ZK der KP Bulgariens, die die Vereinbarung von Bled als ,,Werk des Friedens auf dem Balkan'' bezeichnete, gerichtet gegen die jahrhundertelangen Versuche der Großmächte und Imperialisten, die Völker des Balkan zum Spielball von Hegemonialinteressen zu machen.

Schwelende Widersprüche der Supermächte um Positionen in der Ägäis

z.hku. Noch im November soll ein Treffen von Regierungsvertretern Griechenlands und der Türkei zur Vorbereitung neuer Verhandlungen stattfinden. Gegenwärtig verstärkt sich jedoch die Polemik zwischen beiden Seiten. So hat der türkische Außenminister erklärt, eine Ausdehnung der Hoheitsgewässer von 6 auf 12 Seemeilen, wie sie von Griechenland erwogen wird, sei für sein Land ein ,,casus belli''. Nach wie vor sind die Probleme der Ägäis nicht gelöst.

1947 wurden die Inseln unmittelbar vor der türkischen Westküste – nach türkischer und italienischer Herrschaft – Griechenland zuerkannt, zugleich ihr entmilitarisierter Status beschlossen. Die Frage des ägäischen Festlandsockels – von Meer und Meeresboden vor der Küste, aber außerhalb der Hoheitsgewässer – ist vor allem nach der Zypern-Krise von den Imperialisten geschürt worden; nicht zuletzt durch die Ölkonzerne, die sich erfolgversprechende Konzessionen in dem Gebiet ergattert hatten. Die griechische Regierung vertritt den Standpunkt, daß der Festlandsockel durch das Staatsgebiet einschließlich der Inseln definiert ist (auf der Karte die gestrichelte Linie), den Interessen der Türkei als Küstenstaat jedoch Rechnung getragen werden müsse. Die türkische Regierung vertritt, daß die Inseln nicht zum Festland gehören, daß der Meeresboden die Fortsetzung des anatolischen Festlandes ist, und hat eine entsprechende Aufteilung verlangt (auf der Karte die gepunktete Linie). Nach schweren Zwischenfällen 1976 vereinbarten beide Seiten ein Verfahren zur friedlichen Beilegung des Streites, das jedoch noch zu keinem Ergebnis führte. Bei der Vielzahl der griechischen Inseln würde eine Erweiterung der Hoheitsgewässer die Lage erheblich verändern und die Frage der Kontrolle über die Ägäis insgesamt aufwerfen.

Um diese Kontrolle geht es den *Supermächten*. In Griechenland wird als verantwortlich für die Polemik der Türkei der US-Imperialismus bezeichnet, der ja gegenwärtig heftige Anstrengungen unternimmt, Territorium wie Truppen beider Staaten wieder unter NATO-Kommando zu pressen. Die Sozialimperialisten haben in den letzten Jahren ihren Zugang zum Mittelmeer erheblich verbessern können (s. KVZ 11 und 39/79). Widersprüche zwischen dem griechischen und dem türkischen Volk sollen ihren Kampf um Unabhängigkeit zunichte machen.



Oktober 1979: Partei der Arbeit Belgiens gegründet

z.scc.Brüssel. Mit der Gründung der Partei der Arbeit Belgiens Ende Oktober hat die marxistisch-leninistische Organisation Amada/TPO die Erfahrungen von zehn Jahren Aufbau der Kommunistischen Partei zusammengefaßt. Entstanden aus der Studentenbewegung und dem Streik der Bergarbeiter 1970, gab Amada seit 1970 ein Zentralorgan heraus, seit 1975 in flämischer und seit Anfang 1979 in französischer Sprache wöchentlich. Bei den Parlamentswahlen Ende 1978 erhielt Amada, die mit Zellen in den meisten größeren Betrieben für die Einheit der Arbeiterklasse zum Sturz der Ausbeuterherrschaft arbeitet, ca. 44000 Stimmen. Über 200 Delegierte beschlossen auf dem Gründungsparteitag Programm und Statut der Partei der Arbeit Belgiens. In einem Aufruf des Zentralen Komitees heißt es: ,,Die Partei der Arbeit will eine offene Partei sein, die allen wirklichen Revolutionären zugänglich ist. (...) (Sie) will in ihrer Arbeit vollständig demokratisch sein und auf dieser Basis den Zentralismus entfalten. (...) Unsere Partei will sich vollständig für die gerechten Forderungen des Volkes einsetzen und in der Aktion die Mehrheit zusammenschließen. (...) Unsere Partei wird große Aufmerksamkeit auf den Kampf für Demokratie... richten. (...) Wir wollen für die Einheit aller fortschrittlichen Kräfte arbeiten, die für Demokratie, sozialen Fortschritt und nationale Unabhängigkeit kämpfen. (...) Wir kämpfen für die Errichtung eines demokratischen Sozialismus mit einem eigenen nationalen, belgischen Charakter.''

Italiens Polizeichef: Wehrpflichtige in die Polizei

z.ulg.Rom. Der Chef der italienischen Polizei hat vorgeschlagen, daß Wehrpflichtige ihre einjährige Dienstzeit künftig auch bei der Polizei ableisten können sollen. Bei den Carabinieri, der Besatzungstruppe, die die italienische Bourgeoisie auf das eigene Land gelegt hat, hat sich das Verfahren bereits bewährt. Dort leisten über 6000 Wehrpflichtige Dienst. Trotz vergleichsweise hoher Löhne melden sich immer weniger Jugendliche freiwillig zur Polizei; zur Zeit ,,fehlen'' 12000 Polizisten. Angesichts des Hungersolds von 1000 Lire (2,17 DM) pro Tag, ist das Kalkül, müßten sich Tausende Wehrpflichtige in die Polizei treiben lassen. Die Polizeidichte, schon jetzt eine der höchsten Westeuropas (1:239), soll so mit wenig Geld noch weiter in die Höhe getrieben werden.

Neues dänisches Krisenprogramm: ,,Lohn- und Preisstop''

z.bag.Aarhus. Bereits zwei Tage vor der ersten Sitzung der neuen dänischen Regierung verkündete Ministerpräsident Anker Jörgensen im Fernsehen ihr Programm: ein ,,Sparprogramm'' mit ,,totalem Lohn- und Preisstop'' als Kern. Der Lohnstop bedeutet, daß die Reallohnsenkung von derzeit 2% verschärft wird. Die bisher praktizierte gleitende Lohnanpassung an die Steigerung der Reproduktionskosten wird außer Kraft gesetzt, ebenso Zuschläge nach Alter und Betriebszugehörigkeit. Lohnkämpfe, die zur Zeit im Gange sind – wie der Streik des Kioskpersonals auf den Fährschiffen – und zahlreiche Verhandlungen um innerbe-

Auf ihrem 8. Parteitag steht die PVAP vor schweren Entscheidungen

z.krk. Für den 11. Februar hat das ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei den 8. Parteitag einberufen. Der Parteitag findet in einer politisch wie wirtschaftlich krisenhaften Lage statt, in der die Bourgeoisie nicht mehr in der bisherigen Art und Weise weiterkann. Eine Entscheidung wird unumgänglich sein – ob sie gefällt wird, ist eine andere Frage. Ähnlich wie schon zum Erntedankfest den Bauern gegenüber, schilderte Gierek vor dem ZK am 19.10. die Lage in finstersten Farben und forderte die Genossen auf, sich zu erinnern: ,,wir hatten es niemals leicht." Es ist eine Tatsache: die polnische neue Bourgeoisie hatte es niemals leicht und die Gierek-Führung, seit dem Aufstand der Arbeiter von 1970 im Amt, schon gar nicht.

Als der Aufstand von 1970 die Gomulka-Führung stürzte, machte der neu eingesetzte Parteiführer Gierek zwei entscheidende Versprechungen: das Lebensniveau der Volksmassen zu heben und die demokratischen Rechte zu achten, bzw. zu erweitern. Diese Versprechungen waren die *Bedingung* dafür, daß er die Führung der Partei überhaupt übernehmen konnte. Der Plan der Bourgeoisie sah aber so aus: die angespannte Lage beim Angebot von Konsumgütern durch große Mengen ausländischer Lieferungen lösen, den Produktionsapparat mit Hilfe westlicher Kredite und Maschinerie schnellstens umwälzen und den Ausbeutungsgrad der Arbeiterklasse zu erhöhen. In der nächsten Fünfjahrplanperiode (1976 – 1980) sollten über Exporte die Kredite zurückgezahlt und ein Vorstoß auf die westlichen Märkte geführt werden.

Zunächst aber *mußten* die Löhne erhöht werden. In den letzten Jahren der Führung Gomulkas blieb die Erhöhung der Reallöhne unter 2 Prozent, ab 1970 gab es Erhöhungen wie folgt: 1971: 6,6%, 1972: 6,9%, 1973: 8,7%, 1974: 6,6%, 1975: 8,5%. Das Warenangebot stieg zwischen 1965 und 1970 um 37,3%, zwischen 1970 und 1975 um fast das Doppelte, um 61,2%.

Wenn auch die Lohnerhöhungen ein Sieg der Arbeiterklasse waren, so bereitete darüber die Bourgeoisie schon die nächste Schlacht gegen die Arbeiterklasse vor. Die Erhöhungen waren keineswegs gleichmäßig, sondern stark spaltend. Der Unterschied zwischen der Lohngruppe 2 und 9 im Maschinenbau betrug 1971 313%, 1976 schon 366%. Während die Durchschnittslöhne von 2235 Zl (1970) auf 3262 Zl (1975) anstiegen, wurden die Renten von 1144 Zl nur auf 1545 Zl erhöht (1 Zl = 0,6 DM). Größere Gehaltserhöhungen kamen allerdings den Leitungskadern und auch den Meistern zugute. Ein Direktor hatte im Maschinenbau 1971 383% des Gehalts von einem Referenten, 1976 schon 449%.

Obwohl die Regierung versprechen mußte, die Preise für Lebensmittel nicht zu erhöhen, geschah dies trotzdem in versteckter Form, durch ,,neue Produkte" oder durch Qualitätsminderung, aber vor allem durch die Spaltung des Warenmarktes. ,,Express"-, ,,Pewex"- und ,,Deli"-Läden bieten für das Vielfache der normalen Preise oder für Devisen sonst kaum zu beschaffende Waren an – darunter fällt auch Fleisch.

Kein Wunder, denn die Investitionen stiegen weit schneller als der inländische Verbrauch. Zwischen 1970 und 1975 fiel der Anteil des Verbrauchs von 72,1% am Nationaleinkommen auf 62,2% und erreichte damit den niedrigsten Stand im gesamten RGW (DDR 77%, Ungarn 70%). Am niedrigsten war die Kapitalbildung in der Landwirtschaft, im Handel und im Wohnungsbau, in den Bereichen, die der Versorgung der Bevölkerung am unmittelbarsten dienen. Die Benachteiligung der Bauern war 1975 weit größer als 1970, als ihnen versprochen wurde, nicht mit dem Zwang zur Kollektivierung, d. h. Enteignung gegen sie vorzugehen. Dies geschah nun auf Umwegen: 1970 investierten sie pro ha 30% dessen, was die LPG investiert hatten, 1975 nur noch 12%.

Die Volkswirtschaft hatte in diesen Jahren zwar hohe Wachstumsraten zwischen 8 und 10% zu verzeichnen (bei einer durchschnittlichen Produktivitätssteigerung von 8,8%), aber gemessen an der Höhe der Investitionen war das eher gering. Und in dem Maße, wie sich die Versprechungen der Gierek-Führung als *leere* Versprechungen erwiesen, fingen die Zuwachsraten an, eine sinkende Tendenz zu zeigen: 1976: 6,8%, 1977: 5,0%, 1978: 2,8%. Da half auch die eingeführte moderne Maschinerie nicht viel, denn die meisten Versuche der Bourgeoisie, eine höhere Arbeitsproduktivität zu erzwingen, scheiterten am Widerstand der kampferfahrenen Arbeiterklasse. Die hohe Verschuldung konnte an den Westen nicht ausgeglichen werden und zwang zur Tilgung mit Kohle, Kupfer und Schwefel, sowie landwirtschaftlichen Erzeugnissen, was zu Zusammenbrüchen in der Energieversorgung und noch größeren Engpässen in der Versorgung der Bevölkerung führte.

1978 stieg der Durchschnittslohn um 5,7%, aber bei der Erhöhung der Lebenshaltungskosten um 8,5% war das eine Reallohnsenkung, die erste in der Ära Gierek, die besonders die Niedrigstverdiener unter 1200 Zl trifft – sie machten 1976 6,1% der Arbeitnehmerhaushalte aus.

Der Bourgeoisie ist es bis heute nicht gelungen, die Intensität und Produktivität der Arbeit bedeutend zu erhöhen. Polnische Wirtschaftsexperten schätzen, daß die Arbeitsproduktivität um ⅓ hinter dem Soll zurückbleibt. 25% der jährlichen Arbeitsstunden fallen wegen Abwesenheit vom Arbeitsplatz aus, 1975 standen etwa 10% der Anlagen still. Der Schichtkoeffizient fiel seit 1970 von 1,5 auf 1,45 1975. Der Dreischichtbetrieb ist nicht durchzusetzen. Normerhöhungen werden umgangen.

Es wäre aber falsch, die Krise der polnischen Wirtschaft allein auf den Widerstand der Arbeiterklasse zurückzuführen, wobei dies aber der entscheidende Grund für das Scheitern des Planes der Gierek-Führung ist. Durch die Kämpfe der Arbeiterklasse ist die Bourgeoisie selbst tief gespalten und in ihrem Klassenbewußtsein demoralisiert. Gegen das Interesse der individuellen Bereicherung der Betriebsdirektoren ist das Gesamtinteresse der Kapitalistenklasse nicht durchzusetzen, da der Weg unklar und die Bourgeoisie darüber zerstritten ist. Unterschlagung, Korruption, Veruntreuung, Verantwortungs- und Achtlosigkeit kennzeichnen die Tätigkeit der Mitglieder der herrschenden Klasse. Zeitungen enthüllen haarsträubende Fälle von Fehlplanung und Mißwirtschaft.

Gegenwärtig findet eine intensive Debatte sowohl innerhalb der Bourgeoisie als auch der Arbeiterklasse über die Zukunft des Landes statt. Eine Untersuchungskommission, deren Mitglieder ohne weiteres zur Kapitalistenklasse zu rechnen sind, kam unlängst zum Ergebnis, daß die Gefahr einer ,,Explosion" wegen der immer ,,ausgeprägter sich entwickelnden sozialen Ungerechtigkeit" eine immer größere Gefahr bedeute und eine Veränderung zwar ,,absolut notwendig, aber gänzlich unmöglich sei." In seiner tranigen Rede zum Entwurf für den 8. Parteitag hatte Gierek auch keine Vorschläge zur Änderung der Lage vorzutragen.

Kühner als er waren einige, offensichtlich bourgeoise Leserbrief-Schreiber der sozialdemokratischen Halboppositions-Zeitschrift ,,Polytika", die vorschlugen, eine ,,dünne Schicht von Arbeitslosen zu schaffen", um der Arbeiterklasse die richtige Moral beizubringen. Etliche Leserbriefe gaben ihnen die Antwort auf ihre Vorschläge: ,,Es sieht danach aus, daß manche Diskussionsteilnehmer in Volkspolen eine Art Leibeigenschaft einführen möchten. Es reicht ihnen nicht, daß sie dem Arbeitnehmer die Prämie, den 13. Lohn, den Zuschuß entziehen, ihn mit einer Verwarnung, mit Tadel bestrafen und, wenn er einen ernsten Verstoß gegen die Vorschriften begangen hat, auch feuern können ..." Und: ,,Die Leitung vieler Fabriken hat sich die gesellschaftlichen Produktionsmittel angeeignet, denn sie behandelt sie wie ihre eigenen, diktiert die Preise, um große Gewinne zu erzielen und hohe Prämien einzustreichen ... Die Leitung hat diese Ordnung zum Schaden der Gesellschaft geschaffen und im Moment, wo die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wachsen, will sie die Schuld auf den mythischen Arbeiter-Nichtstuer abwälzen."

Die Herausbildung zahlreicher Organisationen und Komitees der Volksmassen zeigt die Fortschritte, die die Arbeiterklasse in der Klärung ihrer Aufgaben gemacht hat und auch die Probleme, auf die sie dabei gegenwärtig stößt.



,,Das Geheimnis des Bösen" – Wojtyla legt Plan für Propagandaoffensive vor

z.ulg.Rom. Pünktlich zum einjährigen Amtsjubiläum ist Johannes Paul Nr. 2 mit dem Plan für eine Propagandaoffensive niedergekommen. ,,Apostolisches Schreiben über die Katechese", also über den Religionsunterricht, heißt das Ding. Die Kampagne soll *groß* aufgezogen werden. Die Kirche ,,ist aufgerufen, ihre besten Möglichkeiten an Menschen und Energien, ohne Arbeit und Mühen oder auch materielle Kosten zu scheuen, in den Dienst der Katechese zu stellen".

Die Taktik, zu einigen verbreiteten Forderungen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker lauthals Bravo zu schreien, um alsdann jede ernsthafte Anstrengung, diese Forderungen *durchzusetzen*, als ,,vom Teufel" zu verdammen, wirft ein Problem auf. Das erste bringt nichts, wenn die Leute an das zweite nicht glauben. Es müssen also die wirklichen, materiellen Verhältnisse in Metaphysik aufgelöst, die Bewegung der Geschichte aus einer Geschichte von Klassenkämpfen in einen ,,göttlichen Heilsplan" verschwindelt werden.

Zu diesem Behuf hat die katholische Kirche über zwei Jahrtausende im Dienst verschiedener Ausbeuterklassen ein ganzes ideologisches System entwickelt. Daß dieses System intakt bleibt und unverkürzt in die Köpfe gehämmert wird, ist die erste Richtlinie des ,,Apostolischen Schreibens". Das ganze Inventar, Himmel und Hölle, Tod und Teufel, soll aufgefahren werden: ,,Was wäre das für eine Katechese, die keinen vollen Raum ließe für Themen wie die Erschaffung des Menschen und seine Ursünde, den Erlösungsplan unseres Gottes und dessen lange, liebevolle Vorbereitung und Verwirklichung..., das Geheimnis des Bösen, das in unserem Leben am Werk ist, und die Kraft Gottes, die uns davon befreit..."

Ein Beispiel. In dem kürzlich von den Bischöfen zu Essen und Augsburg herausgegebenen ,,modernen" Katechismus ist unter § 109 ,,Der große Einwand gegen Gott" folgendes über das ,,Geheimnis des Bösen" zu erfahren. ,,Das Böse in der Welt kommt aus dem Mißbrauch der Freiheit. Der Mensch wendet sich gegen Gottes Willen und will ohne ihn sein Leben gestalten. (Unerhört das!) So macht er sich schuldig und verursacht vieles Leid in der Welt." So ist geschwind der Kampf der unterdrückten Klassen gegen ihre Ausbeuter in die – Ursache ihrer Leiden verwandelt.

Dabei wird an ,,Weltoffenheit", solange sie nichts kostet, nicht gespart. Die einzige, gleich ,,himmelschreiende" Sünde, die in dem länglichen Rundschreiben namentlich erwähnt wird, ist ,,die Unterdrückung der Armen und die Verweigerung des gerechten Lohns für die Arbeiter".

Nebenbei soll die Katechese-Kampagne genutzt werden, um unter der Fahne ,,Religionsfreiheit ist Menschenrecht" die revisionistischen Regimes in Osteuropa unter Druck zu setzen. ,,Daher muß die katechetische Tätigkeit unter günstigen zeitlichen und räumlichen Bedingungen stattfinden können sowie zu den Massenmedien und geeigneten Arbeitshilfen Zugang haben, ohne daß Eltern, Schüler oder Katecheten diskriminiert werden."

Zur Ausrichtung der leitenden Kader ist letzte Woche in Rom eine Vollversammlung des Kardinalskorps zusammengetreten. Themen: Bericht über die Tätigkeit der römischen Zentrale, ,,Kirche und Kultur" und – nicht zu vergessen – die Finanzlage des Konzerns. Zum Schluß wird das hochwürdige Kollegium, das jahrhundertelang jeden Fortschritt in der wissenschaftlichen Erkenntnis der Welt blutig zu unterdrücken versucht hat, vollzählig eine – Einstein-Feier mit seiner Anwesenheit beehren.

gen ausländischer Lieferungen lösen, den Produktionsapparat mit Hilfe westlicher Kredite und Maschinerie schnellstens umwälzen und den Ausbeutungsgrad der Arbeiterklasse zu erhöhen. In der nächsten Fünfjahrplanperiode (1976 – 1980) sollten über Exporte die Kredite zurückgezahlt und ein Vorstoß auf die westlichen Märkte geführt werden.

Zunächst aber *mußten* die Löhne erhöht werden. In den letzten Jahren der Führung Gomulkas blieb die Erhöhung der Reallöhne unter 2 Prozent, ab 1970 gab es Erhöhungen wie folgt: 1971: 6,6%, 1972: 6,9%, 1973: 8,7%, 1974: 6,6%, 1975: 8,5%. Das Warenangebot stieg zwischen 1965 und 1970 um 37,3%, zwischen 1970 und 1975 um fast das Doppelte, um 61,2%.

Wenn auch die Lohnerhöhungen ein

dische Verbrauch. Zwischen 1970 und 1975 fiel der Anteil des Verbrauchs von 72,1% am Nationaleinkommen auf 62,2% und erreichte damit den niedrigsten Stand im gesamten RGW (DDR 77%, Ungarn 70%). Am niedrigsten war die Kapitalbildung in der Landwirtschaft, im Handel und im Wohnungsbau, in den Bereichen, die der Versorgung der Bevölkerung am unmittelbarsten dienen. Die Benachteiligung der Bauern war 1975 weit größer als 1970, als ihnen versprochen wurde, nicht mit dem Zwang zur Kollektivierung, d. h. Enteignung gegen sie vorzugehen. Dies geschah nun auf Umwegen: 1970 investierten sie pro ha 30% dessen, was die LPG investiert hatten, 1975 nur noch 12%.

Die Volkswirtschaft hatte in diesen Jahren zwar hohe Wachstumsraten zwischen 8 und 10% zu verzeichnen

gelungen, die Intensität und Produktivität der Arbeit bedeutend zu erhöhen. Polnische Wirtschaftsexperten schätzen, daß die Arbeitsproduktivität um ⅓ hinter dem Soll zurückbleibt. 25% der jährlichen Arbeitsstunden fallen wegen Abwesenheit vom Arbeitsplatz aus, 1975 standen etwa 10% der Anlagen still. Der Schichtkoeffizient fiel seit 1970 von 1,5 auf 1,45 1975. Der Dreischichtbetrieb ist nicht durchzusetzen. Normerhöhungen werden umgangen.

Es wäre aber falsch, die Krise der polnischen Wirtschaft allein auf den Widerstand der Arbeiterklasse zurückzuführen, wobei dies aber der entscheidende Grund für das Scheitern des Planes der Gierek-Führung ist. Durch die Kämpfe der Arbeiterklasse ist die Bourgeoisie selbst tief gespalten und in ihrem Klassenbewußtsein demorali-

z.ulg.Rom. Pünktlich zum einjährigen Amtsjubiläum ist Johannes Paul Nr. 2 mit dem Plan für eine Propagandaoffensive niedergekommen. ,,Apostolisches Schreiben über die Katechese", also über den Religionsunterricht, heißt das Ding. Die Kampagne soll *groß* aufgezogen werden. Die Kirche ,,ist aufgerufen, ihre besten Möglichkeiten an Menschen und Energien, ohne Arbeit und Mühen oder auch materielle Kosten zu scheuen, in den Dienst der Katechese zu stellen".

Die Taktik, zu einigen verbreiteten Forderungen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker lauthals Bravo zu schreien, um alsdann jede ernsthafte Anstrengung, diese Forderungen *durchzusetzen*, als ,,vom Teufel" zu verdammen, wirft ein Problem auf. Das erste bringt nichts, wenn die Leute an das zweite nicht glauben. Es müssen also die wirklichen, materiellen Verhältnisse in Metaphysik aufgelöst, die Bewegung der Geschichte aus einer Geschichte von Klassenkämpfen in einen ,,göttlichen Heilsplan" verschwindelt werden.

Zu diesem Behuf hat die katholische Kirche über zwei Jahrtausende im Dienst verschiedener Ausbeuterklassen ein ganzes ideologisches System entwickelt. Daß dieses System intakt bleibt und unverkürzt in die Köpfe gehämmert wird, ist die erste Richtlinie des ,,Apostolischen Schreibens". Das ganze Inventar, Himmel und Hölle, Tod und Teufel, soll aufgefahren werden: ,,Was wäre das für eine Kateche-

den Bischöfen zu Essen und Augsburg herausgegebenen ,,modernen" Katechismus ist unter § 109 ,,Der große Einwand gegen Gott" folgendes über das ,,Geheimnis des Bösen" zu erfahren. ,,Das Böse in der Welt kommt aus dem Mißbrauch der Freiheit. Der Mensch wendet sich gegen Gottes Willen und will ohne ihn sein Leben gestalten. (Unerhört das!) So macht er sich schuldig und verursacht vieles Leid in der Welt." So ist geschwind der Kampf der unterdrückten Klassen gegen ihre Ausbeuter in die – Ursache ihrer Leiden verwandelt.

Dabei wird an ,,Weltoffenheit", solange sie nichts kostet, nicht gespart. Die einzige, gleich ,,himmelschreiende" Sünde, die in dem länglichen Rundschreiben namentlich erwähnt wird, ist ,,die Unterdrückung der Armen und die Verweigerung des gerechten Lohns für die Arbeiter".

Nebenbei soll die Katechese-Kampagne genutzt werden, um unter der Fahne ,,Religionsfreiheit ist Menschenrecht" die revisionistischen Regimes in Osteuropa unter Druck zu setzen. ,,Daher muß die katechetische Tätigkeit unter günstigen zeitlichen und räumlichen Bedingungen stattfinden können sowie zu den Massenmedien und geeigneten Arbeitshilfen Zugang haben, ohne daß Eltern, Schüler oder Katecheten diskriminiert werden."

Zur Ausrichtung der leitenden Kader ist letzte Woche in Rom eine Vollversammlung des Kardinalskorps zusammengetreten. Themen: Bericht





So sieht die polnische Bourgeoisie die Lage in den Betrieben: Der Arbeiter fragt seine Kollegen: Kumpels, ich habe einen Verbesserungsvorschlag zur Verhinderung von Ausfallzeiten. Was bekomme ich, wenn ich damit *nicht* zur Geschäftsleitung gehe? – 1970: Belagerungszustand in Szczecin

---

triebliche Zulagen in der Metallindustrie werden für nichtig erklärt (was sie allerdings nicht beeinträchtigt hat). ,,Die einzige Möglichkeit, mehr Lohn zu bekommen, ist jetzt nur noch, mehr zu produzieren, z. B. durch Akkordarbeit", kommentiert die bürgerliche Presse. Mit dem Preisstop verhält es sich so, daß auf der einen Seite EG-regulierte Preise, ein großer Teil der Nahrungsmittel, ausgenommen sind, andererseits die Bauern und Fischer die Preise für ihre Produkte nicht erhöhen können. Aber ,,Preisstop" verfängt bei den Reformisten, die Gewerkschaftsführung hat das Programm bejaht. Die Sozialdemokraten in der Regierung werden mal mit der ,,Linken", mal mit der ,,Rechten" im Parlament eine Mehrheit bekommen.

Europareise Hua Guofengs erfolgreich abgeschlossen

z.ulg.Rom. Mit einem viertägigen Besuch in Italien hat Hua Guofeng in der letzten Woche seine Europareise beendet. In Venedig bereiteten ihm die Volksmassen einen begeisterten Empfang. Zum Schluß der Gespräche in Rom wurden Abkommen über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit und über die Errichtung von Konsulaten unterzeichnet. Die Vereinbarungen bestätigen: China nutzt die Widersprüche zwischen den Imperialisten aus, um die Kriegsgefahr zu bekämpfen und die vier Modernisierungen im eigenen Land voranzutreiben. Aber es läßt sich nicht vor den Karren irgendeiner imperialistischen Macht spannen. Wie bereits in Paris, Bonn und London hat Hua Guofeng unverblümt die Einschätzung der internationalen Lage durch die chinesischen Kommunisten dargelegt. Sehr zum Mißfallen der italienischen Revisionisten, die unter der Flagge der ,,Entspannung" ihre fortbestehenden Bindungen an den sowjetischen Sozialimperialismus und die eigenen Expansionsinteressen der italienischen Imperialisten unter einen Hut zu bringen versuchen. ,,Aber die Entspannung hat in Europa und außerhalb Europas nach wie vor viele Gegner, die heute eine regelrechte Gegenoffensive durchführen. Allzuoft hat sich in den letzten Jahren die chinesische Regierung an ihre Seite gestellt." (Unità 9.11.) Jetzt beteuert die PCI, ,,seit jeher" sei sie der Auffassung gewesen, der Entspannungsprozeß dürfe nicht auf Europa beschränkt bleiben. Es ist noch kein Jahr her, daß dieselben Revisionisten die sowjetisch-vietnamesische Invasion gegen das Demokratische Kampuchea voreilig als ,,Befreiung Phnom Penhs" feierten.

V. Konferenz der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft

z.pel. Der Aufbau eines ,,Solidaritätsfonds" mit Garantien für Investitionen innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft, die Gründung einer ,,Gesellschaft für Ausrüstung, Kauf und Vertrieb von Fischereiprodukten", die beschleunigte Weiterentwicklung des Forschungs- und Produktionszentrums für Sonnenenergie sowie des Instituts für Minen und Geologie, das waren die wichtigsten Beschlüsse der V. Gipfelkonferenz der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (CEAO), die am 19. und 20.10. in Nouakschott, der Hauptstadt Mauretaniens, stattfand. Die Staats- und Regierungschefs der sechs Mitgliedsstaaten Mauretanien, Elfenbeinküste, Senegal, Obervolta, Niger und Mali beschlossen einen Haushalt von 410 Mio. FF für diese Maßnahmen. In den sechs Jahren seit Gründung der CEAO haben die 33 Millionen Einwohner umfassenden Staaten einen einheitlichen, von Zollschranken befreiten Markt für ihre landwirtschaftlichen und handwerklichen Produkte geschaffen sowie Zollsenkungen für 472 Industrieprodukte durchgesetzt. Die jetzigen Beschlüsse wie die gleichzeitig mit weiteren 16 afrikanischen Staaten beratene Gründung gemeinsamer Seetransportgesellschaften werden den Kampf für die Beseitigung der imperialistischen Abhängigkeit beschleunigen.

OPEC ergreift Initiative: 100 Mio. $ für UNCTAD-Fonds

z.anb. Knapp zwei Wochen nach dem Zinnpreisschacher der USA (siehe KVZ 44/79, S. 15) meldet die FAZ ,,wachsende Besorgnis" der EG über Lieferkürzungen der Sowjetunion bei Titan, einem NE-Metall, das aufgrund extrem hoher Korrosionsbeständigkeit, Festigkeit, aber geringem Gewicht (halb so schwer wie Stahl) in der gesamten Luft- und Raumfahrttechnik, für Chemieanlagen und die Rüstungsindustrie in den letzten Monaten eine wachsende Nachfrage verbucht. Die UdSSR ist das Hauptexportland, neben Japan und GB. Die wichtigsten Abnehmer in der BRD (Thyssen, Krupp, Metallgesellschaft) mußten, bei einem Preis von 30 DM im Vorjahr, in den letzten Wochen bis zu 72 DM/kg hinlegen. Die Sozialimperialisten kassieren und forcieren die Projekte der NE-Metallausbeute in den Ländern der Dritten Welt, 210 an der Zahl. Die Mongolei ist inzwischen ,,zu 95% geologisch erkundet", bis 1990 soll die Plünderung ihrer reichen NE-Metallvorkommen die Monopolstellung der UdSSR gegen die konkurrierende Supermacht ausbauen. – Während die Imperialisten die Verhandlungen des UNCTAD-Rates durch Boykott auf März 1980 verschoben haben, gab die OPEC letzte Woche bekannt, daß sie 100 Mio. $ in den beschlossenen Rohstoffonds einzahlt; sie übernimmt den Beitrag von je 1 Mio. $ für die 30 ärmsten Länder der Dritten Welt und zu einem Drittel die auf die Gruppe der 77 entfallenden Zusatzbeiträge. Begründung: angesichts der imperialistischen Spekulation auf den Rohstoffmärkten werde die Errichtung strategischer Ausgleichslager immer dringlicher.

Erinnerung an Che Guevara

z.jük. Unter der Schirmherrschaft und im Auftrag der Sozialimperialisten hat Kuba seit mehreren Jahren größere Truppenverbände in Angola stationiert, weitere in Äthiopien. Berater sind im Südjemen tätig und in verschiedenen anderen Ländern der Dritten Welt. Unter der Flagge der Revolution wirken diese Söldnertruppen bei der Niederhaltung der Volksmassen. Ihre konterrevolutionären Aktivitäten haben ihre Vorgeschichte, die bis in die Mitte der sechziger Jahre zurückreicht. Nach dem Sieg der kubanischen Revolution entwickelten Fidel Castro und Ernesto Che Guevara unter dem Schlachtruf des Kampfes gegen den USA-Imperialismus eine falsche Taktik für die Revolution in den Ländern der Dritten Welt. Sie hatte zum Ergebnis eine richtige Taktik für die Kräfte der Konterrevolution und führte in verschiedenen Ländern Afrikas und vor allem Lateinamerikas zu schweren Rückschritten in der Nationalen Befreiung. Bolivien ist das bekannteste Beispiel für die bürgerliche Taktik Castros und Guevaras. Mit einem Vorwort von Castro wurde im Jahre 1968 Guevaras „Bolivianisches Tagebuch" veröffentlicht. Es umfaßt Aufzeichnungen über 11 Monate Guerillakampf unter Guevaras Leitung, welcher mit der Zerschlagung der Guerillas und der Ermordung Guevaras durch die vom USA-Imperialismus ausgehaltene bolivianische Armee endete. Castros und Guevaras Taktik war losgelöst von den konkreten Bedingungen in den einzelnen Ländern der Dritten Welt, die Massen als Material zu benutzen, um mit einer Anzahl Leuten, deren Führer Kuba stellt, Revolution machen zu wollen. Castro schreibt im Vorwort zum Tagebuch: „Che dachte weiterhin, daß in den Guerillatruppen Kämpfer verschiedener lateinamerikanischer Länder sein sollten. Der Guerillakampf in Bolivien sollte die Schule für Revolutionäre sein, die ihren Unterricht in den Schlachten absolvieren würden. Als Hilfe bei dieser Aufgabe wollte er, zusammen mit den Bolivianern, eine kleine Gruppe erfahrener Guerilleros an seiner Seite haben, fast alles Kameraden aus der Sierra Maestra im Revolutionskampf Kubas." (S. 16)

Als Kern der Truppe Guevaras in Bolivien wurden also Kubaner ins Land geschleust, wie im Tagebuch anschaulich beschrieben. Wenige Bolivianer waren in dem Trupp, weiter Kämpfer aus Peru, die später dort den Guerillakrieg aufnehmen sollten. Die Tatsache, daß die Kommunistische Partei Boliviens offensichtlich schon vom Revisionismus angefressen war zu dem Zeitpunkt, sich auch in den nächsten Jahren spaltete, nahmen Castro und Guevara zum Anlaß, ihre Aktionen in Bolivien direkt neben und gegen die KP durchzuführen. Zu Verhandlungen mit dem Sekretär der KP Boliviens schreibt Castro: „Der Führer der kommunistischen Partei des Landes, das zu Ehren seiner ersten Befreier, beides Venezolaner, sich selbst ‚Bolivien' und seine Hauptstadt ‚Sucre' nannte, dem für die endgültige Befreiung seines Volkes, dessen Sache sich nicht auf die engen künstlichen und obendrein ungerechten Grenzen dieses Landes beschränkte, das politische, organisatorische und militärische Talent eines wahren revolutionären Titanen zur Verfügung stand, tat nichts anderes, als schimpfliche, lächerliche, unverdiente Befehlsansprüche geltend zu machen." (S. 14) Verbindungen zu den Bauern in dem von Guevara auserkorenen Operationsgebiet hat es weder zu Beginn noch während der ganzen 11 Monate gegeben. Zu den Arbeitern ebensowenig. In den Städten gab es einige Verbindungsleute. Welche Klassenzugehörigkeit diese Leute hatten und ob sie überhaupt aus Bolivien kommen, bleibt undeutlich. Alle Versuche von Guevaras Truppe, die 46 Leute umfaßte, neue Kräfte aus den Reihen der Bauern zu mobilisieren, schlugen fehl. Nach sechs Monaten Tätigkeit schreibt Guevara: „Die Isolierung ist weiterhin total. Krankeiten haben die gesundheitliche Verfassung einiger Genossen erschüttert. Wir sind gezwungen, die Kräfte aufzuspalten, was unsere Effektivität entschieden schwächt. Bis jetzt ist es uns nicht gelungen, mit Joaquin Kontakt aufzunehmen, die Basis bei den Bauern ist noch nicht weiter entwickelt. Indessen scheint es, daß wir durch geplanten Terror den Rest neutralisieren können, die Unterstützung wird dann wohl später eintreten. Bis jetzt können wir keinen Neuzugang verzeichnen." (S. 111) Drei Monate später werden die Tagebucheintragungen noch trüber: „Wir machen weiter, ohne Kontakte irgendwelcher Art und ohne wirkliche Hoffnung, bald welche herstellen zu können. Wir machen weiter ohne Unterstützung der Landbevölkerung, eine logische Sache, wenn man in Betracht zieht, wie wenig Kontakt wir mit ihr in der letzten Zeit gehabt haben." (S. 175)

So ganz richtig ist das nicht, die Truppe hatte, wie aus dem Tagebuch hervorgeht, ihre Operationsbasis in bewohntere Gegenden verlegt, um Nachschub zu sichern, den anderen Trupp zu finden (Joaquin) und vor allem auch der Einkreisung zu entgehen, die sich trotz einiger erfolgreicher, aber mehr zufälliger Gefechte gegen die Regierungstruppen abzeichnete. Das Konzept des „geplanten Terrors" ging nicht auf, das war der Kern des Mißerfolgs. Einen Monat später schreibt Guevara: „Die Bedingungen sind die gleichen wie im vergangenen Monat, nur daß jetzt die Masse der Landbevölkerung uns überhaupt nicht unterstützt, und sie sich in Verräter verwandeln." (S. 197)

Die Massen sind Verräter, Vaterland oder Tod – ist die Parole der Truppe. Das tiefe Unverständnis Castros und Guevaras für eine richtige Taktik im nationalen

Befreiungskampf ist der Grund für die Niederlage in Bolivien. Das Negieren der
lungen mit dem Sekretär der KP Boliviens schreibt Castro: „Der Führer der kommunistischen Partei des Landes, das zu Ehren seiner ersten Befreier, beides Venezolaner, sich selbst ‚Bolivien' und seine Hauptstadt ‚Sucre' nannte, dem für die endgültige Befreiung seines Volkes, dessen Sache sich nicht auf die engen künstlichen und obendrein ungerechten Grenzen dieses Landes beschränkte, das politische, organisatorische und militärische Talent eines wahren revolutionären Titanen zur Verfügung stand, tat nichts anderes, als schimpfliche, lächerliche, unverdiente Befehlsansprüche geltend zu machen." (S. 14) Verbindungen zu den Bauern in dem von Guevara auserkorenen Operationsgebiet hat es weder zu Beginn noch während der ganzen 11 Monate gegeben. Zu den Arbeitern ebensowenig. In den Städten gab es einige Verbindungsleute. Welche Klassenzugehörigkeit diese Leute hatten und ob sie überhaupt aus Bolivien kommen, bleibt undeutlich. Alle Versuche von Guevaras Truppe, die 46 Leute umfaßte, neue Kräfte aus den Reihen der Bauern zu mobilisieren, schlugen fehl. Nach sechs Monaten Tätigkeit schreibt Guevara: „Die Isolierung ist weiterhin total. Krankeiten haben die gesundheitliche Verfassung einiger Genossen erschüttert. Wir sind gezwungen, die Kräfte aufzuspalten, was unsere Effektivität entschieden schwächt. Bis jetzt ist es uns nicht gelungen, mit Joaquin Kontakt aufzunehmen, die Basis bei den Bauern ist noch nicht weiter entwickelt. Indessen scheint es, daß wir durch geplanten Terror den Rest neutralisieren können, die Unterstützung wird dann wohl später eintreten. Bis jetzt können wir keinen Neuzugang verzeichnen." (S. 111) Drei Monate später werden die Tagebucheintragungen noch trüber: „Wir machen weiter, ohne Kontakte irgendwelcher Art und ohne wirkliche Hoffnung, bald welche herstellen zu können. Wir machen weiter ohne Unterstützung der Landbevölkerung, eine logische Sache, wenn man in Betracht zieht, wie wenig Kontakt wir mit ihr in der letzten Zeit gehabt haben." (S. 175)

So ganz richtig ist das nicht, die Truppe hatte, wie aus dem Tagebuch hervorgeht, ihre Operationsbasis in bewohntere Gegenden verlegt, um Nachschub zu sichern, den anderen Trupp zu finden (Joaquin) und vor allem auch der Einkreisung zu entgehen, die sich trotz einiger erfolgreicher, aber mehr zufälliger Gefechte gegen die Regierungstruppen abzeichnete. Das Konzept des „geplanten Terrors" ging nicht auf, das war der Kern des Mißerfolgs. Einen Monat später schreibt Guevara: „Die Bedingungen sind die gleichen wie im vergangenen Monat, nur daß jetzt die Masse der Landbevölkerung uns überhaupt nicht unterstützt, und sie sich in Verräter verwandeln." (S. 197)

Die Massen sind Verräter, Vaterland oder Tod – ist die Parole der Truppe. Das tiefe Unverständnis Castros und Guevaras für eine richtige Taktik im nationalen
Befreiungskampf ist der Grund für die Niederlage in Bolivien. Das Negieren der kommunistischen Vorhut, die die Bauern als Hauptkraft der nationalen Befreiung mobilisiert und die Arbeiterklasse zur führenden Kraft im nationalen Befreiungskampf erzieht, die eine Politik der Einheitsfront entwickelt, muß notwendig zum Sieg der Konterrevolution führen. Der Guerillakampf war überall dort ein wichtiges Mittel für den Sieg des Volkes, wo diese Bedingungen erfüllt waren. Als Reaktion auf die Niederlage in Bolivien änderte Castro die Taktik, der Einsatz der Truppenverbände in Afrika ist das Ergebnis. Das mußte notwendig in die Arme des Sozialimperialismus führen, in die Arme der Konterrevolution. Eines haben beide Taktiken gemeinsam: die tiefe Verachtung der Massen.

Die revolutionäre Einheit der Arbeiter und Bauern Boliviens – Fortschritte und Schwierigkeiten

z.bew. Der in der vergangenen Woche an die Staatsmacht geputschte bolivianische Oberst Natusch Busch mußte der entschlossenen Haltung des bolivianischen Gewerkschaftsverbandes, der mit einem Generalstreik den Staatsstreich und die Unterdrückungsmaßnahmen des neuen Machthabers bekämpfte, nachgeben und ankündigen, das Kriegsrecht und die Pressezensur wieder aufzuheben und alle politischen Gefangenen freizulassen.

Seit der Unabhängigkeit vom spanischen Kolonialreich 1825 war es etwa der 200. Regierungswechsel in Bolivien, zum allergrößten Teil Staatsstreiche und Militärputsche. Vertreter rivalisierender Feudaloligarchien, der Kompradoren- und der nationalen Bourgeoisie putschten sich wechselseitig von der Macht. Die Bourgeoisie ist nicht in der Lage, eine stabile Staatsmacht zu errichten, und die Regierungen stoßen auf den entschiedenen Kampf der Arbeiterklasse und der indianischen Bauernmassen. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen sind aber nicht geeint, und die bürgerliche Führung der Arbeiterklasse verhindert, daß diese Lage genutzt wird, die national-demokratische Macht der Arbeiter und Bauern zu errichten.

Dem spanischen Kolonialreich diente Bolivien als reiche Schatzkammer. Der spanische König und deutsch-römische Kaiser Karl V. ließ in das Wappen der bolivianischen Bergbaustadt Potosi einprägen: „Ich bin das reiche Potosi, Schatzkammer der Welt, Königin der Berge. Den Königen diene ich zum Neide." Aus den Silberminen Potosis wurden in den ersten 40 Jahren 68 Prozent der Weltsilberproduktion gefördert. Bis Ende des 18. Jahrhunderts kam aus Potosi ein Viertel der Weltsilberproduktion. Nachdem sich die Kolonialherren 1825 in bewaffneten Kämpfen vom spanischen Mutterland getrennt und die Republik Bolivien gegründet hatten, war Bolivien bis zur Entdeckung der reichen Zinnvorkommen Ende des 19. Jahrhunderts beherrscht von den Feudaloligarchien der Großgrundbesitzer mit riesigen Latifundien, die die Bauern in feudalen Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnissen hielten. Mit der Entdeckung der Zinnvorkommen und anderer wichtiger Metalle wie Wolfram, Wismut, Blei, Antimon und später auch größeren Erdöl- und Erdgasvorkommen strömte imperialistisches Kapital in das Land, und der britische, nach dem ersten Weltkrieg der US-Imperialismus, konnten sich Bolivien weitgehend unterwerfen.

Anders als in den Minen der spanischen Kolonialherren, die durch die Pervertierung des „Mitasystems" der Inkas die indianische Landbevölkerung jeweils für 12 Monate alle sieben Jahre abwechselnd in den Bergwerken zwangsarbeiten ließen, bildete sich mit der imperialistischen Ausbeutung eine eigenständige Arbeiterklasse heraus, die in den Minenarbeitern ihren festen Kern hatte. In den 20er Jahren unseres Jahrhunderts schlossen sich die Bergarbeiter in Gewerkschaften zusammen und führten Kämpfe für die Durchsetzung ihrer Forderungen nach Lohnerhöhungen, Achtstundentag und besseren Arbeitsbedingungen. Dem imperialistischen Kapital und dem feudalen Großgrundbesitz war mit der entstehenden Arbeiterbewegung ein mächtiger Gegner entstanden, der nur durch periodische Massaker niedergehalten werden konnte.

Erst unter der Regierung von Paz Estenssoro, dem Führer der 1942 von Intellektuellen, jungen Offizieren und einzelnen Vertretern der nationalen Bourgeoisie gegründeten Movimiento Nacional Revolucionario (MNR), die 1952, nachdem sie 1951 die Wahlen gewonnen hatte und ihr vom Militär die Übernahme der Regierung verweigert wurde, mit Hilfe der bewaffneten Arbeiter- und Bauernmilizen an die Macht kam, änderte sich für kurze Zeit die Lage der Arbeiterklasse. Die MNR war ursprünglich als Vertreterin der aufkommenden Nationalbourgoisie eine „populistische" Partei, die den Kampf gegen die fremde Ausbeutung des Landes auf ihre Fahnen geschrieben hatte und eine über allen Klassen stehende Politik zur Vertreibung des ausländischen Kapitals forderte. Die organisierte Arbeiterbewegung unterstützte die MNR, weil sie sich von ihr bessere Kampfbedingungen und eine Unterstützung in ihrem Kampf gegen die imperialistische Ausbeutung erhoffte. Die Regierung Estenssoro verstaatlichte kurz nach Machtübernahme die Minengesellschaften, gewährte den Arbeitern und den Gewerkschaften weitgehende Mitspracherechte bei der Leitung der Produktion und der Regelung der Arbeitsbedingungen in den staatlichen Betrieben, das Militär, ohnehin zerschlagen, wurde bis auf Repräsentationszwecke abgeschafft, und die bewaffnete Macht den Arbeiter- und Bauernmilizen übertragen.

Der Druck der imperialistischen Mächte, vor allem der USA und Großbritanniens, die bisher Hauptabnehmer des bolivianischen Zinns waren, und wo die Verhüttungsanlagen für das bolivianische Zinn standen, setzten über ökonomische und politische Erpressung bald eine Änderung der Politik der MNR durch. Nach einem Wirtschaftsabkommen mit den USA wurden 1953 die Löhne eingefroren, obwohl zwischen 1952 und 1956 die Preise um 147 Prozent stiegen. Der 1952 gegründete Gewerkschaftsverband COB (Central Obrera Boliviana) wurde unter staatliche Kontrolle gestellt, die Armee reorganisiert. Nachdem sich 1963 die Gewerkschaften und der linke Flügel der MNR von der Regierung lossagten, wurde die offene Rechtsentwicklung der herrschenden Klasse noch deutlicher. Die Militärs übernahmen erst legal und dann durch mehrere Putsche die Macht wieder, die Arbeiterbewegung wird blutig unterdrückt, die Gewerkschaften verboten, ihre Führer verhaftet, ausgewiesen oder ermordet; die immer wieder aufbrechenden Streiks und Demonstrationen der Arbeiter werden mittels Ausnahmezustand und militärischer Besetzung der Minen und Bergarbeitersiedlungen niedergeschlagen. Bis auf die kurze Zeit



te Bolivien als reiche Schatzkammer. Der spanische König und deutsch-römische Kaiser Karl V. ließ in das Wappen der bolivianischen Bergbaustadt Potosi einprägen: „Ich bin das reiche Potosi, Schatzkammer der Welt, Königin der Berge. Den Königen diene ich zum Neide." Aus den Silberminen Potosis wurden in den ersten 40 Jahren 68 Prozent der Weltsilberproduktion gefördert. Bis Ende des 18. Jahrhunderts kam aus Potosi ein Viertel der Weltsilberproduktion. Nachdem sich die Kolonialherren 1825 in bewaffneten Kämpfen vom spanischen Mutterland getrennt und die Republik Bolivien gegründet hatten, war Bolivien bis zur Entdeckung der reichen Zinnvorkommen Ende des 19. Jahrhunderts beherrscht von den Feudaloligarchien der
ger Gegner entstanden, der nur durch periodische Massaker niedergehalten werden konnte.
Erst unter der Regierung von Paz Estenssoro, dem Führer der 1942 von Intellektuellen, jungen Offizieren und einzelnen Vertretern der nationalen Bourgeoisie gegründeten Movimiento Nacional Revolucionario (MNR), die 1952, nachdem sie 1951 die Wahlen gewonnen hatte und ihr vom Militär die Übernahme der Regierung verweigert wurde, mit Hilfe der bewaffneten Arbeiter- und Bauernmilizen an die Macht kam, änderte sich für kurze Zeit die Lage der Arbeiterklasse. Die MNR war ursprünglich als Vertreterin der aufkommenden Nationalbourgoisie eine „populistische" Partei, die den Kampf gegen die fremde Ausbeutung
gegründete Gewerkschaftsverband COB (Central Obrera Boliviana) wurde unter staatliche Kontrolle gestellt, die Armee reorganisiert. Nachdem sich 1963 die Gewerkschaften und der linke Flügel der MNR von der Regierung lossagten, wurde die offene Rechtsentwicklung der herrschenden Klasse noch deutlicher. Die Militärs übernahmen erst legal und dann durch mehrere Putsche die Macht wieder, die Arbeiterbewegung wird blutig unterdrückt, die Gewerkschaften verboten, ihre Führer verhaftet, ausgewiesen oder ermordet; die immer wieder aufbrechenden Streiks und Demonstrationen der Arbeiter werden mittels Ausnahmezustand und militärischer Besetzung der Minen und Bergarbeitersiedlungen niedergeschlagen. Bis auf die kurze Zeit





Kollektive Bodenbearbeitung mit hölzernen, selbstgefertigten Arbeitsgeräten von indianischen Bauern auf dem bolivianischen Altiplano. Bergarbeiter der Mine Siglo XX, einem der Zentren des Kampfes der bolivianischen Arbeiterklasse.

Dokumente der Bergarbeiter und der indianischen Bauern Boliviens

Erklärung der bolivianischen Delegation auf der Konferenz der eingeborenen Völker Amerikas, 1975

Es gibt keinen Zweifel daran, daß das Indianische Volk die große Mehrheit der Bevölkerung Boliviens stellt. Die heutige Situation der indianischen Bevölkerung resultiert aus der Eroberung durch Eindringlinge, die ihr ihre Politik der Ausbeutung auferlegten. Unser Volk, hauptsächlich die Indianer, hat als Endziel die Wiederherstellung seiner Macht, sein eigenes Schicksal zu kontrollieren. Das Volk besteht aus den arbeitenden Klassen, und alle sind mit dem Land verbunden. Die Bauernschaft ist das Element, aus dem die Arbeiterklasse stammt, und daher bildet sie die ‚Mutterorganisation' des Volkes, unser Ziel ist es, die indianische Nation zu bilden, welche die drei jetzt getrennten Gruppen der Bauern, der Bergarbeiter und der Textilarbeiter vereinen würde. Wir müssen für die Sache der Befreiung zusammenarbeiten. Daher soll sich kein Indianer für die unterdrückerische Taktik der herrschenden weißen Klasse hergeben. Bis heute gibt es zwei wesentliche politische Einwirkungen: den amerikanischen und sowjetischen Imperialismus. Beides sind weiße Imperialisten, die nicht Gutes verheißen ... Es trifft zu, daß der Kommunismus Freiheit anbietet, aber er strebt auch die Weltherrschaft an, und das bedeutet Unterdrückung des indianischen Volkes (...)

Der am Ackerbau, am Land orientierte indianische Organismus, wird seine eigenen Gerichtshöfe einrichten, die sich mit den Problemen des Volkes befassen werden. Jeder Führer wird von seiner eigenen Basis gewählt werden, von der indianischen Bevölkerung. Die neue Regierung wird das gesamte kulturelle und traditionelle indianische Erbe am Leben erhalten. Wir werden unseren Kampf der Situation entsprechend führen, und wenn möglich und notwendig wird es auch ein bewaffneter Kampf sein. Das Indianische Volk ist sich seiner eigenen Geschichte voll bewußt und wird kein fremdes Eindringen akzeptieren, obwohl die Fremden versuchen werden, uns durch verschiedene Masken zu täuschen. Die indianische Revolution ist eine unmittelbare Notwendigkeit. (...)

Wenn das Indianische Volk die Macht ergreift, werden wir alle Landtitel abschaffen, und das Land wird denen gehören, die es bebauen, wie es vor Ankunft der Invasoren der Fall war. Unsere Landreform wird eine wahrhaftig revolutionäre sein. Die Bauern, ob mit oder ohne Titel, werden Besitzer ihres eigenen Landes sein. Dieses wahrhaftige Konzept von Würdevollem Sozialismus wurde praktiziert bevor Columbus kam und existiert unter einigen bolivianischen Indianer-Gemeinschaften bis heute. (...)

Alles, was dem Indianischen Volk Boliviens nützt, wird der These des großen sozialistischen Volkes dienen, und alles was sich gegen dieses Volk wendet, wird die Antithese unserer Revolution sein.

Wir betrachten alle die Reichtümer, die das kapitalistische Imperium in seiner Gier nach Selbstbereicherung gestohlen hat, als unsere angestammten Rechte. Wir müssen jeden Mechanismus der Unterdrückung völlig zerstören. Die Indianer Boliviens zählen sich zu den Völkern der Dritten Welt, den Völkern, die wegen ihrer Rasse unterdrückt sind und die versuchen, um jeden Preis die Selbstregierung zu erreichen. Unser Sozialismus ist derselbe Sozialismus, den unser Märtyrer *Tupac Katari* und viele andere anstrebten. Das Indianische Volk muß sich der Notwendigkeit einer festen Organisation bewußt sein, um fähig zu sein, die notwendigen Aktionen zu unternehmen.

Wir müssen also alle notwendigen Schritte unternehmen, um einen echten indianischen Sozialimus wiederherzustellen, wie er existierte, bevor unsere Nation von Fremden überfallen wurde.

(aus: Pogrom Nr. 50/51, Sonderausgabe „Indianische Forderungen – Programme – Erklärungen aus Nord-, Mittel- und Südamerika", Okt. 1977)

Die „These von Pulcayo", Grundlagendokument der Bergarbeiterföderation von Bolivien, 1946

1. – Das Proletariat stellt, selbst in Bolivien, die revolutionäre Klasse par excellence dar. Die Arbeiter in den Bergwerken, der fortschrittlichste und kämpferischste Teil des bolivianischen Proletariats, bestimmen die Richtung des Kampfes der FSTMB (Gewerkschaftsföderation der Bergarbeiter Boliviens).

2. – Bolivien ist ein rückständiges kapitalistisches Land. Im Gemisch der verschiedensten ökonomischen Entwicklungsstadien herrscht qualitativ die kapitalistische Ausbeutung vor, und die anderen gesellschaftlich-ökonomischen Formationen sind das Erbe unserer historischen Vergangenheit. Aus dieser Tatsache ergibt sich die Vorherrschaft des Proletariats in der Politik des Landes.

(...)

4. – Die Besonderheit Boliviens besteht darin, daß auf dem politischen Schauplatz keine Bourgeoisie aufgetreten ist, die fähig war, den Großgrundbesitz und andere präkapitalistische Wirtschaftsformen zu beseitigen, die nationale Einheit und die Befreiung vom imperialistischen Joch zu verwirklichen. Diese nicht erfüllten bürgerlichen Aufgaben sind demokratisch-bürgerliche Ziele, die sofort verwirklicht werden müssen. Die zentralen Probleme halbkolonialer Länder sind: Die Agrarrevolution, das heißt, die Liquidierung des feudalen Erbes und die nationale Unabhängigkeit, das heißt,

der Regierungen Ovando und Torres zwischen 1969 und 1971, die durch den Putsch des Generals Banzer wieder zerschlagen werden, bleiben die Arbeiterorganisationen verboten, die Arbeiterklasse jeglicher Rechte beraubt, werden die Ausbeutungsbedingungen ins Extrem gesteigert und die Lebensbedingungen unter das Existenzminimum gedrückt. Allein von 1972 – 76 steigen die Preise um 350 Prozent bei nahezu gleichbleibenden Löhnen.

Daß es der Bourgeoisie gelingt, trotz ihrer eigenen Zerstrittenheit, die kampferfahrene Arbeiterklasse unterdrückt zu halten, hat seine Ursache in der Isolation der Arbeiterbewegung von den indianischen Bauernmassen, die Resultat der bürgerlichen Führung der Arbeiterbewegung und hier vor allem des starken trotzkistischen Einflusses ist. Die indianischen Bauernmassen aber bilden die eigentliche, erst in Bildung begriffene bolivianische Nation. Die Verachtung und Gängelung der „kleinbürgerlichen“ Bauernmassen, Kennzeichen trotzkistischer Politik, wurde der bolivianischen Arbeiterklasse von ihren bürgerlichen Führern in ihre Dokumente geschrieben. (siehe unten: Erklärung des Bergarbeiterverbandes von 1946)

68,5% der Bevölkerung Boliviens leben auf dem Land. 675500 Erwerbstätige sind in der Landwirtschaft tätig, 280000 im produzierenden Gewerbe, davon 55800 im Bergbau, 135300 in der verarbeitenden Industrie und 87000 im Bausektor (1977). 65 Prozent der 5,5 Mio. Einwohner Boliviens sind Indios, weitere 30 Prozent Mestizen, nur 5 Prozent Weiße. Bis auf 120000 Tieflandindios (Guarani) in Ostbolivien wird die indianische Bevölkerung aus den Stämmen der Aymara und Quechua gebildet und lebt zu 60 Prozent auf dem Hochplateau zwischen den beiden Andenketten, dem Altiplano. Gegenüber dem Altiplano, das nur 15% des Staatsgebietes ausmacht, sind die Llanos (die Tiefebenen in Ostbolivien) mit 60% des Landes und die Yungas, die östlichen Andentäler, dünn besiedelt. Indianische Landwirtschaft, Bergbau und Industrie sind auf dem Altiplano und dem angrenzenden Teil des Tieflandes im St. Cruz konzentriert, während die restlichen Dreiviertel des Landes im Osten von großen Plantagen und Viehwirtschaften bestimmt sind.

Vor der Landreform von 1953 besaß der Großgrundbesitz mit 7% der Betriebe 90% des bebauten Landes, während 70% der Kleinbetriebe über nur 0,4% des Bodens verfügten. Auf den riesigen Latifundien in Ostbolivien wurden die Indios als rechtlose Landarbeiter und kleine Pächter ausgebeutet und waren halbfeudalen Ausbeutungsbedingungen unterworfen. Auch die knapp 1 Mio. indianische Bauern, die in den „comunidad indigena“, den indianischen Dorfgemeinschaften lebten, in denen viele Formen der ayllus der Inkazeit, wie der gemeinsame Besitz an Boden und die gemeinsame Bearbeitung der Privatparzellen und die eigenständige Verwaltungsstruktur übernommen waren, waren von den Haciendas abhängig, und viele Bauern mußten sich auf den Latifundien als Tagelöhner verdingen. Das Land der indianischen Bauern war einer besondern Steuer unterworfen, der Contribuciones Indigenas, wohingegen die Latifundien bis 1925 steuerfrei waren und dort nur die Landarbeiter Abgaben an den Staat zahlen mußten. Wie schon zur Zeit der spanischen Kolonialmacht kämpften in Bolivien nach der Unabhängigkeit immer wieder die indianischen Bauernmassen unter den Forderungen nach eigenem Land, Aufhebung der erdrückenden Steuerlast, Hebung der Landarbeiterlöhne, höheren Aufkaufpreise für die landwirtschaftlichen Produkte und nationalen Selbstbestimmungsrechten. Mit Landbesetzung vor allem auf dem Altiplano zu Beginn der 50er Jahre verliehen sie ihren Forderungen Nachdruck und setzten sie teilweise durch. Der Machtantritt der Regierung Estenssoro brachte den indianischen Bauern erstmals in der bolivianischen Geschichte überhaupt die Bürgerrechte, die sie der übrigen Bevölkerung gleichstellte, als Zugeständnis für die bewaffnete Unterstützung, nachdem sie bis dahin überhaupt keine politischen Rechte hatten. Mit der Landreform von 1953 mußte die Bourgeoisie weitergehende materielle Zugeständnisse an die Forderungen der Bauern machen. So durchlöchert die Landreform war (enteignet werden konnten nur die Latifundien, und nicht der Großgrundbesitz, auf dem nachgewiesen werden konnte, daß Investitionen in Maschinen und Arbeitstechniken geleistet worden waren, wodurch gerade im Zuge der Agrarreform im Osten große kapitalistische Plantagen auf der Basis der Ausbeutung von Lohnarbeit entstanden; das aufzuteilende Land wurde in kleine Parzellen bis 5 ha oft aber unter einem ha geteilt), führte sie dazu, daß bis 1969 11,7 Mio. ha Land an 260000 Familien verteilt wurde und zusätzlich 155000 Familien auf 1 Mio. ha Staatsland angesiedelt wurden. Dabei handelte es sich in vielen Fällen aber nur darum, daß den Bauern der Besitztitel auf das Land zugesprochen wurde, das sie vorher besetzt hatten.

Die durch die bürgerliche Führung der Arbeiterbewegung verursachte Isolation von den Bauernmassen nutzte die Bourgeoisie, um mit Zugeständnissen an Forderungen der Bauern und über die Korruption einzelner Führer ein zeitweiliges Stillhalten der indianischen Bauern zu erkaufen, während sie auf die Arbeiterbewegung losschlug.

Die bolivianischen Bauern als die rechtmäßigen Herren des Landes und Masse der sich herausbildenden bolivianischen Nation haben mit allen bisherigen Regierungen und Parteien die Erfahrung gemacht, daß diese wenn sie sich nicht gleich wie Kolonialherren aufführten, jedenfalls nicht bereit waren, ihre Forderungen zu erfüllen, auch nicht die verschiedenen Parteien und die Gewerkschaften der Arbeiter. Solange der Einfluß der bürgerlichen Führer verschiedener Couleur in der Arbeiterbewegung nicht gebrochen ist, kann diese ihren wichtigsten Verbündeten nicht gewinnen und wird isoliert immer wieder geschlagen. Die Dokumente des Zusammenschlusses der bolivianischen Indianer (siehe unten) wie auch die gemeinsamen Kämpfe der Bauern und Arbeiter in den vergangenen Jahren zeigen, daß dennoch alle Voraussetzungen für ein revolutionäres Bündnis beider Klassen vorhanden ist, die Teil derselben indianischen Nation sind. Das zeigt auch die ruhmlose Geschichte des jüngsten Putsches.

der 5,5 Mio. Einwohner Boliviens sind Indios, weitere 30 Prozent Mestizen, nur 5 Prozent Weiße. Bis auf 120000 Tieflandindios (Guarani) in Ostbolivien wird die indianische Bevölkerung aus den Stämmen der Aymara und Quechua gebildet und lebt zu 60 Prozent auf dem Hochplateau zwischen den beiden Andenketten, dem Altiplano. Gegenüber dem Altiplano, das nur 15% des Staatsgebietes ausmacht, sind die Llanos (die Tiefebenen in Ostbolivien) mit 60% des Landes und die Yungas, die östlichen Andentäler, dünn besiedelt. Indianische Landwirtschaft, Bergbau und Industrie sind auf dem Altiplano und dem angrenzenden Teil des Tieflandes im St. Cruz konzentriert, während die restlichen Dreiviertel des Landes im Osten von großen Plantagen und Viehwirtschaften bestimmt sind.

Vor der Landreform von 1953 besaß der Großgrundbesitz mit 7% der Betriebe 90% des bebauten Landes, während 70% der Kleinbetriebe über nur 0,4% des Bodens verfügten. Auf den riesigen Latifundien in Ostbolivien wurden die Indios als rechtlose Landarbeiter und kleine Pächter ausgebeutet und waren halbfeudalen Ausbeutungsbedingungen unterworfen. Auch die knapp 1 Mio. indianische Bauern, die in den „comunidad indigena“, den indianischen Dorfgemeinschaften lebten, in denen viele Formen der ayllus der Inkazeit, wie der gemeinsame Besitz an Boden und die gemeinsame Bearbeitung der Privatparzellen und die

de in kleine Parzellen bis 5 ha oft aber unter einem ha geteilt), führte sie dazu, daß bis 1969 11,7 Mio. ha Land an 260000 Familien verteilt wurde und zusätzlich 155000 Familien auf 1 Mio. ha Staatsland angesiedelt wurden. Dabei handelte es sich in vielen Fällen aber nur darum, daß den Bauern der Besitztitel auf das Land zugesprochen wurde, das sie vorher besetzt hatten.

Die durch die bürgerliche Führung der Arbeiterbewegung verursachte Isolation von den Bauernmassen nutzte die Bourgeoisie, um mit Zugeständnissen an Forderungen der Bauern und über die Korruption einzelner Führer ein zeitweiliges Stillhalten der indianischen Bauern zu erkaufen, während sie auf die Arbeiterbewegung losschlug.

Die bolivianischen Bauern als die rechtmäßigen Herren des Landes und Masse der sich herausbildenden bolivianischen Nation haben mit allen bisherigen Regierungen und Parteien die Erfahrung gemacht, daß diese wenn sie sich nicht gleich wie Kolonialherren aufführten, jedenfalls nicht bereit waren, ihre Forderungen zu erfüllen, auch nicht die verschiedenen Parteien und die Gewerkschaften der Arbeiter. Solange der Einfluß der bürgerlichen Führer verschiedener Couleur in der Arbeiterbewegung nicht gebrochen ist, kann diese ihren wichtigsten Verbündeten nicht gewinnen und wird isoliert immer wieder geschlagen. Die Dokumente des Zusammenschlusses der bolivianischen Indianer (siehe unten) wie

1780 – 1783: Der Aufstand der Inkas leitet die Vertreibung der spanischen Kolonialisten ein

z.elb. „Hier warten wir, bis die Alleinherrscher, die neuen Betrügereien ... und anderen Erpressungen beseitigt sind, weil es nicht angemessen ist, daß wir solche Unverschämtheiten erdulden. Werden sie nicht beseitigt, dauert es nicht mehr lang, bis die Diebe gehängt werden. Lang lebe der König von Spanien, die Räuber mögen sterben! Geht es so weiter, werden wir Tupac Amaru, den Inka, verteidigen als unseren Inka-König.“ Überall in den von Spanien beherrschten Gebieten Südamerikas begannen die Inkas 1780, sich gegen die Kolonialisten zu erheben, und organisierten ihren Kampf mittels solcher Aufrufe, die sie an öffentlichen Plätzen wie hier in Jujuy im Norden des heutigen Argentinien aushängten.

Nach der Eroberung des Nordens und Westens von Südamerika preßten die Spanier die Indianer zu Zwangsarbeit in den seit Jahrhunderten von Inkas betriebenen Gold- und Silberminen, raubten ihr bis dahin gemeinschaftlich und auf hoher Kulturstufe bewirtschaftetes Land und trieben sie mit Steuern in hohe Verschuldung. Zu mit Steuern in hohe Verschuldung. Zu deren Eintreibung und zur Kontrolle der Indianer setzten die spanischen Kolonialisten „Corregidores“, lokale Verwaltungsbeamte, ein, gegen die sich der Haß der Indianer in besonderem Maße richtete.

Unter den Forderungen nach Abschaffung der Zwangsarbeit, Aufhebung der Steuern und Vertreibung der Corregidores gelang es Tupac Amaru – einem der wenigen Inkas, die es zu einigem Wohlstand gebracht hatten – innerhalb von wenigen Monaten, ein Heer von Indianern um sich zu sammeln und einige Städte zu erobern. Bei seinem Sturm auf Cuzco 1781 wurde seine Armee von einer Übermacht der Spanier, die ihre Truppen aus allen Teilen Perus zusammenzogen, geschlagen, er selbst gefangen und hingerichtet.

In Windeseile hatte sich der Aufstand der Indianer auf ganz Peru, große Teile des heutigen Chile, Argentinien und Bolivien ausgebreitet. Unter der Führung des Bauern Apasa, der die völlige Unabhängigkeit von Spanien forderte, belagerten die Indianer – zumeist nur mit Spießen und Schleudern, wenige mit Musketen bewaffnet – 1871 die Stadt La Paz 184 Tage lang. Nur mit brutalstem Terror, der Verwüstung der umliegenden Provinzen, sodaß die Aufständischen von jeglicher Unterstützung abgeschnitten waren, konnten die Indianer bezwungen werden. Ein für die spanischen Kolonialisten teuer erkaufter Sieg, denn nur 1800 der 7300 bis an die Zähne bewaffneten, zum Brechen der Blockade geschickten Spanier überlebten.

Erst 1783 wurde der Aufstand der Indianer von den spanischen Kolonialisten vorläufig niedergeschlagen. Verschärfung der Zwangsarbeit und Ersetzung der Corregidores durch ein ausgeweitetes System der Steuereintreibung führten zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu neuen Aufständen der Indianer, die mehr und mehr von den Kreolen unterstützt wurden, so 1809 in La Paz und in der bolivianischen Provinz Chuquisaca. Die Tage der spanischen Kolonialisten in Südamerika waren gezählt.



Aus der Chronik des Indianers Huamán Poma de Ayala, 17. Jh.: Aussaat und Ernte der freien Bauern des Inkareichs; der 11. Inka Huyana Capac

1811 – 1825: Erfolgreiche Befreiungskriege gegen das spanische Kolonialjoch

z.dab. Der Goldhunger hatte den spanischen Feudaladel an die amerikanische Küste getrieben. In den 300 Jahren spanischer Unterdrückung bildete sich in den Kolonien mit den Nachkommen der ersten spanischen Eroberer eine neue Siedlerbourgeoisie heraus, die Kreolen. Von der Kolonialmacht nur in die untersten Regierungsämter gelassen, hatte sie aber als Hacienda-, Minenbesitzer und Kaufleute große Reichtümer angehäuft. Ihr Widerstand gegen das spanische Königreich richtete sich v.a. dagegen, daß der Feudaladel alle materiellen Reichtümer außer Landes schaffte und die Entwicklung freier Lohnarbeit, Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise, durch die Sklavenarbeit hemmte. Im 18. Jahrhundert verbot Spanien jeglichen Handel der Kolonien mit anderen Nationen, kaperte Schiffe in amerikanischen Gewässern, verbot dann sogar den Handel der Kolonien untereinander. Der Anbau bestimmter Früchte wie von Oliven wurde verboten. Jeder Warenaustausch unterlag einer Lizenz und wurde so hoch besteuert, daß damit der Handel von selbst zum Erliegen kam. „Der Bau von Straßen und die Unterhaltung geeigneter Verkehrsmittel wurde möglichst unterbunden.“

Niemals hatten die in Sklavenarbeit gepreßten Indianer aufgehört, die kolonialen Unterdrücker zu bekämpfen. Sie stellten im Kampf um die nationale Unabhängigkeit, in dem jetzt die Kreolen die Führung übernahmen, die Haupttruppen. Führer der Siedlerbourgeoisie war Simon Bolivar. 1783 als Sohn spanischer Adliger in Venezuela geboren, durch Reisen nach Frankreich und Spanien von den Ideen der französischen Revolution erfaßt, tritt er unter dem Schlachtruf: Freiheit und Gleichheit, von Venezuela aus, das seine erste Unabhängigkeit im Juli 1811 erklärte, zur Befreiung des ganzen Nordwestens bis in den Süden einschließlich Peru an. Sein Heer bestand je zur Hälfte aus Indianern und Kreolen aus ganz Südamerika. Bolivar, der schon während des Krieges seine Sklaven freigelassen hatte, schaffte im Mai 1816 in Venezuela die Sklaverei ab. Mit der Befreiung Perus wurde auch die letzte Bastion der spanischen Herrschaft, alto Peru, das heutige Bolivien, befreit. (Gründung der Republik Bolivar: Mai 1825). Bolivar, zum Präsidenten der Republik ernannt, erklärte zur neuen Verfassung: „Ich habe dem Verfassungsentwurf das Gesetz aller Gesetze zugrundegelegt: die Gleichheit. Ohne sie muß alle Freiheit untergehen ...“ Er verbietet u.a. Gouverneuren, Hacienda- und Minenbesitzern sowie den Pfaffen, die Indianer gewaltsam zur Arbeit zu zwingen, fordert öffentliche Steuern von allen Bürgern. Außerdem sollen die Indianer als Lohnarbeiter den gleichen Lohn wie jede andere Person erhalten. Das von den indianischen Bauern erkämpfte Recht auf Land, das Bolivar ihnen 1824 in Venezuela zugestehen mußte, hob er ein Jahr später wieder auf.



Maße richtete.

Unter den Forderungen nach Abschaffung der Zwangsarbeit, Aufhebung der Steuern und Vertreibung der

Aus der Chronik des Indianers Huamán Poma de Ayala, 17. Jh.: Aussaat und Ernte der freien Bauern des Inkareichs; der 11. Inka Huyana Capac

1811 – 1825: Erfolgreiche Befreiungskriege gegen das spanische Kolonialjoch

z.dab. Der Goldhunger hatte den spanischen Feudaladel an die amerikanische Küste getrieben. In den 300 Jahren spanischer Unterdrückung bildete sich in den Kolonien mit den Nachkommen der ersten spanischen Eroberer eine neue Siedlerbourgeoisie heraus, die Kreolen. Von der Kolonialmacht nur in die untersten Regierungsämter gelassen, hatte sie aber als Hacienda-, Minenbesitzer und Kaufleute große Reichtümer angehäuft. Ihr Widerstand gegen das spanische Königreich richtete sich v.a. dagegen, daß der Feudaladel alle materiellen Reichtümer außer Landes schaffte und die Entwicklung freier Lohnarbeit, Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise, durch die Sklavenarbeit hemmte. Im 18. Jahrhundert verbot Spanien jeglichen Handel der Kolonien mit anderen Nationen, kaperte Schiffe in amerikanischen Gewässern, verbot dann sogar den Handel der Kolonien untereinander. Der Anbau bestimmter Früchte wie von Oliven wurde verboten. Jeder Warenaustausch unterlag einer Lizenz und wurde so hoch besteuert, daß damit der Handel von selbst

Unabhängigkeit, in dem jetzt die Kreolen die Führung übernahmen, die Haupttruppen. Führer der Siedlerbourgeoisie war Simon Bolivar. 1783 als Sohn spanischer Adliger in Venezuela geboren, durch Reisen nach Frankreich und Spanien von den Ideen der französischen Revolution erfaßt, tritt er unter dem Schlachtruf: Freiheit und Gleichheit, von Venezuela aus, das seine erste Unabhängigkeit im Juli 1811 erklärte, zur Befreiung des ganzen Nordwestens bis in den Süden einschließlich Peru an. Sein Heer bestand je zur Hälfte aus Indianern und Kreolen aus ganz Südamerika. Bolivar, der schon während des Krieges seine Sklaven freigelassen hatte, schaffte im Mai 1816 in Venezuela die Sklaverei ab. Mit

der Befreiung Perus wurde auch die letzte Bastion der spanischen Herrschaft, alto Peru, das heutige Bolivien, befreit. (Gründung der Republik Bolivar: Mai 1825). Bolivar, zum Präsidenten der Republik ernannt, erklärte zur neuen Verfassung: „Ich habe dem Verfassungsentwurf das Gesetz aller Gesetze zugrundegelegt: die Gleichheit. Ohne sie muß alle Freiheit untergehen ...“ Er verbietet u.a. Gouverneuren, Hacienda- und Minenbesitzern sowie den Pfaffen, die Indianer gewaltsam zur Arbeit zu zwingen, fordert öffentliche Steuern von allen Bürgern. Außerdem sollen die Indianer als Lohnarbeiter den gleichen Lohn wie jede andere Person erhalten. Das von den indianischen Bauern erkämpfte Recht auf Land, das Bolivar ihnen 1824 in Venezuela zugestehen mußte, hob er ein Jahr später wieder auf.


Sieg der vereinigten Armee des südlichen Amerika, geführt von José de San Martin, über die Spanier in der Schlacht bei Chacabuco (Chile) 1817

das Abwerfen des imperialistischen Jochs; diese beiden Aufgaben hängen eng miteinander zusammen.

(...)

7. – Die Feudalherren haben ihre Interessen mit denen des internationalen Imperialismus vermischt und sich in dessen bedingungslose Knechte verwandelt. Daher kommt es, daß die herrschende Klasse tatsächlich feudalbürgerlich ist. Auf Grund der technischen Primitivität wäre die Ausbeutung von Latifundien unbegreiflich, wenn der Imperialismus ihre Existenz nicht künstlich fördern würde, indem er ihnen Brosamen zuwirft. (...)

Die Mittelschichten oder die Kleinbourgeoisie sind zahlenmäßig am stärksten, und dennoch ist ihr spezifisches Gewicht in der Nationalökonomie unbedeutend. Die Kleinen Händler und Besitzer, die Techniker, Bürokraten, Handwerker und Bauern konnten bis heute keine unabhängige Klassenpolitik entwickeln und werden das in Zukunft noch viel weniger können. Das Dorf folgt der Stadt, und dort ist das Proletariat der Führer. Die Kleinbourgeoisie folgt in Etappen sozialer „Ruhe“ und in Zeiten, wenn die Parlamentsaktivitäten gedeihen, den Kapitalisten. In Augenblicken äußerster Verschärfung des Klassenkampfes (z.B. in der Revolution) und wenn sie sicher ist, daß nur das Proletariat den Weg ihrer Emanzipation angeben kann, folgt die Kleinbourgeoisie dem Proletariat. (...)

Das Proletariat zeichnet sich dadurch aus, daß es genügend Kraft hat, um seine eigenen Ziele sowie auch die anderer zu verwirklichen. Sein enormes spezifisches Gewicht in der Politik wird durch die Stelle bestimmt, die es im Produktionsprozeß einnimmt und nicht etwa durch seine kleine Anzahl. Die Achse des nationalen Wirtschaftslebens wird auch die politische Achse der künftigen Revolution sein. (...)

Die revolutionäre Zusammenarbeit zwischen Bergarbeitern und Bauern ist eine zentrale Aufgabe der FSTMB, diese Zusammenarbeit ist der Schlüssel zur künftigen Revolution. Die Arbeiter müssen Bauerngewerkschaften organisieren und in Verbindung mit den Comunidades arbeiten. Dazu ist es notwendig, daß die Bergarbeiter den Kampf der Bauern gegen den Großgrundbesitz und ihre revolutionäre Tätigkeit unterstützen.

(nach: G. Lora, Bolivien 1971. – Lora ist Trotzkist und Mitautor des zitierten Dokuments.)

1952: Ohne politische Partei des Proletariats Niederlage in der Revolution

z.mif. Die Nationalrevolutionäre Bewegung MNR unter Führung von Victor Paz Estenssoro, einem Juristen und Wirtschaftsprofessor, gewann 1951 die Wahlen, wurde aber vom Militär an der Machtübernahme gehindert. Sie putschte am 9. April 1952, das Militär konnte sich halten, da griffen die Arbeiter und Bauern in die Auseinandersetzung ein. Die Bergarbeiter griffen die Luftwaffenbasis bei La Paz an und eroberten sie.

Das Proletariat verhalf der MNR zur Macht, war aber – die KP Boliviens war 1950 gegründet – nicht erfahren genug, die Führung der Revolution zu übernehmen. Estenssoro wurde Präsident, er konnte gezwungen werden, die drei großen US-Bergwerke zu verstaatlichen, arrangierte sich aber umgehend mit der US-Bourgeoisie und erlaubte ihr – die Revolution hatte die Armee zerschlagen und durch bewaffnete Arbeiter- und Bauernmilizen ersetzt – erneut eine Armee aufzubauen. Die US-Imperialisten wurden für die Enteignungen entschädigt.

Seit 1920 bauten die bolivianischen Arbeiter Gewerkschaften auf, aber erst einige Tage nach dem Aufstand vom April 1952 wurde die COB (Arbeiterzentrale Boliviens) gegründet. Ihre zentralen Forderungen: „Sofortige Nationalisierung der Bergwerke ohne Entschädigung und unter Arbeiterkontrolle; Nationalisierung der Bergwerke unter Verwaltung der Eisenbahnarbeiter; Besetzung der Fabriken durch die Arbeiter; Nationalisierung des Großgrundbesitzes und Übergabe an die organisierten Bauern zur Bewirtschaftung innerhalb eines Kollektivsystems.“ Den Führern der COB wurden Ministersessel zuteil, bald vertraten sie die Position der Regierung in der Arbeiterbewegung. Lechin, Führer des COB und Minister, erklärte, das Proletariat habe die Revolution angeführt, nun müsse es sich mit den anderen Klassen in die Macht teilen, selbst sei es zur Herrschaft zu schwach. Das Proletariat wurde so den Interessen der Bourgeoisie erneut unterworfen.


Bewaffnete Bergarbeiter Boliviens 1971 auf dem Weg in die Hauptstadt. Ihr Eingreifen war 1952 entscheidend für den Sieg der MNR

Zur Förderung der Markentreue

Suchtbildende Stoffe in einigen gängigen Medikamenten

Medikament	Enthält u.a. folgende Bestandteile: Salicylate	p-Aminophenole	Codein	Barbiturate	Coffein	Sonstige
I. Schmerz- und Fiebermittel						
Dolviran	Acetylsalicyls.	Phenacetin	Codeinphosphat	Phenobarbital	Coffein	—
Optalidon	—	—	—	—	Coffein	Aminophenazon Butalbital
Dolomo						
1. für den Tag	Acetylsalicyls.	Phenacetin	Codeinphosphat	—	Coffein	—
2. für die Nacht	Acetylsalicyls.	Phenacetin	Codeinphosphat	Pentobarbital Cyclobarbital	—	—
Gelonida	Acetylsalicyls.	Phenacetin	Codeinphosphat	—	—	—
Treupel	Acetylsalicyls.	Phenacetin	Codeinphosphat	—	—	—
Treupel-N	Acetylsalicyls.	Paracetamol	Codeinphosphat	—	—	—
Cibalen Kinder-, Kleinkinder und Säuglingszäpfchen	Acetylsalicyls.	—	Codeinphosphat	Phenobarbital	—	Propyphenazon, Drofenin.-HCl
Spasmo-Cibalgin	—	—	Codeinphosphat	Allobarbital	—	Propyphenazon Drofenin-HCl
Schmerz-ex	Acetylsalicyls.	Paracetamol	—	—	Coffein	DL-Mandelsäure-ester
Quadronal	—	Phenacetin	—	—	Coffein	Phenazon Pactylphenetidin
Quadronal A	Acetylsalicyls.	—	—	—	Coffein	Aethoxybenzamid Benzyl amygdal.
Vivimed	—	Paracetamol	—	—	Coffein	Propyphenazon
Spalt	Salicylamid Phenyldime-thympyrazolon-salicylat	—	—	—	Coffein	Mandelsäure-benzylester
Thomapyrin	Acetylsalicyls.	Phenacetin	—	—	Coffein	—
Thomapyrin-N	Acetylsalicyls.	Paracetamol	—	—	Coffein	—
II. Hustenmittel						
Codicaps	—	—	Codein	—	—	Chlorphenamin-maleat
Codipront	—	—	Codein	—	—	Phenyltoloxamin
Ticarda	—	—	Normethadon	—	—	Oxyphedrin (Ephedrin)
III. Grippemittel						
Togal	—	Phenacetin	—	—	Coffein	Chininsulfat Propyphenazon
Ilvico	Salicylamid	—	—	—	Coffein	Propyphenazon, Chininsulfat
Noflu	Salicylamid	—	(Noscapin)	—	—	Phenylephrin, (Ephedrin) Pyrazolon, Vit. C
Wick MediNait Erkältungssaft für die Nacht	—	Paracetamol	—	—	—	Ephedrin, Anethol(Alkohol)

II. Hustenmittel
Codicaps — — Codein — — Chlorphenamin-maleat
Codipront — — Codein — — Phenyltoloxamin
Ticarda — — Normethadon — — Oxyphedrin (Ephedrin)
III. Grippemittel
Togal — Phenacetin — — Coffein Chininsulfat Propyphenazon
Ilvico Salicylamid — — — Coffein Propyphenazon, Chininsulfat
Noflu Salicylamid — (Noscapin) — — Phenylephrin, (Ephedrin) Pyrazolon, Vit. C
Wick MediNait Erkältungssaft für die Nacht — Paracetamol — — — Ephedrin, Anethol(Alkohol)

Salicylate

„Salicylate eignen sich in niedrigen Dosen zur Behandlung leichterer Schmerzen wie Kopfschmerzen, Neuralgien (Nervenschmerzen), Myalgien (Muskelschmerzen), Dysmenorrhö (Menstruationsbeschwerden) usw., in höheren Dosen auch zur Behandlung rheumatischer Erkrankungen ... Mit subtilen Methoden haben sich bei bis zu 70% aller mit Salicylaten behandelten Patienten Mikroblutungen nachweisen lassen (im Magen-Darmtrakt) ... Vorsicht ist geboten bei Patienten mit Ulzerationen (Geschwürbildungen) im Magen-Darmtrakt, Leberschäden und Gerinnungsstörungen ..." (Frey, Schmerztherapie heute)

p-Aminophenole

„... manche Analgetika (Schmerzmittel), z.B. Aminophenolderivate, verursachen bei Überdosierung selbst Kopfschmerzen und verleiten den Patienten dadurch zu Überdosierung. Die p-Aminophenole sind gute Schmerzmittel und Antipyretika (Fiebermittel) ... Für die Langzeittherapie sind die Aminophenole wegen der sich häufig entwickelnden Gewohnheitsbildung und der Gefahr des Mißbrauchs ungeeignet ... Zu bedenken ist, daß Phenacetin leicht euphorisch wirkt und wegen dieses Effekts mitunter gewohnheitsmäßig und über längere Zeiträume ohne medizinische Indikation (Notwendigkeit) eingenommen wird ... Die Kriterien einer Sucht werden dabei aber selten erfüllt ... es kann die sog. Phenacetinniere auftreten, eine typische Nebenwirkung, bei exzessivem Mißbrauch phenacetinhaltiger Analgetika (in der Regel Mengen von täglich mehr als 5 Tabletten über mehr als 3 Jahre) ... es führt zu allmählichem Nierenversagen und einem renalen (nierenbedingten) Hochdruck, die schließlich den Tod des Patienten herbeiführen ..." (Frey, a.a.O.)

Codein

„... Außer dem Morphin ist im Opium enthalten: Codein, ein Derivat des Morphin ... Neigung zu Gewohnheitsbildung und Sucht spielt selten eine Rolle. Es ist ein gutes Mittel zur Beseitigung von Reizhusten." (Kuschinsky, Taschenbuch der modernen Arzneimittelbehandlung) „Bei längerer Zufuhr von Morphin entwickelt sich eine Gewöhnung. Die Morphinwirkung ist nicht spezifisch, sondern trifft auf alle anderen halbsynthetischen und vollsynthetischen Opiate zu. Eine Steigerung der Dosis wird nach etwa 3 Wochen langer täglicher Zufuhr von Morphium notwendig. Die Gewöhnung kann extreme Ausmaße annehmen ... Die Hauptwirkung des Morphins ist der analgetische (schmerzhemmende) Effekt. Höhere Dosen rufen narkoseartige Zustände mit Bewußtseinsverlust hervor. Charakteristisch ist für Morphium, daß nach therapeutischen Dosen eine Veränderung der Stimmungslage des Patienten eintreten kann: Unlust- und Angstgefühle werden beseitigt, eine ‚rosige' Stimmung gewinnt die Oberhand." (Kuschinsky/Lüllmann; Kurzes Lehrbuch der Pharmakologie) ... „Besonders zu erwähnen ist Codein, weil es eine gute antitussive (hustenstillende) und eine im Vergleich zu Morphium zwar schwächere, aber trotzdem den leichten Analgetika überlegene analgetische Wirkung besitzt, dabei aber nur wenig euphorisierend, sedierend wirkt ... Obwohl Codein im Körper zu etwa 10% in Morphium umgebaut wird, ist die Suchtgefahr so gering, daß für die Verschreibung erleichternde Sondervorschriften gelten." (Frey, a.a.O.) „Die Injektion von großen Mengen Codein kann Opiatsüchtige befriedigen, da im Organismus ... geringe Mengen von Morphin entstehen ... *Normethadon*, das zusammen mit einem Sympathikomimetikum in Handel ist. *Ticarda*, (siehe Tabelle), hat typische Opiatwirkungen, neben Euphorie und Suchterzeugung ... bewirkt es auch eine Hemmung des Hustenzentrums." (Kuschinsky, Lehrbuch für Pharmakologie)

Barbiturate

„... Innerhalb weniger Tage entwickelt sich eine Toleranz gegen das (Schlaf)mittel. Nach ca. 14 Tagen werden die Barbiturate bei gleichbleibender Dosierung wirkungslos. Die Schlaflosigkeit ist nicht mehr beseitigt, obgleich der Betreffende das Mittel jeden Abend nimmt. Bei chronischer Barbituratzufuhr kommt es zu Unruhezuständen in den späteren Stadien des Schlafes ... Wenn nach chronischer Zufuhr großer Dosen plötzlich das Mittel entzogen wird, so kann es zu einem Delirium tremens kommen, wie nach Entzug von Alkohol ... Bei manchen Menschen wirken Barbiturate nicht sedativ-hypnotisch (beruhigend-einschläfernd), sondern erregend; diese Tendenz wird durch die Einnahme von *Coffein* und anderen Stimulantien verstärkt. Die Erregung kann eine euphorische Komponente enthalten, damit sind die notwendigen Charakteristika einer Sucht gegeben, die in zunehmendem Maße vorkommt. Barbituratsüchtige nehmen die Schlafmittel wegen der bei ihnen auftretenden Euphorie und Erregung ..." (Kuschinsky, a.a.O.)

Ephedrin

gehört zu den *Sympathomimetika*, die chemisch dem *Noradrenalin* und dem *Adrenalin* verwandt sind und deren Wirkungen imitieren. „... Adrenalin besitzt gewisse zentral stimulierende Wirkungen ... so wird die Atemtätigkeit angeregt, es treten Unruhe, Ruhelosigkeit ... auf ... Die älteste Substanz dieser Gruppe ist Ephedrin ... Ephedrin ... erzeugt bei leichteren Fällen von Hypotonie (niedriger Blutdruck) eine eventuell stundenlang anhaltende Blutdrucksteigerung ... Die broncholytische (Bronchialschleim lösende) Wirkung, die lokal vasokonstriktorische (gefäßzusammenziehende) Wirkung zur Abschwellung der Nasenschleimhaut und auch die schwach zentralerregende Wirkung ... werden kaum noch benutzt, da bessere Pharmaka zur Verfügung stehen." (Kuschinsky, a.a.O.)

Coffein

„Es ist Bestandteil vieler analgetischer Mischpräparate. Von derartigen Kombinationen verspricht man sich u.a., daß das psychostimulierend wirkende Coffein die zentral dämpfende Wirkung eventuell in der Mischung enthaltener Barbiturate ... aufhebt." (Frey, a.a.O.) „Eine jahrelang bestehende Gewohnheitsbildung kann plötzlich nach einer (oft nicht zu begründenden) Steigerung der Dosis zur Sucht führen. (Das) gilt für die Sucht bei Abusus (Mißbrauch) von Schlafmitteln und Analgetika-Mischpräparaten. Oft macht sich die verlangte euphorisierende Wirkung erst bei der Kombination verschiedener Substanzen bemerkbar, z.B. nach *Coffein* und *Barbituraten* ... (Kuschinsky, a.a.O.)



„Nur die englischen Patrouillen üben eine wirkliche Aktion gegen die Rauschgiftschmuggler aus", lautet der Untertext zu diesem Bild in der bürgerlichen Propaganda

Rauschgiftsucht ...

z.maf. Die Wirkung der Rauschmittel ist im einzelnen bekanntlich sehr verschieden. Als einheitliches Charakteristikum der Wirkung ist ihnen aber allen gemeinsam, den durch Arbeit und gesellschaftliche Praxis, durch Lebenserfahrung also objektivierten Eindruck, den das Individuum vom eigenen Befinden und den Umständen dieses Befindens hat, zu verzerren. Ob dies nun als angenehm oder unangenehm empfunden wird, hängt sichtlich ab vom objektiven Befinden der Person und den objektiven Umständen. Ist das physische Befinden schlecht, so wird Abstumpfung der Empfindungen ein Weg sein können, den Zusammenbruch des Nervensystems im Schmerz und die Angst hiervor zu lindern. Ebenso gibt es gesellschaftliche Zustände, die das Individuum unter derart schmerzliche Lebensbedingungen versetzen, daß der besinnungslose Rausch als eine Erleichterung scheint. Es gibt da wie immer auch viele Zwischenzustände. Ein Mensch, der sich oft und gerne betrinkt, mag Gelegenheiten wissen, bei denen er wirklich lieber nüchtern ist.

Heutzutage wird die „Rauschgiftsucht" mit einer Legendenbildung umrankt, deren religiöser Charakter nicht dadurch verschwindet, daß die Legende mit physiologischem Brimborium naturwissenschaftlich beweihräuchert wird. Es wird schon so sein, wird das Nervensystem durch beständige Rauschmittelgaben zu einer Verzerrung aller Eindrücke veranlaßt, so wird ein Anpassungsprozeß stattfinden. Läßt man diese Rauschmittel dann weg, kann es leicht sein, daß dann wiederum verzerrte Eindrücke entstehen, bis eine Rückumstellung erfolgt ist.

Und war vorher durch Herausfiltern einer ganzen Reihe von Eindrücken eine angenehme Abstumpfung der grell schmerzlichen Realität da, kann die Rückumstellung sicherlich äußerst schmerzhaft sein.

Aber darüber wird man doch nicht vergessen, daß fast alle „suchtbildenden" Rauschmittel in anderen Gesellschaftszuständen einen maßvollen Gebrauch hatten, das heißt hier, daß der Gebrauch die Personen nicht zur Teilnahme am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß unfähig gemacht hat, sondern in diesen eingebettet war. Genauso, wie gewisse Suchtmittel, deren Gebrauch für „kontrollierbar" gilt, z.B. Alkohol, sich als „unkontrollierbar" erwiesen hat bei hinreichend auswegloser Lage. Zum Beispiel konnten sich die jagenden Indianervölker Nordamerikas der Alkoholsucht kaum widersetzen, ihre Zukunftsaussichten waren im Kampf gegen die weißen Siedler allzu trostlos. Ähnliches ist von Eskimovölkern bekannt.

Wenn überhaupt, dann sind es nur in geringem Umfang die physiologischen Faktoren, die die Suchtbildung ausmachen. – Nach dem, was die Wissenschaft über die Suchtbildung beim Opium sagt, hätte das chinesische Volk, das durch die Imperialisten über ganze Landstriche hin opiumverseucht wurde, an der „Entwöhnung" zu Grunde gehen müssen. Aber der Kampf um die nationale Befreiung hat auch dies Problem gelöst, es war eben in der Hauptsache ein politisches, ideologisches Problem gewesen.

Der Suchtbegriff, der heute propagiert wird, ist im übrigen auch keineswegs physiologisch, sondern sozusagen rein gesellschaftlich bestimmt. Die Sucht wird festgestellt in dem Moment, in dem das Versorgungsbedürfnis des „Süchtigen" diesen aus den gesellschaftlichen Bahnen herauswirft. Beim Arbeiter also, wenn er den Verkauf der

ses Befindens hat, zu verzerren. Ob dies nun als angenehm oder unangenehm empfunden wird, hängt sichtlich ab vom objektiven Befinden der Person und den objektiven Umständen. Ist das physische Befinden schlecht, so wird Abstumpfung der Empfindungen ein Weg sein können, den Zusammenbruch des Nervensystems im Schmerz und die Angst hiervor zu lindern. Ebenso gibt es gesellschaftliche Zustände, die das Individuum unter derart schmerzliche Lebensbedingungen versetzen, daß der besinnungslose Rausch als eine Erleichterung scheint. Es gibt da wie immer auch viele Zwischenzustände. Ein Mensch, der sich oft und gerne betrinkt, mag Gelegenheiten wissen, bei denen er wirklich lieber nüchtern ist.

Heutzutage wird die „Rauschgiftsucht" mit einer Legendenbildung umrankt, deren religiöser Charakter nicht dadurch verschwindet, daß die Legende mit physiologischem Brimborium naturwissenschaftlich beweihräuchert wird. Es wird schon so sein, wird das Nervensystem durch beständige Rauschmittelgaben zu einer Verzerrung aller Eindrücke veranlaßt, so wird ein Anpassungsprozeß stattfinden. Läßt man diese Rauschmittel dann weg, kann es leicht sein, daß dann wiederum verzerrte Eindrücke entstehen, bis eine Rückumstellung erfolgt ist.

Und war vorher durch Herausfiltern einer ganzen Reihe von Eindrücken eine angenehme Abstumpfung der grell

Gebrauch die Personen nicht zur Teilnahme am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß unfähig gemacht hat, sondern in diesen eingebettet war. Genauso, wie gewisse Suchtmittel, deren Gebrauch für „kontrollierbar" gilt, z.B. Alkohol, sich als „unkontrollierbar" erwiesen hat bei hinreichend auswegloser Lage. Zum Beispiel konnten sich die jagenden Indianervölker Nordamerikas der Alkoholsucht kaum widersetzen, ihre Zukunftsaussichten waren im Kampf gegen die weißen Siedler allzu trostlos. Ähnliches ist von Eskimovölkern bekannt.

Wenn überhaupt, dann sind es nur in geringem Umfang die physiologischen Faktoren, die die Suchtbildung ausmachen. – Nach dem, was die Wissenschaft über die Suchtbildung beim Opium sagt, hätte das chinesische Volk, das durch die Imperialisten über ganze Landstriche hin opiumverseucht wurde, an der „Entwöhnung" zu Grunde gehen müssen. Aber der Kampf um die nationale Befreiung hat auch dies Problem gelöst, es war eben in der Hauptsache ein politisches, ideologisches Problem gewesen.

Der Suchtbegriff, der heute propagiert wird, ist im übrigen auch keineswegs physiologisch, sondern sozusagen rein gesellschaftlich bestimmt. Die Sucht wird festgestellt in dem Moment, in dem das Versorgungsbedürfnis des „Süchtigen" diesen aus den gesellschaftlichen Bahnen herauswirft. Beim Arbeiter also, wenn er den Verkauf der

Abschweifung (über produktive Arbeit)

‖V–182| Ein Philosoph produziert Ideen, ein Poet Gedichte, ein Pastor Predigten, ein Professor Kompendien usw. Ein Verbrecher produziert Verbrechen. Betrachtet man näher den Zusammenhang dieses letztren Produktionszweigs mit dem Ganzen der Gesellschaft, so wird man von vielen Vorurteilen zurückkommen. Der Verbrecher produziert nicht nur Verbrechen, sondern auch das Kriminalrecht und damit auch den Professor, der Vorlesungen über das Kriminalrecht hält, und zudem das unvermeidliche Kompendium, worin dieser selbe Professor seine Vorträge als „Ware" auf den allgemeinen Markt wirft. Damit tritt Vermehrung des Nationalreichtums ein. Ganz abgesehn von dem Privatgenuß, den, wie uns ein kompetenter Zeuge, Prof. Roscher, [sagt,] das Manuskript des Kompendiums seinem Urheber selbst gewährt.[1]

Der Verbrecher produziert ferner die ganze Polizei und Kriminaljustiz, Schergen, Richter, Henker, Geschworene usw.; und alle diese verschiednen Gewerbszweige, die ebenso viele Kategorien der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit bilden, entwickeln verschiedne Fähigkeiten des menschlichen Geistes, schaffen neue Bedürfnisse und neue Weisen ihrer Befriedigung. Die Tortur allein hat zu den sinnreichsten mechanischen Erfindungen Anlaß gegeben und in der Produktion ihrer Werkzeuge eine Masse ehrsamer Handwerksleute beschäftigt.

Der Verbrecher produziert einen Eindruck, teils moralisch, teils tragisch, je nachdem, und leistet so der Bewegung der moralischen und ästhetischen Gefühle des Publikums einen „Dienst". Er produziert nicht nur Kompendien über das Kriminalrecht, nicht nur Strafgesetzbücher und damit Strafgesetzgeber, sondern auch Kunst, schöne Literatur, Romane und sogar Tragödien, wie nicht nur Müllners „Schuld" und Schillers

[1] Der vorstehende Satz findet sich in der Handschrift quer am Rande und ist von Marx zur Einfügung an diese Stelle bezeichnet



„... die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität hat in den Anbauländern des Nahen und Mittleren Osten zu beginnen“, erklärten die Abgeordneten Wolfgramm (FDP) und Brandt (SPD). „Rauschgiftkontrolle“ der Zionisten.



Mit vietnamerprobten Hubschrauberpiloten und Technikern, unterstützt von den mexikanischen Behörden, griffen die US-Imperialisten in der „operation clearview“ die Bauern der Sierra Madre in Mexiko an. Nach mexikanischen Beobachtungen flogen die US-Imperialisten häufig Einsätze in Gebiete, in denen sie Aufständische vermuteten.

Arbeitskraft hintansetzt und sich durch anderwärts, notwendig durch Diebstahl beschaffte Mittel über Wasser hält. Denn dies stört. Der Verlust von Erkenntnis der objektiven Welt stört so lange nicht, so lange der Arbeiter dabei arbeitsfähig bleibt. Rauschmittel, die derartige Wirkungen haben, gelten für schrecklich. Andere gar nicht. Man kann sich heutzutage z.B. „Beruhigungsmittel für die Arbeit“ beim Arzt verschreiben lassen. Jedenfalls, das Rauschmittel wird zum Rauschgift, sobald es die Brauchbarkeit des Arbeiters für die Ausbeutung erheblich einschränkt.

Der Handel wird verboten. Das Risiko bei der Verbreitung wird hoch. Ist ein Markt da, steigt der Preis. Ist der Preis erst einmal über die Schranke weg, die durch den Umfang des Arbeiterlohnes gesetzt ist, wird die Sache uferlos. Die „Sekundärverbrechen“ häufen sich. Die Jagd auf das Rauschgift nimmt zu. Der Preis steigt weiter. Die „Sekundärverbrechen“ steigen notwendig auch weiter. Ein Ende ist kaum in Sicht. Nicht, wenn eine Bevölkerung da ist, von der ein Teil sich in so aussichtslosen Lebensumständen und perspektivlosen Lebensumständen befindet, daß der Rausch zum Mittel des notdürftigen Überlebens wird. Seine Schranke findet der Rauschgiftpreis dann in der Masse der „Verbrechen“, die ein derart ausgemergelter Bevölkerungsteil überhaupt begehen kann. Dieser ist bestimmt durch das allgemeine Ausmaß der Polizeikontrolle.

Selbstverständlich liegt der Profit, den der Rauschgifthandel bringt, im Durchschnitt nicht allzusehr über dem allgemeinen Durchschnittsprofit. Aber die Spanne, die bei jeder einzelnen geglückten Transaktion verwirklicht werden kann, mag viele hundert oder tausend Prozente versprechen. Gibt es ein Feld der Wirtschaftsbetätigung, bei der man leichter der Illusion verfallen kann, hier sei das Feld des Schlauen, der dabei sein Glück macht, wenn es andere, die dümmer sind auch erwischt? Kaum. Und aus dieser kleinbürgerlichen Illusion heraus gelingt es, die Fußtruppen der Dealer zu rekrutieren, die dann die langen Haftstrafen abbrummen.

Wieso kann sich die bürgerliche Gesellschaft nicht dazu durchringen, die Süchtigen als Kranke anzuerkennen und ihnen das Rauschmittel unter ärztlicher Beratung zu überlassen? Dies wäre doch unendlich billiger? Aber die bürgerliche Gesellschaft müßte da zugeben, daß die Lebensumstände eines erheblichen Teils ihrer Insassen so sind, daß die Flucht in den Rausch, in die Besinnungslosigkeit die letzte Auskunft ist. Und die bürgerliche Gesellschaft will für niemanden ihren Anspruch aufgeben, daß er für die Kapitalisten zu arbeiten habe und zwar intensiv. Beide Interessen würden belangt durch eine solche Regelung. Also das meterweis langweilige Daherbeten von der „physiologisch manifesten“ unausweichlichen Sucht, die das Festhalten am Rauschmittel erklären soll, und von der „Charakterschwäche“, die das Anfangen erklären soll. Und Geschichten von der heldenhaften Rauschgiftjagd und daß man die Sache bei „der Produktion“ stoppen müßte, d.h. bei den Ländern der Dritten Welt, wo der Mohn wächst und ein Haufen Razzien und Polizeikontrolle „um die Dealer zu kriegen“. – Außerdem: Gegen die Suchtbildung selbst hat die bürgerliche Gesellschaft nichts. Das muß sich nur in Grenzen halten und den Arbeitswillen fördern. Oder auch bloß die Markentreue bei Kopfschmerztabletten, wovon man fast keine mehr kriegt, die nicht „suchtbildende“ Zusätze enthalten.

Faksimile unten: Karl Marx, Theorien über den Mehrwert I

364 Beilagen

„Räuber“, sondern selbst „Ödipus“ und „Richard der Dritte“ beweisen. Der Verbrecher unterbricht die Monotonie und Alltagssicherheit des bürgerlichen Lebens. Er bewahrt es damit vor Stagnation und ruft jene unruhige Spannung und Beweglichkeit hervor, ohne die selbst der Stachel der Konkurrenz abstumpfen würde. Er gibt so den produktiven Kräften einen Sporn. Während das Verbrechen einen Teil der überzähligen Bevölkerung dem Arbeitsmarkt entzieht und damit die Konkurrenz unter den Arbeitern vermindert, zu einem gewissen Punkt den Fall des Arbeitslohns unter das Minimum verhindert, absorbiert der Kampf gegen das Verbrechen einen andern Teil derselben Bevölkerung. Der Verbrecher tritt so als eine jener natürlichen „Ausgleichungen“ ein, die ein richtiges Niveau herstellen und eine ganze Perspektive „nützlicher“ Beschäftigungszweige auftun.

Bis ins Detail können die Einwirkungen des Verbrechers auf die Entwicklung der Produktivkraft nachgewiesen werden. Wären Schlösser je zu ihrer jetzigen Vollkommenheit gediehn, wenn es keine Diebe gäbe? Wäre die Fabrikation von Banknoten zu ihrer gegenwärtigen Vollendung gediehn, gäbe es keine ‖183| Falschmünzer? Hätte das Mikroskop seinen Weg in die gewöhnliche kommerzielle Sphäre gefunden (siehe Babbage) ohne Betrug im Handel? Verdankt die praktische Chemie nicht ebensoviel der Warenfälschung und dem Bestreben, sie aufzudecken, als dem ehrlichen Produktionseifer? Das Verbrechen, durch die stets neuen Mittel des Angriffs auf das Eigentum, ruft stets neue Verteidigungsmittel ins Leben und wirkt damit ganz so produktiv wie strikes auf Erfindung von Maschinen. Und verläßt man die Sphäre des Privatverbrechens: Ohne nationale Verbrechen, wäre je der Weltmarkt entstanden? Ja, auch nur Nationen? Und ist der Baum der Sünde nicht zugleich der Baum der Erkenntnis seit Adams Zeiten her? Mandeville in seiner „Fable of the Bees“ (1705) hatte schon die Produktivität aller möglichen Berufsweisen usw. bewiesen und überhaupt die Tendenz dieses ganzen Arguments:

„Das, was wir in dieser Welt das Böse nennen, das moralische so gut wie das natürliche, ist das große Prinzip, das uns zu sozialen Geschöpfen macht, die feste Basis, *das Leben und die Stütze aller Gewerbe und Beschäftigungen* ohne Ausnahme; hier haben wir den wahren Ursprung aller Künste und Wissenschaften zu suchen; und in dem Moment, da das Böse aufhörte, müßte die Gesellschaft verderben, wenn nicht gar gänzlich untergehen.“

Nur war Mandeville natürlich unendlich kühner und ehrlicher als die philisterhaften Apologeten der bürgerlichen Gesellschaft. |V–183‖

Branntweinmonopol der preußischen Junker – Friedrich Engels

z.kam. Herstellung und Genuß von Alkohol war im 18. Jahrhundert in größerem Umfang den feudalen Klassen vorbehalten. Branntwein, aus Korn destilliert, wurde in Deutschland nur wenig und meist als Nebengewerbe der größeren Gutsbesitzer und Pächter hergestellt. Und das Bierbraurecht besaßen aufgrund ihrer Privilegien Adel und Klöster.



„Wirklich, er ist nicht besoffen, er arbeitet seit 35 Jahren...“ (1907)



„Wirklich, er ist nicht besoffen, er arbeitet seit 35 Jahren...“ (1907)

Der Alkohol als Suchtmittel konnte erst im 19. Jahrhundert verheerenden Einfluß auf die Volksmassen ausüben, einerseits durch die massenhafte Herstellung des billigen preußischen Kartoffelfusels, der durch die stets wachsenden und kriegführenden Armeen bald große Verbreitung in ganz Europa fand, und andererseits durch die rapide Verelendung der Proletariermassen, die im Suff ihre elenden Lebensbedingungen zu ertränken suchten.

1816 während der Mißernte und großen Hungersnot in Deutschland stieg der Kornpreis kräftig an, Korn wurde zur Brennerei unerschwinglich. Die preußischen Junker, die bei ihrem meist beschränkten Grundbesitz sich nur aufgrund feudaler Vorrechte ihre Existenz noch sichern konnten, ersetzten das Korn durch die Kartoffel und ließen eine Kartoffelschnapsbrennerei nach der anderen bauen. Das Geld dafür nahmen sie von den Bauern, die per Gesetz von 1811 gezwungen waren, ihre Frondienste bei den Gutsherren in Form von Geld durch Ratenzahlungen oder Abtreten eines Stück Landes abzulösen.

Mit der „Entdeckung, daß man Branntwein nicht nur aus Korn lohnend herstellen könne, sondern auch aus *Kartoffeln* ... wurde das ganze Gewerbe revolutioniert. Einerseits wurde damit der Schwerpunkt der Brennerei endgültig von den Städten aufs Land verlegt und die kleinbürgerlichen Produzenten von gutem altem Getränk mehr und mehr durch die infamen Kartoffelfusel produzierenden Großgrundbesitzer verdrängt. Andererseits aber, und dies ist geschichtlich viel wichtiger, wurde der kornbrennende Großgrundbesitzer vom kartoffelbrennenden Großgrundbesitzer verdrängt; die Brennerei verzog sich mehr und mehr vom fruchtbaren Kornland aufs unfruchtbare Kartoffelland, d.h. von Nordwestdeutschland nach Nordostdeutschland – *Altpreußen* östlich der Elbe.“ (Engels)

Die Qualität des Kartoffelschnapses war schlecht, der Preis dafür billig. Der ungereinigte Schnaps (Kartoffelsprit) enthielt viel Fuselöl – ein Gemisch von Alkoholen mit hohem Kohlenstoff- und Wasserstoffanteil, das schädlicher und giftiger wirkte als der gewöhnliche Weingeist (Äthylalkohol). Je mehr Fuselöl im Schnaps enthalten war, desto wilder war der Rausch. „Der Charakter des Rausches hatte sich total verändert. Jede Lustbarkeit, die früher mit gemütlicher Anheiterung und nur selten mit Exzessen endigte, bei welchen letzteren dann freilich der Kneif (das Messer, englisch Knife) nicht selten seine Rolle spielte, jede solche Lustbarkeit artete nun aus in ein wüstes Gelage und endigte mit unfehlbarer Keilerei, wobei Messerverwundungen nie fehlten und die tödlichen Messerstiche immer häufiger wurden. Die Pfaffen schoben das auf die zunehmende Gottlosigkeit, die Juristen und andren Philister auf die Kneipenbälle. Die wahre Ursache war die plötzliche Überflutung mit preußischem Fuselöl, das eben seine normale physiologische Wirkung ausübte und Hunderte armer Teufel in die Festungsbaugefangenschaft ablieferte. Diese akute Wirkung des wohlfeilen Schnapses dauerte jahrelang, bis sie allmählich sich mehr oder weniger verlor. Aber die Einwirkung auf die Sitten verschwand nicht ganz; der Branntwein blieb für die Arbeiterklasse ein Lebensbedürfnis in höherem Grade als vorher, und die Qualität, wenn sie sich auch etwas besserte, blieb weit unter der des früheren alten Kornbranntweins.“ (Engels)

Die preußischen Junker erkannten bald die Möglichkeit, Kartoffelsprit mit anderen alkoholischen Getränken zu mischen: der deutsche Rum war nichts anderes als mit preußischem Sprit verfälschter Jamaika-Rum. „Dem Rum folgte bald der Kognak, der schon mehr Kunst in der Behandlung erforderte. Bald fing man an, Wein mit Sprit zu behandeln, und endlich kam man dahin, Portwein und spanische Weine ganz ohne Wein zu bereiten aus Sprit, Wasser und Pflanzensäften, die mehrfach durch Chemikalien versetzt wurden. Das Geschäft florierte um so mehr, als in vielen Ländern dergleichen Praktiken entweder direkt verboten waren oder doch so nahe an das Strafgesetz anstreiften, daß man es noch nicht für geraten hielt, sich daranzuwagen. Aber Hamburg war der Sitz des unbeschränkten Freihandels, und so wurde auf ‚Hamburgs Wohlergehen' flott drauflos gefälscht.“ (Engels)

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts hatte Preußen das Branntweinmonopol fest in der Hand. „Wohin wir uns wenden, überall finden wir preußischen Sprit. Der preußische Sprit reicht unvergleichlich weiter als der Arm der deutschen Reichsregierung. Und wo wir diesen Sprit finden, dient er vor allem – der Fälschung. Er wird das Mittel, wodurch südeuropäische Weine verschiffbar und damit der inländischen arbeitenden Bevölkerung entzogen werden. Und wie die Lanze des Achilles die Wunden heilt, die sie geschlagen, so bietet der preußische Sprit den des Weins beraubten Arbeiterklassen gleichzeitig den Ersatz in verfälschtem Branntwein! Kartoffelsprit ist für Preußen das, was Eisen und Baumwollwaren für England sind, der Artikel, der es auf dem Weltmarkt repräsentiert ... Auf einem Boden, der fast nichts hervorbringt als Kartoffeln und Krautjunker, aber diese auch massenhaft, konnte sie (die preußische Brennerei, Red.) der Konkurrenz einer Welt Trotz bieten. Mehr und mehr begünstigt von der Nachfrage – aus schon erklärten Umständen –, konnte sie sich zur Zentralschnapsfabrik der Welt erheben. Unter den vorgefundenen gesellschaftlichen Verhältnissen hieß dies nichts anderes als die Ausbildung einerseits einer Klasse mittelgroßer Grundbesitzer, deren jüngere Söhne das Hauptmaterial lieferten für die Offiziere der Armee und für die Bürokratie, d.h. eine neue Lebensfrist für das Junkertum, andererseits einer sich verhältnismäßig rasch vermehrenden Klasse von Halbhörigen, aus denen sich die Masse der ‚Kernregimenter' der Armee rekrutiert.“



Eine Berliner Destillation (Zeichnung von Loeffler um 1860)

Die deutsche Reichsregierung klagte viel und laut über den zunehmenden Alkoholgenuß unter den Arbeitern; als politisches Mittel zur Abstumpfung der Klassenkämpfe war er ihr aber nur recht. „Es ist sogar fraglich, ob nicht die Dumpfheit, in der speziell die norddeutschen Arbeiter die Ereignisse von 1830 (Julirevolution in Frankreich, Aufstände in Süddeutschland, Red.) über sich ergehen ließen, ohne davon berührt zu werden, großenteils dem Schnaps zu danken ist, der sie damals mehr als je beherrschte. Ernstliche und besonders erfolgreiche Aufstände kamen nur in Weinländern oder in solchen deutschen Staaten vor, die sich durch Zölle vor preußischem Schnaps mehr oder weniger geschützt hatten. Es wäre nicht das einzige Mal, daß der Schnaps den preußischen Staat gerettet hätte.“

(Alle Zitate aus: F. Engels, Preußischer Schnaps im deutschen Reichstag, MEW Bd. 19, S. 37f.)

„Neuer" Geschichtsunterricht: Niederlage der Roten Ruhrarmee zum Lob auf den Reformismus nutzen

z.vol. Im Anschluß an die Aufforderung der Bundeszentrale für politische Bildung, den Politik- und Geschichtsunterricht zu überarbeiten, hat K. Lampe ein Buch „Historisch politischer Unterricht: Kapp-Putsch und Ruhraufstand 1920" herausgebracht. Als Anschlag auf die „Reformfähigkeit" der Weimarer Republik möchte der Pädagoge Lampe die Ergebnisse des Kampfes der Arbeiter gegen den Kapp-Putsch verstanden wissen. Weil die SPD in den Wahlen im Juni 1920 fast die Hälfte ihrer Wähler verloren hatte, während es der KPD und USPD gelang, ihren Stimmenanteil zu verdoppeln, ebenso wie die Parteien der offenen Reaktion, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei, ihren Stimmenanteil erhöhen konnten. Vehement tritt Lampe dafür ein, daß diese „Erkenntnis" Bestandteil des beispielhaften Lernens an den Haupt- und Realschulen, aber auch möglichst den Gymnasien werden solle.

Seine Hoffnung dabei ist, die „Effizienz, die der Geschichtsunterricht in der Mitte der sechziger Jahre verloren hatte", erneut zu sichern. Dabei wählt er sich, nicht ungeschickt, ein Thema, was in den bisherigen Geschichtsbüchern entweder verschwiegen oder auf knappstem Raum verhandelt wird. „Unser Weg durch die Geschichte" für das 8. und 9. Hauptschuljahr in NRW schreibt unter dem Obertitel „Bedrohung der Republik": „Sie (die Kapp-Truppen) marschierten bewaffnet in Berlin ein, vertrieben die Regierung und besetzten zusammen mit Teilen der Reichswehr alle wichtigen Gebäude der Hauptstadt. Aber die Bevölkerung war nicht bereit, den Parolen der Putschisten zu folgen. Die Gewerkschaften riefen zur allgemeinen Arbeitsniederlegung auf. Viele Beamte gaben die Befehle der Militärregierung nicht weiter. Dagegen waren die Umstürzler machtlos. Der Putsch brach zusammen." Durch die Erforschung der revolutionären Tradition der westdeutschen Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung seit Mitte der 60er Jahre läßt sich diese Form der Fälschung schlecht aufrechterhalten.

Lampe dagegen stellt korrekt dar, wie die Führer der Finanzbourgeoisie mit Stinnes und Kirdorf an der Spitze mit dem Putsch des Bankiers Kapp, gestützt auf Freikorps und Reichswehreinheiten, versuchen, erneut die Initiative für eine Offensive des deutschen Imperialismus zu gewinnen. Während die SPD-Regierung der Vorbereitung des Putsches zugesehen hatte und vor den einmarschierenden Truppen nach Stuttgart und Dresden flieht, bildet sich – insbesondere in den großen Industriezentren – die Arbeitereinheitsfront. Im Ruhrgebiet bewaffnen sich die Arbeiter gegen die anrückenden Freikorps, die den Generalstreik zerschlagen sollen. Die Freikorps und die

für das 8. und 9. Hauptschuljahr in NRW schreibt unter dem Obertitel „Bedrohung der Republik": „Sie (die Kapp-Truppen) marschierten bewaffnet in Berlin ein, vertrieben die Regierung und besetzten zusammen mit Teilen der Reichswehr alle wichtigen Gebäude der Hauptstadt. Aber die Bevölkerung war nicht bereit, den Parolen der Putschisten zu folgen. Die Gewerkschaften riefen zur allgemeinen Arbeitsniederlegung auf. Viele Beamte gaben die Befehle der Militärregierung nicht weiter. Dagegen waren die Umstürzler machtlos. Der Putsch brach zusammen." Durch die Erforschung der revolutionären Tradition der westdeutschen Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung seit Mitte der 60er Jahre läßt sich diese Form der Fälschung schlecht aufrechterhalten.

Lampe dagegen stellt korrekt dar, wie die Führer der Finanzbourgeoisie mit Stinnes und Kirdorf an der Spitze mit dem Putsch des Bankiers Kapp, gestützt auf Freikorps und Reichswehreinheiten, versuchen, erneut die Initiative für eine Offensive des deutschen Imperialismus zu gewinnen. Während die SPD-Regierung der Vorbereitung des Putsches zugesehen hatte und vor den einmarschierenden Truppen nach Stuttgart und Dresden flieht, bildet sich – insbesondere in den großen Industriezentren – die Arbeitereinheitsfront. Im Ruhrgebiet bewaffnen sich die Arbeiter gegen die anrückenden Freikorps, die den Generalstreik zerschlagen sollen. Die Freikorps und die
mit ihnen zusammenarbeitenden Reichswehreinheiten werden durch die Rote Ruhrarmee, geführt von Aktionsausschüssen, in denen die Vertreter von KPD, USPD und SPD zusammenarbeiten, geschlagen. Die Forderungen sind: Die Verteidigung der Arbeiterrechte, nieder mit der Militärdiktatur, für die proletarische Diktatur, für den Sozialismus.

Diese Niederlage der konterrevolutionären Truppen erzwingen Kapps Rückzug nach 4 Tagen. Die SPD Regierung kehrt nach Berlin zurück. Als erstes schließt sie ein Abkommen mit den Gewerkschaften, um den Generalstreik zu beenden. Dann erklärt die Reichsregierung die Bewaffnung der Arbeiter für illegal und entsendet Severing, um die Aktionseinheit der Arbeiter zu spalten und der Reichswehr Raum zu schaffen zur blutigen Niederschlagung der Roten Ruhrarmee. Severing sagt später über die Konferenz in Bielefeld und das Bielefelder Abkommen: „Sie (die Konferenz) hatte die Aufgabe durch Aufklärung den gutgesinnten Teil der Arbeiterschaft von denen zu trennen, denen es nicht auf die Abwehr des Kapp Putsches ankam, sondern die mindestens die Absicht gehabt hatten, mit kommunistischen Wirtschaftstheorien zu experimentieren." Lampe möchte das Bielefelder Abkommen so gewertet wissen: „Es entsprach in seinen wesentlichen Teilen der kurz zuvor in Berlin von der Reichsregierung akzeptierten Forderungen der Gewerkschaft." Nach der gelungenen Spaltung der Gewerkschaften und der Aktionsausschüsse entfaltet die SPD Regierung mit der Reichswehr den weißen Terror. Daß dies unter Bruch selbst des Bielefelder Abkommens geschah, interessiert den Lampe wenig: „Da die Arbeiterarmee das Ruhrgebiet bis zur Lippe kontrollierte, blieb der Reichsregierung kein anderer Ausweg als die militärische Konfrontation zu suchen."

Das Fazit ist nach Lampe die Polarisierung der Klassenfronten mit anschließender Niederlage der SPD, der einzigen Kraft, die „entschlossen (ist), zum Schutz der errungenen Freiheiten das Letzte einzusetzen." Daß keiner danach fragt, was aus dem Bielefelder Abkommen geworden ist, sieht Lampe durch das „exemplarische Lernen" gesichert. Die Konsequenz, die er der Jugend eintrichtern will ist: daß sich revolutionäre Politik und der bewaffnete Aufstand nicht lohnt. Gerade die Schilderung des weißen Terrors verfolgt den Zweck, abzuschrecken. Da das „exemplarische Lernen", das Lernen an Beispielen, sich nur immer einzelne Abschnitte der Geschichte herausgreifen soll, wird der Zusammenhang des Kampfes der Arbeiter gegen den Kapp-Putsch und für die soziale Revolution, mit der Novemberrevolution, den Streikkämpfen der Bergarbeiter 1919 um höheren Lohn und die 6 Stunden Schicht geleugnet. Die Niederlage der Arbeiter in diesem Kampf soll die Politik der SPD-Regierungen rechtfertigen, die angeblich die Interessen der Arbeiter wenigstens schrittweise sicherte. Tatsächlich kann man aus

tet die SPD Regierung mit der Reichswehr den weißen Terror. Daß dies unter Bruch selbst des Bielefelder Abkommens geschah, interessiert den Lampe wenig: „Da die Arbeiterarmee das Ruhrgebiet bis zur Lippe kontrollierte, blieb der Reichsregierung kein anderer Ausweg als die militärische Konfrontation zu suchen."

Das Fazit ist nach Lampe die Polarisierung der Klassenfronten mit anschließender Niederlage der SPD, der einzigen Kraft, die „entschlossen (ist), zum Schutz der errungenen Freiheiten das Letzte einzusetzen." Daß keiner danach fragt, was aus dem Bielefelder Abkommen geworden ist, sieht Lampe durch das „exemplarische Lernen" gesichert. Die Konsequenz, die er der Jugend eintrichtern will ist: daß sich revolutionäre Politik und der bewaffnete Aufstand nicht lohnt. Gerade die Schilderung des weißen Terrors verfolgt den Zweck, abzuschrecken. Da das „exemplarische Lernen", das Lernen an Beispielen, sich nur immer einzelne Abschnitte der Geschichte herausgreifen soll, wird der Zusammenhang des Kampfes der Arbeiter gegen den Kapp-Putsch und für die soziale Revolution, mit der Novemberrevolution, den Streikkämpfen der Bergarbeiter 1919 um höheren Lohn und die 6 Stunden Schicht geleugnet. Die Niederlage der Arbeiter in diesem Kampf soll die Politik der SPD-Regierungen rechtfertigen, die angeblich die Interessen der Arbeiter wenigstens schrittweise sicherte. Tatsächlich kann man aus
dem Kampf der Roten Ruhrarmee lernen, welche Kraft die Arbeiter im Kampf gegen die Kapitalisten und den Staatsapparat entfalten können, wenn die Einheit über die Ziele hergestellt wird.

Regionale Klassenkämpfe: Klassenkämpfe im Ruhrgebiet und Rheinland
Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm
Kampf der Roten Ruhrarmee gegen den Kapp-Putsch

An die Gesamt-Arbeiter-, Angestellten- u. Beamtenschaft von Rheinland-Westfalen!

verpflichten sich die sozialistischen Parteien des Bezirks Niederrhein, den Kampf gegen die neugebildete Kapp-Regierung mit allen Kräften geschlossen aufzunehmen.

Generalstreik

Auf zum Kampf gegen die Reaktion!
Es lebe der Sieg des Proletariats!



Spartakistische Geschütze beim Krupp-Denkmal am Markt von Essen nach der Einnahme der Stadt am 19.März 1920

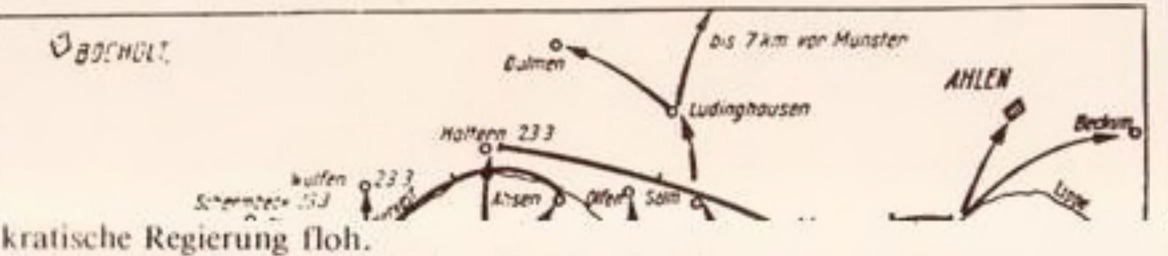
Im Sommer 1919 schlossen sich führende Vertreter des deutschen Imperialismus im Nationalklub zusammen, z.B. Stinnes, Kirdorf (Leiter der Rheinisch-Westfälischen Kohle-AG), Mannesmann, Hugenberg (später Pressezar Hitlers). Anfang 1920 sagten die Direktoren der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, der Nationalbank und anderer Banken dem Monopolkapitalisten Kapp finanzielle Unterstützung für den geplanten Putsch zu. In der Nacht vom 12. zum 13. März 1920 marschierten Truppen der Kapp-Putschisten nach Berlin, die sozialdemokratische Regierung floh.

Bericht vom Dortmunder Arbeiterführer Meinberg

„Die Sirene von Phönix sollte morgens um 5.30 Uhr tuten. Dieses sollte das Zeichen zum gemeinsamen Angriff sein. Wir hatten unsere Leute verteilt und die Verhaltensmaßregeln eingeschärft. ... Als das Zeichen zum Angriff gegeben wurde, griff ich mit meiner Kompanie die uns bekannte schlimmste Stelle an, nämlich Kronenburg, Gartenstadt und Bahnhof Dortmund-Süd. ... Als wir ungefähr 250 Meter weit vor waren, bekommen wir sehr starkes Maschinengewehrfeuer. Hinlegen und decken! ... Dann Sprung auf, marsch, marsch! Noch vier Tote und elf Verwundete. Dann eine Stunde erbitterter Kampf! Der Bahnhof war unser, mit ihm die gesamte Bagage vom Korps Lichtschlag, allein 120 Pferde der Kavallerie, Uniformen, Lebensmittel usw. ... Jetzt tobte der Kampf im Innern der Stadt. Heiß war der Kampf, aber mutig unsere Brüder, die nichts anderes kannten, als: „Wir müssen Sieger bleiben" ... Abends um 6 Uhr war Dortmund unser!"

Anordnung des Zentralrats der Vollzugsräte für das Industriegebiet Rheinland-Westfalen zur Löhnung und Verpflegung der Roten Armee, Essen, 27. März 1920.

„Der Zentralrat der Vollzugsräte für das Industriegebiet Rheinland-Westfalen ordnet folgendes an:
1. Die Gemeinden haben die Löhnung der Wehrmannschaften zu übernehmen und auszuzahlen. Nötigenfalls werden die Gemeinden von den örtlichen Vollzugsräten dazu gezwungen.
2. Die großen Unternehmen haben den Wehrmannschaften, die bei ihnen in Arbeit gestanden haben, den Lohn weiter zu zahlen. Evtl. haben die örtlichen Vollzugsräte die Lohnzahlung zu erzwingen.
3. Den Truppen, die sich an der Front, auf dem Marsche von oder nach der Front befinden und 24 Stunden von zu Hause abwesend sind, haben die Gemeinden Verpflegung in natura zu gewähren. Dieser Verpflichtung unterliegen die Gemeinden, die von den Transporten berührt werden und in denen die Truppen in Kampfbereitschaft liegen. Die Wohngemeinden der Truppen haben den verpflegenden Gemeinden Ersatz zu leisten."



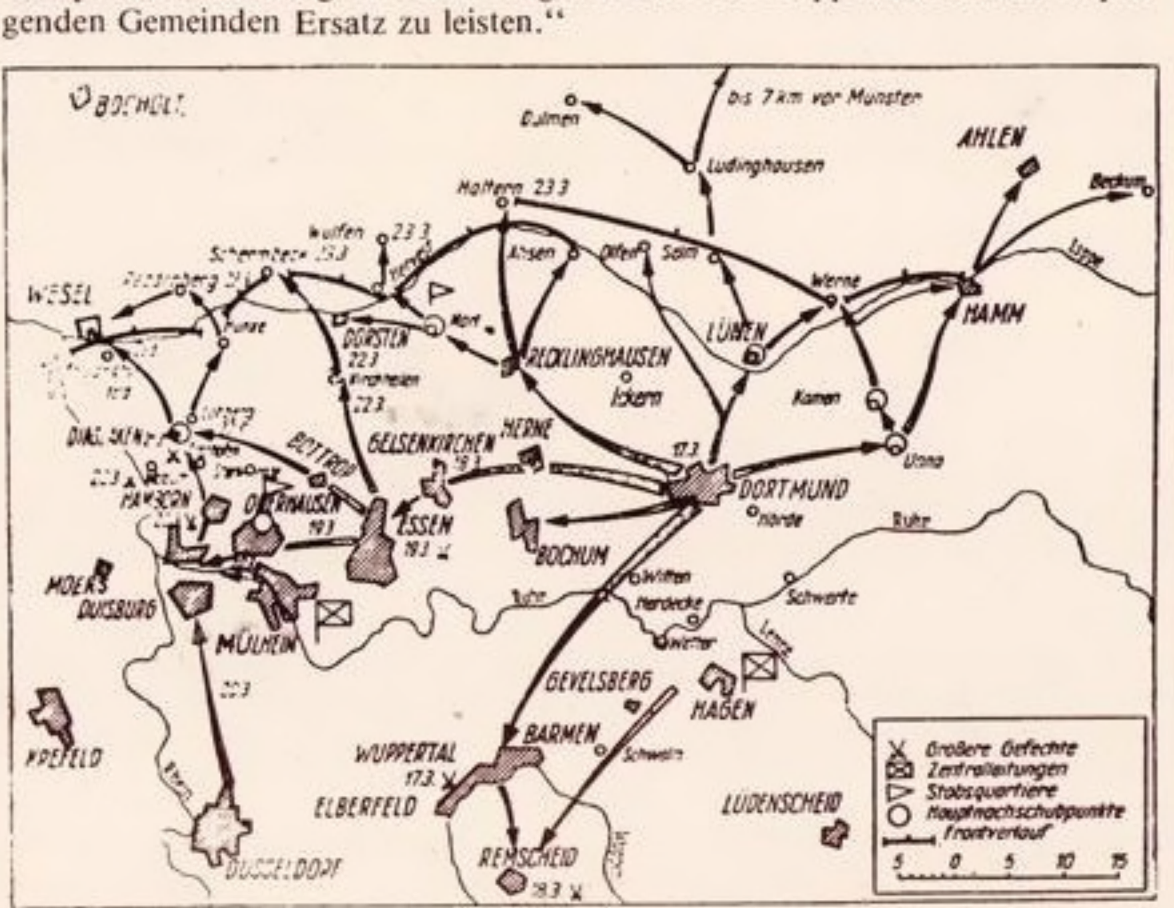
kratische Regierung floh.

Bericht vom Dortmunder Arbeiterführer Meinberg

„Die Sirene von Phönix sollte morgens um 5.30 Uhr tuten. Dieses sollte das Zeichen zum gemeinsamen Angriff sein. Wir hatten unsere Leute verteilt und die Verhaltensmaßregeln eingeschärft. ... Als das Zeichen zum Angriff gegeben wurde, griff ich mit meiner Kompanie die uns bekannte schlimmste Stelle an, nämlich Kronenburg, Gartenstadt und Bahnhof Dortmund-Süd. ... Als wir ungefähr 250 Meter weit vor waren, bekommen wir sehr starkes Maschinengewehrfeuer. Hinlegen und decken! ... Dann Sprung auf, marsch, marsch! Noch vier Tote und elf Verwundete. Dann eine Stunde erbitterter Kampf! Der Bahnhof war unser, mit ihm die gesamte Bagage vom Korps Lichtschlag, allein 120 Pferde der Kavallerie, Uniformen, Lebensmittel usw. ... Jetzt tobte der Kampf im Innern der Stadt. Heiß war der Kampf, aber mutig unsere Brüder, die nichts anderes kannten, als: „Wir müssen Sieger bleiben" ... Abends um 6 Uhr war Dortmund unser!"

Anordnung des Zentralrats der Vollzugsräte für das Industriegebiet Rheinland-Westfalen zur Löhnung und Verpflegung der Roten Armee, Essen, 27. März 1920.

„Der Zentralrat der Vollzugsräte für das Industriegebiet Rheinland-Westfalen ordnet folgendes an:
1. Die Gemeinden haben die Löhnung der Wehrmannschaften zu übernehmen und auszuzahlen. Nötigenfalls werden die Gemeinden von den örtlichen Vollzugsräten dazu gezwungen.
2. Die großen Unternehmen haben den Wehrmannschaften, die bei ihnen in Arbeit gestanden haben, den Lohn weiter zu zahlen. Evtl. haben die örtlichen Vollzugsräte die Lohnzahlung zu erzwingen.
3. Den Truppen, die sich an der Front, auf dem Marsche von oder nach der Front befinden und 24 Stunden von zu Hause abwesend sind, haben die Gemeinden Verpflegung in natura zu gewähren. Dieser Verpflichtung unterliegen die Gemeinden, die von den Transporten berührt werden und in denen die Truppen in Kampfbereitschaft liegen. Die Wohngemeinden der Truppen haben den verpflegenden Gemeinden Ersatz zu leisten."



Die Bielefelder Vereinbarungen über den Abbruch der Kämpfe im Industriegebiet
Verhandelt Bielefeld, den 24. März 1920

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierung Schuldigen, ...

7. Auflösung aller der Verfassung nicht treu gebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgendeines Standes. ...

11. Die sämtlichen Beteiligten verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß die Arbeiterschaft restlos zur gewohnten Arbeit sofort zurückkehrt. ...

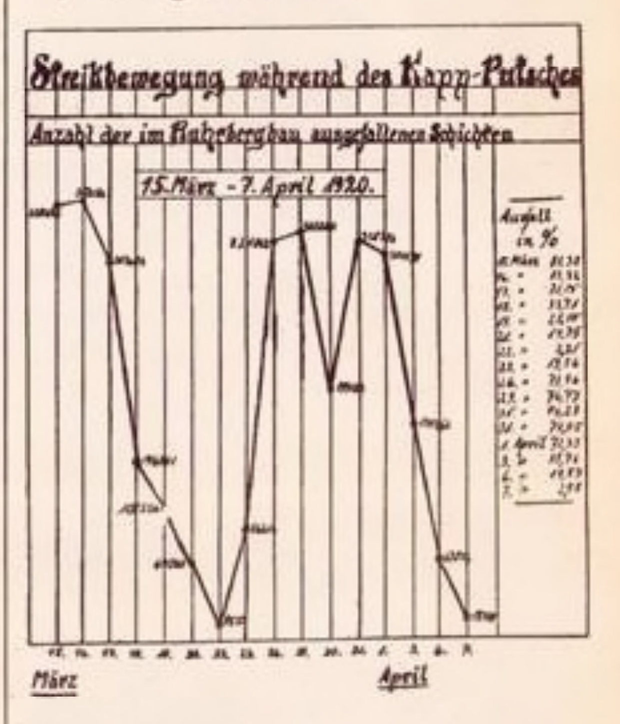
12. Es erfolgt sofortige Abgabe der Waffen und Munition sowie die Rückgabe requirierter und erbeuteter Heeresgeräte an die Gemeindebehörden. ...

14. Bei loyaler Einhaltung dieser Vereinbarungen wird ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen. ...

Mit dem Zuckerbrot papierner Zugeständnisse hat die SPD-Führung mit dem Bielefelder Abkommen die Arbeiterbewegung gespalten und sie zum Spielball der Bourgeoisie und ihres bewaffneten Staatsapparates gemacht. Wenig später marschierte die Reichswehr gegen die Ruhrarbeiter wegen angeblicher Illoyalität. Der weiße Terror wütete, revolutionäre Arbeiter wurden verfolgt und viele ermordet.



Vorbeimarsch eines Freikorps an Noske, Anfang Januar 1919

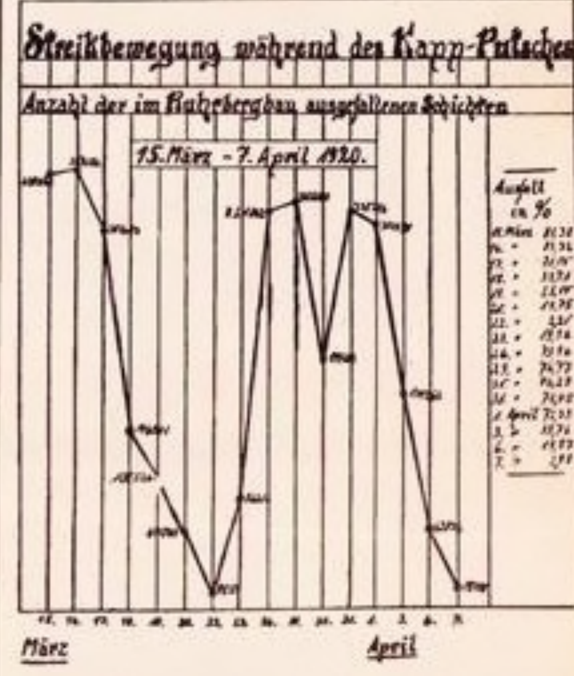




Rotgardisten beim Transport eines schweren Maschinengewehres



Vorbeimarsch eines Freikorps an Noske, Anfang Januar 1919





Rotgardisten beim Transport eines schweren Maschinengewehres

„Mit einer erstaunlichen Gesetzmäßigkeit bildete sich nun die „Rote Front" an der Lippe gegen den Wehrkreis VI, angelehnt mit dem linken Flügel an den Rhein südlich Wesel, der rechte Flügel gestaffelt zurückgenommen und zum Schutze gegen Umfassung durch weit vorgeschobene Detachements gesichert. Vorposten-Abteilungen vor der Front bei Haltern, Lüdinghausen und Hamm. Ein erfahrener Generalstäbler hätte es nicht besser machen können. ... Überhaupt verblüffte die Militärs die Führungs- und Organisationstechnik der Roten Verbände(!) ...." *(Polizeioberst Schützinger, Bürgerkrieg, S.27, zit. n. Erwin Bauer, Der Ruhraufstand von 1920, Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin 1930)*

An die Bevölkerung des Industriegebiets!

Die Waffen werden nicht abgeliefert, die Auflösung der Roten Armee erfolgt nicht.
Raub und Plünderungen nehmen überhand.

Ausdrücklich weisen wir darauf hin, daß die Reichswehrtruppen als Beauftragte der Regierung kommen und nur die Befehle derselben ausführen.

Der Reichs- und Staatskommissar in Münster.